

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.



Jahresbericht 2015 | 2016



Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Haus der Baustoffindustrie
Gerhard-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern/Scharnhauser Park
Tel. 0711 32732-100, Fax -127
verband@iste.de
www.iste.de

Vorwort	2
Leitbild des ISTE	4
Grußwort Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg	5
WIRTSCHAFTSPOLITIK	6
TARIFPOLITIK UND ARBEITSRECHT	20
ROHSTOFFSICHERUNG UND RAUMORDNUNG	28
TECHNIK UND NORMUNG	40
UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK	58
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	78
Veranstaltungen im Überblick	98
Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg	104
Organisationsstruktur des ISTE	106
In Personalunion betreute Organisationen	108
Gremien des ISTE	110
Netzwerk des ISTE	113
Statistik	118
Impressum	120
 EXKURSE	
Baustofftage 2015 – der Branchentreff im Südwesten	18
Reform im Rahmentarifvertrag	27
ISTE auf Landesparteitagen	38
Baustoff-Technik-Tag 2016	56
CO ₂ -neutral mit Windgas	68
18. Baustoff-Recycling-Tag	76
UNESCO-Geopark Schwäbische Alb	90
GeoBox – Edle Mischung	96
Landesgartenschau in Mühlacker – Sommermärchen an der Enz	102



»Wir werden die Rohstoffstrategie des Landes fortschreiben. Aspekte der Nachhaltigkeit wie Baustoffrecycling, Optimierung von Stoffströmen sowie die dauerhafte regionale Baustoffversorgung mit kurzen Transportwegen werden hierbei besonders berücksichtigt. Bestehende und neue Rohstoffabbaustätten wollen wir zur dauerhaften Sicherung der Rohstoffversorgung und als Bestandteil des landesweiten Biotopverbundes in die Regionalpläne integrieren.«

Auszug aus dem Koalitionsvertrag 2016

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

erstmalig haben wir eine grün-schwarze Landesregierung. Egal, welche Parteien in Baden-Württemberg regieren: Die anstehenden Bauaufgaben für die Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur bei Straßen, Schienen, Wasserwegen, Digitalisierung sowie im Bereich des bezahlbaren Wohnraums für Familien, Alleinerziehende, Ältere, Flüchtlinge und sozial Benachteiligte sind enorm.

Wir erwarten von der neuen Landesregierung eine nachhaltige Rohstoffpolitik, die sich auch an der Ökologie – aber eben ausgewogen – auch an der Ökonomie und sozialen Belangen ausrichtet.

Mineralische Rohstoffe machen den größten Massenstrom aller Güter aus. Allein in Baden-Württemberg werden pro Jahr rund 90 Millionen Tonnen gewonnen. Das ist statistisch rund ein Kilogramm pro Stunde und Einwohner. Gewonnen werden diese Rohstoffe in über 500 Gewinnungsstätten, verteilt über das ganze Land. Zugleich werden rund 10 Millionen Tonnen Bau- und Abbruchabfälle zu Recycling-Baustoffen aufbereitet und ressourcenschonend wieder eingesetzt. Rund 25 Millionen Tonnen Bodenaushub werden in Steinbrüchen und Kiesgruben zur Rekultivierung verwertet.



Präsident Peter Röhm (rechts) und Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger

In den vergangenen Jahren verstärkt sich der Trend, dass Neuaufschlüsse von Lagerstätten nicht realisiert werden können und bestehende Gewinnungsstätten intensiver genutzt werden müssen. Die Anzahl der Gewinnungsstätten ist aufgrund von Raumnutzungskonkurrenzen seit Jahrzehnten sogar rückläufig. Transportwege nehmen dadurch weiter zu – mit entsprechenden Auswirkungen auf den Klimaschutz und das Verkehrsaufkommen.

DEZENTRALE ROHSTOFFGEWINNUNG – CHANCE FÜR DIE BIOLOGISCHE VIelfALT

Die Rohstoffgewinnung ist zwar mit einem massiven Eingriff in Natur und Landschaft verbunden, gleichzeitig sind Steinbrüche, Kiesgruben und Baggerseen jedoch vielfach „Oasen aus Menschenhand“ für zahlreiche gefährdete Lebensräume und Arten. Diese Besonderheit sollte im Sinne des landesweiten Biotopverbunds genutzt werden, denn die im Rahmen der Rohstoffgewinnung entstehenden Rückzugsgebiete für Fauna und Flora sind in unserer Landschaft insgesamt selten.

Der ISTE fordert im Schulterschluss mit maßgeblichen Umweltverbänden, dass mineralische Rohstoffe ortsnah gewonnen werden. Auch die anfallenden Baumassenabfälle müssen ortsnah im Land verwertet bzw. entsorgt werden. Unnötige Transportwege sind aus Klimaschutzgründen generell abzulehnen. Nicht zuletzt auch im Inte-

resse des Natur- und Umweltschutzes plädieren wir für die Dezentralität der Rohstoffgewinnung und sind uns einig, dass lokale und regionale Gewinnungsstätten langfristige Perspektiven erhalten sowie Neuaufschlüsse strategisch sinnvoll geplant werden sollten. Dadurch kann die heimische Rohstoffgewinnung gestärkt und Transportwege minimiert werden. Deshalb sind möglichst zahlreiche, über das Land verteilte Gewinnungsstätten zu erhalten und ergänzend zu schaffen.

GROSSE ERWARTUNGEN AN DIE ROHSTOFFSTRATEGIE DER GRÜN-SCHWARZEN LANDESREGIERUNG

Bereits in den Wahlprogrammen haben sich die jetzigen Regierungsparteien Bündnis 90/Die Grünen und die CDU zur Verbesserung der baden-württembergischen Rohstoffgewinnung bekannt. Im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen heißt es hierzu: „Ein Großteil der in Baden-Württemberg verwendeten Baurohstoffe kommt aus dem Land. Neben einem besseren Baustoffrecycling setzen wir auch

Peter Röhm
Präsident des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

weiter auf eine verbrauchsnahe, dezentrale und sichere Versorgung mit mineralischen Rohstoffen entlang des Rohstoffsicherungskonzepts Baden-Württemberg, um die Transportwege und den ökologischen Fußabdruck des Bauens möglichst gering zu halten.“ Das Wahlprogramm der CDU führt hierzu aus: „Natürliche Metall- und Energierohstoffe gibt es im Land nur wenige, sie müssen teuer eingekauft werden. Heimische mineralische Rohstoffe sind dezentral zu nutzen und langfristiger als bisher zu sichern.“ Daran wurde in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung folgerichtig angeknüpft und die nebenstehende Formulierung aufgenommen: Auch die jetzigen Oppositionsparteien haben in ihren Wahlprogrammen ähnliche Ziele formuliert.

Wir wünschen der Landesregierung viel Erfolg bei der Umsetzung dieses Ziels und bieten unsere konstruktive Unterstützung bei diesem wichtigen Thema in einem rohstoffreichen Land an, denn schließlich kommen ¾ der Menge aller im Land verwendeten Rohstoffe aus dem Land.

Thomas Beißwenger
Hauptgeschäftsführer des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.



Die Belegschaft des ISTE setzt sich mit großem Engagement für die Interessen der Mitglieder ein.

LIEBE PARTNER DES ISTE,

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, regionale Wirtschaftspolitik zur Deckung des Rohstoffbedarfs, ausgewogene Tarif- und Sozialpolitik für 500 Unternehmen mit 800 Werken und 15.000 Beschäftigten sowie die Bereitstellung von Baustofftechnologie zur Sicherung unseres Lebensstandards – diesen wesentlichen Zielen verpflichten sich die Mitglieder des ISTE.

ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pflegen in engem Schulterschluss mit ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmern einen intensiven und offenen Dialog mit Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und mit den Mitgliedern des Verbandes. Die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem hat eine jahrzehntelange Tradition. Sie spiegelt sich unter anderem wider in der gemeinsamen Erklärung „Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ von NABU, IG BAU und ISTE aus den Jahren 2000 und 2012.

Der Verband ist in branchenspezifische Fachgruppen gegliedert, die transparent, demokratisch und vorausschauend zwischen Haupt- und Ehrenamt wirken. Systematisch und regelmäßig werden von den Gremien Aufgaben erörtert, Forschungsprojekte konzipiert und durchgeführt, Resultate überprüft und den Mitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt und abschließend dokumentiert.

Oftmals sind neue gesetzliche Bestimmungen Anlass, dass der ISTE aktiv wird: Wir stellen Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und die Branche dar, zeigen Chancen und Risiken auf und vertreten somit unternehmensübergreifend eine Meinung, die aus hoher fachlicher Kompetenz resultiert. Dieses Vertrauen in den ISTE gilt es täglich neu zu erarbeiten. Es ist unser „Rohstoff“ als Dienstleister.

Ressourcen und Technologien optimal und zielgerichtet nutzen, Verantwortung für Menschen übernehmen, Risiken und Beeinträchtigungen minimieren, regional verantwortungsbewusst agieren – zu diesen Leitlinien stehen stellvertretend für die ISTE-Mitglieder tagtäglich alle ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ostfildern, den 31. Mai 2016



Franz Untersteller MdL
Minister für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft des
Landes Baden-Württemberg

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

als Hochtechnologiestandort ist Baden-Württemberg besonders von einer sicheren und wirtschaftlichen Rohstoffversorgung abhängig. Die produzierende Industrie ist auf die Verfügbarkeit von Rohstoffen angewiesen und diese sind die Grundlage unseres materiellen Wohlstands. Der zunehmende weltweite Ressourcenverbrauch, aber auch die Vielfältigkeit der eingesetzten Rohstoffe und der immer größere Aufwand für deren Gewinnung sind mit wachsenden ökologischen, ökonomischen und sozialen Belastungen verbunden und erfordern einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen. Daher ist die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs eine zentrale Aufgabe einer zukunftsfähigen Umwelt- und Industriepolitik.

Die effiziente und schonende Nutzung von Ressourcen bietet darüber hinaus die Chance, die Industrialisierung zu erhalten, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und neue Märkte mit Effizienztechnologien zu erschließen. Ressourceneffizienz ist daher eine Aufgabe, die sämtliche Lebens- und Wirtschaftsbereiche betrifft.

Mit der am 1. März 2016 vom Ministerrat verabschiedeten „Landesstrategie Ressourceneffizienz Baden-Württemberg“ hat die Landesregierung unter

Federführung des Umweltministeriums einen politischen Rahmen geschaffen, um eine effiziente Nutzung bei gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen im Land sicherzustellen. Anliegen der Landesstrategie ist es, Industrialisierung und Wachstum in Baden-Württemberg gezielt weiterzuentwickeln. Sie verfolgt die Absicht, durch Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz letztlich auch zu einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs beizutragen.

Schwerpunktmäßig befasst sich die Landesstrategie zwar mit den wirtschaftsstrategischen Rohstoffen, aber auch die sichere und nachhaltige Gewinnung von heimischen Rohstoffen sowie die Versorgung der Wirtschaft damit sind ein wichtiger Faktor beim effizienten Umgang mit den natürlichen Ressourcen und deren Schonung. Die Gewinnung und Sicherung von Primärrohstoffen ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag dazu bekannt, die Rohstoffstrategie des Landes fortzuschreiben sowie bestehende und neue Abbaustätten zur dauerhaften Rohstoffversorgung in die Regionalplanung zu integrieren.

Gerade die Schonung von Ressourcen liefert das Stichwort für ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Industrieverbands Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE), nämlich das Recycling von

Bauschutt und dessen Aufarbeitung zu marktfähigen Gesteinskörnungen, die die Gewinnung der entsprechenden Menge natürlicher Vorkommen vermeidet.

Der ISTE engagiert sich dabei nicht nur mit dem angeschlossenen Qualitätssicherungssystem QRB, sondern hat, zusammen mit weiteren wichtigen Akteuren der Bauwirtschaft und dem Umweltministerium, die Gemeinsame Erklärung zur Abfallvermeidung im Bausektor unterzeichnet, die darauf abzielt, die natürlichen Ressourcen zu schonen, die Akzeptanz von Sekundärbaustoffen zu erhöhen sowie innovative Recycling- und Verwertungspfade zu fördern.

Ich freue mich, mit Ihnen als wichtigem Partner auch weiterhin in engem Austausch und konstruktiver Diskussion zu bleiben und so für den Erhalt des Industriestandorts Baden-Württemberg bei gleichzeitiger Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen einzutreten.

Franz Untersteller MdL
Minister für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft des
Landes Baden-Württemberg

»Ein Land, das seine Infrastruktur vernachlässigt, wird seine Wirtschaftskraft und letztendlich auch seine Lebensqualität verlieren. Der Standort Baden-Württemberg braucht mehr politisches Engagement und weniger Bürokratie für dringend nötige Bauaufgaben.«



Peter Röhm,
Röhm Kies GmbH & Co. KG,
Wendlingen,
Präsident des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Das Funktionieren unserer Wirtschaft hängt nicht nur vom unternehmerischen Können ab. Auch die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie müssen stimmen. Der ISTE wirkt aktiv mit, die Wirtschaft unseres Landes leistungsfähig zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

In Baden-Württemberg gibt es über 500 Unternehmen, die mineralische Rohstoffe gewinnen, weiterverarbeiten oder gebrauchte mineralische Rohstoffe aufbereiten und verwerten. Insgesamt geschieht dies in rund 800 Werken mit 15.000 Beschäftigten. Die Branche erwirtschaftet einen Gesamtumsatz von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr im Land.

Pro Einwohner und Jahr müssen etwa zehn Tonnen Gestein aus der Natur entnommen werden, damit beispielsweise Häuser, Bürogebäude, Straßen, Bahnlinien und Radwege gebaut werden können. Insgesamt werden so jährlich je nach Konjunktur landesweit zwischen 80 und 100 Mio. Tonnen mineralische Rohstoffe gewonnen.

Gebrauchte Baustoffe werden durch Baustoffrecycling und Verwertung im Kreislauf gehalten. So werden heute bis zu 90 Prozent des Bauschutts und des Straßenaufbruchs verwertet.

Der ISTE steht für heimische Rohstoffe und heimische Märkte, für dezentrale Strukturen und kurze Transportwege und für einen nachhaltigen und sparsamen Umgang mit Ressourcen.

Der ISTE vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Gesetzgebungen und Verordnungen des Landes und des Bundes. Er ist zu allen wirtschaftlichen und politischen Themen im Gespräch mit dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg. Diese Gespräche finden auch mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes statt.



EIN LAND, IN DEM BRÜCKEN UND STRASSEN VERROTEN, WIRD SELBST VERROTEN

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Verkehrsinfrastruktur ist sträflich unterfinanziert. Was heute beim Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur versäumt wird, kann später nicht nachgeholt werden. Nur eine zweckgebundene PKW-Maut wird die Probleme lösen können.

Der ISTE setzt sich mit der „Aktion Pro Mobil“ gemeinsam mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) und mit den Industrie- und Handelskammern dafür ein, dass Mobilität heute und in Zukunft ideologiefrei, intelligent und bezahlbar bleibt.

Weitere Informationen unter www.lvi.de/Aktion_Pro_Mobil/Pro_Mobil.htm

WOHNUNGSBAUPOLITIK – DAS DACH ÜBER DEM KOPF DARF NICHT ZUM LUXUSGUT WERDEN

Der Wohnungsbau wurde in Baden-Württemberg jahrelang leichtfertig vernachlässigt. Vor allem in den Ballungszentren steigen die Mieten. Junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind vom Wohnungsmangel in den Ballungsräumen besonders betroffen.

Der ISTE setzt sich gemeinsam mit den Partnern der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ im Land und auf Bundesebene für eine bessere Wohnraumpolitik ein.

Weitere Informationen: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

ENERGIEPOLITIK – STROM MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

Baden-Württemberg hat eine einmalige Wirtschaftslandschaft. Die Unternehmen müssen weiter sicher und bezahlbar mit Strom versorgt werden. Steigende Energiekosten gefährden die industrielle Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

Baden-Württemberg hat einen enormen Nachholbedarf beim Bau von bezahlbarem Wohnraum.

Unsere Interessen werden durch den Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. (BBS) auf Bundesebene und im Land durch den Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) vertreten. In beiden Verbänden ist der ISTE eingebunden und beide Verbände unterhalten Arbeitsausschüsse zum Thema Energie und Energiepolitik. Ferner kooperiert der ISTE mit dem Großabnehmerverband Energie Baden-Württemberg e.V. (GAV).

Für den künftigen Umbau der Energieversorgung (dezentrale Kraftwerke, Speicher und Netze) sind mineralische Baustoffe notwendig, die von den Regionalverbänden vorausschauend gesichert werden müssen.

Weitere Informationen unter www.energieintensive.de

Spektakuläre Rohbauarbeiten am Aufzugstestturm in Rottweil. Wir können Großprojekte: mit Zement und Gesteinen aus dem Land!



**KONJUNKTUR
BADEN-WÜRTTEMBERG
NEUE IMPULSE STÜTZEN
WACHSTUM**

Baden-Württembergs Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2015 nach aktuellem Berechnungsstand preisbereinigt um 3,1%. Wie wird die wirtschaftliche Entwicklung aussehen?

Im Jahr 2016 wird das BIP in Deutschland laut der Prognose des DIW um 1,6% gegenüber dem Vorjahr wachsen. Für das Jahr 2017 wird eine Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2016 von 1,5% prognostiziert.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg beendet dank der sich gut entwickelnden Binnennachfrage die Wachstumspause in der zweiten Jahreshälfte 2015 und damit dürfte das reale BIP im ersten Quartal 2016 um 1,75% gestiegen sein. Für das zweite Quartal erwartet das Statistische Landesamt ein Wachstum von etwa 1,25%.

Die prognostizierten Wachstumsraten für das erste Halbjahr 2016 liegen damit unterhalb der Jahreswachstumsrate von 2015 (3,1%), allerdings entspricht die Prognose in etwa dem langfristigen Wachstumspotential der Südwestwirtschaft. Aktuell zur Verfügung stehende Indikatoren wie der Gesamtkonjunktur-

indikator des Statistischen Landesamtes bestätigen die moderate Wachstumsaussichten für 2016. Diese dürften vor allem aufgrund des schwächeren Auftragseinganges aus dem Ausland und der weniger dynamischen Produktion im verarbeitenden Gewerbe die außerordentlich hohen Werte von 2015 allerdings nicht mehr erreichen.

**BAUKONJUNKTUR
BADEN-WÜRTTEMBERG**

**BAUWIRTSCHAFT RECHNET
NICHT MIT RASCHEM
AUFTRAGSBOOM IN 2016**

Besser als erwartet – mit dieser Einschätzung zieht die baden-württembergische Bauwirtschaft für 2015 eine durchaus positive Bilanz. Während der Winter zu Jahresbeginn die Baubetriebe noch eiskalt erwischt hatte, konnten aufgrund der milden Witterung im November und Dezember größere Auftragsbestände zügig abgearbeitet werden. Die stabile gesamtwirtschaftliche Lage sorgte im vergangenen Jahr zudem in fast allen Bausparten für steigende Umsatzzahlen. Laut Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg lag das Bauvolumen zwischen Januar und Dezember bei 13,45 Mrd. Euro, ein Anstieg um 4%. Erfreulich entwickelte sich der Wirtschaftsbau mit +6,9%. Einen Dämpfer erhielt dagegen der öffentliche Bau. Insbesondere wegen der niedrigen Investitionen im kommunalen Straßenbau sank der Umsatzzuwachs im Vergleich

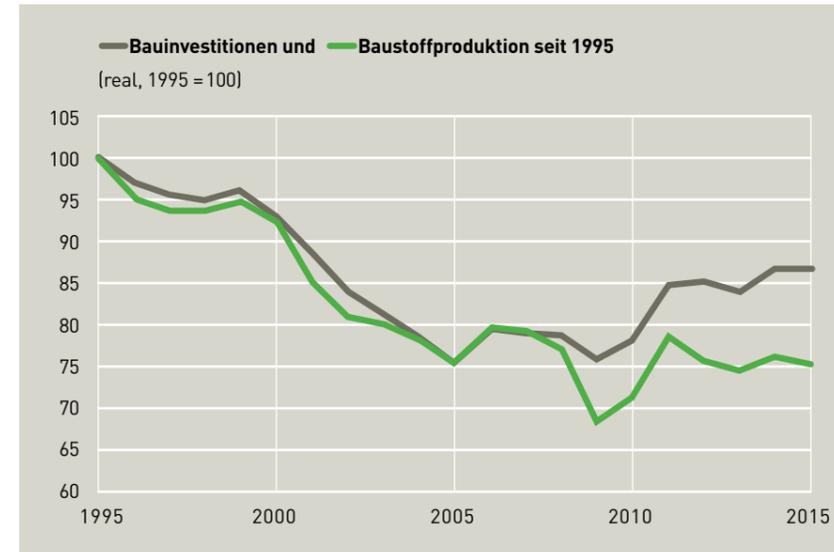
zum Vorjahr um etwa ein Drittel auf nur noch 5,5%. Vorerst ins Stocken geraten ist außerdem der Aufwärtstrend im Wohnungsbau. Hier gab es lediglich ein mageres Plus von 0,4%. Allerdings zeigt die Zahl der Wohnbaugenehmigungen mit 6,8% wieder deutlich nach oben.

Die Auftragseingänge stiegen insgesamt um 5,7% auf 7,7 Mrd. Euro. Besonders hoch ist das Auftragspolster mit +16,1% derzeit im Straßenbau.

Laut einer Umfrage des Ifo-Institutes sind die Erwartungen der Bauunternehmen für die kommenden Monate 2016 außerdem so gut wie lange nicht mehr. Durch Turbulenzen auf dem chinesischen Markt gibt es für die stark exportabhängige Wirtschaft im Südwesten aber große Unsicherheiten. Auch rechnet die Bauwirtschaft in Baden-Württemberg in den kommenden Monaten trotz hoher Flüchtlingszahlen noch nicht mit einem kräftigen Auftragschub für den Wohnungsbau und prognostiziert daher bis Ende 2016 ein Umsatzplus von 1,5 bis 2%.

**BAUINVESTITIONEN
FÜHREN NICHT ZWANGSLÄUFIG
ZUR PRODUKTION IN DER
BAUSTOFF- UND STEINE- UND
ERDENINDUSTRIE**

Unser Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BBS) hat in einer aktuellen Auswertung beschrieben, dass Baustoffinvestitionen sich von der Baustoffproduktion abgekoppelt



Seit ca. 2009 hat sich der Gleichlauf von Bauinvestitionen und Baustoffproduktion abgeschwächt. Auch für die nächsten Jahre ist mit einer negativen Abweichung zu rechnen.

zu haben scheinen. Hierfür gibt es verschiedene Faktoren, die sich überlagern bzw. gegenseitig verstärken und in der Summe dazu führen, dass sich die Baustoffproduktion im Verhältnis zu den Bauinvestitionen unterproportional entwickelt hat: Während beim Hochbau der gestiegene Anteil der Geschosswohnungen und der technischen Gebäudeausstattung an den Bauinvestitionen im Vordergrund steht, schlägt sich beim Tiefbau bzw. bei der Verkehrsinfrastruktur die wachsende Bedeutung von Bestandsmaßnahmen nieder. Es ist bei Betrachtung aller politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen davon auszugehen, dass diese Faktoren auch künftig mindestens in gleicher, möglicherweise in sich verstärkender Weise wirksam sind.

Sorgen bereiten auch das zunehmende Fehlen von Verfüll- und Deponiekapazitäten in den Ballungsräumen, wo verstärkte Bautätigkeit sowie diverse Großprojekte zu einem massiven Druck auf die verbliebenen Kapazitäten geführt haben und die Preise für zu verfüllende oder zu deponierende Bodenmaterialien stark angestiegen sind. Sie führen auch zu extrem weiten Fahrten zu möglichen Verwertungs- und Entsorgungsorten, verbunden mit entsprechender Belastung der Verkehrswege.

BAUPREISINDEX

Die Erhebung der Bauleistungspreise haben den Zweck, die Berechnung der Preisindizes für ausgewählte Bauwerke zu erwirken, aktuelle und historische Verkehrswerte von Bauwerken zu schätzen, vertraglich vereinbarte Zahlungen anzupassen und andere wirtschaftsstatistische Größen, zum Beispiel in den Auftragseingängen und -beständen im Baugewerbe, zu deflationieren bzw. zu bereinigen.

Es werden Vertragspreise (einschl. Umsatzsteuer) für die Ausführung ausgewählter, fest umrissener Bauleistungen erhoben. Die Preisangaben sollen sich auf im Berichtsmonat geschlossene Bauleistungsverträge beziehen.

In Baden-Württemberg haben sich laut dem Statistischen Landesamt die Preisindizes gegenüber dem Vorjahresquartal wie folgt entwickelt:

Veränderung 1. Quartal 2016 gegenüber	1. Quartal 2015	4. Quartal 2015
Wohngebäude	+2,1%	+1,0%
Bürogebäude	+2,2%	+0,9%
Gewerbliche Betriebsgebäude	+2,0%	+0,7%
Ortskanäle	+1,1%	+0,7%
Brücken im Straßenbau	+0,4%	+0,5%

ISTE-STATISTIK

Die ISTE-Statistik ergab für das Jahr 2015 für die Baustoffindustrie je nach Sparte einen Produktionszuwachs um bis zu 4% und einen Umsatzzuwachs von bis zu 2,5%.

Allerdings schwanken die Zahlen stark zwischen einzelnen Regionen und zwischen den Fachsparten im ISTE. Im Durchschnitt ist die Produktion von 2014 zu 2015 stabil gegenüber dem Vorjahr geblieben und der Umsatz um 1,5% gestiegen.

Straße	Bezeichnung	Kosten (Euro)	Möglicher Baubeginn
A 8	Pforzheim/Süd – Pforzheim/Nord (Enztalquerung)	147 Mio.	Mitte 2016
B 463	Westtangente Pforzheim 1. BA	20 Mio.	November 2015
B 27	OU Behla	7 Mio.	Mai 2016
B 27	Donaueschingen – Hüfingen	25 Mio.	Juni 2016
B 33	Allensbach – Konstanz (Abschnitte A+B und Abschnitt E)	61 Mio.	November 2015
B 34	OU Wyhlen	17 Mio.	Juli 2016
B 294	OU Winden	68 Mio.	November 2015
B 10	Süßen/Ost – Gingen/Ost	15 Mio.	Oktober 2015
B 14	Nellmersbach – Backnang/West (Bauabschnitt 1.1)	10 Mio.	April 2016
B 14	Verlegung in Schwäbisch Hall (Weilertunnel)	34 Mio.	Frühjahr 2017 wird angestrebt
B 29	Essingen – Aalen	35 Mio.	Juli 2016
B 28	Rottenburg – Tübingen	27 Mio.	Frühjahr 2016
B 31	Überlingen/West – Überlingen/Ost	32 Mio.	Herbst 2015.
B 311	Erbach – Dellmensingen	31 Mio.	Juli 2016
B 313	OU Grafenberg	8 Mio.	Juli 2016

VERKEHRSPOLITIK

Moderne Verkehrswege sind eine wichtige Basis für Wachstum, Beschäftigung und solide Staatsfinanzen von morgen. Die Qualität der Verkehrsnetze ist eine wichtige Grundlage für eine dauerhaft gute wirtschaftliche Entwicklung von Unternehmen, Branchen und Regionen in Deutschland. Damit diese erfolgreich sein können und unsere Volkswirtschaft international wettbewerbsfähig bleiben kann, muss Deutschland seine einst vorbildliche Verkehrsinfrastruktur wieder zu einem starken Standortvorteil machen.

Dies gilt insbesondere für unser Land Baden-Württemberg. Die Erreichbarkeit der Unternehmen wird durch Investitionen deutlich verbessert, die Voraussetzungen für eine ungehinderte Export- und Importabwicklung geschaffen. Die Erschließung gerade auch der ländlichen Räume wird dadurch langfristig gesichert. Die im Verkehrssektor getätigten Investitionen haben hohe positive volkswirtschaftliche und insbesondere Arbeitsmarkt-Effekte.

Die Daehre-Kommission bezifferte das nachzuholende Defizit in der Verkehrsinfrastruktur auf mindestens 7,2 Milliarden Euro pro Jahr für einen Zeitraum von 15 Jahren für Straße, Schiene und Wasserstraße von Bund, Länder und Kommunen. Man muss anerkennen,

dass es sowohl der Daehre- als auch der Bodewig-Kommission gelungen ist, den immensen Finanzbedarf für die Infrastruktur in der öffentlichen Wahrnehmung zu platzieren.

Trotz des 5-Mrd.-Euro-Sonderprogramms des Bundes besteht kein Anlass zu übertriebener Euphorie. Das Investitionsniveau der Verkehrswege liegt bis 2017 im Durchschnitt nur vier Prozent über dem der letzten Wahlperiode. Für die Straßen sieht es noch ungünstiger aus. Vor der Wahl unrealistisch hoch angesetzte Erwartungen an das Aufkommen der Lkw-Maut wurden in der Finanzplanung abgesenkt. Dadurch verringern sich die Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen pro Jahr um mehr als 200 Mio. Euro. Der im Grunde positive stetige Anstieg der Gesamtheit der Verkehrsinvestitionen beinhaltet für die Straßen nicht den dringend benötigten stabilen Aufwärtstrend.

- Die Verkehrsleistung wird weiter zunehmen, auf den Straßen bis 2030 beim Pkw um 10 Prozent und beim Lkw um 39 Prozent. Dies erfordert den gezielten Ausbau von Engpässen und mehr Erhalt.
- Die für 2016 und 2017 geplante Aufstockung der Mittel für Autobahnen und Bundesstraßen macht Mut. Ländern und Bauwirtschaft fehlt jedoch die notwendige Planungssicherheit, die den Aufbau zusätzlicher Kapazitäten für Planung und Bau lohnt, weil 2018 der Rückfall auf das Ausgangsniveau droht.

Vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur freigegebene Bedarfsplanmaßnahmen (Bundesfernstraßen) in Baden-Württemberg

VERKEHRSPOLITIK DES BUNDES

Straßeninfrastruktur

Im Straßenbau müssen neue Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel eine zweckgebundene PKW-Vignette für alle, also nicht nur für Fahrzeuge aus dem Ausland, zur Anwendung kommen. Davon sind ISTE und weitere Wirtschaftsverbände überzeugt. Darüber hinaus muss an einer Fondslösung gearbeitet werden, damit Finanzmittel auch unterjährig für das Bauen zur Verfügung stehen. Entsprechende Vorschläge in Richtung Bundesfernstraßengesellschaft unter Beteiligung von Banken, Versicherungen oder der Bevölkerung haben die Bundesminister Wolfgang Schäuble, Sigmar Gabriel und Alexander Dobrindt vor kurzem in die öffentliche Diskussion gebracht. Für die Zukunft ist wichtig, dass für den Erhalt der Infrastruktur dauerhaft und langfristig ausreichende Mittel bereitgestellt werden. Mittel für große Projekte müssen zudem überjährig zur Verfügung stehen.

Evolution statt Revolution

Ob das diskutierte Konzept einer bundeseigenen Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gegenüber der Auftragsverwaltung tatsächlich von Vorteil ist, muss sich in den Präzisierungen erst noch zeigen. Eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft müsste die Verwaltung aller Finanzmittel für die Verkehrsträger sowie sämtlicher Nutzerentgelte



In der SWR Sendung „betrifft: Falsches Signal – Wie die Bahn beim Gütertransport versagt“ vom 18. Mai 2016 kommt ISTE-Mitglied Sebastian Striebel, Fa. WIBO, Ottenhöfen zu Wort. Es geht um den Erhalt von Güterverkehrsstellen zur Belieferung von Bahnprojekten vor der Haustür in der Oberrheinebene.



Es geht voran: Ein halbes Jahr vor dem ursprünglichen Zeitplan wurde am 6. November 2015 der Tunneldurchschlag am Steinbühlntunnel in Hohenstadt gefeiert.

wie Pkw- und Lkw-Maut, Hafen- und Schleusengebühren, Kanalabgaben sowie Luftverkehrsabgaben in sich vereinen. Möglicherweise bedarf es einer Reform der Verkehrswegefinanzierung und der Auftragsverwaltung, damit Finanzierung und Planung enger verzahnt werden können. Evolution scheint dabei wichtiger als Revolution, sagt Präsident Dr. Peter Fischer, Präsident von Pro Mobilität in Berlin. Nach Jahren lähmender Stagnation ist nun Bewegung in der Verkehrsinfrastrukturpolitik gekommen. Nachdem nun große Summen investiert werden sollen und weitere Zuwächse bis 2018 vorgesehen sind, wechselt die Herausforderung von der Finanzierung zur Planung und Umsetzung. Hier sind vor allem die Länder und die Bau- und Baustoffwirtschaft gemeinsam gefordert.

Die grün-rote Koalition hat für den Bundesverkehrswegeplan (BWVP 2015) eine priorisierte Anmeldeleiste mit rd. 160 Verkehrsprojekten mit einem Gesamtvolumen von 11,2 Mrd. Euro nach Berlin gemeldet. Ob der Bund dieser Priorisierung folgt, bleibt abzuwarten. Bei einer durchschnittlichen Mittelbereitstellung von 230 Mio. Euro pro Jahr durch den Bund in den vergangenen Jahren bedeutet das, dass die angemeldeten Projekte nach ungefähr 49 Jahren realisiert wären, obwohl der BWVP nur eine Laufzeit von max. 15 Jahren hat. Diese Zahl zeigt eindrücklich, dass dringend andere, zielführendere Wege für die Finanzierung in der Verkehrspolitik gegangen werden müssen.

Schieneinfrastruktur

Die vielen Bauaktivitäten der DB Netz sind Folge der 2014 abgeschlossenen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV II) zwischen Bund und Deutscher Bahn. Bis 2019 soll die Schieneinfrastruktur mit einem Aufwand von rund 28 Milliarden Euro umfangreich saniert werden. 17.000 Kilometer Schienen mit 8.700 Weichen werden erneuert, 18 Tunnel modernisiert und 875 Brücken saniert oder ausgetauscht. Allein in diesem Jahr sind die Erneuerung und Instandhaltung von rund 3.200 Kilometern Schienen, 2.000 Weichen, 2,9 Mio. Eisenbahnschwellen und etwa 4 Mio. Tonnen Schotter sowie die Sanierung von rund 150 Brücken vorgesehen.

Wer Schienen will, braucht Schotter

Mit größtem Unverständnis betrachten wir die Initiative „Zukunft Bahn“. Dabei werden seitens der DB Cargo Gleisanschlüsse zu Steinbrüchen gekündigt, die Schotter liefern können. Wir haben uns diesbezüglich an die Bahnführung und an das Verkehrsministerium Baden-Württemberg gewandt. Der SWR hat am 18. Mai 2015 darüber berichtet.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Als Projektbefürworter der ersten Stunde („Buddeln statt Bruddeln“) begleitet der ISTE den Baufortschritt von Stuttgart 21 und der Strecke Wendlingen-Ulm mit großem Interesse und bietet regelmäßig Fachexkursionen zu den verschiedenen Bauabschnitten für in-

teressierte Mitglieder an. Die Stuttgart-21-Projektgesellschaft bietet der Öffentlichkeit bei den „Tagen der offenen Baustelle“ Einblicke in die Bauarbeiten am Großprojekt über und unter Tage.

Für den Geschäftsführer des Bahnprojekts Stuttgart 21, Manfred Leger, ist der Durchbruch im Steinbühlntunnel bei Hohenstadt nach 27 Monaten ein Meilenstein. Ein halbes Jahr früher als geplant haben die Mineure den drittlängsten Tunnel der ICE-Neubaustrecke in den Kalkstein der Schwäbischen Alb gefräst, gebohrt und gesprengt. An der Neubaustrecke entstehen Tunnel mit einer Gesamtlänge von 60 Kilometern. Mehr als ein Drittel ist schon gegraben. Es geht voran!

Rheintalbahn

Der Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel ist neben Stuttgart 21 das größte Bahnprojekt Baden-Württembergs. Der Bundestag hat dem Kompromiss zum Ausbau des Neun-Milliarden-Euro-Projekts zwischen Offenburg und Basel zugestimmt. Der Bund übernimmt Mehrkosten für Lärmschutzmaßnahmen von insgesamt 1,5 Milliarden Euro. Vom Land Baden-Württemberg kommen rund 280 Mio. Euro. Damit können der Offenburger Bahntunnel sowie zwei neue Gleise zwischen Offenburg und Riegel entlang der A5 gebaut werden.

Diskussionsrunde zur Verkehrspolitik auf dem ISTE-Baustoff-Tag: Moderator Joachim Mahrholdt, Staatssekretärin Dr. Gisela Splett, Staatssekretär Norbert Barthle MdB, Aktion pro Mobil-Sprecher Wolfgang Pflaumer sowie die Unternehmer Matthias Waggerhauser und Peter Rombold (v.l.n.r.)

Die Staatssekretärin Gisela Splett erläutert die Eckpunkte der Verkehrspolitik des Bundes.



VERKEHRSPOLITIK DES LANDES

Der Bund legt im Bundesfernstraßenbau den Schwerpunkt klar auf den Erhalt. Somit wurden die Ausgaben für die Erhaltung der Bundesfernstraßen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 30,7 Mio. Euro auf insgesamt 352,7 Mio. Euro im Land erhöht und ein neuer Spitzenwert erreicht. Auch im Rahmen des länderübergreifenden Mittelausgleichs (Swing-Mittel) konnte Baden-Württemberg 2015 zusätzlich 65,6 Mio. Euro für Baumaßnahmen abnehmen. Dies ist alles sehr erfreulich, allerdings gehen aber auch wichtige Projekte – wie der Alaufstieg der A8 bei Mühlhausen – kaum vorwärts. Zwar läuft das Planfeststellungsverfahren zu diesem Projekt wieder, die Finanzierung des mindestens 500-Mio.-Euro-Vorhabens bleibt aber nach wie vor unklar.

Ein Kritikpunkt der vergangenen Jahre war die Leistungsfähigkeit der personell ausgedünnten Straßenbauverwaltung. Inzwischen wurden nun sukzessive Stellen in der Straßenbauverwaltung ausgeschrieben und besetzt. Bereits 2013 wurden 30 neue Stellen geschaffen. Verteilt auf die Jahre 2014 bis 2018 sollen insgesamt 200 neue Stellen geschaffen werden. Im Haushalt 2015/2016 wurden in beiden Jahren je 50 Neustellen geschaffen. Dadurch zählt die Straßenbauverwaltung in Baden-Württemberg wieder rd. 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und kann so die anstehenden Bauaufgaben im

Straßenbau zeitnah umsetzen. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Mit den vom Bund von 2016 an zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln für die Straßenverkehrsinfrastruktur wird die Baufreigabe für 15 von 16 Straßenbauprojekten mit bestandskräftigem Baurecht in Baden-Württemberg ermöglicht. Der ISTE begrüßt die Investitionsoffensive des Bundes für die Verkehrsinfrastruktur und die Baufreigaben der baden-württembergischen Bundesfernstraßenprojekte. Mit Bedarfsplaninvestitionen von 500 Mio. Euro liegt Baden-Württemberg auf Platz eins der Liste der bundesweiten Baufreigaben. Geht man nach den Gesamtkosten liegt Baden-Württemberg mit 537 Mio. Euro auf Platz zwei nach Bayern mit 621 Mio. Euro. Damit ist die sehr ärgerliche Diskussion darüber, ob einerseits das Land seine eigene Straßenbauverwaltung und andererseits der Bund die Landesregierung ausgebremst habe, endlich beendet. Mit gut der Hälfte der Projekte kann um den Jahreswechsel 2015/2016 begonnen werden. Zusammen geht es besser – zum Wohle der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Aufgrund der bereits durchgeführten Vorarbeiten für die vom Land vorrangig priorisierten und nach den bisherigen Finanzplanungen des Bundes absehbaren Projekte kann bis Mitte 2016 bei 14 frei gegebenen Maßnahmen mit den Arbeiten für die Projektrealisierung begonnen werden. Nur beim sogenannten

Weilertunnel bei Schwäbisch Hall auf der B 14 geht es nicht ganz so schnell. Hier laufen Gespräche, um die von der Stadt begonnenen Planungen durch das Land zügig fortzuführen. Angestrebt wird ein Baubeginn im Frühjahr 2017.

Gerade der ländliche Raum ist auf die Erschließung durch ein gutes Landstraßennetz angewiesen. Der notwendige Neu- und Ausbau und die Schließung der Lücken dürfen damit aber nicht unterbleiben. Beides ist gleichermaßen wichtig und notwendig, wenn die Straßeninfrastruktur langfristig funktionieren soll. Etwa 4.600 km oder 49% der Landesstraßen sind in einem schlechten bzw. sehr schlechten Zustand. Unsere Forderung: Erhalt, ohne den notwendigen Ausbau zu vernachlässigen! Die Gesamtausgaben für Landesstraßen lagen 2015 bei 257,5 Mio. Euro. In den Erhalt von Landesstraßen flossen erstmals in dieser Größenordnung 119,2 Mio. Euro. In vielen Fällen ist es mit der Erneuerung der Deckschichten, die manchmal nicht mehr als Kosmetik ist, aber nicht getan. Im Sinne der gesamtheitlichen Nachhaltigkeit der eingesetzten Finanzmittel sprechen wir uns für die grundhafte Erneuerung aus. Für Ortsumgehungen sowie für Aus- und Neubau von Landesstraßen wurden 40,4 Mio. Euro und für den Bau nachträglicher straßenbegleitender Radwege 13,2 Mio. Euro ausgegeben. Die Investitionen in Radwege entlang von Landesstraßen wurden gegenüber dem Vorjahr verdoppelt. Ein Beitrag des



Bahnverladung in Ottenhöfen von dringend benötigtem Gleisschotter u. a. für den Ausbau der Rheintalbahn. Wie lange noch? Wird aus dem Projekt „Zukunft Bahn“ das Projekt „Endstation Bahn“? Im Schulterschluss ringen Politiker und ISTE mit der Bahn um den Erhalt der Güterverkehrsstelle.



Landes zum Konzept der „Nachhaltigen Mobilität“. Die knapp 40 Mio. Euro für den Neu- und Ausbau sind aus unserer Sicht jedoch zu gering, gerade auch im Hinblick auf die ausgezeichnete Steuereinnahmesituation des Landes.

Von der neuen Landesregierung erwarten wir, dass sie sich beim Bund für die rasche Realisierung des sechsspurigen Neubaus zwischen Mühlhausen und Hohenstadt (Alaufstieg A8) einsetzt.

KOMMUNALER VERKEHR

Die Verkehrsinfrastruktur in den Kommunen ist ebenfalls deutlich unterfinanziert. Seit 1996 sind die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nominal unverändert. Da Baupreissteigerungen nicht berücksichtigt wurden, sind die Förderbeiträge über die Jahre real kräftig geschrumpft. Das zur Verfügung stehende Fördervolumen beläuft sich aktuell auf 165,5 Mio. Euro, die Baden-Württemberg jährlich an Entflechtungsmitteln vom Bund erhält. Mit diesen Bundesmitteln können nach den Vorgaben des LGVFG kommunale Projekte im Straßenbau oder ÖPNV mit einem Investitionsvolumen von bis zu 50 Mio. Euro gefördert werden. ÖPNV-Großprojekte über 50 Mio. Euro werden über das GVFG-Bundesprogramm gefördert. Eher überraschend konnte im September 2015 eine Einigung zwischen Bund und Ländern über die Verlängerung des GVFG-Bundesprogramms über das Jahr 2019 hinaus erzielt werden.

Im kommunalen Straßenbau hat die 2011 durch die Landesregierung umgesetzte Umverteilung der Entflechtungsmittel zugunsten des Umweltverbunds zu einer weiteren Absenkung der Mittel im kommunalen Straßenbau geführt. Im Jahr 2013 folgte neben einer erneuten Ausweitung der Fördertatbestände eine generelle Absenkung der Förderquote von 75 auf 50 Prozent sowie die Einführung einer Festbetragsfinanzierung. Der kommunale Eigenanteil an Vorhaben hat sich durch diese Absenkung verdoppelt, was die Leistungsfähigkeit vieler Kommunen und auch Verkehrsunternehmen übersteigt. Die nun 2015 beschlossene weitere Ausweitung der Fördertatbestände im Rahmen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) sorgt bei gleichbleibender finanzieller Ausstattung für weniger Geld für jedes einzelne Projekt. Dadurch können wichtige und größere Projekte möglicherweise nicht mehr gefördert bzw. gebaut werden.

Der ISTE hat in seiner gemeinsamen Stellungnahme mit dem LVI im Rahmen der Verbändeanhörung auf diesen Missstand hingewiesen. Bereits 2019 werden die Zahlungen nach dem Entflechtungsgesetz durch den Bund auslaufen. Damit fehlt den Kommunen schon jetzt die notwendige Planungssicherheit für wichtige Projekte, die in den nächsten Jahren realisiert werden müssten. Im kommenden Jahr wird es darum gehen, dass die Länder sich beim Bund mit Nachdruck nicht nur

für eine Nachfolgeregelung für die Entflechtungsmittel stark machen, sondern nach Möglichkeit eine Erhöhung der Mittel zu erreichen.

VERKEHRSBESCHRÄNKUNGEN

Die Beschränkungen für den Lkw-Verkehr nehmen stetig zu und beeinträchtigen die Mitglieder und deren Spediteure zunehmend bei der Auslieferung der Baustoffe. So gibt es aktuell Bestrebungen der Regierungspräsidenten Karlsruhe und Stuttgart, Lkw-Durchgangsverkehre über 12 Tonnen auf den Bundesstraßen im Quadranten zwischen den Autobahnen A5, A6, A8, A81 aus Gründen der Lärmbelastung zu sperren. Verkehrswege werden künstlich verknappt und führen zu einer weiteren Verkehrsverdichtung auf den Autobahnen. Auf Verkehrsstörungen könnte dann kaum mehr reagiert werden. Ferner werden Planung, Disposition und Abwicklung im Straßengüterverkehr weiter erschwert. Staus und Verkehrsbehinderungen belasten zusätzlich das Fahrpersonal und Unternehmen. Bundesstraßen stehen definitionsgemäß auch dem Güterverkehr zur Verfügung. Pläne zur Anordnung umfangreicher ganztägiger Fahrverbote für den Lkw-Durchgangsverkehr auf den Bundesstraßen innerhalb des Autobahnquadranten lehnen wir ab.



In Umweltzonen gelten auch für Baufahrzeuge strenge Auflagen.

Riesenglück hat, wer ohne Stau an der Stauhauptstadt Stuttgart vorbei kommt. Meistens gelingt das nicht. Der neue Bundesverkehrswegeplan muss mit Hochdruck umgesetzt werden.

LUFTQUALITÄTSVERORDNUNG-BAUMASCHINEN

Die Landesregierung hat Ende 2015 das Gesetz „Luftqualitätsverordnung-Baumaschinen“ zum Einsatz von Baumaschinen in Umweltzonen erlassen. Der ISTE hat in seiner Stellungnahme speziell auf die Abgrenzung zwischen stationären und mobilen Betonpumpen hingewiesen (§ 2(3) – Liste der Maschinenkategorien). Unter dem vierten Spiegelstrich sind u. a. auch „Betonpumpen“ genannt. Hier haben wir in unserer Stellungnahme eine Präzisierung im Verordnungstext gefordert, um eine klare Abgrenzung zwischen den von der Verordnung erfassten stationären Baustellen-Betonpumpen z. B. auf Tunnelbaustellen (ohne Straßenzulassung, z. T. mit Anhängerkupplung) und den mobilen Betonpumpen (selbstfahrende Arbeitsmaschinen) zum Fördern von Transportbeton mit wechselnden Einsatzorten zu haben. Wir sind der Auffassung, dass die im ISTE organisierten mobilen Betonpumpen von der Verordnung nicht erfasst sind, da diese – wie Betonmischfahrzeuge – eine Straßenzulassung und üblicherweise eine grüne Plakette nach der 35. BImSchV zur Befahrung der Umweltzonen haben. Um unnötigen bürokratischen Aufwand bei Kontrollen auf Baustellen zu vermeiden, haben wir weiter die Präzisierung von Vollzugshinweisen und die Schulung des Aufsichts- und Überwachungspersonal angeregt.

VERBÄNDEBÜNDNIS „AKTION PRO MOBIL“

Im abgelaufenen Jahr beschäftigte sich die AKTION PRO MOBIL, deren Geschäftsstelle beim Landesverband der baden-württembergischen Industrie (LVI) angesiedelt ist, erneut zuvorderst mit dem Straßenbau im Land, insbesondere im Bereich der Landes- und Bundesstraßen. Letztere standen im Zentrum einer gemeinsamen Veranstaltung mit der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg in Tuttlingen, die wenige Tage nach der Bekanntgabe mehrerer freigegebener Bundesfernstraßenprojekte durch das Bundesverkehrsministerium in ganz anderem, hellerem Licht stattfand als ursprünglich angenommen. Nachdem IHK-Präsident Dieter Teufel dafür warb, nicht nur auf den Hauptachsen Geld für die Verkehrsinfrastruktur auszugeben, sprach sich Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dafür aus, das Niveau der Verkehrsinfrastruktur kontinuierlich zu steigern. Staatssekretär Norbert Barthle betonte in seinen Ausführungen, dass Infrastruktur eine „Voraussetzung für Wirtschaftskraft“ sei. Er ging auf den geplanten Investitionshochlauf des Bundes ein, thematisierte den Systemwechsel vom steuerfinanzierten hin zum nutzerfinanzierten Infrastrukturbau und erläuterte den Status quo bei der Bundesverkehrswegeplanung.

In der lebhaften Podiumsdiskussion, die von Wolfgang Pflaumer, dem Sprecher der AKTION PRO MOBIL, moderiert wurde, machte Bärbel Schäfer, Regierungspräsidentin in Freiburg, auf die Problematik der Personalkapazitäten in der Straßenbauverwaltung aufmerksam. IHK-Hauptgeschäftsführer Thomas Albiez zeigte die kritischen Auswirkungen nicht vorhandener Infrastruktur auf und warb um eine gute Infrastruktur für die gesamte Region, auch abseits der Autobahn.

In den regelmäßigen Sitzungen diskutierten die Mitglieder Möglichkeiten einer verbesserten Infrastrukturfinanzierung und weitere vielfältige Themen, angefangen bei der Straßenbaupolitik der Landesregierung über die Vor- und Nachteile von ÖPP-Projekten, den Feldversuch für Lang-Lkw, Streckensperren, die Straßenbauverwaltung oder das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bis hin zu – natürlich – den Vorboten der Landtagswahl 2016.

GSV-LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung e.V. (GSV) engagiert sich für verkehrs- und umweltgerechte Verkehrskonzepte sowie deren Umsetzung. Die Organisation hat rd. 250 Mitglieder, vor allem Bürgermeister und Landräte. Die Aufgabe der GSV ist



In Baden-Württemberg müssen in den nächsten Jahren mindestens doppelt so viele Wohneinheiten wie bisher gebaut werden. Experten meinen, dass rund 60.000 Wohnungen pro Jahr nötig sind.

Unser Mitglied und Sprecher des Aktionsbündnisses Impulse für den Wohnungsbau, Jochen Bayer, forderte auf den Baustofftagen 2015 mehr Engagement für den Wohnungsbau.



es, der oft schweigenden Mehrheit der Unterstützer von Baumaßnahmen eine Stimme zu geben. Die GSV unterstützt Bürgeraktionen und Bürgerinitiativen für den Bau von Ortsumgehungen und Lückenschlüsse. Ziel ist die Nutzung der Bürgerbewegung zur Verbesserung der jeweiligen Infrastruktur vor Ort.

Der ISTE fördert zusammen mit weiteren Partnerverbänden seit einigen Jahren die Arbeit der GSV.

WOHNUNGSBAUPOLITIK

Der Wohnungsbau in Deutschland steht nicht erst seit der Flüchtlingskrise vor wachsenden Herausforderungen. Ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum und fehlende Sozialmietwohnungen, insbesondere in Großstädten und Ballungszentren, kennzeichnen bereits seit einigen Jahren die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Vor allem junge Menschen am Beginn ihres Berufslebens, Senioren und gering verdienende Menschen sind davon betroffen, auch in Baden-Württemberg.

Nach einer Studie des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung Dresden fehlten bereits im Jahr 2012 rund 62.000 Wohnungen. Angesichts der aktuellen Zuwanderung, laut dem Statistischen Landesamt sind im Jahre 2014 knapp 90 000 Menschen nach Ba-

den-Württemberg gezogen, die größte Wanderungsbewegung seit 1992, und dem wachsenden Flüchtlingsaufkommen dürfte das Defizit derzeit weit höher liegen.

Gemeinsam mit Vertretern der Bau- und Immobilienwirtschaft, Arbeitnehmern und Mietern aus Baden-Württemberg setzt sich der ISTE im Rahmen der „Aktionsgemeinschaft Impulse für den Wohnungsbau“ seit vielen Jahren für eine dauerhafte und spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau auf Landesebene ein.

Erste politische Erfolge konnten in den vergangenen Jahren durch die etappenweise Erhöhung der landeseigenen Mittel beim Landeswohnraumförderungsprogramm erzielt werden. Trotz dieser Maßnahme fehlt es jedoch weiterhin in erheblichem Umfang an Sozialmietwohnungen sowie Wohnungen im mittleren Preissegment, insbesondere in Ballungsräumen. Wesentliche Forderungen der Initiative, deren Sprecher das ISTE-Mitglied Jochen Bayer, E. Bayer Baustoffwerke GmbH + Co. KG, Esslingen, ist, sind daher

- die weitere Aufstockung der landeseigenen Mittel des Wohnraumförderungsprogramms auf mindestens 100 Mio. Euro im Jahr,
- die Schaffung steuerlicher Anreize durch erhöhte Abschreibungssätze
- die kritische Prüfung und Flexibilisierung der Landesbauordnung,

- die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren,
- die Beseitigung der Deponieengpässe durch Ausweisung neuer Deponieflächen, um die Baukosten nicht unnötig zu erhöhen.

Mit der Einführung der Mietpreisbremse in den angespannten Wohnlagen, der Erhöhung des Wohngeldes ab 2016 sowie der Verdoppelung der Kompensationszahlungen des Bundes an die Länder für den sozialen Wohnungsbau ab diesem Jahr reagierte die Bundespolitik auf das Problem.

Ende 2015 hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks zudem die Empfehlungen des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und der Baukostensenkungskommission vorgestellt und ein 10-Punkte-Programm für mehr bezahlbaren Wohnungsbau abgeleitet. Die darin enthaltenen Maßnahmen decken sich mit den Forderungen der einschlägigen Verbände, z. B. eine einheitliche Musterbauordnung für alle Bundesländer, die stärkere Orientierung des Normungswesens an Kostenaspekten oder die verstärkte Bereitstellung von vergünstigtem Bauland. Ein Gesetzesentwurf zur Einführung einer zeitlich befristeten Sonder-AfA liegt auch bereits vor. Die Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, ob diese allein ausreichen werden, um den wachsenden Wohnungsbedarf zu



Das Aktionsbündnis Impulse für den Wohnungsbau fordert mindestens 100 Mio. Euro pro Jahr für ein landeseigenes Förderprogramm. Damit bliebe Baden-Württemberg immer noch um Längen hinter Bayern zurück.



decken und genügend Anreize für den Neubau zu schaffen, muss sich jedoch erst zeigen.

Im März 2016 hatten der ISTE Präsident Peter Röhm und Jochen Bayer zusammen mit der Hauptgeschäftsführung Gelegenheit, die Position der Baustoffindustrie in Sachen Wohnungsbau, Baustoffrecycling sowie die Möglichkeiten von photokatalytischen wirksamen Baustoffen dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Fritz Kuhn, vorzustellen.

Die notwendigen Verbesserungen und das Engagement des Landes waren auch Gegenstand zahlreicher Gespräche und Kontakte zu den Landespolitikern im Rahmen der Koalitionsgespräche.

Außerdem brauche der private Sektor Unterstützung, etwa über deutlich höhere AfA-Raten.

AKTIONSBÜNDNIS IMPULSE FÜR DEN WOHNUNGSBAU SIEHT FLÜCHTLINGSZUSTROM LANGFRISTIG ALS CHANCE

Der Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen hat 2015 eine lebhaftere Debatte über die Frage ausgelöst, wie zügig genügend Wohnraum für die vielen Menschen geschaffen werden kann. Auch das Aktionsbündnis für den Wohnungsbau, dem der ISTE angehört, nahm dazu Stellung:

Mit Nachdruck forderte das Aktionsbündnis den Bund, die Länder und Gemeinden auf, unverzüglich den Bau neuer Wohnungen durch geeignete Fördermaßnahmen zu unterstützen sowie den sozialen Wohnungsbau aus öffentlichen Mitteln wieder zu finanzieren. „Es wird allgemein zu wenig gebaut. Tausende von Familien suchen derzeit in Deutschland bezahlbaren Wohnraum, nicht nur in den Ballungszentren und den großen Städten, auch auf dem Land. Allein in Baden-Württemberg fehlen über 60.000 Wohnungen“, stellte Jochen Bayer, Sprecher des Aktionsbündnisses, fest.

Diese Zahlen habe das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden ermittelt, noch vor Beginn der Flüchtlingswelle. Fehlender Wohnraum sei gesellschaftlicher Sprengstoff. Bayer: „Wir können es uns nicht leisten, junge Familien und Geringverdiener ohne Perspektiven auf dem Wohnungs-

markt zu lassen. Und wenn wir wirklich Flüchtlingen und Asylbewerbern die Chance geben wollen, sich in diesem Land zu integrieren und zu arbeiten, dann müssen wir ihnen auch die nötigen Wohnungen anbieten. Denn hier liegen langfristig enorme Chancen!“

Im Jahre 2014 seien rund 90.000 Menschen nach Baden-Württemberg gezogen. Das war dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zufolge die größte Wanderungsbewegung seit 1992. Dieser Zuzug müsse klug über das Land verteilt werden. Bayer: „Die Menschen, die zu uns ‚ins Ländle‘ kommen, wollen teilhaben an unserem Leben – gesellschaftlich und wirtschaftlich. Wenn wir ihnen dazu die Möglichkeit geben, wäre das eine gute Investition in unsere Wirtschaft und in unsere Sozialsysteme.“

Die Aktionsgemeinschaft plädiert deshalb für ein landeseigenes Förderprogramm mit einem Volumen von mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr. Es sollte nicht nur altersgerechten und energieeffizienten Wohnraum fördern, sondern auch regionale und demographische Schwerpunkte setzen.



Am Fildertunnel gehen die Bohrarbeiten zügig voran. Dr. h.c. Martin Herrenknecht, Fa. Herrenknecht AG, Schwanau erläutert stolz die weltweit eingesetzten Tunnelbohrmaschinen beim Tag der offenen Tür am Filderportal in Stuttgart.

ENERGIEPOLITIK

Der ISTE vertritt seine Mitglieder auch in der Energiepolitik. Dieses Feld, das nicht nur in unserer Branche ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf, bearbeitet der ISTE nicht selbst. Vielmehr werden die Interessen der Steine- und Erdenindustrie in der Energiepolitik durch Fachleute im Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. vertreten und im Land durch die Kollegen des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie e.V.

Für die Energieberatung und Auskunft in einzelnen Fragen stellt der ISTE für die Mitglieder auf Wunsch Kontakte zu Fachleuten aus unserem Netzwerk her.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

VERKEHRSPOLITIK

- konsequenter Umstieg auf die Nutzerfinanzierung
- Bereitstellung und Verstetigung der Mittel zum Bau der wichtigen Projekte des Bundesverkehrswegeplans (A8 Altbauaufstieg, A6 bis zur Landesgrenze)
- Erhöhung der Planungsmittel an die Länder durch den Bund
- Erprobung von innovativen Fahrzeugkonzepten in der Baustoffindustrie (5-Achser mit 40 Tonnen)
- Engagement der Landesregierung in Berlin für alle Verkehrsträger
- Erhöhung der Planungs- und Projektmanagementkapazitäten in der Straßenbauverwaltung
- Förderung der zügigen Umsetzung des Projektes Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
- Bereitstellung ausreichender Mittel für die Sanierung von Brücken im Zuge von Landesstraßen

WOHNUNGSBAUPOLITIK

- ein landeseigenes Förderprogramm Wohnungsbau mit einem Volumen von 100 Mio. Euro p. a.
- eine Verdoppelung der linearen Abschreibungssätze von 2 auf 4 Prozentpunkte
- die Einführung einer erhöhten Abschreibung bei energetischen und altersgerechtem Neubau („Klimaschutz-AfA“)
- Realisierung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung

ENERGIEPOLITIK

- Kosteneffiziente Umsetzung der Energiewende
- Gewährleistung der Versorgungssicherheit
- Wettbewerbsfähige Ausgestaltung der Energiebesteuerung, des Emissionshandels und des EEG
- Investitionsfreundliche Regelungen zur Förderung des energieeffizienten Bauens und Wohnens

Hochkarätige Runde auf den Baustoff-Tagen des ISTE mit Staatssekretärin Dr. Gisela Splett vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur.

Norbert Barthle MdB, Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums erläutert, dass der Südwesten endlich überproportional bei Baufreigaben berücksichtigt wird.



BRANCHENTREFF MIT 400 TEILNEHMERN

LOB UND KRITIK ZUR MANTELVERORDNUNG

Deutliche Worte der Kritik, aber auch überraschendes Lob fand die baden-württembergische Baustoffindustrie in Filderstadt gegenüber ihren Gästen aus Politik und Verwaltung. Wohnungsbau und Verkehrsinfrastruktur standen 2015 wieder im Fokus, ebenso der dritte Arbeitsentwurf der geplanten Mantelverordnung. Klarer Wunsch der Branche: Mehr Investitionen und mutige Entscheidungen sollten über Jahre hinweg verlässlich zu mehr Wohnraum führen sowie die Qualität der Mobilität in Deutschland sicherstellen. Rund 400 Teilnehmer verfolgten die zweitägige Veranstaltung.

BAUSTOFFINDUSTRIE FÜR HÖHERE INVESTITIONEN BEI VERKEHRSMANTELVERORDNUNG

ISTE-Präsident Peter Röhm sprach beim Thema Verkehrsinfrastruktur von einem „strukturellen Defizit“, welches es durch mutige Investitionen zu beheben gelte. Er plädierte für die schnelle Umsetzung der PKW-Maut. Ebenso wichtig sei es, die Landesverwaltung wieder personell aufzustocken. Zentrale Forderung der Industrie: Um das

Finanzierungsdefizit der Vergangenheit wettzumachen, sind höhere Investitionen als bislang vorgesehen nötig, die dann auch verlässlich über die nächsten Jahre fließen müssen.

Klare Worte gegenüber dem Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Norbert Barthle (CDU), und der Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg, Dr. Gisela Splett (Bündnis 90 / Grüne).

Barthle sprach sich ebenfalls für eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung aus. Er zeigte sich zufrieden über die Aufnahme aller 15 von der baden-württembergischen Landesregierung beantragten Projekte in die Liste der Baufreigaben im Bundesverkehrswegeplan. Das sei keineswegs selbstverständlich und entspreche Investitionen von 537 Mio. Euro: „Weder Bayern, noch Hessen, noch NRW haben Baufreigaben in solchem Umfang bekommen!“

Barthle betonte, dass der Bund deutlich mehr als in der Vergangenheit in die Verkehrsinfrastruktur investiere. Das gelte für die Bereiche Schienen, Straßen und Wasserstraßen gleichermaßen. Es seien 72 Projekte im Umfang von 2,7 Mrd. Euro freigegeben worden. Für die Zukunft stellte Barthle eine Finanzierung aus verschiedenen Quellen in Aussicht. Dazu gehöre neben der klassischen Steuerfinanzierung auch die verstärkte Anwendung von öffentlichen und privaten Partnerschaftsprojekten (ÖPP).

STRASSENBAUVERWALTUNGEN BRAUCHEN MEHR PERSONAL

Die Stuttgarter Verkehrsstaatssekretärin Splett wies den Vorwurf zurück, das Land plane nicht genügend Straßenbauprojekte. „Wir brauchen unsererseits klare Ansagen durch den Bund, welche Projekte er wann verwirklicht sehen will. Erst dann können wir seriös planen!“, sagte sie. Auch sie sehe bei der personellen Ausstattung der Straßenbauverwaltungen des Landes Defizite, die es aufzulösen gelte. Allerdings befindet man sich hier in einer Konkurrenzsituation zur Wirtschaft.

Splett warnte davor, ausländische Modelle der Infrastrukturfinanzierung in Deutschland einfach zu kopieren: „Wir können aus gemachten Erfahrungen zwar lernen, etwa aus Österreich, aber wir müssen unsere eigenen Wege gehen.“ Auch Barthle sprach sich gegen „Schattenhaushalte“ aus, wie sie etwa bei der Schaffung einer Infrastrukturgesellschaft zur Finanzierung von Verkehrswegen denkbar wären.

Der Sprecher der Aktion pro Mobil, Wolfgang Pflaumer, plädierte für verlässliche Investitionen: „Wir müssen den Fluss der Geldmittel verstetigen.“ Der Vizepräsident der Bauwirtschaft Baden-Württemberg, Mathias Wagershauser, trat für eine weitere Erhöhung der Mittel ein: „Die Investitionsdefizite der Vergangenheit können



Referenten beim Baustoff-Tag: Jens Skarabis, Siegfried Riffel, Dr. Mike Wolf, Manfred Podlaha, Einar Dittmann und Thomas Behle (v.l.o.n.r.u.)

wir nur durch erhebliche finanzielle Anstrengungen ausgleichen.“ ISTE-Vizepräsident Peter Rombold sprach von „erheblichem Nachholbedarf“ bei der Verkehrsinfrastruktur: „Stuttgart darf nicht die Stauhauptstadt Deutschlands bleiben!“

BAUSTOFFE, KONZEPTE UND MASSNAHMEN ZUR AKTIVEN MINDERUNG DES STRASSENVERKEHRSLÄRMS

Der Straßenverkehrslärm hat in den letzten Jahrzehnten aufgrund der gestiegenen Verkehrsbelastungen deutlich zugenommen. Zur Reduzierung der Reifen-Fahrbahngeräusche auf Außenortsstraßen werden in Deutschland seit Mitte der 1980er-Jahre offenporige Asphaltdeckschichten (OPA) eingesetzt.

Diese Standardbauweise weist einen hohen Bau- und Unterhaltungsaufwand sowie eine kurze Nutzungsdauer auf. Deshalb werden seit Jahren Erfahrungen durch Versuchsstrecken mit alternativen lärmoptimierten Bauweisen gesammelt und im Rahmen der lärmtechnischen Sanierung die Sonderbauweisen SMA LA, LOA D und PMA ausgeschrieben, sodass der offenporige Asphalt wegen seiner Nachteile nur in begründeten Ausnahmefällen im Rahmen der Lärmvorsorge angewandt werden soll.



Dipl.-Ing. Thomas Behle, Hohenloher Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG berichtete über die Erfahrungen mit lärmtechnisch optimierten Asphaltdeckschichten (SMA LA, PMA) aus Sicht des Produzenten. Er zeigte die Besonderheiten dieser Bauweisen bei der Konzeption, Asphaltmischgutherstellung und Ausführung anhand von Pilotprojekten, welche im Jahr 2014 in Baden-Württemberg realisiert wurden.

Über neue Ergebnisse aus Forschung und Praxis mit der Erprobung des lärmarmen Betonsteinpflasters referierte Dipl.-Ing. Jens Skarabis, Technische Universität München. Betonsteinpflaster wurden mit einer schalltechnisch optimierten Betonrezeptur mit ausreichender Festigkeit und Dauerhaftigkeit hergestellt. Die damit hergestellte Erprobungsstrecke wurde auf ihre lärmmindernde Wirkung unter Praxisbedingungen untersucht. Eine Lärminderung von -7,6 dB(A) konnte dabei festgestellt werden.

Zur Reduzierung des Straßenlärms wurden auch offenporige Betondecken entwickelt. Dipl.-Ing. Siegfried Riffel, HeidelbergCement AG, Entwicklung & Anwendung Projekte Infrastruktur informierte über die lärmoptimierten Bauweisen offenporiger Beton (OPB) als Fahrbahndecke, Schienenschallabsorber und Bankettbeton.



Ministerialrat Einar Dittmann, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg gab einen umfassenden Überblick über die in Baden-Württemberg angewandten lärmarmen Beläge zum aktiven Lärmschutz für Inner- und Außenortsstraßen.

UNGEBUNDENE BAUSTOFFGEMISCHE UND LÄNDLICHER WEGEBAU

Zu den wichtigsten Einsatzbereichen von mineralischen Baustoffen im Straßenbau gehören die Schichten ohne Bindemittel. Es hat sich in wissenschaftlichen Untersuchungen gezeigt, dass der oft unvermeidliche Baustellenverkehr einen sehr elementaren Einfluss auf die technischen Eigenschaften und Dauerhaftigkeit der fertigen Schicht hat. Dr. Mike Wolf, Technische Universität Dresden untermauerte diese Erkenntnisse durch Messergebnisse in situ.

Die Bauweisen im ländlichen Wegebau unterscheiden sich zum Teil erheblich vom Bau klassifizierter Straßen. Die mit großem Aufwand aktualisierten FGSV-Regelwerke stehen nun kurz vor der Veröffentlichung. Über die wesentlichen Inhalte berichtete Dipl.-Ing. Manfred Podlaha, Berater und Mitglied im FGSV AA 6.5.

»Trotz zunehmender staatlicher Reglementierung bleibt die Tarifpolitik des ISTE bestimmend für die Arbeitsbedingungen in unserer Branche. Die Tarifpolitik verdient daher weiterhin unsere größte Aufmerksamkeit und das persönliche Engagement von uns Unternehmern.«



Martin Kronimus,
Kronimus AG, Iffezheim
Vorsitzender des Sozialpolitischen
Ausschusses des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE steht für faire und marktgerechte Arbeitsbedingungen in unserer Branche. Der ISTE steht für die Regelung einheitlicher Arbeitsbedingungen im Flächentarifvertrag und über die Branchenzweige hinweg. Der ISTE setzt sich für branchenspezifische Lösungen ein, wo dies erforderlich ist, z. B. in Form der Arbeitszeitflexibilisierung über den gesamten, zwölfmonatigen Jahreslauf oder die Möglichkeit witterungsbedingter Kündigungen, die selbstverständlich immer mit der Wiedereinstellungszusage verbunden sind.

Die Tarifpolitik ist ein Herzstück der Arbeit des ISTE. Der ISTE schließt als Arbeitgeberverband – derzeit mit der IG BAU – die branchenspezifischen Flächentarifverträge für die Beschäftigten der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg ab. Diese Tarifverträge finden ganz oder überwiegend auf die große Mehrheit der Arbeitsverhältnisse in unserer Branche Anwendung.

TARIFPOLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

In Deutschland werden Entgelte und Arbeitszeiten von den Tarifvertragsparteien grundsätzlich ohne staatliche Einflussnahme ausgehandelt. Grundlage ist die in Art. 9 des Grundgesetzes geregelte Koalitionsfreiheit: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“

Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und damit verbundener Regelungen zur Tarifautonomie ist dieses Grundrecht spürbar eingeschränkt worden. Noch entscheiden aber die Tarifvertragsparteien in Deutschland maßgeblich über Höhe und Entwicklung des Personalaufwandes und damit über gut 70 Prozent des Volkseinkommens.

Der Branchentarifvertrag gibt den Arbeitsverhältnissen einen verlässlichen Rahmen. Er entlastet die betrieblichen Arbeitsbeziehungen von Konflikten und erspart den Unternehmen erheblichen eigenen Aufwand bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Für den Branchentarifvertrag sprechen also überzeugende Argumente:



15.000 direkt Beschäftigte arbeiten in der Steine- und Erdenindustrie Baden-Württembergs.

Der Branchentarifvertrag

- hält weitgehend Konflikte aus den Betrieben heraus und sichert so den Betriebsfrieden,
- nimmt den Unternehmen die zeit- und kostenintensiven Tarifverhandlungen ab,
- ist bei der Regelung komplexer Rechtsmaterien vor allem für kleine und mittlere Betriebe eine große Entlastung,
- ermöglicht durch die Friedenspflicht während der Laufzeit störungsfreie Lieferbeziehungen,
- kann auch gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Gemessen an diesen Zielen müssen die Tarifverträge fortlaufend den sich ändernden Bedingungen angepasst und modernisiert werden. Ergänzt werden diese Regelungen durch die exklusiv in unserem Rahmentarifvertrag gegebene Möglichkeit kurzfristig witterungsbedingt zu kündigen.

Das System, die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich zu regeln, ist durch die Gesetzgebung zum Mindestlohn u. a. aber ernsthaft in Gefahr. Hier muss politisch ein Umdenken einsetzen, um nicht die über Jahrzehnte bewährten Branchentarifverträge zum Auslaufmodell zu machen.

Der ISTE vertritt die Interessen seiner Mitglieder im Bereich der Tarifpolitik auch auf Bundesebene über die Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden (SPA) mit Sitz in Berlin.

RAT UND TAT IN EINZELFÄLLEN

Der ISTE bietet seinen Mitgliedern, ob mit oder ohne Tarifbindung, alle Leistungen des klassischen Arbeitgeberverbandes und damit umfassende Rechtsberatung im Arbeits- und Sozialrecht. Dazu gehört die schnelle und fundierte arbeits- und sozialrechtliche Beratung und Vertretung durch eigene Fachjuristen

- bei der Vertragsgestaltung,
- bei der Vertragsbeendigungen, wo möglich im Wege einvernehmlicher Lösungen, wo nötig durch Kündigung,
- in behördlichen Verfahren, zum Beispiel beim Integrationsamt,

- in Verhandlungen und Verfahren nach dem Betriebsverfassungsgesetz,
- in Verhandlungen mit Sozialversicherungsträgern (zum Beispiel Rentenversicherung, Berufsgenossenschaft,...) oder
- in Verhandlungen mit der Gewerkschaft.

Besonders kleinere und mittlere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilungen profitieren von den zusätzlichen Leistungen für die tägliche Personalarbeit, wie

- dem kostenlosen Zugang zu branchenspezifischen und auf die Tarifverträge abgestimmten Mustern, zum Beispiel Arbeitsverträge,
- regelmäßige Schulungen, gezielt auch für fachfremde Verantwortungsträger der Mitgliedsunternehmen.

Die individuelle Beratung ist nicht nur für die Mitglieder eine wichtige Dienstleistung. Für den Verband ist sie auch ein Instrument, um von generellen (Fehl-) Entwicklungen zu erfahren, die dann auf politischer Ebene, in Tarifverhandlungen und nötigenfalls auf dem Rechtsweg im Interesse aller Mitglieder verhindert oder rückgängig gemacht, kompensiert oder abgewendet werden müssen.

Leider konnte bis zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts kein Tarifabschluss 2016 vereinbart werden. Am 22. Juni 2016 werden die Verhandlungen in Esslingen fortgesetzt.

Tarifabschluss 2015 in Böblingen



TARIFABSCHLUSS 2015 UND VERHANDLUNGEN 2016

Die Tarifrunde 2015 konnte in den Abendstunden der zweiten Verhandlungsrunde am 14. Mai 2015 in Böblingen mit einer Einigung auf die Erhöhungen der Tarifentgelte um 2,5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten abgeschlossen werden. Die Zusatzvereinbarungen des Tarifabschlusses 2012 zur Leiharbeit und Übernahme von Auszubildenden wurden auch im Tarifvertrag 2015 wieder aufgenommen. Der Tarifabschluss wurde von der Verhandlungskommission des ISTE und den ISTE-Mitgliedern insgesamt als tragfähig angesehen.

Vereinbart wurde darüber hinaus, in einer RTV-Kommission die Überarbeitung des Rahmentarifvertrags zu verhandeln, einschließlich der Stärkung der Tarifbindung bei beiden Sozialpartnern. Vorgespräche im Herbst 2015 fanden statt. Die Vertreter der IG BAU machten allerdings deutlich, dass Verhandlungen nur möglich seien, wenn im Ergebnis interne Bundesbeschlüsse der IG BAU eins zu eins umgesetzt würden. Damit hat sich die geplante Bearbeitung der anstehenden Themen auf der Ebene von bloßen Arbeitskommissionen als nicht zielführend erwiesen. Die Gespräche müssen nun von

vertretungsbefugten Kommissionen aufgenommen werden. Die laufende Tarifrunde 2016 bietet dafür weitere Anknüpfungspunkte.

Zu Beginn der Verhandlungsrunde 2016 fordert die IG BAU eine in der Höhe nicht nachvollziehbare Anhebung der Entgelte um 5,35% neben u. a. der überproportionalen Anhebung der Ausbildungsvergütungen und einer vermeintlichen Klarstellung in der Regelung zur Übernahme von Auszubildenden.

Die erste Verhandlungsrunde fand am 16. März 2016 in Esslingen in sachlicher Atmosphäre statt, führte jedoch noch zu keiner Annäherung. Im Mittelpunkt der zweiten Verhandlungsrunde am 27. April 2016 in Böblingen standen die wirtschaftlichen Daten einerseits und die Erwartungen der Beschäftigten auf einen Abschluss wie im Jahr 2015 andererseits. Die Arbeitgeber machten jedoch deutlich, dass gegen eine solche Lohn- und Gehaltserhöhung die wirtschaftlichen Daten sprechen. So liegen die Inflationsrate 2016 bei nur ca. 0,3%, das erwartete Wirtschaftswachstum in der Steine- und Erdenindustrie bei 1,0% und der Produktivitätszuwachs bei geringen 0,1 bis 0,5%.

Stagnierende Umsätze 2016 in der Steine- und Erdenindustrie kommen hinzu und ein Nachholbedarf bei den Löhnen und Gehältern besteht nicht. Im Jahr 2015 war es wie in den Jahren zuvor zu einem echten Reallohnzuwachs für die Beschäftigten mit sogar 2,2% gekommen.

Die Inflationsrate lag bei lediglich 0,3%. Die IG BAU hat dennoch die, in ihrer Höhe nicht begründete Forderung im Laufe der Verhandlung nicht reduziert. Die Verhandlungen wurden schließlich auf den nächstmöglichen Termin vertagt. Sie werden am 22. Juni 2016 in Esslingen fortgesetzt.

BILDUNGSZEITGESETZ BADEN-WÜRTTEMBERG

ZEIT FÜR EINEN RICHTUNGSWECHSEL

Das Bildungszeitgesetz wurde ohne Rücksicht auf die sachlich fundierten Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände verabschiedet und dies obwohl durch das Gesetz ausschließlich die Arbeitgeber belastet werden. Die den Arbeitgebern im Vorfeld gegebene Zusage, zumindest betriebliche Weiterbildungen auf den gesetzlichen Anspruch anrechenbar zu gestalten, wurde nicht eingehalten. Die Regierung hat sich hier nicht als Partner, sondern als Gefahr für die Wirtschaft in Baden-Württemberg gezeigt.

Dabei sind die Belastungen für Arbeitgeber durch die Bildungszeit offensichtlich auch aus Sicht der Landesregierung so erheblich, dass sie zum Teil Angestellte des Landes ausgenommen hat, nämlich Lehrkräfte an Schulen. Diese können den Weiterbildungsan-



Von Hightech bis Handarbeit: Die Steine- und Erdenindustrie bietet eine Vielfalt unterschiedlicher Arbeitsplätze.

spruch nur in den Schulferien geltend machen, also wenn sie ohnehin nicht arbeiten, gem. (§ 3 Abs. 3 BzG BW). Das Gesetz dokumentiert so unfreiwillig, dass der Gesetzgeber es selbst für unangewogen hält.

Das Bildungszeitgesetz bringt den Unternehmen keine Vorteile, sondern ausschließlich Nachteile! Weiterbildungsmaßnahmen, die zumindest auch im Arbeitgeberinteresse sind, haben die Unternehmen schon bisher unterstützt und vielfach organisiert. Das Bildungszeitgesetz fördert dagegen nur Fortbildungen, die dem Arbeitgeber ausdrücklich keinen Vorteil bieten. Mitfinanzieren soll er dies gleichwohl. Noch nicht einmal die bezahlte Freistellung oder sogar vollständige Finanzierung eines Führerscheins ist auf die Bildungszeit anrechenbar! (gem. § 6 Abs. 2 Ziff. 6 BzG BW)

Das Gesetz ist offensichtlich eine stark parteipolitisch motivierte Selbstbedienung zugunsten vermuteter Wählergruppen. Wir begrüßen daher die im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung vereinbarte Überprüfung und fordern, das Gesetz aufzuheben, zumindest aber so anzupassen, dass auch die finanzierenden Arbeitgeber einen Vorteil daraus ziehen können und die Tarifvertragsparteien in der Gestaltung frei sind.

ZEITARBEIT UND WERKVERTRÄGE

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den angeblich missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen einzudämmen, u. a. durch Erweiterung von Mitbestimmungsrechten. In unserer höchst arbeitsteiligen Wirtschaft ist die Zusammenarbeit im Wege von Werkverträgen aber kein Ausnahme- sondern ein wesentlicher Normalfall. Auch ist es eine falsche Wahrnehmung, dass massenweise die Vertragsfreiheit zum Abschluss von Werkverträgen missbraucht würde, um über in Wahrheit abhängige Beschäftigungsverhältnisse zu täuschen. Dank des Einsatzes unserer Spitzenverbände ist es gelungen, die Ergänzungen der Werkvertragsregelungen im Wesentlichen auf Klarstellungen zu beschränken.

Zu begrüßen ist insbesondere, dass im überarbeiteten Entwurf kein Kriterienkatalog für die Feststellung eines Arbeitsverhältnisses mehr enthalten ist. Das gilt auch für die entfallene Beweislastumkehr. Die nunmehr vorgeschlagene Definition des „Arbeitnehmers“ stellt die geltende Rechtslage dar.

Das Bundesarbeitsministerium hat zu Jahresbeginn einen überarbeiteten Diskussionsentwurf vorgelegt, auch zur Regelung der Zeitarbeit. Kritisch bewerten wir unverändert folgende Punkte:

Das geplante gesetzliche Verbot, Zeitarbeitnehmer im unmittelbar bestreikten Betrieb einzusetzen, ist unverhältnismäßig. Dies stellt einen gravierenden Eingriff in die Arbeitskämpfparität dar und auch eine mit der grundgesetzlich geschützten negativen Koalitionsfreiheit des Leiharbeitnehmers nicht vereinbare, faktische Streikpflicht. Solche Kompletzverbote sehen selbst die Tarifverträge in der Tarifgemeinschaft der Zeitarbeit nicht vor.

Die geplante Regelung, wonach ein Verstoß gegen die Überlassungshöchstdauer ein Arbeitsverhältnis zwischen Zeitarbeitnehmer und Entleiher begründet, schießt über das eigentliche Gesetzesziel hinaus, den Leiharbeitnehmer zu schützen.

Kritisch sehen die Arbeitgeber Baden-Württemberg, dass weiterhin zwischen tarifgebundenen und nicht tarifgebundenen Betrieben unterschieden wird. Dies wäre ein ungerechtfertigter Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit.

In diesen wichtigen Diskussionen zu Gesetzgebungsvorhaben im Bereich des Arbeitsrechts sind auch die Interessen der ISTE-Mitglieder durch die Mitgliedschaften des ISTE in den Landes- und Bundesspitzenverbänden wirksam vertreten.

TARIFPOLITIK UND ARBEITSRECHT ENTWICKLUNGEN UND AKTIVITÄTEN

Die Steine- und Erdenindustrie bietet ein vielfältiges und interessantes Berufsangebot. Momentan sind über 300 Ausbildungsstellen zu besetzen.

Bernd Dörflinger, Fa. Albrecht Dörflinger GmbH, Malsburg-Marzell, erhält im Rahmen des Forums MIRO die Auszeichnung in Silber im Wettbewerb für Arbeitssicherheit.



Gewerbliche Berufe	Kaufmännische Berufe
Betonfertigteilbauer/-in	DH-BW-Studium Betriebswirtschaft
Betonstein- u. Terrazzohersteller/-in	Industriekaufmann/-frau
Beton- und Stahlbetonbauer/-in	Kaufmann/-frau für Büromanagement
Baustoffprüfer/-in	
Baugeräteführer/-in	
Bautechniker/-in	
Bauzeichner/-in	
Energieelektriker/-in	
Natursteinmechaniker/-in	
Industriemechaniker/-in	
Elektroniker/-in	
Aufbereitungsmechaniker/-in Naturstein	
Aufbereitungsmechaniker/-in feuerfeste/keramische Rohstoffe	
Aufbereitungsmechaniker/-in Sand und Kies	
Verfahrensmechaniker/-in Baustoffe	
Verfahrensmechaniker/-in Transportbeton	
Verfahrensmechaniker/-in vorgefertigte Betonerzeugnisse	
Verfahrensmechaniker/-in Gipsplatten oder Faserzement	
Verfahrensmechaniker/-in Kalksandsteinindustrie oder Porenbeton	

BUNDESMINDESTLOHNGESETZ

Infolge des Mindestlohngesetzes (MiLoG) gilt seit dem 1. Januar 2015 der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Für bestehende Tarifverträge bestand eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2016. Auf die Tarifverträge für die Beschäftigten in der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg haben diese Bestimmungen einen unmittelbaren Einfluss, obwohl die unterste Lohngruppe weit über dem vorgesehenen gesetzlichen Mindestlohn liegt.

Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn halten wir nach wie vor für rechts- und tarifpolitisch verfehlt. Die zunehmend staatliche Mitwirkung in der Bestimmung von Mindestarbeitsbedingungen stellt ein Risiko für die über Jahrzehnte erfolgreich im Land gelebte Tarifautonomie dar. Wo es erforderlich erscheint, konnten auch ohne den allgemeinen Mindestlohn bereits

durch das Arbeitnehmerentsendegesetz (AentG) und das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG) sowie durch die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) Mindestlöhne eingeführt werden, die in Branchen mit einem geringen Lohnniveau eine Absicherung von Mindestentgelten gewährleisten. Wie sich die politische Diskussion um die turnusmäßige Erhöhung des Mindestlohns auf die tariflichen Lohnrunden auswirkt, wird sich frühestens im Jahr 2016 zeigen, wenn die erste Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2017 ansteht.

Wir sehen jede Form von staatlicher Lohnfestsetzung, insbesondere über die bestehenden Regelungen AentG, MiArbG und AVE hinaus, als Gefahr für die Tarifautonomie. Pauschale Eingriffe in das Tarifgefüge hebeln gültige Tarifverträge aus und ignorieren die Expertise und Problemnähe der Tarifvertragsparteien. Auch wird so das Zusammenwirken der abgestimmten Tarifregelungen, wie beispielsweise das Verhältnis von Grund- und Leistungsentgelt ignoriert und der Gestaltungsspielraum der Tarifvertragsparteien empfindlich eingeschränkt. So sind die Regelungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit auch in unserem Rahmentarifvertrag für Teilzeitkräfte durch das Mindestlohngesetz „nebenbei“ massiv eingeschränkt worden. Dies ist weder zum Nutzen der betroffenen Arbeitneh-

mer noch der Arbeitgeber. Am Ende wird so die Tarifbindung gefährdet und deren Nutzen in Frage gestellt. Das Mindestlohngesetz ist ein nicht gerechtfertigter Eingriff in die grundrechtlich verankerte Tarifautonomie, der nicht hingenommen werden darf. Das Mindestlohngesetz muss dringend eine Öffnung für tarifliche Regelungen erhalten.

EINZELBERATUNG

Die Beratung und Vertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten gehört zu den selbstverständlichen Leistungen des Verbandes. Besteht besonderer Beratungsbedarf, der über das Übliche und Mögliche hinausgeht, vermittelt der ISTE bewährte Fachanwälte im Arbeitsrecht, die unseren Mitgliedern zum Teil im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.

Für die Beratung und Begleitung bei nur einer Kündigung und der Vertretung im anschließenden Kündigungsschutzprozess sparen die Mitglieder bei einem Bruttomonatsentgelt des Mitarbeiters von 2.600,00 Euro durch die Unterstützung des Verbandes ca. 1.500,00 Euro an Anwaltshonorar nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.



RockStars gesucht! Auf der Internetseite www.iste.de können ISTE-Mitgliedsbetriebe ihre Ausbildungsplätze veröffentlichen. Auch über www.baudeinezukunft.de werden Ausbildungssuchende auf die ISTE-Seite geleitet. Über 300 Ausbildungsplätze von über 70 Firmen in 215 Werken sind gemeldet.



Die tägliche Unterstützung unserer Mitglieder reicht von der rechtssicheren Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses bis zur Verhandlung mit dem Betriebsrat über die Einführung der tariflichen Arbeitszeitflexibilisierung im Betrieb.

Über konkrete Erfahrungen und Ereignisse in der Einzelberatung zu berichten, verbietet sich selbstredend. Zu bemerken ist aber, dass einen Schwerpunkt in der Beratungspraxis vermehrt sehr aufwändige Auseinandersetzungen um fristlose Kündigungen bilden. In diesen Verfahren steht regelmäßig auf allen Seiten wenig Verhandlungsspielraum zur Verfügung, aber viel auf dem Spiel. Ein sehr hohes Maß an Leidenschaft ist seitens der Arbeitgeber gefordert. Ihnen wird nicht selten von den Richtern am Arbeitsgericht in einer sicheren „Hinterher-Betrachtung“ vorgeworfen, sie seien zu Beginn zu nachlässig gewesen und am Ende zu empfindlich. Mit der nötigen Erfahrung, dem Blick für das Machbare und (möglichst) frühzeitiger Beratung und Vorbereitung lässt sich dennoch vieles lösen. Dafür stehen wir den Mitgliedern stets zur Verfügung.

Die individuelle Beratung ist nicht nur für die Mitgliedsunternehmen eine wichtige Dienstleistung, sondern für den Verband auch ein Instrument, um von generellen (Fehl-)Entwicklungen zu erfahren. Beispielhaft zu nennen sind die zahlreichen Auseinandersetzungen um die Abgeltung von Resturlaub oder die Eingruppierung bei einfachsten Arbeiten.

Die Abgeltung von Urlaub aus der Zeit langanhaltender Erkrankungen war seit der vielbeachteten „Schultz-Hoff-Entscheidung“ des EuGH im Jahr 2009 heftig umstritten. Der EuGH hatte entschieden, dass während langanhaltender Erkrankung der Urlaub nicht wie bisher verfallen könne. Wir haben in der Folge stets vertreten, dass jedenfalls die tarifvertraglichen Ansprüche in unserer Branche eigenständig geregelt sind und daher nicht den Verfallsregelungen des gesetzlichen Urlaubs und der EuGH-Rechtsprechung dazu unterliegen. Inzwischen ist das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg in einem Musterprozess unserer Rechtsansicht gefolgt.

Wiederholt kommt es zu Auseinandersetzungen darüber, ob Mitarbeiter, die nicht Reinigungsarbeiten aber andere einfache Arbeiten wie z. B. das Absacken verrichten, in die Einstiegslohngruppe einzuordnen wären. Eine

gerichtliche Entscheidung ist bisher nicht nötig geworden. Dennoch belasten solche Auseinandersetzungen unnötig das Arbeitsklima im Betrieb.

Erst aus der täglichen Beratungspraxis ergibt sich in diesen und anderen Fällen, welche Klarstellungen oder Änderungen z. B. im Rahmentarifvertrag künftig mit der IG BAU verhandelt werden müssen. So greifen Rechtsberatung, Tarifpolitik und politische Forderung nahtlos ineinander.

Auszubildende gewinnen! Ein Flyer hilft dabei.





Die Workshops zum Thema Arbeitszeit mit Schwerpunkt Fuhrpark waren ausgebucht. Jürgen Fortenbacher (Fahrerakademie) und Arne Hilt (ISTE) referieren und diskutieren.

VERANSTALTUNGEN

Die für die Personalarbeit wichtige Quintessenz aus Verbandsarbeit und Einzelberatung geben wir im Rahmen unserer Schulungen regelmäßig weiter.

In 2015 haben wir im Bereich Arbeits- und Sozialrecht ca. 150 Teilnehmer in meist kleinen Gruppen zu verschiedenen Themen geschult. Neben der Vermittlung fachlicher Informationen war uns wieder der Kontakt und Austausch zwischen den Teilnehmern, aber auch zu den Referenten ein Anliegen.

PERSONALLEITERSCHULUNG

In unserer größten Veranstaltung, der Personalleiterschulung in 2015, hatten wir uns ausführlich des Mindestlohngesetzes und anderer gesetzlicher Entgeltvorschriften angenommen. Sowohl in Politik und Medien ist das Mindestlohngesetz ein Dauerthema, als auch in der täglichen Praxis. Es zeigt sich, dass die mit dem MiLoG verbundenen Haftungs- und Dokumentationsregelungen wie befürchtet den Arbeitnehmern in unserer Branche keinerlei nutzen, den Arbeitgebern aber unüberschaubare Haftungsrisiken und hohen Verwaltungsaufwand bringen. In der Schulungsveranstaltung konnten



wir erste Handlungshilfen geben, die aber laufend angepasst werden müssen, sowie in der Rechtsprechung die zahlreichen offenen Fragen zunehmend geklärt werden. Im Jahr 2016 wollen wir daher im Rahmen der Personalleiterschulung ein Update geben. Neben den unmittelbaren Seminarinhalten sind in den Personalleiterschulungen der persönliche Erfahrungsaustausch und die Diskussion in der Runde eifrig genutzt worden und unerlässlich.

WORKSHOPS

Im Oktober 2015 haben wir zwei ausgebuchte Workshops zum Thema Arbeitszeit und Arbeitszeitgesetz mit Schwerpunkt Transport und Verladung mit 70 Teilnehmern durchgeführt. Im Vordergrund stand der Austausch über Lösungen aus der Praxis für die Praxis und ein Update zum Fahrpersonalrecht durch Herrn Fortenbacher von der Fahrerakademie Süd GmbH.

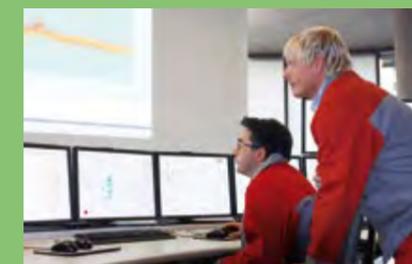
FACHVERANSTALTUNGEN

Neben den Schulungen zu reinen Personalthemen für die Geschäftsführungen und Personalleiter, nutzen wir den Vorteil von Fachveranstaltungen, spezifische Themen anzusprechen.

Die persönlichen Kontakte auf unseren Veranstaltungen zu den externen und eigenen Referenten schließlich erleichtern die weitere individuelle Beratung, die nicht im Rahmen einer Schulungsveranstaltung erfolgen kann.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Das Bildungszeitgesetz muss aufgehoben werden. Ohne die versprochene wirksame Anrechnungsregelung für betriebliche Fortbildungen ist dieses Gesetz eine unzumutbare Belastung der Arbeitgeber. Eine Tariföffnungsklausel muss aufgenommen werden.
- Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz muss spätestens mit der im Gesetz angelegten Überprüfung ersatzlos aufgehoben werden.
- Das Bundesmindestlohngesetz muss dringend eine Öffnung für tarifliche Regelungen erhalten und besonders im Bereich der Arbeitszeitflexibilisierung den Arbeitsvertragsparteien mehr Gestaltungsspielraum einräumen.
- Die Möglichkeit Werk- oder Dienstverträge zu vereinbaren darf ebenso wenig eingeschränkt werden, wie die Möglichkeit zur Überlassung von Arbeitskräften. Der Gesetzgeber muss sich in diesem Feld auf den Schutz von Arbeitnehmern beschränken und darf nicht den Markt reglementieren. Keinesfalls darf in diesem Zusammenhang weiter die Tarifautonomie eingeschränkt werden und z. B. eine Streikpflicht für Leiharbeiter geregelt werden.



Hochqualifizierte Tätigkeiten sind in den aktuellen Lohngruppen angemessen vergütet.

Dieser Mitarbeiter wartet bald vergeblich auf seinen Kollegen: Fuhrleistungen werden immer häufiger outsourct.

DER RAHMENTARIFVERTRAG IST NICHT MEHR ZEITGEMÄSS

Die Entgelttarifverträge werden regelmäßig jährlich oder zweijährig verhandelt und fortentwickelt. Anpassungen im Rahmentarifvertrag (RTV) erfolgen nur in größeren Abständen. Dies rührt daher, dass sich die grundlegenden Bedingungen der Arbeitsverhältnisse nur allmählich ändern und es dient dem Vertrauen der Arbeitsvertragsparteien in die Grundlagen ihrer Arbeitsbeziehung. Der aktuelle RTV wurde zuletzt 2005 im Bereich der Arbeitszeitregelungen neu gestaltet. Wie die Beratungspraxis und Berichte aus den Betrieben zeigen, sind inzwischen im Bereich der Lohngruppen und Lohngruppeneinteilungen Anpassungen dringend erforderlich geworden. Die aktuell geltenden Lohngruppenregelungen wurden zuletzt im Jahr 1989 angepasst.

Ins Auge springen besonders folgende Bereiche:

Seit Jahren besteht branchenübergreifend der Trend, einfache Arbeiten, wie z. B. Reinigungsarbeiten oder in der Lagerhaltung nicht mehr durch eigenes Personal ausführen zu lassen, sondern die gesamten Aufgabenbereiche an externe Unternehmen zu vergeben.

Dies geschieht nicht nur in unserer Branche und nicht zuletzt deshalb, weil die einschlägigen Tarifverträge zunehmend keine Eingruppierung zu

marktfähigen Lohnkosten ermöglichen. Nach dem aktuellen Lohntarifvertrag für die Beschäftigten in der Steine- und Erdenindustrie Baden-Württemberg liegt der Einstiegslohn der Lohngruppe 1 für einfache Tätigkeiten mit 14.94 Euro brutto

- 75% über dem allgemeinen Mindestlohn,
- 52% über dem Mindestlohn für die Beschäftigten des Gebäudereinigergewerbes und
- 40% über dem Mindestlohn des Baugewerbes,

jeweils in der untersten Lohngruppe.

Beide zuletzt genannten Tarifverträge wurden ebenfalls mit unserem Sozialpartner, der IG BAU, verhandelt und vereinbart. Hier ist in unserer Branche ein Abstand zwischen der tarifvertraglichen Regelung zur wirtschaftlichen Wirklichkeit entstanden, der dringend verringert werden muss, um die Tarifbindung zu stärken. Nicht zuletzt besteht auch die Chance, in der Branche wieder dauerhaft eigene Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten zu schaffen.

Anders als in den Entgeltgruppen der Angestellten enthält der Rahmentarifvertrag keine Regelung zur gestaffelten Vergütung in Abhängigkeit von der Berufserfahrung. Im Zusammenhang mit dem vergleichsweise hohen Lohnniveau bildet die fehlende Differenzierungsmöglichkeit ein Hindernis für eine gezielte Nachwuchsbildung, u. U. auch für die Ausbildung im eigenen Betrieb.

Schließlich enthalten die Lohngruppen in verschiedener Hinsicht keinerlei Beurteilungsspielraum mit Blick auf Berufserfahrung, Einarbeitungsstand oder individuelle Leistungsfähigkeit. So sind Kraftfahrer mit der Fahrerlaubnis der Klasse CE nach dem Wortlaut in die Lohngruppe 5 einzugruppieren mit einem Stundenlohn von derzeit 18,25 Euro.

Dies mag in einigen Fällen gerechtfertigt sein, liegt grundsätzlich aber weit über einem marktüblichen und auch deutlich über einem regelmäßig angemessenen Lohn. Hier besteht daher ebenfalls Handlungsbedarf, um ein Einstellungshindernis abzubauen und mittel- und langfristige Ausgliederung von Betriebsteilen zu verhindern.

Neben der Lohngruppeneinteilung besteht nach vielen Jahren auch in anderen Regelungen ein Anpassungsbedarf, z. B. um Entwicklungen in der Rechtsprechung oder Gesetzgebung nachzuvollziehen. Um den Flächentarif auch für die Zukunft als Maßstab der Arbeitsbedingungen zu erhalten, sind allerdings tiefgreifendere Neuerungen erforderlich. Der Sozialpolitische Ausschuss hat daher in seiner Sitzung am 18. Februar 2016 beschlossen, wenn erforderlich den Rahmentarifvertrag, insbesondere im Bereich der Lohngruppenregelung zu kündigen. Vorerst sind aber die vereinbarten Verhandlungen abzuwarten.

»Es ist erfreulich, dass sich die neue Landesregierung zur dauerhaften Sicherung der Rohstoffversorgung bekennt und dies in einer Rohstoffstrategie und der Regionalplanung umsetzen möchte.«



Dr. Markus Schauer,
Schwenk Zement KG, Ulm,
Mitglied des Umwelt- und
Rohstoffausschusses (URA)
im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE bündelt die Belange der Rohstoffwirtschaft und tritt gegenüber der Regional- und Landesplanung und den betroffenen Fachbehörden als Interessensvertreter und fachlicher Ansprechpartner auf. Tätigkeitsschwerpunkt ist die aktive Begleitung der Rohstoffsicherung in den Regionalplänen der zwölf Planungsregionen im Land. Darüber hinaus bringt sich der ISTE in sämtlichen überörtlichen Planungen ein, die in direktem oder indirektem Zusammenhang zu den Rohstoffgewinnungsstätten des Landes und deren Gesteinsvorkommen stehen.

Ziel ist eine nachhaltige Rohstoffsicherung. Dafür werden in den überörtlichen Plänen und Programmen die räumlichen Voraussetzungen geschaffen – durch Gebietsdarstellungen für die langfristig vorsorgende Sicherung sowie die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen.

VERBRAUCHSNAHE ABBAUSTÄTTEN SIND WICHTIG

Angestrebt wird eine dezentrale Verteilung der Rohstoffgewinnungsstätten und der zu sichernden Flächen über das Land. Hierdurch werden Transportwege minimiert und Emissionen durch den Verkehr vermieden. Eine Reduzierung der Zahl der Gewinnungsstätten soll durch die Regionalplanung aus Sicht des ISTE vermieden werden, um keine übermäßigen Beeinträchtigungen an wenigen Großstandorten entstehen zu lassen. Die Rohstoffe werden überall benötigt, so dass die Akzeptanz von mehr, aber kleineren Abbaustätten mit geringeren Umweltauswirkungen einer gerechteren Verteilung Rechnung trägt.

VEREINZELTE NEUAUFSCHLÜSSE SIND NÖTIG

Bestehende Abbaustätten sollen bis zur Neige abgebaut werden. Der Erweiterung ist gegenüber Neuaufschlüssen der Vorzug zu geben. Letztere sind aber nicht ausgeschlossen und für die mittel- und längerfristige Sicherstellung der Rohstoffgewinnung unerlässlich.



Nicht einmal 0,2 Prozent der Fläche des Landes wird vorübergehend für die Rohstoffgewinnung, hier ein Granitsteinbruch im Südschwarzwald, genutzt. Der Zugriff auf heimische Ressourcen muss auch für die nachfolgenden Generationen sichergestellt werden.

Diese Neuaufschlüsse sind an Standorten mit hoher Rohstoffmächtigkeit und -qualität, mit möglichst geringen Nutzungskonflikten und geringen Abraummächtigkeiten zu errichten. Die Mitnutzung bestehender Werksinfrastruktur ist vorteilhaft, insbesondere auch von Schiffsverladeanlagen an Rhein und Neckar. Die Abbaustätten in Baden-Württemberg werden unter Berücksichtigung aller relevanten Schutzgüter optimiert. Schließlich sollen die Produkte entsprechend ihrer Qualität einer möglichst hochwertigen Verwendung zugeführt werden. Um in der Regionalplanung die tatsächlichen Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren, beim Grunderwerb und beim Abbau selbst angemessen zu berücksichtigen, ist auf eine den wirtschaftlichen Erfordernissen angepasste Dimensionierung der Vorranggebiete durch die Beachtung von entsprechenden Zuschlägen aus dem Rohstoffsicherungskonzept Stufe 2 und darüber hinaus Sicherungsgebiete über die Lagerstätten festzulegen.

BEDARFSUNABHÄNGIGE ROHSTOFFSICHERUNG

Der ISTE befürwortet eine Festlegung von Abbaugebieten für mindestens 25 Jahre, außerdem eine bedarfsunabhängige, dauerhafte Rohstoffsicherung, um langfristig die Zugänglichkeit zu bauwürdigen Rohstoffvorkommen sicherzustellen. Die Überplanung dieser Vorkommen durch bauliche, wasser- oder naturschutzrechtliche Vorhaben ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar.

Die Rohstoffwirtschaft leistet durch die Berücksichtigung der vorgenannten Grundsätze einen wesentlichen Beitrag für funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe und stellt insbesondere im ländlichen Raum dauerhaft Arbeitsplätze zur Verfügung. Der ISTE setzt sich intensiv dafür ein, dass diese Strukturen erhalten und gefördert werden und Baden-Württemberg seinen Baustoffbedarf weiterhin aus heimischen Lagerstätten decken kann.

WAS SIE SCHON IMMER ÜBER IHREN STANDORT WISSEN WOLLTEN!

Nachhaltige Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung braucht raumbezogene Geodaten zu Lagerstätten und Umweltinformationen. Hierzu wurde www.GisInfoService.de 2005 vom ISTE geschaffen und über das Leitprojekt „GeoRohstoff“ der Kommission für Geoinformationswirtschaft des Bundeswirtschaftsministeriums bundesweit für die mineralische Rohstoffindustrie und ihre Verbände weiterentwickelt. GisInfoService bietet neben den Basisinformationen wie Luftbilder und Schutzgebiete nicht nur für die Rohstoffwirtschaft die Möglichkeit zur Einbindung betriebsspezifischer Rauminformationen. Zusätzlich zur Basisversion steht für die Unternehmen eine ausgefeilte und zeitgemäße wie kostenkünstige Grundstücksverwaltung zur Verfügung.

Weiter Informationen unter www.gisinfoservice.de

Jurakalkgewinnung auf der Vorderen Alb für Splitte, Schotter, Gemische, Brechsande, Mehle und mehr

Hans Martin Peter, ehem. stellv. Vorsitzender des URA, sein Nachfolger Tino Villano und Thomas Beißwenger (v.r.n.l.)



ISTE AUSSCHUSS FÜR UMWELT- UND ROHSTOFFPOLITIK

Der ISTE Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik hat sich im Berichtszeitraum am 29. September 2015 und am 15. März 2016 jeweils in Ostfildern getroffen und über die verwaltungsrechtlichen Änderungen, Projekte und Aktivitäten gesprochen. In dem über 30 Teilnehmer zählenden Ausschuss sind Umwelt- und Rohstofffachleute aller Sparten des ISTE vertreten und beraten die Geschäftsführung in praktischen Auswirkungen von Verordnungen und Gesetzesvorhaben.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Martin Kern legte sein Amt Anfang 2016 nieder. Sein Stellvertreter Tino Villano, Opterra Wössingen GmbH, Walzbachtal-Wössingen, wird für den Vorsitz kandidieren. In der Herbstsitzung 2016 wird somit die Spitze des Ausschusses neu gewählt werden.

NACHHALTIGE ROHSTOFFSICHERUNG IM NEUEN KOALITIONSVERTRAG

Die grün-schwarze Landesregierung, die aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl am 13. März 2016 möglich wurde, hat sich im Koalitionsvertrag auch zur nachhaltigen Rohstoffsicherung geäußert. Wörtlich heißt es hierin:

„Wir werden die Rohstoffstrategie des Landes fortschreiben. Aspekte der Nachhaltigkeit wie Baustoffrecycling, Optimierung von Stoffströmen sowie die dauerhafte regionale Baustoffversorgung mit kurzen Transportwegen werden hierbei besonders berücksichtigt. Bestehende und neue Rohstoffabbaustätten wollen wir zur dauerhaften Sicherung der Rohstoffversorgung und als Bestandteil des landesweiten Biotopverbundes in die Regionalpläne integrieren.“

Der ISTE begrüßt diese Formulierung sehr und wird an der Umsetzung dieses Ziels, beispielsweise bei der anstehenden Überarbeitung des Rohstoffsicherungskonzepts aus dem Jahr 2004, selbstverständlich mit seinem Fachwissen mitarbeiten.

VERWALTUNGSVORSCHRIFT REGIONALPLÄNE IN ÜBERARBEITUNG

Die Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen befindet sich derzeit in Überarbeitung. Der ISTE bringt sich hierbei mit ein. Eine wesentliche Zielrichtung ist die Unterstützung des politischen Willens nach einer dauerhaften Rohstoffsicherung. Ebenso wird vom Verband ein längerer Zeitraum für die Festlegung von Abbaugebieten vertreten, da die bisherigen Zeiträume von 15 bis 20 Jahren u. a. aufgrund der lang andauernden Planungs- und Zulassungsverfahren und der erforderlichen Investitionssicherheit für den Erhalt einer regionalen Baustoffversorgung nicht mehr praktikabel sind. Des Weiteren setzt sich der ISTE dafür ein, dass die Anforderungen an Umweltprüfung und regionalplanerischer Natura 2000-Verträglichkeitsabschätzung nicht über das gesetzlich erforderliche Maß hinausgehen. Die Abschichtung von Prüfbelangen auf die Ebene der Vorhabenzulassung muss weiterhin möglich sein, um die Funktionsfähigkeit des Instruments der Regionalplanung zu erhalten.

Region	Verbindlicher Regionalplan Teil Rohstoffe	ISTE-Aktivität	Stand Fortschreibung 11. Mai 2016
Bodensee-Oberschwaben	2003	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Donau-Iller	2006	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Heilbronn-Franken	2006, 2011 Änderung	Nein	
Hochrhein-Bodensee	2005, 2014 Änderung	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Mittlerer Oberrhein	2006 Festgestein 2015 Lockergestein	Nein	
Neckar-Alb	2015	Ja	Zweiter Änderungsentwurf in Offenlage
Nordschwarzwald	2015	Nein	Erste Vorüberlegungen zur Gesamtfortschreibung
Ostwürttemberg	1998	Ja	Offenlageempfehlung an Verbandsversammlung
Rhein-Neckar	2014	Nein	
Schwarzwald-Baar-Heuberg	2010	Ja	Rohstoffmonitoring als Vorüberlegung zur Fortschreibung
Stuttgart	2010	Nein	
Südlicher Oberrhein	1999	Ja	Zweiter Entwurf in Offenlage

REGIONALPLAN-FORTSCHREIBUNGEN ZUR ROHSTOFFSICHERUNG

Acht von zwölf Regionen befinden sich in unterschiedlichen Stadien von Fortschreibungs- oder Änderungsprozessen (siehe Tabelle oben). Raumnutzungskonflikte nehmen zu, Abwägungsbelange, normative Vorgaben und der teils massive Widerstand verschiedener Interessensgruppen engen den planerisch leicht erzielbaren Gestaltungsspielraum immer mehr ein. Der weitere Gestaltungsspielraum muss gegenüber den anderen Interessensgruppen ausführlich begründet werden, wodurch die Fortschreibungsverfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Der ISTE setzt sich entschieden für eine nachhaltige, dauerhafte Rohstoffsicherung auf regionaler Ebene ein. Auf örtlicher Ebene müssen die Unternehmen durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der Rohstoffgewinnung und -sicherung erläutern und für die nötige Akzeptanz werben. Der ISTE unterstützt seine Mitgliedsbetriebe durch Broschüren, Informationstafeln und Flyer. Außerdem wünscht sich die Rohstoff gewinnende Industrie eine breitere Unterstützung der Landes-, Regional- und Kommunalpolitik, da

private und öffentliche Vorhaben auf Baustoffen basieren, die kostengünstig, umweltfreundlich, qualitativ hochwertig und unter zeitgemäßen Arbeitsbedingungen aus heimischen Rohstoffen produziert werden.

REGION NECKAR-ALB

Die Verbandsversammlung des Regionalverbands Neckar-Alb hat bereits am 14. April 2015 ein Änderungsverfahren für mehrere Steinbrüche in der Region eingeleitet. Mit diesem Änderungsverfahren werden entweder Sicherungsgebiete in Abbaugebiete umgewandelt oder neue Flächen für die Rohstoffgewinnung dargestellt. Der Regionalverband schafft damit für die betroffenen Werke die Grundlage für eine kontinuierliche Rohstoffversorgung und sichert den Erhalt der Standorte. Der ISTE hat frühzeitig den Bedarf für das Verfahren erkannt und die betroffenen Firmen sowie den Regionalverband zu einem zügigen Verfahren zusammengebracht.

Die erste Offenlage des Änderungsverfahrens ist bereits im Herbst 2015 erfolgt. Verschiedene Stellungnahmen der Behörden und Gemeinden weichen von bisherigen Haltungen aus der Gesamtfortschreibung ab und führen so zu Verzögerungen. Am 23. Februar 2016 wurden die Stellungnahmen durch den Planungsausschuss abgewogen und beschlossen. Die Verbandsversammlung hat am 10. Mai 2016 die Einleitung der zweiten Offenlage beschlossen.

Der Satzungsbeschluss über die erste Änderung des Regionalplans Neckar-Alb kann für Ende des Jahres 2016 erwartet werden, ist jedoch von weiteren äußeren Einflüssen abhängig.

REGION NORDSCHWARZWALD

Die 2. Änderung und Ergänzung des Teilregionalplans Rohstoffsicherung Nordschwarzwald wurde vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 29. Mai 2015 genehmigt und am 17. Juli 2015 durch Bekanntmachung im Staatsanzeiger verbindlich. Ergänzend wurde für die Erweiterung eines Steinbruchs einem raumordnerischen Vertrag durch den zuständigen Ausschuss am 23. März 2016 einstimmig zugestimmt.

Der Regionalverband führt derzeit erste Überlegungen zur Gesamtfortschreibung seines Regionalplans durch. Hierbei sollen die aktuellen Vorranggebiete für die Rohstoffgewinnung und -sicherung voraussichtlich übernommen werden. Möglicherweise kommt in Einzelfällen eine Überarbeitung der Vorranggebiete aufgrund geänderter Rahmenbedingungen in Betracht.

Kiesgewinnung im Grundwasser in Oberschwaben



Beladung eines Schiffes mit Kies und Sanden am Oberrhein. Für diesen umweltfreundlichen Transportweg sind bestehende Standorte zu erhalten und Neuaufschlüsse zu planen.



REGION MITTLERER OBERRHEIN

Der Teilregionalplan Sand und Kies wurde vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 24. Juli 2015 genehmigt und durch die Veröffentlichung im Staatsanzeiger am 25. September 2015 verbindlich.

Die Planung ist aus Sicht der Industrie nicht zufriedenstellend, da viele bestehende Baggerseen keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr erhalten und auf Neuaufschlüsse verzichtet wird. Hinzu kommt, dass nur noch an zwei in Betrieb befindlichen Werken mit umweltfreundlicher Schiffsverladung Abbau- und Sicherungsgebiete in der Raumnutzungskarte dargestellt wurden. Ebenso wurde von lagerstättengeologisch begründeten Zuschlägen aus dem Rohstoffsicherungskonzept des Landes abgesehen und genehmigte Restvolumen vollständig zum Ansatz gebracht.

Im Ergebnis liegt nun eine Planung vor, die den Konzentrationsprozess der Kiesgewinnung am mittleren Oberrhein forciert, die Abbaugeschwindigkeiten an den verbleibenden Standorten erhöht,

verstärkt Lkw-Verkehr über große Strecken auslöst sowie mittel- und langfristig gesehen wenig mit den Grundsätzen einer nachhaltigen Rohstoffsicherung gemein hat. Die Chance, Neuaufschlüsse oder Erweiterungen an geeigneten Standorten mit hoher Flächenproduktivität und wenigen Raumnutzungskonflikten festzulegen, wurde nicht genutzt. Wir berichteten hierzu bereits in unserem Jahresbericht 2013/2014.

REGION SÜDLICHER OBERRHEIN

Die Stellungnahmen aus der ersten Offenlage des Regionalplans wurden zum Kapitel Rohstoffe in der Planungsausschusssitzung am 26. November 2015 behandelt, abgewogen und beschlossen. Der von der Geschäftsstelle des Regionalverbands erarbeitete zweite Offenlageentwurf beinhaltet gegenüber dem ersten Entwurf erhebliche Reduzierungen von Vorranggebieten. Für viele Unternehmen stellt dies ein Minimum für einen Weiterbetrieb mit Perspektive dar. Leider ist auch festzustellen, dass einzelne Kieswerke in der Region mit Schiffsverlademöglichkeit keine Vorranggebiete für Erweiterungen oder Satellitenabgrabungen erhalten. Die Bemühungen des ISTE um geeignete, verträgliche Einzelfalllösungen waren teilweise, nicht jedoch an allen Standorten, erfolgreich.

Die zweite Offenlage erfolgt derzeit. Da alle festgelegten Gebiete umfassend erörtert wurden, dürften keine weiteren, begründeten Reduzierungen mehr erfolgen. Ansonsten wäre das Planungsziel verfehlt und es müssten zusätzliche Vorranggebiete dargestellt oder bestehende Gebiete vergrößert werden.

REGION BODENSEE-OBERSCHWABEN

Wie bereits im vergangenen Jahresbericht dargestellt, liegt der Entwurf des Regionalplans noch nicht vor. Der Regionalverband steht vor der Herausforderung Flächen in ausreichendem Umfang nach den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und des Rohstoffsicherungskonzeptes für die Rohstoffgewinnung und die Rohstoffsicherung bereitzustellen. Hierbei müssen die fachrechtlichen Spielräume ausgenutzt werden, transparente und einheitliche Maßstäbe für die Beurteilung von Flächen angesetzt werden und insbesondere auch die Bedürfnisse der rohstoffgewinnenden Industrie und der Abnehmer der Baustoffe im nötigen Umfang berücksichtigt werden. Bauwürdige Rohstoffvorkommen an



Rekultivierter Teil einer Kiesgrube in Oberschwaben mit Grünland, Magerrasen und Mischwald

Dieselbe Kiesgrube mit in Verfüllung befindlichem Teilbereich



geeigneten Stellen sind zu knapp, als dass durch übermäßige planerische Vorsorge potentiell geeignete Flächen weiter ausgedünnt werden können.

Zur Überbrückung von Rohstoffengpässen wurden in der Region seit der Aufnahme des Planungsverfahrens für acht Kieswerke zum Teil gemeinsame Raumordnungsverfahren durchgeführt. Weitere Raumordnungs- oder Zielabweichungsverfahren sind am Laufen oder in Vorbereitung. Diese kosten- und zeitaufwändigen Verfahren zeigen, dass der Bedarf an Flächenbereitstellung sehr hoch ist und der Regionalplan dringend zeitnah und mit angemessenen Abbau- und Sicherungsgebieten vorgelegt werden muss. Ebenso zeigen die Sonderverfahren, dass der bestehende Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe aus dem Jahr 2003 nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen entspricht, zu restriktive Festlegungen enthält und die Darstellungen der Vorranggebiete den Bedarf an vielen Standorten nicht decken konnten.

REGION OSTWÜRTTEMBERG

Der Planungsausschuss des Regionalverbands Ostwürttemberg hat in seiner Sitzung am 20. April 2016 eine Empfehlung an die Verbandsversammlung ausgesprochen, dass der Entwurf in das Beteiligungsverfahren gegeben werden soll. Die Sitzungsvorlage enthält aus regionaler Sicht ein gutes Gerüst für den Erhalt der bestehenden Steinbrüche in der Region. Darüber hinaus werden Neuaufschlüsse für Sande sowie für den Trassrohstoff Suevit, der auch als Werkstein verwendet werden kann, festgelegt. Die Planung orientiert sich an einem Bedarf für 40 Jahre sowie an weiteren Maßgaben des Rohstoffsicherungskonzeptes des Landes.

Der Offenlagebeschluss ist für Juli 2016 vorgesehen.

REGION HOCHRHEIN-BODENSEE

In der zweiten Jahreshälfte 2015 haben in der Region Hochrhein-Bodensee Betriebserhebungen in allen Steinbrüchen und Kiesgruben durch den Regionalverband und das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau sowie bei den Mitgliedsunternehmen durch den Industrieverband stattgefunden. Hierbei wurden die aktuellen Genehmigungssituationen, Fördermengen und Interessensgebiete erfasst, die eine wesentliche Grundlage für die Fortschreibung des Regionalplans bilden werden.

Der Planungsausschuss des Regionalverbands hat beschlossen, ein Gutachten zu beauftragen, das die Rohstoffnachfrage und die Verwendung der Produkte analysiert. Für den Industrieverband erschließen sich die Zielsetzung dieses Gutachtens und eventuell aus den Ergebnissen abzuleitende planerische Konsequenzen nicht: Die Steine-Erden-Industrie deckt den von öffentlichen und privaten Bauvorhaben sowie weiteren Branchen nachgefragten Rohstoffbedarf. Es erfolgen keine Werbemaßnahmen für die Produkte der Steine-Erden-Industrie. Ebenso werden, soweit möglich und vom Kunden nachgefragt, Recyclingbaustoffe bereitgestellt. Hierbei liegt es wesentlich an den ausschreibenden Stellen der öffentlichen Hand durch produktneutrale Ausschreibungen auch tatsächlich Recyclingprodukte für ihre Baumaßnahmen heranzuziehen und damit den Rohstoffkreislauf zu schließen.

In der Region stellt sich die Herausforderung, eine dezentrale Versorgungsstruktur, insbesondere im westlichen Regionsteil, aufrecht zu erhalten. Eine Konzentration auf wenige, große Standorte erhöht die Anfälligkeit einer gesicherten Rohstoffversorgung erheblich.



Informationsveranstaltung des Regionalverbands Donau-Iller am 17. Februar 2016 in Ulm zur Fortschreibung des Regionalplans mit großer Resonanz bei den Unternehmen.



REGION DONAU-ILLER

Die Geschäftsstelle des Regionalverbandes hat im Jahr 2015 mehrere Gespräche mit dem Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau und dem ISTE auf württembergischer Seite sowie mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt und dem BIV auf bayerischer Seite zur Durchführung der Fortschreibung des Regionalplans geführt.

Die Ergebnisse und eine grobe Skizze des Verfahrensablaufs wurden den rohstoffgewinnenden Unternehmen der Region Anfang 2016 in zwei Informationsveranstaltungen dargelegt. Die Teilnahme war insbesondere bei der Veranstaltung in Ulm mit 60 bis 70 Teilnehmenden sehr groß. Es war festzustellen, dass neben den rohstoffgewinnenden Unternehmen auch Projektentwickler und Grundstückseigentümer teilgenommen haben.

Seit März 2016 erfolgen gemeinsame Vor-Ort-Gespräche mit Regionalverband, LGRB und ISTE bei den Mitgliedsunternehmen. Der Zeitplan des Regionalverbands sieht vor, dass bis zum Jahresende 2016 alle Interessensgebiete hinterlegt sein müssen. Da die Steine- und Erdenindustrie großes Interesse an einem zügigen Fortgang des Verfahrens hat, möchten wir dieses gerne unterstützen.

Herausforderungen für diese Regionalplanfortschreibung sind vor allem Verständnis für die Flächeninanspruchnahme durch die Rohstoffgewinnung, hauptsächlich bei der Landwirtschaft, zu schaffen. Ebenso gilt es, insbesondere im nördlichen Regionsteil, dezentrale Versorgungsstrukturen bei der Rohstoffgruppe Sand und Kies aufrecht zu erhalten. Insgesamt werden auch in der Region Donau-Iller Neuaufschlüsse für Festgestein und Lockergestein unumgänglich sein.

REGION SCHWARZWALD-BAAR-HEUBERG

Im Dezember 2015 sind Gespräche zwischen Regionalverband und ISTE in Sachen Gesamtfortschreibung des Regionalplans erfolgt. Die Teilfortschreibung Rohstoffe wurde erst im Jahr 2010 genehmigt, so dass noch vergleichsweise aktuelle Vorranggebiete festgelegt sind. Der ISTE wird in Abstimmung mit dem Regionalverband im Jahr 2016 eine Abfrage im Sinne eines Rohstoffmonitorings vornehmen, wie die Rohstoffsicherung in der Region zu beurteilen ist. Ob eine Überarbeitung der regionalen Rohstoffsicherung erforderlich wird, ist daher noch offen.

ROHSTOFFREISE AUF DIE SCHWÄBISCHE ALB: MINISTER NILS SCHMID IN BLAUBEUREN UND BLAUSTEIN

KALKINDUSTRIE FÜRCHTET EINBUSSEN DURCH EMISSIONSHANDEL

Spürbare Einbußen bis hin zur Gefährdung Kalk abbauender Betriebe durch den europäischen Emissionshandel fürchtet die Kalkindustrie auf der Schwäbischen Alb. Auf seiner Rohstoffreise, die ihn Ende Oktober 2015 auch nach Blaubeuren und nach Blaustein führte, hörte sich Baden-Württembergs Finanz- und Wirtschaftsminister die Sorgen der Branche an. Er sprach sich für eine auch zukünftig sichere Rohstoffversorgung aus. Dabei spiele Ressourceneffizienz eine große Rolle.

Dialoge sind wichtig, auch in Zeiten, die noch nicht dramatische Probleme aufweisen, sondern noch strategisches Steuern und Umsteuern ermöglichen. Insofern freuten sich der ISTE und seine Mitgliedsunternehmen Eduard Merkle GmbH & Co. KG in Blaubeuren und Märker Kalk GmbH in Blaustein über den Besuch des baden-württembergischen Finanz- und Wirtschaftsministers Dr. Nils Schmid. Sie konnten in entspannter



Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid auf Rohstoffreise: Gewinnung und Verarbeitung von hochreinen Kalken über und unter Tage im Blautal.

und informationsorientierter Atmosphäre ihre langfristigen Sorgen formulieren und gleichzeitig ihre Stärken demonstrieren.

Angenehm begannen die Kontakte für den stellvertretenden Ministerpräsidenten: Er konnte, u. a. im Beisein des Landtagsabgeordneten Martin Rivoir (SPD), dem Joachim-Hahn-Gymnasium in Blaubeuren einen der begehrten GeoKoffer überreichen. Gespendet wurde dieser GeoKoffer von der Eduard Merkle GmbH & Co. KG, vertreten durch ihren Geschäftsführer Hartmut Koch-Czech.

„RESSOURCENEFFIZIENZ DURCH NEUE VERFAHREN STÄRKEN!“

Vor Ort in einer Abbaustätte informierte sich der Minister im Steinbruch Michelreibershalde der Firma Eduard Merkle GmbH & Co. KG. Hier wird ein hochreiner Kalkstein abgebaut, der bei der Herstellung von Glas, Kunststoff, Farben, Baustoffen und auch Lebensmitteln Verwendung findet, das sogenannte „Ulmer Weiss“. Das Unternehmen will



durch eine innovative Siebtechnik zukünftig jährlich 50.000 Tonnen Gestein, das in der Vergangenheit nicht genutzt werden konnte, zusätzlich aufbereiten und verkaufen. Damit wolle man Ressourcen schonen und die Flächeninanspruchnahme reduzieren. „Eine moderne Industrie- und Innovationspolitik muss unsere Unternehmen auf diesem Weg unterstützen – die Ressourceneffizienz muss mit dem Einsatz neuer Verfahren erhöht werden“, sagte der Minister.

Das jüngste Bergwerk Süddeutschlands konnte Schmid bei der Firma Märker Kalk GmbH in Blaustein besichtigen, ein in Baden-Württemberg einmaliger untertägiger Abbau von Kalkstein. Auch hier wird seit 2009 „Ulmer Weiss“ gewonnen, das dann in der Kunststoffindustrie, Trinkwasseraufbereitung, Rauchgasreinigung von Kraftwerken, Papierindustrie oder der Stahlindustrie eingesetzt wird.

EMISSIONSHANDEL MACHT SORGEN

Beide Unternehmen wiesen den Minister darauf hin, dass ihre Branche durch den europäischen Emissionshandel erheblich belastet werde und nicht ausgeschlossen werden könne, dass einzelne Firmen auch existentiell gefährdet seien. So sei es unabänderlich, dass bei der Herstellung von Branntkalk große

Mengen an CO₂ entstünden, da dieses natürliche Bestandteil des Steines sei und beim Brennen freigesetzt werde. Beim Energieeinsatz zur Erreichung der Brenntemperatur von ca. 1000 Grad bemühe sich die Branche um einen möglichst umweltfreundlichen Mix aus heimischen Energieträgern. Aber auch bei Berücksichtigung aller technischen Möglichkeiten sei das Ziel, 30 Prozent CO₂ einzusparen, praktisch kaum zu erreichen. Deshalb seien Betriebe und Arbeitsplätze akut gefährdet.

Dr. Markus Schauer beim
GisInfoService Nutzerworkshop am
26. Januar 2016 bei der Firma Schwenk
in Ulm

Prof. Dr. Ralph Watzel referiert zur
Integrierten Geologischen Landesaufnahme
in Baden-Württemberg.



WECHSEL AN DER SPITZE DES LANDESAMTES FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU

Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer hat Ende März 2016 den langjährigen Leiter des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg, Abteilungspräsident Prof. Dr. Ralph Watzel verabschiedet. Er wurde zum 1. April 2016 Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover.

Professor Ralph Watzel hat in den zehn Jahren das Landesamt als herausragende Facheinrichtung für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in ganz Baden-Württemberg gestärkt und gezielt weiterentwickelt. Wir danken ihm für die langjährige erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen für die neue anspruchsvolle Aufgabe eine glückliche Hand.

Ein besonderes Anliegen von Prof. Dr. Watzel war die zukunftsfähige Dokumentation des geologischen Wissens über den Untergrund. Das heute verfügbare, digitale Informationssystem über die Landesgeologie (siehe www.lgrb-bw.de) nimmt im bundesweiten Vergleich eine Spitzenstellung ein.

Die Nachfolge für die Position des Abteilungspräsidenten war im Januar 2016 ausgeschrieben. Das Auswahlverfahren ist noch im Gange. Während der Übergangszeit leitet sein Stellvertreter Abteilungsdirektor Axel Brasse das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in Freiburg.

GISINFOSERVICE MIT NACHWUCHS

DIE WELT DER GEODATEN WÄCHST WEITER. DAS GILT AUCH FÜR GISINFOSERVICE.

In der **Basis**-Variante haben wir wieder kleinere Optimierungen, wie beispielsweise die Zoom-Möglichkeit mit dem Mausrad vorgenommen. Auch neue Kartenthemen stehen für Baden-Württemberg zur Verfügung. Neben den geologischen und hydrogeologischen Karten im Maßstab 1:50.000 wurden über den ISTE auch weitere Regionalplandaten zur Verfügung gestellt. Kommunale Geodaten können in der **Plus** Variante auf individuellen Wunsch und Bedarf ergänzt werden.

Großen Anklang fand der im Frühjahr 2016 gemeinsam mit dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V. (BIV) angebotene Nutzer-Workshop in Ulm. Wir mussten die verfügbaren Plätze tatsächlich aufstocken und haben uns sehr über die gute Resonanz gefreut. Im Sommer wird es daher einen weiteren Workshop geben.

Die individuellen Erweiterungsmöglichkeiten wachsen ebenfalls. Die bisherige Version des **Grundstückmoduls** hat ein „kleines Geschwisterchen“ bekommen. Auf vielfachen Wunsch haben wir eine zusätzliche Variante für unsere Mitglieder entwickelt. Dieses auf einen kleineren Verwaltungsbedarf in maximal zwei Ländern mit jeweils bis zu 100 Flurstücken zugeschnittene „**Grundstückmodul Standard**“ steht seit Ende 2015 für den professionellen Einsatz in Ihrem Unternehmen zur Verfügung. Aus der bisherigen Variante wird ab sofort das „**Grundstückmodul Profi**“ – in der Version 3.4 jetzt auch mit Grundsteuerverwaltung und neuen zusätzlichen Datenfeldern. Für das zweite Halbjahr 2016 ist bereits ein weiteres Versionsupdate mit neuen Reportfunktionen geplant.

GisInfoService bleibt also in Bewegung – denn wer rastet, der rostet. Bleiben Sie mit uns in Schwung!



VERANSTALTUNGEN:

7. Juli 2015

FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH
Dauerhafte Waldumwandlung für Rohstoffgewinnung, Waldausgleichsbörse für Ersatzaufforstungen.

27. Oktober 2015

ARBEITSKREIS GRUNDSTÜCKSMODUL GISINFOSERVICE

24. November 2015

18. GENEHMIGUNGSVERFAHRENSSEMINAR
Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach neuer Landesgesetzgebung, EU-Wasserrahmenrichtlinie, Neufassung TA Luft, Arten- und Biotopschutz in aktiven Abbaustätten, neues Landesnaturschutzgesetz

19. Januar 2016

WINTERARBEITSTAGUNG 2016
Integrierte Geologische Landesaufnahme in Baden-Württemberg

26. Januar 2016

GISINFOSERVICE WORKSHOP
Ulm

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Fortschreibung des Rohstoffsicherungskonzeptes Baden-Württemberg und Anpassung der Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Regionalplänen an eine nachhaltige, dauerhafte Rohstoffsicherung.
- Politische Unterstützung der regionalen Rohstoffsicherung bei den Fortschreibungen der Regionalpläne und Vermittlung der Erforderlichkeit einer dezentralen und nachhaltigen Rohstoffgewinnung gegenüber der Bevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.
- Verlängerung der Laufzeiten der Genehmigungen für Gewinnungsvorhaben bzw. Durchsetzung der Regelungen des Bundesimmissionschutzgesetzes, um sie ins richtige Verhältnis zur üblichen Verfahrensdauer zu setzen.
- Anpassung der raumordnungsrechtlichen und nachgeordneten Regelungen an die Erfordernisse einer langfristig ausgerichteten, nachhaltigen Rohstoffsicherung. Hierzu gehören insbesondere: Erweiterung des Planungszeitraums für Rohstoffsicherungsgebiete und Einrichtung einer vorkommensbezogenen Rohstoffsicherung; raumordnerische Sicherung von Vorkommen mit großer Mächtigkeit und von guter Qualität unabhängig von derzeitigen Nutzungsinteressen um künftigen Generationen den Zugang zu erhalten.

Einige der Referenten beim 18. Genehmigungsverfahrenseminar (v.l.o.n.r.):
Dr. Bernd Schieferdecker
(Dolde, Mayen & Partner Rechtsanwälte),
Wolfgang Baur (Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz),
Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde
(Dolde, Mayen & Partner Rechtsanwälte),
Klaus-Jürgen Boos (Büro für Gewässerkunde und Landschaftsökologie),
Prof. Dr. Michael Rademacher
(Technische Hochschule Bingen),
Annette Stemann (Landratsamt Sigmaringen)

- Keine Überfrachtung von Raumordnungsverfahren und Regionalplänen mit Prüfungsinhalten, die ins (ggf. sehr viel spätere) Zulassungsverfahren abgeschichtet werden können.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit der Rohstoffsicherung und -gewinnung befassten öffentlichen Stellen, insbesondere für das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Sicherstellung einer zügigen und sachgerechten Bearbeitung von Daueraufgaben, wie z.B. der rohstoffgeologischen Kartierung oder der Erkundung hochwertiger Gesteinsvorkommen mit dem Ziel der Sicherung einer langfristigen Zugänglichkeit.

EXKURS ISTE AUF LANDESPARTEITAGEN

Der ISTE-Stand auf den Landesparteitagen, hier bei der CDU im Europapark in Rust (r.)



Der ISTE war im Zeitraum 2015/2016 wieder als Aussteller auf allen Landesparteitagen präsent:

9. Oktober 2015
SPD LANDESPARTEITAG
Mannheim

20./21. November 2015
CDU LANDESPARTEITAG
Europapark Rust

12. Dezember 2015
B'90 / GRÜNE LANDESPARTEITAG
Reutlingen

5. Januar 2016
FDP LANDESPARTEITAG
Fellbach

Am Rande dieser Veranstaltungen konnten bestehende Kontakte vertieft und neue Kontakte geknüpft werden. Selbstverständlich werden bei derartigen Gelegenheiten auch aktuelle landespolitische Themen angerissen und Termine für tiefergehende Gespräche vereinbart.

Bei allen Veranstaltungen wurden die Gesprächspartner für die Bedeutung der regionalen Rohstoffsicherung als wichtige Landesaufgabe der nächsten Legislaturperiode sensibilisiert.

Schön ist, dass alle Parteien das Thema Rohstoffsicherung in ihren Wahlprogrammen aufgenommen haben. Nachfolgend Auszüge aus den Wahlprogrammen:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

„Ein Großteil der in Baden-Württemberg verwendeten Baurohstoffe kommt aus dem Land. Neben einem besseren Baustoffrecycling setzen wir auch weiter auf eine verbrauchsnahe, dezentrale und sichere Versorgung mit mineralischen Rohstoffen entlang des Rohstoffsicherungskonzepts Baden-Württemberg, um die Transportwege und den ökologischen Fußabdruck des Bauens möglichst gering zu halten. [...] Auch Recycling-Beton aus wiederverwertetem Bauschutt wollen wir vermehrt einsetzen. Bei Kies, Sand und Ton handelt es sich um nicht nachwachsende Rohstoffe.“



CDU

„Natürliche Metall- und Energierohstoffe gibt es im Land nur wenige, sie müssen teuer eingekauft werden. Heimische mineralische Rohstoffe sind dezentral zu nutzen und langfristiger als bisher zu sichern.“

SPD

„Die Ressourcenschonung bei Baurohstoffen ist vorbildlich und soll auf hohem Niveau erhalten bleiben. Zum zuverlässigen, umweltfreundlichen und kostengünstigen Bezug von Baustoffen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen ist der verbrauchsnahe und dezentrale Rohstoffsicherung und -gewinnung in allen Regionen des Landes hohes Gewicht beizumessen.“

FDP

„Wir werden eine Rohstoffstrategie entwickeln, die Import, Wiedergewinnung und eigene Fördermöglichkeiten für Rohstoffe berücksichtigt.“

Selbstverständlich wurden bei allen Gelegenheiten die aktuellen umwelt-, bau-, energie- und verkehrsrelevanten Themen angesprochen.

Und alle Politikerinnen und Politiker bekommen bei Interesse eine der begehrten GeoBoxen geschenkt: neun wichtige „Bausteine“ des Landes, versammelt in einer kleinen, an eine Pralinschachtel erinnernde Box. Also Steine, aus denen unser Land aufgebaut ist und Steine, von denen jeder Baden-Württemberger statistisch pro Jahr 10 Tonnen nutzt – ein Souvenir, das man nirgendwo kaufen kann.

»Normen und Regelwerke müssen so gestaltet sein, dass einheitliche Spielregeln für alle Produktgruppen der Gesteinsindustrie gelten. Der Wettbewerb im Markt entscheidet dann darüber, ob runde, eckige oder gebrauchte Gesteinskörnungen zum Zuge kommen.«



Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Vorsitzender der Fachgruppe Naturstein im ISTE und des Güteschutzes Naturstein Baden-Württemberg e.V.

DAFÜR STEHEN WIR:

Eine der wesentlichen Aufgaben der Abteilung Technik im ISTE ist es, Normen, technische Regelwerke und Umweltstandards aktiv mitzugestalten, sodass die Produkte der heimischen Steine- und Erdenindustrie sowie die daraus hergestellten Bauprodukte auch weiterhin uneingeschränkt verwendet werden können. Dazu gehört die kompetente technisch-wissenschaftliche Betreuung bei Produktion, Marktzutritt und Verwendung von Baustoffen. Ein interdisziplinäres Team von Ingenieuren, Geologen, Mineralogen und Baustoffprüfern entwickelt organisationsübergreifend qualifizierte, praxisnahe und effiziente Konzepte. Die Erfahrungen aus der Praxis werden in neuen oder aktualisierten Regelwerken berücksichtigt. Umsetzungshilfen für die Anwender werden bereitgestellt. Ein umfassendes Schulungsangebot für die Produzenten sowie die individuelle Beratung in technischen Fragen runden das Leistungsspektrum ab. Der ISTE setzt sich für vergleichbare und praxisgerechte Marktvoraussetzungen ein. Technische Lieferbedingungen für primäre und sekundäre Baustoffe dürfen sich ausschließlich am Verwendungszweck orientieren.

AKTIVE MITARBEIT IN DEN ENTSCHIEDENDEN GREMIEN SICHERT MITTEL- UND LANGFRISTIG UNSEREN MARKTZUTRITT

Um den Marktzutritt sicherzustellen, arbeiten ehrenamtliche Unternehmensvertreter und ISTE-Mitarbeiter in Normungsgremien mit und bringen so ihren Sachverstand und Erfahrungen ein. Dies ist deshalb für die Baustoffindustrie wichtig, weil die Orientierung der Mitarbeiterstruktur der technischen Gremien aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ingenieurbüros und Wissenschaft nicht regionalspezifisch ist, so dass die Auswirkungen von neuen Prüfverfahren oder Anforderungskriterien von den Ausschüssen nicht immer zutreffend eingeschätzt werden.

Durch die aktive Mitarbeit der Fachgruppen und personelle Vernetzung in die Unternehmen werden Märkte gesichert, neue Verwendungsmöglichkeiten und Innovationen geschaffen. Der ISTE vertritt direkt sowie indirekt über die Bundesverbände die Interessen seiner Mitglieder in den europäischen Gremien und nationalen Spiegelausschüssen.



Komplexe Anlagentechnik für hochwertige Produkte

Organisationen zusammen: BÜV-ZERT, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Güteschutz Naturstein, QRB und ARGE BETON.

So kann für die Unternehmen sichergestellt werden, dass Baustoffe aus Baden-Württemberg mit den spezifischen geologischen Eigenschaften dauerhaft in einem möglichst breiten Anwendungsspektrum verwendet werden können. Dadurch können regionale Rohstoffvorkommen umweltfreundlich und wirtschaftlich in der Nähe der Gewinnung verwendet werden. Weite Transportwege und unnötige Kosten werden vermieden.

Bei komplexeren Fragestellungen führen die Fachgruppen eigene Forschungsvorhaben durch. Dabei spielen Langzeiterfahrungen und Praxiserprobung unter realistischen Einsatzbedingungen eine wesentliche Rolle.

Der ISTE pflegt den fachlichen Austausch mit Hochschulen, Materialprüfanstalten und der Verwaltung.

Bei unvollständigen oder falschen Ausschreibungen von Baustoffen bietet der ISTE im konkreten Fall seinen Mitgliedern individuelle Beratung und Unterstützung.

Über seine Fachgruppen Sand und Kies, Naturstein, Transportbeton sowie Recycling-Baustoffe und Boden wirkt der ISTE in den technischen Gremien des Deutschen Institutes für Normung (DIN), der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb) mit.

Die wesentlichen Gremien der FGSV für den Bereich Straßenbau, in welchen der ISTE vertreten ist, sind beispielhaft folgende:

- Arbeitsgruppe 5: Erd- und Grundbau
- Arbeitsgruppe 6: Gesteinskörnungen, ungebundene Bauweisen
 - Arbeitsausschuss 6.1: Gesteinskörnungen
 - Arbeitsausschuss 6.2: Industrielle Nebenprodukte und RC-Baustoffe
 - Arbeitsausschuss 6.3: Schichten ohne Bindemittel
 - Arbeitsausschuss 6.5: Ländliche Wege
 - Arbeitsausschuss 6.6: Pflasterdecken und Plattenbeläge
- Arbeitsgruppe 7 und 8: Asphalt- und Betonbauweisen

Darüber hinaus arbeiten wir mit Unterstützung des Ehrenamts in den technischen Gremien unserer Bundesverbände (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS), Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (BTB) und Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB) mit.

Weil neue Europäische Normen in das nationale Regelwerk umgesetzt werden müssen und bestehende Normen überarbeitet werden, ist die permanente Mitwirkung der Landesverbände in den Gremien bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Regelwerks für die Sicherstellung des Marktzugangs entscheidend.

LANDESSPEZIFISCHE GEOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN MÜSSEN BEI DER NORMUNG BERÜCKSICHTIGT WERDEN

Über die Fachgruppen werden Prüfdaten von Gesteinskennwerten ermittelt, gesammelt, ausgewertet und in die Fortschreibung der Regelwerke für Gesteinskörnungen, Baustoffgemische, Asphalt und Beton in die entscheidenden Gremien eingebracht. Der ISTE arbeitet hierzu eng mit folgenden Orga-



Der Vorsitzende der Fachgruppe Naturstein und des Güteschutzes Naturstein, Peter Rombold, begrüßt die Teilnehmer des 12. Technik-Tages der Schotterindustrie in Kupferzell.



GESTEINSBAUSTOFFE

REGELWERK UND MARKT

EUROPÄISCHE BAUPRODUKTEVERORDNUNG – AUSWIRKUNGEN DES EUGH-URTEILS AUF DAS NATIONALE BAUORDNUNGSRECHT

Am 16. Oktober 2014 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg ein Grundsatzurteil zum Bauproduktrecht gefällt (Rechtssache C-100/13). Das Urteil bringt in wichtigen Punkten Klarheit und verpflichtet Deutschland dazu, das nationale System der Bauregellisten grundlegend zu ändern. Fast zehn Jahre stritten der Bund und die Länder mit der Europäischen Kommission darüber, ob Deutschland an europäisch harmonisierte Bauprodukte mit CE-Kennzeichen zusätzliche Anforderungen stellen darf.

Am Beispiel von drei Produkten (Elastomer-Dichtungen, Wärmedämmstoffe sowie Tore) stellten die Richter fest, dass die in der Bauregelliste B enthaltenen zusätzlichen Anforderungen für den wirksamen Marktzugang und die Verwendung von harmonisierten Bauprodukten in Deutschland gegen

Art. 4 Abs. 2 und Art. 6 Abs. 1 der Bauprodukt Richtlinie (BaupRL) verstoßen. Wenn ein Mitgliedsstaat „Lücken“ in einer harmonisierten Norm findet, darf er diese nicht durch nationale Anforderungen schließen, sondern muss die dafür vorgesehenen besonderen Verfahren nutzen. Er muss seine Bedenken auf europäischer Ebene zur Diskussion stellen bzw. sich aktiver in den europäischen Normungsprozess einbringen. Nach eingehenden Diskussionen ist nun klar, dass das Urteil des EuGH auch auf die Europäische Bauproduktverordnung (EU-BauPVO) übertragbar ist. Das bislang in Art. 6 der alten BauPRL enthaltene Behinderungsverbot ist nun in Art. 8 EU-BauPVO enthalten. Hier ist zudem ausdrücklich geregelt, dass ergänzende nationale Kennzeichnungspflichten für CE-gekennzeichnete Produkte im Bereich harmonisierter Produkteigenschaften unzulässig sind. Sie belässt keinen Raum dafür, die Verwendung harmonisierter Produkte in Deutschland von einer ergänzenden allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassung oder anderen zusätzlichen Anforderungen abhängig zu machen.

Am 13. April 2015 veröffentlichte das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) seine Stellungnahme zur weiteren Vorgehensweise. Für die vom Urteil direkt benannten Produkte wurden in einem ersten Schritt die Regelungen aus Bauregelliste B Teil 1 außer Vollzug gesetzt. Für alle weiteren europä-

isch harmonisierten Produkte gelten die Bauregellisten und die Listen der Technischen Baubestimmungen in ihrer zuletzt bekanntgemachten Fassung zunächst fort. Nationale Zulassungsanträge konnten noch bis zum 31. Januar 2016 abgegeben werden.

In einem zweiten Schritt ist geplant, die Bauregelliste B Teil 1 und sonstige Zusatzanforderungen an harmonisierte Bauprodukte in anderen Regelwerken bis zum 15. Oktober 2016 vollständig aufzuheben. Die weiterhin national für erforderlich gehaltenen Anforderungen sollen spätestens zu diesem Zeitpunkt auf Bauwerksebene (bauwerksbezogene Anforderungen) konkretisiert werden. Für die über diesen Zeitpunkt (15. Oktober 2016) hinaus geltenden Zulassungen werden nach diesem Konzept gesetzliche Übergangsregelungen geschaffen. Mit diesen soll erreicht werden, dass die fortgeltenden Zulassungen bis zum Ende ihrer Geltungsdauer noch als Nachweis für bauordnungsrechtliche Anforderungen herangezogen werden können. Derzeit ist noch unklar, welche Inhalte die zukünftige Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen, mit der die neue Musterbauordnung konkretisiert werden soll, haben wird.



„Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Freier Warenverkehr – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der bestimmte Bauprodukte, die mit der Konformitätskennzeichnung ‚CE‘ versehen sind, zusätzlichen nationalen Normen entsprechen müssen – Bauregellisten“



Ab dem 16. Oktober 2016 werden zusätzliche nationale Zeichen zum CE-Zeichen wie das Ü-Zeichen unzulässig.

WAS BEDEUTET DAS EUGH-URTEIL FÜR DIE NATÜRLICHEN GESTEINSKÖRNUNGEN NACH EN 12620 KONKRET?

Laut EuGH-Urteil sind nationale Zusatzanforderungen an die Gesteinskörnungen gemäß EN 12620 sowie die Forderung, dass zusätzlich zum CE-Zeichen das nationale Ü-Zeichen auf dem Lieferschein angebracht wird, unzulässig.

Somit sind die natürlichen Gesteinskörnungen in dieser Sache nur im Merkmal Alkali-Kieselsäure-Beständigkeit betroffen. Die Beständigkeit der Gesteinskörnungen gegen Alkali-Kieselsäure-Reaktivität, welche für die Dauerhaftigkeit des Betons wichtig ist, stellt keine zusätzliche nationale Anforderung dar. Nach Anhang ZA.1a der EN 12620 ist diese Eigenschaft als „Wesentliches Merkmal“ aufgeführt. Für Europa gibt es jedoch kein einheitliches Nachweisverfahren, es muss in Übereinstimmung mit den am Verwendungsort der Gesteinskörnung geltenden Vorschriften bestimmt werden. Für Deutschland gelten die Nachweisverfahren der Alkali-Richtlinie des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb), in anderen EU-Ländern werden andere Nachweisregeln angewandt. Die „Regelung am Ort der Verwendung“ wird nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs als Verstoß gegen den freien Warenverkehr gesehen und somit als nicht zulässig eingestuft.

Die Festlegung eines einheitlichen Nachweisverfahrens ist aufgrund der verschiedenen regionalen Besonderheiten in den EU-Mitgliedsländern und die große Vielfalt an Gesteinsarten, welche spezielle Nachweise notwendig machen, technisch nicht möglich. Allein in Deutschland gibt es für die Gesteinskörnungen aufgrund der Unterschiede in der petrographischen Zusammensetzung im Norden und Süden zwei völlig unterschiedliche Nachweisverfahren.

Die Praxis in Deutschland und ganz Europa konnte mit der Regelung „am Ort der Verwendung“ der EN 12620 durch die Alkali-Richtlinie seit Einführung der europäischen Normen gut umgehen. Ob ein Mandat in dieser Weise erfüllt werden kann, steht nun rein formal in Abrede.

Ein zweiter Kritikpunkt ist die Forderung, dass ein „Ü-Zeichen“ auf dem Lieferschein der Gesteinskörnungen angebracht werden muss. Da der Hersteller in seiner Leistungserklärung für Verwendung in Beton eine Aussage über die Beständigkeit der Gesteinskörnungen gegen Alkali-Kieselsäure-Reaktivität nach EN 12620 machen muss, sehen wir den Entfall des „Ü-Zeichens“ als unproblematisch an.

Die ARGEBAU und das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) planen in der Folge des Urteils das in Artikel 18 der BauPVO verankerte Beschwerdeverfahren gegen eine ganze Reihe von Normen mit der Begründung einzuleiten, dass die Normen nicht mandats-

konform seien. Für die DIN EN 12620 wird das Verfahren mit der beschriebenen AKR-Thematik begründet. Im „Artikel-18-Verfahren“ liegt ein Risiko, dass gegebenenfalls harmonisierte Normen „nach Aktenlage“ aus dem europäischen Amtsblatt gestrichen werden könnten. Im Falle der DIN EN 12620 wäre das besonders kontraproduktiv, da alle anderen Gesteinskörnungs-Normen harmonisiert blieben und der Erfolg der Harmonisierung der Gemische-Norm konterkariert würde.

Unser Bundesverband für Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) setzt sich hier aktiv für praxiserhaltende Lösungen ein. Als Problemlösung betrachten wir eine Erweiterung des Mandats mit nationalen Regelungen für die „wesentlichen Merkmale“, die laut harmonisierten Normen aufgrund regionaler Besonderheiten und fehlender einheitlicher Prüfverfahren am Ort der Verwendung zu regeln sind. So könnte das bestehende und bewährte Anforderungsniveau beibehalten werden.



Über Stand der Bearbeitung der europäischen Normen informierte Dr. Olaf Enger, Hauptgeschäftsführer des Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) beim Baustoff-Technik-Tag 2016 in Ostfildern.



EUROPÄISCHE NORMUNG FÜR GESTEINSKÖRNUNGEN UND UNGEBUNDENE GEMISCHE – STAND DER BEARBEITUNG

Die folgenden Ausgaben der für unsere Branche relevanten Produktnormen behalten voraussichtlich bis 2018 ihre Gültigkeit:

- DIN EN 12620:2008-7 Gesteinskörnungen für Beton
- DIN EN 13139:2002-08 Gesteinskörnungen für Mörtel
- DIN EN 13043:2002-12 Gesteinskörnungen für Asphalt
- DIN EN 13242:2008-03 Gesteinskörnungen für ungebundene und hydraulisch gebundene Gemische
- DIN EN 13383-1:2002-08 Gesteinskörnungen für Wasserbausteine
- DIN EN 13450:2003-06 Gesteinskörnungen für Gleisschotter
- DIN EN 13285:2010 Ungebundene Gemische – Anforderungen

Die 2. Generation der europäischen Gesteinskörnungsnormen wurde durch den zuständigen Normenausschuss DIN NA 005-07-15 an die Bauproduktverordnung (BauPVO) angepasst, redaktionell überarbeitet und unter-

einander vereinheitlicht. Technische Kommentare werden in ein zweistufiges Abstimmungsverfahren im europäischen Normeninstitut CEN TC 154 und seinen Untergremien umgesetzt. Die Normentwürfe Mai/ Juni 2015 wurden zur europäischen Umfrage mit Kommentarfrist bis Anfang Oktober 2015 gegeben. Die Beratung der gesammelten europäischen Kommentare ist abgeschlossen, so dass die Erstellung der Schlussentwürfe begonnen hat. Die Freigabe durch TC 154 soll bis April/Mai 2016 erfolgen. Die Einreichung der Schlussentwürfe zur formellen Schlussabstimmung ist bis Ende Oktober 2016 geplant. Unter Voraussetzung einer Einhaltung des Zeitplans wird das gesamte Normenpaket für Gesteinskörnungen voraussichtlich im Frühjahr 2017 erscheinen. Erst nach einer einjährigen Übergangsfrist kann mit einer Veröffentlichung im europäischen Amtsblatt und somit dem Ersatz der oben angegebenen Normausgaben gerechnet werden.

Die DIN EN 13285 „Ungebundene Gemische für den Straßenbau“ befindet sich im europäischen Normeninstitut CEN TC 227 im zweistufigen Abstimmungsverfahren als künftig harmonisierte Norm nach BauPVO. Die Zeitschiene für die formelle Abstimmung, Veröffentlichung und Inkraftsetzung durch Erscheinen im europäischen Amtsblatt ist ähnlich wie beim Normenpaket „Gesteinskörnungen“.

Die nationalen Anwendungsdokumente in Deutschland müssen an die harmonisierten Normen angepasst werden. Die Überarbeitung soll vor Ablauf der festgelegten Übergangsfrist bzw. dem Erscheinen der Normen im europäischen Amtsblatt abgeschlossen sein. Bei den Anwendungsdokumenten handelt es sich um die DIN 1045-2 (Beton) sowie die TL Gestein-StB und erstmalig im gleichen System auch die TL SoB-StB für den Straßenbau. Ab diesem Zeitpunkt gelten dann für alle wesentlichen Gesteinskörnungsprodukte sowie für Gemische die gleichen Regeln.

Der ISTE hat bei der Überarbeitung der oben angegebenen Normen in Form von Stellungnahmen und Gremienarbeit mitgewirkt. Im Rahmen der Überarbeitung der nationalen Anwendungsdokumente sind zudem die technischen Gremien des Bundesverbandes MIRO und die FGSV-Gremien miteinbezogen.

Geplant ist nach Inkrafttreten der DIN EN 13285 eine Aufnahme der „ungebundenen Gemische für den Straßenbau“ in der „Verbändeempfehlung“ als Ersatz für die TL G SoB-StB.



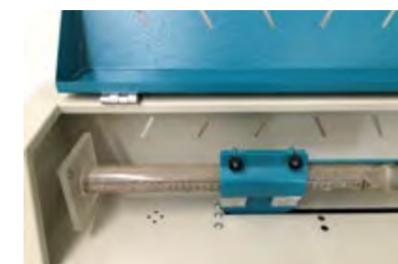
ERGÄNZUNGEN ZU DEN ZUSÄTZLICHEN TECHNISCHEN VERTRAGSBEDINGUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Teil 2.2: Ergänzungen zu den Technischen Lieferbedingungen für Baustoffgemische und Böden zur Herstellung von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau (TL SoB-StB) – Änderung beim Prüfverfahren Sandäquivalentwert.

Seit vielen Jahren ist in Baden-Württemberg die Prüfung des Sandäquivalentwerts bei Baustoffgemischen aus Kalkgestein aus Qualitätsgründen und den hier anzutreffenden geologischen Gegebenheiten in den ETV-StB-BW verankert. Diese Vorgehensweise wird von den Mitgliedern des Güteschutzes Naturstein befürwortet und unterstützt. Durch die Überarbeitung der Prüfnorm EN 933-8 (Ausgabe 2012) im NA 062 DIN-Normungsausschuss für Materialprüfung (NMP) und der damit einhergehenden geänderten Versuchsdurchführung zur Begrenzung der Feinanteile vor der Bestimmung, ergibt sich für die Gütesicherung von Baustoffgemischen aus Kalkgestein Handlungsbedarf.



Prüfung des Qualitätsmerkmals Sandäquivalent an Baustoffgemischen aus Kalkstein.



UMWELTVERTRÄGLICHKEIT NATÜRLICHER GESTEINSKÖRNUNGEN

Im Berichtszeitraum 2015/2016 wurde bei Ausschreibungen von Baumaßnahmen im Straßenbaubereich immer wieder auch für Primärbaustoffe wie Kies und Sand oder Natursteinmaterial der Nachweis der Umweltverträglichkeit verlangt. Wie im Jahresbericht 2013/2014 im Detail erläutert, gibt es nach wie vor für natürliche Gesteinskörnungen in Deutschland keine technischen oder gesetzlichen Vorschriften, aus denen Umwelanforderungen für das in Verkehr bringen natürlicher Gesteinskörnungen ableitbar wären. Das Umweltministerium Baden-Württemberg bestätigt weiterhin, dass der hierzu einschlägige Erlass über die „Nichtanwendbarkeit abfalltechnischer Regelwerke auf mineralische Primärrohstoffe“ von 2002 vom damaligen Ministerium für Umwelt und Verkehr unbefristet gültig ist.



UMWELTRELEVANTE MERKMALE FÜR RC-BAUSTOFFE

Damit RC-Baustoffe weiterhin sinnvoll eingesetzt werden können, arbeitet der ISTE in den DIN-Gremien des Normausschuss Wasserwesen und des Gemeinschaftsausschusses Wasserwesen/Bau sowie in den europäischen Gremien CEN TC 351 (Umweltnormung im Bereich der Bauproduktenverordnung) und CEN TC 292 (Umweltnormung im Bereich der Abfallrichtlinie) mit. Durch den direkten Kontakt und Erfahrungsaustausch des ISTE mit der Umweltverwaltung Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gestaltet der ISTE insbesondere die geplante Ersatzbaustoffverordnung und die Novelle der Bundes-Bodenschutzverordnung des BMUB aktiv mit (siehe Kapitel Umweltschutz). In Baden-Württemberg sind weiterhin die „Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ (kurz: RC-Erlass) aus dem Jahr 2004 des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr einschlägig. Die „Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ des Umweltministeriums Baden-Württemberg wurden erneut verlängert und behalten bis zum Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung, längstens jedoch bis 31. Dezember 2017 ihre Gültigkeit.



BAUPRODUKTVERORDNUNG UND UMWELTRELEVANTE MERKMALE – NEUE PRÜFMETHODE NUN ALS VORNORM VERABSCHIEDET

Die Bauproduktenverordnung regelt im Rahmen der sogenannten „wesentlichen Anforderung an Bauprodukte“ unter Nr. 3 auch Anforderungen an „Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz“. Für die Steine- und Erdenindustrie ist die Betrachtung der Freisetzung gefährlicher Stoffe in Grundwasser, [Meeresgewässer], Oberflächengewässer oder Boden im Rahmen der Bauproduktenverordnung besonders relevant. Dies auch deshalb, weil bei der Umsetzung im Rahmen der CE-Kennzeichnung zukünftig grundsätzlich nicht zwischen Primärrohstoffen und gebrauchten Stoffen unterschieden wird.

Die Umsetzung der wesentlichen Anforderung Nr. 3 erfolgt mit dem Mandat M/366, im Rahmen dessen das europäische Komitee CEN TC 351 „Construction products – Assessment of release of dangerous substances“ derzeit die Labormethoden zur Bestimmung der Freisetzung von Schadstoffen aus Bauprodukten entwickelt. Für Deutschland besonders wichtig sind der geplante Säulenversuch zur Untersuchung körniger Bauprodukte und das Probenaufbereitungsverfahren. Nach jahrelangem fachlichen Disput um die Probenaufbereitung und weitere Versuchsparameter (siehe ausführlich im Jahresbericht 2015/2016) wurde nun mit der Verabschiedung der Vornorm CEN TS



Beim Baustoffrecycling wird in der Vorsiebanlage (L.) mit hohem Aufwand der schadstoffhaltige Feinanteil des Bauschutts abgetrennt und beseitigt. Aus der Grobfraction (M.) werden durch Brechen, Sieben und Klassieren verschiedene Lieferkörnungen hergestellt (r.). Falls diese für den EU-Säulenversuch wieder kleingemahlen werden müssen, sind Schadstoffüberschätzungen und Grenzwertüberschreitungen zu befürchten.

16637-3 folgender Kompromiss umgesetzt: Der Korngrößenanteil < 4 mm soll bei Materialien, die aufbereitet werden müssen, mindestens 45 Massenprozent betragen, und es wird eine mittlere Pumprate entsprechend einer Kontaktzeit von ca. 7,5 h eingestellt. Unter Ausnutzung der zulässigen Abweichungen von der Säulengeometrie und der Pumprate kann der Versuch, was die Versuchsdauer, also den Zeit- und Kostenaufwand angeht, nun sehr nahe an der deutschen Norm DIN 19528 betrieben werden. Wenig praktikabel bleibt die Anforderung an den Korngrößenanteil < 4 mm mit mindestens 45 Massenprozent bis maximal 55 Massenprozent. Zwar ist dies gegenüber der ursprünglichen Forderung, die gesamte Körnung auf mindestens 95 Massenprozent < 4 mm zu zerkleinern schon ein deutlicher Fortschritt. Da aber die meisten gängigen Kornverteilungen (z. B. 0/32, 0/45) weniger als 45 Massenprozent einer Kornfraktion < 4 mm besitzen, ist in Zukunft oftmals ein umständlicher Aufbereitungsschritt durch Sieben und Zerkleinern erforderlich. Neben diesem praktischen Problem kann die Aufbereitung zu einer Veränderung des Materials und dessen Freisetzungseigenschaften führen.



Das Zentrum für Angewandte Geowissenschaften der Universität Tübingen steht kurz vor dem Abschluss einer Studie für das Deutsche Institut für Normung, DIN, zur Untersuchung dieses potentiellen Einflusses. Es kann gezeigt werden, dass die Konzentrationsüberschätzungen gegenüber dem DIN-Säulenversuch mit zunehmendem Anteil der auf < 4 mm zerkleinerten Kornfraktion zunehmen. Deutliche Abweichungen gibt es deshalb zwischen der Säulen-norm DIN EN 14405 aus dem EU-Abfallrecht (Forderung eines Abteils der Kornfraktion < 4 mm von mindestens 90 Massenprozent) und der DIN-Norm, die Abweichungen zwischen dem jetzt als Vornorm verabschiedeten Kompromiss aus dem Bauproduktenrecht und der deutschen Norm liegen nun eher nicht mehr im bewertungsrelevanten Bereich. Der jahrelange Einsatz der deutschen Delegierten (unter anderem auch aus dem ISTE) in diesem CEN-Gremium hat sich also gelohnt. Anderenfalls hätte aus dem Bauproduktenrecht ein Säulenversuch gedroht, der Konzentrationen aufgrund der Veränderung von Lieferkörnungen (Kornzerkleinerung, neue frische Kontaktflächen anderes pH-Milieu) systematisch stark überschätzt. Diese Konzentrationsüberschätzungen wären dann, bei möglicherweise erforderlicher Übernahme der europäischen Normen in die deutsche Rechtsetzung, auf das gegenüber den niederländischen Grenzwerten vergleichsweise konservative Grenzwertgerüst der geplanten MantelV getroffen. Bei direkter Übernahme der EU-Normen in die deutsche

Rechtsetzung wären durch diese Effekte die Ressourceneffizienzziele im Bereich der Kreislaufwirtschaft in Deutschland – ohne Anlass aus Sicht des Umweltschutzes – gefährdet. Im Jahresbericht 2014/2015 haben wir die hierzu einschlägige Studie zum Grenzwertvergleich Deutschland/Niederlande im Auftrag der EU-Kommission (Susset et al., 2014) vorgestellt (Bericht steht unter www.dafstb.de und www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/produkte/bauprodukte/eu-recht-fuer-bauprodukte zum Download bereit). Im Jahr 2016 wird die Vornorm CEN TS 16637-3 (EU-Säulenversuch aus dem Bauproduktenrecht) in Ringversuchen validiert werden. Die gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre = JRC) ist der wissenschaftliche Dienst der Europäischen Kommission und soll die Organisation dieser Validierung übernehmen.

Sobald die Methode genormt ist, müssen die technischen Produktkomitees (TC) im CEN für die Bauprodukte festlegen, welche Parameter mit dieser Labormethode untersucht und wie die Produkte bezüglich der Umwelteigenschaften klassifiziert werden müssen. Es wird deshalb zukünftig für die Steine- und Erdenbranche ganz besonders wichtig sein, sich im einschlägigen Produkt-Komitee, dem CEN TC 154 „Gesteinskörnungen“ zu positionieren. Der ISTE steht hierzu in engem Kontakt mit dem Bundesverband MIRO, der Delegierte in das CEN TC 154 entsendet.



Fachexkursion am 2. Juli 2015 mit der Eichbehörde Baden-Württemberg zum Mitgliedsunternehmen Alfred Moeck KG in Lenningen. Probleme und Auswirkungen im Geschäftsbetrieb der Tara-Verwiegung jedes einzelnen Beladevorgangs wurden praxisgerecht dargestellt.

MESS- UND EICHVERORDNUNG (MESSEV) – WERTGRENZE IN DISKUSSION

Die praktische und rechtskonforme Umsetzung der neuen Mess- und Eichverordnung, wonach keine dauerhaft gespeicherten Tara-Gewichte bei Wiegevorgängen verwendet werden dürfen (§ 26 Abs. 2 der MessEV), führt beim Verkauf der Massengüter Sand, Kies, Schotter und Recycling-Baustoffe seit 1. Januar 2015 zu Umsetzungsproblemen in der Praxis. Aus Kapazitätsgründen können Investitionen in Radladerwaagen, Wiegebänder oder einer zusätzlichen Fahrzeugwaage (plus Personal) die Folge sein. Die in der Branche bekannten Zulieferer und Dienstleister bieten Komponenten zur Nachrüstung an, die die Leistungsfähigkeit der Engstelle „Waage“ verbessern können (z. B. Fahrerkarte, Barcode- oder RFID-Lesegeräte, automatische Kennzeichenerfassung, etc.). Wir haben auf unsere schriftliche Anfrage an die Eichdirektion Ba.-Wü. zur Umsetzung der neuen Vorgaben der MessEV und einer notwendigen Übergangsfrist im März 2015 Antwort erhalten. Demnach wird den Betrieben „im Einzelfall eine ausreichend lange Frist für die Umsetzung gewährt“.



Das energiegeladene Vortragsteam zur Präsentation der Energiewende auf der ISTE-Winterarbeitstagung 2016: Prof. Dr. Frank Fasel, Prof. Dr. Martin Molitor und Dr. Michael Aufrecht

Die weiterhin bestehende Problematik wurde sowohl seitens des ISTE, als auch durch die Bundesverbände bei jeder sich bietenden Gelegenheit bei den zuständigen Mess- und Eichbehörden vorgebracht. Der ISTE hatte diesbezüglich auch mehrfach Gespräche mit dem Staatssekretär und Beauftragten für Mittelstand, Peter Hofelich, MdL.

Die Bundesverbände führen ebenfalls Gespräche mit dem zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Derzeit wird über eine „Mindestwertgrenze“ diskutiert, ab welcher eine unmittelbare Leerverwiegung erforderlich ist. Einer derartigen Grenze kann jedoch nur zugestimmt werden, wenn sie die überwiegenden Produkte unserer Branche abdecken.

TRANSPORTBETON

Unsere Fachgruppe Transportbeton arbeitet thematisch eng vernetzt mit den anderen Fachgruppen der angrenzenden Bundesländer. Dies wurde durch die erstmalige gemeinsame Mitgliederversammlung der Fachabteilung Transportbeton des Bayrischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V. (BIV) und der Fachgruppe Transportbeton im ISTE am 14. Mai 2015 im Congress-Centrum Heidenheim deutlich und wird mit der nächsten gemeinsamen Mitgliederversammlung am 1. Juni 2016 in Bad Hindelang weiter ausgebaut. Insbesondere ist durch die Tätigkeit unserer ehren- und hauptamtlichen Vertreter im Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (BTB) ein Kompetenzteam verfügbar, in dem schneller Informationsaustausch, sich abzeichnende Entwicklungen oder Fragestellungen unserer Mitglieder gebündelt und zeitnah umsetzungsfähigen Lösungen zugeführt werden. Gemeinsam sorgen wir für regionale, praktikable, effektive und anwenderfreundliche Antworten, kennen viele Planer und Verwender, sind eng vernetzt mit allen Hochschuleinrichtungen sowie den vier Regierungspräsidien und stehen auch für die geleistete Arbeit gerade.

AUS- UND WEITERBILDUNG

Wir betreiben vielfältige, aktive Nachwuchsarbeit und unterstützen u. a. die nachfolgend aufgeführten Kampagnen. Unsere Fachgruppe Transportbeton beteiligt sich aktiv und umfassend im Ausbildungsprogramm der ARGE Beton, deren Träger die Landesvereinigung Bauwirtschaft Baden-Württemberg, das Informationszentrum Beton, der Deutsche Beton- und Bautechnik-Verein, der Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg sowie der ISTE sind.

Unsere Veranstaltungen in Karlsruhe, Mannheim, Sigmaringen, Bühl, Geradstetten und Stuttgart im Kreis von Mitgliedern und Nichtmitgliedern waren mit über 400 Teilnehmern sehr gut besucht und behandelten Themen wie Produktionstechnik, werkseigene Produktionskontrolle, CE-Ausgangsstoffe nach Bauproduktenverordnung, Sichtbeton, Leichtbeton, Stahlfaserbeton, Transportbeton für die Energiewende, Zerstörungsfreie Materialprüfung – Resonanzmethode, DIN EN 13670 und DIN 1045-3 mit Beton bestellen, liefern, einbauen, verdichten, nachbehandeln, Transportbeton für Brückenkappen, regionale Besonderheiten beim AKR-Nachweis, Betonpumpen – inklusive Schnittstellen zu Abnehmern sowie Neuerungen der Regelwerke u.v.m.



Wettbewerb der Bauweisen: Herstellung einer kommunalen Verkehrsfläche aus Transportbeton



Das jährlich durchgeführte, zweitägige Seminar „Fortbildung von Beton-technologen“ ist zwischenzeitlich die zentrale Plattform zur Vertiefung und Auffrischung der Kenntnisse geworden. Im zurückliegenden Zeitraum wurde erstmalig ein zusätzlicher, dritter (!) Kurs „Betonprüfer“ aufgrund der hohen Nachfrage erfolgreich durchgeführt. Über die Ausbildungsplattform „Basiswissen Beton“ werden In-house-Schulungen oder Themenschwerpunkte wie z. B. Bauausführung mit Transportbeton oder Betonfertigteilen angeboten.

SACHSTAND DER NEUEN ERARBEITUNG DER NEUEN BETONNORM DIN 1045-2

In den EU-Mitgliedsstaaten gilt vielfach bereits die neue DIN EN 206:2014-07. In Deutschland ist die Einführung an zahlreichen Einsprüchen gescheitert (s. letzter Jahresbericht), weshalb bei uns insbesondere an einer Überarbeitung der nationalen Anwendungsnorm DIN 1045-2:2014-08 gearbeitet wird. Schwerpunkt sind Änderungen aufgrund der BetonBauQualitäts-Aspekte. Weitere Überarbeitungsschritte ergeben sich aufgrund der Änderungen der Gesteinsnormen, der Auswertesystematik bei den Konformitätsnachweisen, der neuen Festlegungen zur Bauausführung nach DIN 1045-3 u.v.m. Ein genauer Zeitplan liegt nicht vor.

INFORMATIONSZENTRUM BETON GMBH (IZB)

Die neue Ausrichtung des IZB lautet „Lebenswerte Lebensräume“. Hierdurch soll die Wertigkeit des Baustoffes Beton besser zur Geltung kommen. Das neue Logo des IZB und die Verwendung der Transportbeton-Partnerlogos sollen dies zum Ausdruck bringen. Die Transportbetonindustrie ist über den Beirat im IZB auch direkt vertreten. Seitens der Transportbetonindustrie ist es wichtig, dass Praxisvertreter, die mit dem Baustoff Beton im Tagesgeschäft zu tun haben, sich aktiv in die Gremienarbeit des IZB einbringen.

FORTSETZUNG DER BUNDESWEITEN KAMPAGNE „VERFAHRENSMECHANIKER“ SOWIE AUS- UND WEITERBILDUNG – LERNPLATTFORM „ZEMENT, KALK, BETON“

Neben der Broschüre und dem Ausbildungsfilm wurden zuletzt auch Poster und ein Leitfaden für Unternehmen erstellt. Darüber hinaus sind die Erstellung einer Lehrermappe, der Ausbau der Pressearbeit, der Auftritt in weiteren Ausbildungsportalen und digitalen Medien von großer Bedeutung.

Das digitale Lernen wird zukünftig ein wesentlicher Baustein der Wissensvermittlung sein, mehrere Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich bei der Lernplattform registriert. Im Sommer 2016 werden wir eine interaktive, am eigenen Notebook geführte Veranstaltung dazu durchführen.

IHK-PRAXISTRAINING VERTRIEB BAUSTOFFE STEINE UND ERDEN

Unsere eigenen Qualifizierungsveranstaltungen zur Schulung der Verkäufer zementgebundener Baustoffe haben gezeigt, dass bei unseren Mitgliedern Bedarf besteht. Im Berichtsjahr hat unser Bundesverband BTB ein Konzept aufgestellt. Mit der Einstiegsqualifikation „Betonprüfer“ ist die Pilotanwendung des IHK-Praxistrainings „Vertrieb Baustoffe Steine und Erden“ in Bearbeitung. Die Probeanwendung wurde von Mitgliedsfirmen durchgeführt, die Bearbeitung der Lehrinhalte mit Zertifizierung durch die IHK konnte mittlerweile abgeschlossen werden. Das Training kann unternehmensintern und begleitend zum Arbeitsprozess in Zusammenarbeit mit der IHK erfolgen.

Es ist angedacht, das IHK-Praxistraining auch unternehmensextern und „en bloc“ als mehrtägiger Kurs (z. B. 4x5 Tage), organisiert durch den BTB und uns als Landesverband anzubieten.



Blick auf die geräumten Industrieflächen in Heilbronn: Neubau am Rande der Innenstadt für die Bundesgartenschau 2019.

ENTWICKLUNG EINES MEISTERKURSES „VERFAHRENSMECHANIKER“

Unser Bundesverband BTB startete ein Programm zur Entwicklung eines Meisterkurses „Verfahrensmechaniker“. Nachdem nun auch der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V. (MIRO) Interesse an der Einführung eines solchen Kurses hat, ist das gemeinsam mit dem Berufsbildungswerk der Fertigteileindustrie e. V. (BBF) und der Sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft (SPA) geplante Vorhaben erfolgversprechend. Die Erfahrungen des VDZ bei der Ausbildung zum Industriemeister sollen bei der Umsetzung helfen.

PUMPFÄHIGKEIT VON BETON – AUSSTEUERUNG DER FRISCHBETONEIGENSCHAFTEN

Zementleimgehalt und Sieblinie der Gesteinskörnung bestimmen wesentlich die Pumpfähigkeit von Beton. Hierzu haben wir Merkblätter und Leitfäden für Betonhersteller und -verwender im vergangenen Geschäftsjahr zur Verfügung gestellt. Bislang sind immer noch einige Einflussgrößen auf die Pumpfähigkeit

wissenschaftlich-technisch nicht erforscht, insbesondere auch wegen der Unterschiede der regional verfügbaren Ausgangsstoffe und deren chemischen Interaktion. Das Forschungsvorhaben „Zielsichere betontechnische Gestaltung und Optimierung des Pumpens von Frischbeton“ wurde deshalb genehmigt. Mit der Durchführungen an der TU Dresden wurde begonnen.

BETONBAUQUALITÄT BBQ

Bei den Beratungen zur neuen DIN 1045-2, hat es zahlreiche Einsprüche gegeben, die sich hauptsächlich auf die EN 206, der bereits zugestimmt wurde, bezogen haben. Deutschland ist damit eines der wenigen Länder, das die neue EN 206 noch nicht eingeführt hat. Als Kompromiss wurde für die nationalen Anwendungsregeln in der DIN 1045-2 das dreistufige Qualitätskonzept „BetonBauQualität“ (BBQ) erarbeitet. Die Umsetzung könnte über einen Bauteilkatalog erfolgen, der Anleitung darüber gibt, welche Bauteile in welcher BBQ-Klasse ausgeführt werden müssen. Ein „Entscheidungsbaum“ mit Informationen zu den Anforderungen an das Bauteil dient als weitere Leitlinie. Die BBQ stellt damit ein klares Bekenntnis zu den Bauausführungsklassen dar. Übliche Betone mit Regelanforderungen sollen nach dem bisherigen Prozedere unter BBQ1 behandelt werden.

ZUSÄTZLICHE VERTRAGSBEDINGUNGEN „WASSERBAU“ – PCE-FLIESSMITTEL IN FRISCHBETON

Ein neuer Erlass zu den zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen Wasserbau (ZTV-W) sieht Zusatzmaßnahmen zur Vermeidung von Schäden in Folge mangelnder Mischungsstabilität des Frischbetons vor. Dazu gehört z. B. das Verbot der Verwendung von PCE-Fließmitteln. Verlängerte Mindestmischzeiten sowie der Ausdruck von Zusatzangaben auf dem Lieferschein sind vorgesehen. Ferner soll die Sedimentation auf der Baustelle geprüft werden. Dies ist aufgrund des hohen Zeitaufwandes (ca. 30 Minuten) aber kaum möglich. Der Erlass wurde nicht mit dem Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie abgestimmt, auch eine Abstimmung mit dem Deutschen Beton- und Bautechnikverein erfolgte nur unzureichend. Es scheint bei PCE-Fließmitteln in Beton mit niedrigem Zementleimgehalt Festlegungsbedarf zur Verbesserung der Frischbetoneigenschaften zu geben, womit sich aktuell eine Arbeitsgruppe beschäftigt.



ERHÖHUNG DES GESAMTGEWICHTES 4-ACHSIGER LKW

Ein Gutachten aus Österreich hat die Auswirkung eines des modifizierten Straßenfahrzeuges auf die Straßenverkehrssicherheit untersucht. Demnach bleiben die Anforderungen an den Bremsweg und Straßenrückhaltesysteme sowie die Kippgefahr von der Gewichtserhöhung unberührt. Zwischenzeitlich hat der österreichische Nationalrat der Erhöhung der Gesamtgewichte von Fahrmischern im Juni 2015 zugestimmt.

Zur Erzielung einer solchen Regelung in Deutschland hat sich der BTB mit einem Schreiben an die Bundeskanzlerin gewandt und sie über die ökologischen und wirtschaftlichen Vorteile des Vorhabens informiert. Der BTB hat ein Musterschreiben sowie eine Liste der Ausschussmitglieder erstellt. Infolge des maroden Zustands der Brücken in Deutschland ist eine Zustimmung unserer Bundesregierung unwahrscheinlich.



NEUREGELUNG DES GESETZLICHEN MESSWESENS UND NACHWEIS DER DOSIERGENAUIGKEIT VON WAAGEN NACH ENDE DER EICHPFLICHT

Die neue Mess- und Eichverordnung (MessEV), gültig seit 1. Januar 2015, ist gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 nicht mehr auf Beton anwendbar, sofern dieser im geschäftlichen Verkehr ausschließlich nach Volumen abgegeben wird. Das ist der Regelfall, da ein Verkauf und damit eine Ausweisung von Massenangaben unüblich und nach Norm nicht vorgesehen sind. „Das bedeutet, dass im geschäftlichen Verkehr bei der Abgabe von Beton ausschließlich nach Volumen die Waagen ab 2015 nicht mehr geeicht werden. Dies gilt auch, wenn zusätzlich zum Volumen Gewichtswerte angegeben werden (so etwa vorgeschrieben bei Beton nach ZTV-ING)“, so eine Information der Arbeitsgemeinschaft Mess- und Eichwesen (AGME).

Normativ ist für Dosiereinrichtungen die Einhaltung vorgegebener Genauigkeiten, die in regelmäßigen Abständen zu überprüfen sind, gefordert. Hierzu sind Fachbetriebe berechtigt, die diesbezüglich nach ISO 9001-zertifiziert oder nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditiert sind und solche, die mit einer gültigen Befugnis nach § 54 MessEV ausgestattet sind. Eine Durchführung dieser Kalibrierarbeiten durch firmeneigene Betriebselektriker/Schlosser



Die richtige Mischung macht's: Mischer, Frischbetonprüfungen und Auslieferung sind die Eckpfeiler guter Betonqualität.

oder Hilfskräfte/Monteure ist nicht zulässig. Diese Mitarbeiter können vorbereitende Arbeiten treffen, jedoch keine Kalibrierung im o. g. Sinne vornehmen. Diese Festlegungen werden in die Neufassung der Betonnorm eingehen.

BTB-LEITFADEN „POTENZIALE ZUR ENTLASTUNG VON DER STROMSTEUER“

Im neuen Leitfaden wird über die „Möglichkeiten zur Entlastung von der Stromsteuer“ informiert. Demnach ermöglicht § 9b des Stromsteuergesetzes (StromStG) eine Reduzierung der Stromsteuer für Unternehmen des produzierenden Gewerbes um 5,13 Euro auf 15,37 Euro je MWh.

Weitere Entlastungen sind durch den sog. „Spitzenausgleich“ nach § 10 StromStG erzielbar. Diese sind, abhängig von der Unternehmensgröße, jedoch an weitere Voraussetzungen gebunden. Dr. Michael Aufrecht hat die Zusatzqualifikation als Energie-Auditor nach DIN 16247 erworben und bietet bei Energieaudits gerne Unterstützung an.



In Baden-Württemberg wird pro Einwohner und Jahr fast 1 Kubikmeter Transportbeton für Hoch- und Tiefbau benötigt.

ÄNDERUNGEN DER GEFÄHRSTOFFVERORDNUNG UND AUSWIRKUNGEN AUF DAS TB- SICHERHEITSDATENBLATT UND TRANSPORTBETON-LIEFERSCHEIN

Spätestens ab 1. Juni 2015 sind neue Sicherheitsdatenblätter mit Kennzeichnung nach dem weltweit einheitlichen sogenannten GHS-System (Globally Harmonized System for Classification and Labelling) zu verwenden. Unser Bundesverband BTB hat dazu ein neues Muster-Sicherheitsdatenblatt und einen angepassten Musterlieferschein vorbereitet, der eindeutige Vorgaben enthält und einfach in die betrieblichen Dokumente eingearbeitet werden kann. Weitere Änderungen betreffen die Benennung der neuen, für Mitglieder kostenfreien Giftnotrufzentrale in Göttingen mit Wirkung ab 01.01.2017.

GEFÄHRDUNGSBEURTEILUNG TRANSPORTBETON UND BETONPUMPEN

Die Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie (BG RCI) hat eine Software zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen herausgegeben. Die „Baukasten-Gefährdungsbeurteilung Transportbeton/Betonpumpen“ enthält eine Beschreibung typischer Arbeitsbereiche, Tätigkeiten und Gefährdungen. Diese können auf die werksspezifischen Gegebenheiten angepasst werden: schrittweise Risiko- und Gefährdungsbeurteilung mit unmittelbarer Verfahrensdokumentation. Somit auch einfach und schnell in jegliche innerbetriebliche Managementsysteme integrierbar. In einem interaktiven EDV-Workshop am 2. Februar 2016 in unserem Verbandshaus konnten Mitglieder die unternehmensspezifische Umsetzung am eigenen Notebook unter Anleitung der BGRCI erlernen.



EINSATZ VON TRANSPORTBETON IM KOMMUNALEN STRASSENBAU – SACHSTAND DER UMSETZUNG

Das Land Baden-Württemberg beurteilt die Betonbauweise positiv, so die Landtagsanfrage der FDP in Sachen Kreisverkehre aus Beton – Auszug aus einem Schreiben von Minister Winfried Hermann:

„Bei Kreisverkehrsplätzen mit einer sehr hohen Verkehrsbelastung in Verbindung mit einem hohen Schwerverkehrsanteil, wie beispielsweise bei Anschlüssen von Gewerbegebieten oder Knotenpunkten bei Tank- und Rastanlagen, ist die Betonbauweise gesamtwirtschaftlich eine sinnvolle Alternative. Bei der Wahl der Knotenpunktart sind weiterhin verkehrliche Aspekte neben den Herstellungs- und Unterhaltungskosten zu beachten.“

Zwischenzeitlich greifen jedoch immer weniger die langjährigen positiven Erfahrungen und es werden Gutachten/Performanceprüfungen zur Einstufung in hoch beanspruchte Belastungsklassen sowie WS-Bauweisen vorgeschrieben. Ein umfassendes Forschungsvorhaben ist beim VDZ in Bearbeitung, dessen Ergebnisse aber erst ab dem Jahr 2018 umgesetzt werden können.

Bis dahin werden Einzelfallentscheidungen über die Ausführung einer Betonbauweise bestimmen.



Brückensanierung in der Verkehrsinfrastruktur, Herstellung der Brückenkappe

Herstellung des Fundamentes einer Windkraftanlage

R-BETON/BETON MIT RC-GESTEINSKÖRNUNGEN

Einerseits geht es um die Frage nach der Kennzeichnung von R-Beton hinsichtlich der RC-Gesteinskörnung auf dem Transportbeton-Lieferschein. Aus umweltpolitischen Gründen besteht unverändert Nachfrage nach R-Beton. Nach der DAfStb-Richtlinie „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierten Gesteinskörnungen nach DIN EN 12620“ ist folgende Angabe notwendig: „Die Betonsorte erhält im Lieferverzeichnis des Herstellers den Zusatz: „Verwendung von rezyklierter Gesteinskörnung nach DIN EN 12620; keine Verwendung für Spannbeton“. Auf Anfrage sind die verwendeten Anteile an rezyklierter Gesteinskörnung anzugeben.

Andererseits laufen zum Ende des Jahres die bauaufsichtlichen Zulassungen des DIBt für umweltrelevante Parameter bei RC-Gesteinskörnungen aufgrund eines Einspruchverfahrens der EU gegen Deutschland aus („EUGH-Urteil“). Inwiefern eine Neuherausgabe der DIN 4226-100 oder eine „Technische Regel Rezyklierte Gesteinskörnungen (TRRC)“ als Anwendungsdokument am Ort der Verwendung bei der Bauausführung die Lösung sein werden, ist noch in Bearbeitung.

FUNDAMENTERDER IN BETONBODENPLATTE

Bei der Verlegung von Fundamenterder in Betonbodenplatten ist bei unzureichendem Erdübergangswiderstand/ Erdfühlbarkeit in WU-Beton / weiße Wanne in DIN 18014:2014-03, Abschn. 5.7 „Fundamente mit erhöhtem Erdübergangswiderstand“ erstmals eine unabgestimmte Festlegung getroffen worden: ist die notwendige Erdfühlbarkeit des Erders im Fundament nicht gegeben z. B. durch die Verwendung von wasserundurchlässigen Beton nach DIN EN 206 und DIN 1045-2 (weiße Wanne) ... ist ein Ringerder zu installieren. Somit ein wichtiger Ausführungshinweis für das Bauunternehmen.

NEUE ZEMENT-MERKBLÄTTER

Das Merkblatt (B 11) informiert zusammenfassend über das Thema „Massige Bauteile aus Beton“. Wissenswertes zum Entwurf von Betonrezepturen zeigt das neueste Merkblatt (B 20) „Zusammensetzung von Normalbetonmischungsberechnung“. Angaben zur Herstellung von Straßenbeton, Lieferung und Hinweise zum Einbau von „Fahrbahndecken aus Beton“ sind im Merkblatt (S 1) aufgezeigt.

Die Merkblätter gibt es als kostenloses PDF unter: beton.org/zement-merkblaetter

ABTEILUNG BETONPUMPEN IN DER FACHGRUPPE TRANSPORTBETON

Die Abteilung Betonpumpen in der Fachgruppe Transportbeton befasste sich mit den Themen Technik und Verkehr nach § 29 und § 70 StVZO, Leichtbau von Beton Betonpumpen, Restbetonentsorgung in Leitung und Trichter, Analyse des Unfallgeschehens und Verbesserung der Arbeitssicherheit sowie Aus- und Weiterbildung von Betonpumpenmaschinisten und -disponenten.

Für den Ausbildungsberuf Verfahrensmechaniker Transportbeton werden spezielle Lehrinhalte zum Fördern von Beton entwickelt. Hierzu bietet der Arbeitskreis Betonpumpen-SÜD (Fachgruppen der Industrieverbände Rheinland-Pfalz/Hessen, Bayern und Baden-Württemberg) einen aktuellen und intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch. Gebündelt werden die Interessen im Arbeitsausschuss Betonpumpen im Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie in Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemie (BG RCI) sowie den Betonpumpen-Herstellern.

Fachexkursion zum Aufzugs-Testturm der Fa. Thyssen-Krupp in Rottweil



Das neue Merkblatt „Pumpen von Beton“ stellen wir gerne zur Verfügung. Es dient zur Unterstützung der Anwendung pumpfähiger Betone. Auf der Homepage www.pumpbeton.de präsentieren sich die verbandlich organisierten Betonpumpendienstleister. Das Merkblatt ist in zwei getrennten Veröffentlichungen herausgegeben worden. Zudem gibt es den Leitfaden „Pumpen von Beton – Was ist auf der Baustelle zu beachten“, der in der Praxis breit gestreut werden soll. Der zweite Teil der Veröffentlichung bezieht sich auf die Betonherstellung unter dem Titel „Pumpen von Beton – Was ist bei der Betonherstellung zu beachten“, veröffentlicht als BTB-Praxistipp, der sich ausschließlich an unsere Mitgliedsunternehmen zur internen Verwendung richtet.

Aktuell beschäftigen wir uns mit der Erstellung eines Musters für „Allgemeine Geschäftsbedingungen“.

zur Anmietung von Betonförderanlagen mit und ohne Personal“. Gegenstand sind die besonderen Dienstleistungsaspekte als Schnittstelle zwischen Transportbetonhersteller und Bauunternehmung. Ferner sind Fragen zur Erdung von Betonpumpen sowie der Umgang mit digitalen Tachographen nach § 57a Abs. 1 StVZO in Bearbeitung.

VERANSTALTUNGEN

BAU DES TESTTURMS FÜR HOCHGESCHWINDIGKEITS-AUFZÜGE IN ROTTWEIL

Von der Öffentlichkeit anfänglich nahezu unbemerkt errichtet die Fa. ThyssenKrupp in Rottweil einen Testturm für Hochgeschwindigkeitsaufzüge, der den Fernsehturm in Stuttgart überragen wird. Der von den renommierten Architekten Helmut Jahn und Werner Sobek entworfene Turm sieht neben neun Testschächten auch eine auf 232 Meter Höhe angeordnete gläserne Aussichtsplattform vor. Zwischenzeitlich ist bereits die Baustelle ein Besuchermagnet.

Mit unseren Fachexkursionen in Kooperation mit den Mitgliedsunternehmen TBU Bad Dürkheim und Holcim (Süddeutschland) GmbH bestand die Möglichkeit, Betontechnologie, Ausführung der Betonarbeiten mit Kletterschalung, Logistik und Qualitätskontrollverfahren persönlich kennen zu lernen.

Ca. 16.000 Kubikmeter Beton, davon 11.000 Kubikmeter Gleitbeton wurden verbaut. Für die erste Gleitschalung bis 80 Meter Höhe verwendete man den anspruchsvollen C50/60-Beton. Bis 130 Meter C40/50-Beton, ab 130 Meter wird auf Beton C30/37 umgestellt. Derzeit erfolgt der Innenausbau.

Insiderwissen aus erster Hand verriet Klaus Strohmeier, Projektleiter der Ed. Züblin AG. Die Betonröhre wird von einem gedrehten PTFE-beschichtetem Glasfasergewebe umhüllt. Dieser Bauabschnitt wird Gegenstand unserer nächsten Fachexkursion im Sommer 2016 sein.

Im Turm selbst werden Besucher- und Kundenräume, Werkstätten, Lager und Büros untergebracht sein. Auf 220 Meter ist unter anderem ein Vortragssaal geplant, auf 231 Meter die Aussichtsplattform für Besucher. Im Turm gibt es neun Aufzugs-Testschächte. Getestet und zur Serienreife gebracht werden soll hier außerdem ein supermoderner Multilift. Hierbei fahren mehrere Liftkabinen im gleichen Schacht vertikal und horizontal. Der Rohbau hat Gesamthöhe von 244 m erreicht. Die Eröffnung ist für Anfang 2017 geplant.

GEMEINSAME MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER FACHABTEILUNG TRANSPORTBETON IM BAYERISCHEN INDUSTRIEVERBAND UND DER FACHGRUPPE TRANSPORTBETON IM ISTE

Transportbetonaktivitäten im Süden – besser gemeinsam!

Die Vorsitzenden der Landesverbände, Pius Geiger und Dr. Erwin Kern haben am 1. Juni 2016 in Bad Hindelang gemeinsam mit Vorstandskollegen, Mitgliedern, Gästen und Vertretern des



Bundesverbands der Deutschen Transportbetonindustrie, des Informations-ZentrumBeton, der Berufsgenossenschaft BGRCI und Vertretern der beiden Geschäftsstellen aus München und Ostfildern eine gut besuchte Veranstaltung durchgeführt, die Vorbildcharakter für die Verbandsarbeit auf Länderebene hat.

Baustoffnachfrage und Baugenehmigungen bewegen sich in beiden Bundesländern auf unverändert hohem Niveau. Über den gemeinsamen Austausch auf den beiden unterjährigen Veranstaltungen zu Betonpumpendienstleistungen sind die beiden Bundesländer zusätzlich eng miteinander verzahnt. Sichtweisen zu technischen Fragestellungen und Gepflogenheiten der ausschreibenden Stellen können verschieden sein, wie am Beispiel von ressourcenschonendem Beton (R-Beton) deutlich wurde. Hierbei bestimmt die jeweilige Landespolitik und der regionale Unterschied zwischen Ballungsraum und ländlicher Region das Transportbetonangebot. Was bei sachlicher Analyse aber die beiden Transportbeton-Landesverbände noch enger in ihrer Strategiefindung verbindet und den Mitgliedern frühzeitig umfassende Unterstützung bietet. Abwechselnd ist die nächste gemeinsame Transportbeton-Mitgliederversammlung am 21. Juni 2017 in Stuttgart anberaumt.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Ausschreibungen produktneutral gestalten
- Vertragsbedingungen des Landes so gestalten, dass heimische Baustoffe effizient verwendet werden können
- Standardabbau im Straßenbau nicht zu Lasten der Dauerhaftigkeit; neue Bauweisen wissenschaftlich begleiten
- Kompetenznachweis und Weiterbildung durch Einschaltung von privaten Ingenieurbüros durch den/die Auftraggeber sicherstellen
- ausreichend Personal für Ausschreibung und Überwachung in den zuständigen Baureferaten und Straßenfachbehörden bereitstellen
- Berücksichtigung von heimischen und regionaltypischen Naturwerksteinen (verhindert ökologisch unsinnige Transporte von Übersee und sozial fragwürdige Kinderarbeit in Drittweltländern)

Vortragende, Teilnehmer und Veranstaltungsteam der gemeinsamen Mitgliederversammlung Transportbeton in Bad Hindelang

Der erste Baustoff-Technik-Tag war eine gelungene Premiere und wird fortgesetzt. Der Baustoff-Technik-Tag 2017 findet am 9. Februar wieder in Ostfildern statt.

Referenten und Teilnehmer:
Dr. Andreas Leemann, Jürgen Holzwarth, Einar Dittmann, Christoph Müller und Dr. Anne Wolff (v.l.o.n.r.u.)



ERSTER BAUSTOFF-TECHNIK-TAG LOCKT ÜBER 100 TEILNEHMER

Der ISTE startete am 1. März 2016 den 1. Baustoff-Technik-Tag in Ostfildern als Pilotveranstaltung. Fachreferenten aus Prüfinstituten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen beleuchteten aus erster Hand das komplexe Themenfeld „betonschädigende Alkali-Kieselsäure-Reaktion“ kurz AKR sowie die modifizierten Nachweisverfahren aus verschiedenen Blickwinkeln. Weitere Vortragsthemen waren aktuelle Entwicklungen aus den Bereichen Straßenbau, Normierung und Kalibrierung im Rahmen der Eigenüberwachung der gesteins- und transportbetonherstellenden Betriebe.

Einen Einblick in den kommunalen Betonstraßenbau gewährte Dipl.-Ing. Martin Peck, Leiter der technischen Aktivitäten des InformationsZentrums Beton (IZB). Er berichtete über die Entwicklung des kommunalen Betonstraßenbaus mit Schwerpunkt „Kreisverkehre aus Beton“. Seit 2006 konnten in Deutschland über 62 „Betonkreisel“ realisiert werden. Ein Großteil dieser

Kreisverkehre wurden wissenschaftlich begleitet und analysiert. Die dabei formulierten Optimierungsansätze wurden kurz präsentiert. Als Fazit lässt sich sagen, dass die Betonbauweise an Kreisverkehren die Erwartungen weitestgehend erfüllt hat.

„AKR zählt leider zu den größten Problemen der Dauerhaftigkeit von Beton“, unterstrich Dr. Oliver Mielich, Leiter des Referats Alkali-Kieselsäure-Reaktion an der Materialprüfungsanstalt der Universität Stuttgart. Deshalb sei es wichtig, die Reaktions- und Schädigungsmechanismen genau zu kennen und danach die Prüfverfahren anzupassen und nachzujustieren. Er gab hierzu einen Überblick über die Prüfverfahren und die Materialcharakterisierung von Bauwerken, Fahrbahndecken und Flugbetriebsflächen aus Beton. Durch Flussdiagramme erläuterte er die praktische Umsetzung des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau ARS Nr. 04/2013 und die dort verankerten Nachweisverfahren.

Über den aktuellen Kenntnisstand zu AKR auf Autobahnen in Baden-Württemberg informierte Prof. Dr. Jörg-Detlef Eckhardt, Leiter der Abteilung Chemie und Physik der Baustoffe am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Aufgrund der wechselnden Feuchte, externer Alkalizufuhr (Streusalz) und der zyklischen Belastung sind Autobahnen aus Beton die am stärksten AKR-gefährdeten Bauwerke. Deshalb

wurden diese im „Ländle“ untersucht. Und siehe da: In Baden-Württemberg wurden seit der Einführung der ersten Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau keine Schäden, die auf AKR zurückgeführt werden können, nachgewiesen. Dies bestätigt unter anderem eine Anfrage im Deutschen Bundestag vom September 2014.

Einen Blick nach Bayern gewährte Dipl.-Ing. Martin Peck. Hier stellte der Baustoffüberwachungs- und Zertifizierungsverein (BAYBÜV) e.V. nach Einführung des ARS Nr. 04/2013 fest, dass Praxis und Prüfung oft nicht übereinstimmen. „Dies führte zum Ausschluss bewährter Gesteinskörnungen aus einer Verwendung im Betonstraßenbau. Ein praxistaugliches Nachweisverfahren erarbeiteten deshalb Vertreter der Baubehörden in Bayern, der TU München und der Gesteins- und Transportbetonhersteller im Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V. (BIV). Diese pragmatische Lösung zieht beispielsweise Erfahrungswerte jedem Prüfergebnis vor.“

Die AKR ist ein international sichtbares Phänomen – auch in der Schweiz. Straßen aus Beton gibt es zwar so gut wie keine, wohl aber Kreisverkehre, Busspuren, Brücken und vor allem Staumauern. Dr. Andreas Leemann von der Eidgenössischen Materialprü-



Fachreferenten berichteten über Themen von großer Relevanz für die produzierende Baustoffindustrie. Es wurden neue verwendungsspezifische Anforderungen aufgezeigt.

fungs- und Forschungsanstalt (EMPA) in Dübendorf nahm die Mikrobar, die Beton-Performance-Prüfung und das Restquellmaß genauer unter die Lupe. Zudem wurden aktuelle Forschungsergebnisse präsentiert, zum Beispiel das Verfolgen der Rissentwicklung mittels Computer-Tomographie und der Vergleich mit Ultraschallmessungen, mit dem Ergebnis, dass es bei der AKR für die Forscher noch immer viel zu tun gibt.

Die Anforderungen an Gesteinskörnung für Bahnschwellen und feste Fahrbahnen erläuterte Dr. Ludwig Friedl, technischer Direktor bei PCM Rail.one AG in Neumarkt. „Es liegen noch eine Million AKR-geschädigte Schwellen im Netz“, gab Friedl zu verstehen. Ein immenses finanzielles Problem, bedenkt man, dass eine Schwelle im Austausch 500 Euro kostet. Für die Zukunft möchte deshalb die Deutsche Bahn die Zügel bei den Regelwerken kräftig anziehen. So fordert sie ein kompliziertes Nachweisverfahren hinsichtlich AKR. Außerdem soll eine Betondehnungsprüfung an vorgeschädigten Probekörpern durchgeführt werden. Eine deutliche Verschärfung gegenüber der Anforderung an Fahrbahndecken aus Beton. Hier gilt eine Dehnungsprüfung am unbeschädigten Beton. „Diese Forderung bereitet uns am meisten Bauschmerzen“, gab Friedl zu.

Über den aktuellen Planungsstand bezüglich der A8 in Baden-Württemberg berichtete Baudirektor Jürgen Holzwarth, Leiter Straßenplanung im Regierungspräsidium Stuttgart. „Zwei von vier Ost-West-Strecken führen durch Baden-Württemberg“, sagte Holzwarth. Deshalb sei hier besonderer Ausbaubedarf. Er schätzt die Gesamtkosten auf 470 Millionen Euro. Durch die Vergrößerung des Tunnelquerschnitts kommen voraussichtlich 60 Millionen Euro hinzu. Die Finanzierungsfrage (aus dem Haushalt oder als ÖPP) ist allerdings noch nicht gesichert.

Baurätin Dr. Anne Wolff vom Regierungspräsidium Stuttgart informierte über 64 Kilometer Ausbaustrecke in Baden-Württemberg auf der A6 vom Weinsberger Kreuz bis zur bayerischen Landesgrenze Feuchtwangen. 750 Millionen Euro beträgt die Kostenschätzung. Der Schwerverkehr ist auf diesem Abschnitt sehr hoch. Prognosen zeigen, dass die Schwerlastfahrzeuge auf 36 Prozent bei Weinsberg und auf 39 Prozent bei Crailsheim im Jahr 2030 steigen werden. Insgesamt 1000 LKW-Stellplätze sind deshalb vorgesehen, inklusive zwei Autohöfe. Im Zuge des Ausbaus der A6 werden alle Brückenbauwerke, bis auf die Kochertalbrücke, saniert. Diese wurde gerade in zweijähriger Sanierung für 22 Millionen Euro ertüchtigt.

Über die Investitionen in den Neu- und Ausbau sowie die Erhaltung in Baden-Württemberg referierte Ministerialrat Einar Dittmann vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg (MVI). Für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen sind dieses Jahr 191 Millionen Euro vorgesehen, 355 Millionen für die Erhaltung. 50,5 Millionen Euro sollen 2016 in den Neu- und Ausbau von Landesstraßen fließen, 12,5 Millionen Euro sind für Radwege vorgesehen. 102 Millionen Euro fließen in die Erhaltung (1. Tranche) von Landesstraßen. Ob sich die derzeit diskutierte Bundesautobahngesellschaft tatsächlich als ein geeignetes Modell darstellt, wird die Zukunft zeigen.

Die Erstellung und regelmäßige Überarbeitung der Ergänzenden technischen Vertragsbedingungen (ETV-StB-BW) im Straßenbau in Baden-Württemberg sind ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Verbände, Bauindustrie und Straßenbauverwaltung erfolgreich zusammenarbeiten. „So bringt man Qualität auf die Straße“, freute sich der Referent für Straßenbautechnik (MVI) Dipl.-Ing. Robert Zimmermann, der in seinem Vortrag über den aktualisierten Inhalt der ETV informierte.

»Umwelt- und Naturschutz, Rohstoffgewinnung und Ressourceneffizienz durch Recycling gehören zusammen! Deshalb erarbeiten wir gemeinsam mit Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen der Bürgergesellschaft nachhaltige Lösungen.«



Tino Villano,
Opterra Wössingen GmbH,
stellvertretender Vorsitzender
des Umwelt- und
Rohstoffausschusses im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz und andere Flächennutzungen schränken die Rohstoffgewinnung stark ein und führen zunehmend zur Schließung von Rohstoffgewinnungsstätten. Mittelfristig ist unsere dezentrale, nachhaltige Versorgungsstruktur mit heimischen mineralischen Rohstoffen gefährdet – mit vielen Nachteilen für Klima, Umwelt und Natur und das ist nicht nachhaltig! Aus rein rohstoffgeologischer Sicht ist für die meisten mineralischen Rohstoffe unserer Industrie in der nahen Zukunft keine Verknappung zu befürchten. Tatsächlich kann aber eine weitere Verschärfung der Nutzungskonflikte zu einer Verknappung der heimischen mineralischen Rohstoffe führen, die nur durch Import von Steinen mit oft reichlich Geokonfliktpotential ausgeglichen werden kann.

Wesentliche Aufgabe des ISTE ist es, die Interessen der Mitglieder im Themenbereich Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz gegenüber Landesregierung, Parlament, Behörden auf allen Verwaltungsebenen und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und die Rahmenbedingungen für eine dezentrale, nachhaltige und umweltgerechte Rohstoffgewinnung mitzugestalten.

Die Mitarbeit in Verordnungs- und Gesetzgebungsvorhaben des Landes, des Bundes und der Europäischen Union steht damit im Mittelpunkt der ISTE-Fachabteilung Umwelt- und Naturschutzpolitik.

KOOPERATION UND MITARBEIT AUF ALLEN EBENEN

Der ISTE arbeitet intensiv mit Forschungseinrichtungen, Fachbehörden und Verbänden zusammen und forciert privat-öffentliche Forschungsk Kooperationen, um Ergebnisse der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für die Arbeit der Steine- und Erdenindustrie besser verfügbar zu machen.

Zudem erarbeitet der ISTE mit einem interdisziplinären Team von Biologen, Ingenieuren, Geologen und Juristen Fachkonzepte im Umweltbereich, erstellt Fachbroschüren in enger Zusammenarbeit mit den Umweltbehörden und bringt Forschungsinitiativen in die Fachgremien der Bundesverbände ein. Hierzu arbeiten ISTE-Mitarbeiter und ehrenamtliche Unternehmensvertreter in den relevanten Gremien der Fachverwaltungen (z.B. Naturschutz- und Wasserbeirat), der deutschen und europäischen Normung (Deutsches Insti-



Sehr häufig in Abbaustätten anzutreffen: die Gelbbauchunke. Dieser Bewohner nutzt Steinbrüche, Baggerseen und Kiesgruben als Lebensraum und als Trittsteinbiotop zur Vernetzung der Vorkommen in Baden-Württemberg.

tut für Normung, DIN; Europäisches Normungskomitee, CEN) sowie in den politischen Steuerungsgremien des Landes und des Bundes mit. Diese Arbeit erfolgt entweder durch eine direkte Mitarbeit als Delegierte der Bundesverbände nach dem „Best-off-Prinzip“ oder indirekt durch die Mitarbeit in den Gremien des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe (MIRO) und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS).

Auf diese Weise werden die Interessen der Mitglieder auf allen Ebenen (Land, Bund, Europa) vertreten.

Warum muss ein Landesverband die europäische Umweltpolitik im Blick haben? Mehr als 75% der Umweltgesetzgebung ist bereits in europäischer Hand. EU-Gesetze und Verordnungen wirken sich in kürzester Zeit auf die Länderpraxis aus (z.B. IED-Richtlinie). Die Unternehmen vor Ort kennen die Probleme bei der Umsetzung am besten. Deshalb müssen Landesverbände diese Fragestellungen frühzeitig direkt oder indirekt über die Bundesverbände in Europa einbringen.

VERANSTALTUNGEN

Ein umfassendes Veranstaltungsangebot für die Bereiche Genehmigungsverfahren, Umweltrecht, biologische Vielfalt in Abbaustätten, Forstliche Rekultivierung, Technische Rekultivierung, Ressourceneffizienz und nachhaltige Georessourcennutzung, hochqualitatives Baustoffrecycling, Mantelverordnung sowie Workshops, Seminare und Lehrgänge zu aktuellen Themen runden das Leistungsspektrum ab. Die starke Nachfrage und die Zusammensetzung der Teilnehmer (neben unseren Mitgliedern sind stets viele Vertreterinnen und Vertreter der Umweltverwaltung und der Umweltaufgabenstellen anwesend) bestätigen die fachliche Hochwertigkeit und das Informationsniveau unserer Veranstaltungen.

BERATUNGSLEISTUNGEN

Durch die Erfahrungen und das Wissen aus zahlreichen Verfahrensbeteiligungen als Träger öffentlicher Belange und der häufigen Beteiligung an Genehmigungsverfahren in allen Regionen des Landes sowie aus der Beteiligung an der Umsetzung von Gesetzen und Verordnungen verfügt der ISTE über einen besonderen Erfahrungsschatz, zum Beispiel über

- den Umfang und die Untersuchungstiefe der Umweltmedien Boden, Wasser, Klima/Luft sowie Arten/Biotope,
- die Anforderungen an die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft,
- fachliche Fragestellungen bezüglich Boden- und Grundwassergefahrenabschätzung und sich daraus ergebende Anforderungen an Rohstoffgewinnung und Recycling,
- fachliche Fragestellungen bei der Umsetzung von Maßnahmenplänen (z. B. EU – Wasserrahmenrichtlinie oder Natura 2000),
- die Art und Höhe von Sicherheitsleistungen,
- die üblichen und rechtmäßigen Nebenbestimmungen der Genehmigung oder
- die Genehmigungsgebühren.

Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung zur Abfallvermeidung im Bausektor am 11. Dezember 2015 im Umweltministerium. Landesumweltminister Franz Untersteller, Vertreter des Finanz- und des Verkehrsministeriums, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern sowie der Bau- und der Wohnungswirtschaft sprechen sich für einen verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen aus.



UMWELTSCHUTZ

GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZUR ABFALLVERMEIDUNG IM BAUSEKTOR

In Baden-Württemberg soll künftig mehr Material aus Bauschutt und aus Straßenaufbrüchen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft wieder verwendet und an geeigneten Stellen eingebaut werden. Dafür sprachen sich neben Landesumweltminister Franz Untersteller im Dezember 2015 auch Vertreter des Finanz- und des Verkehrsministeriums, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern sowie der Bau- und der Wohnungswirtschaft aus. Sie unterzeichneten in Stuttgart eine gemeinsame Erklärung, welche zum Ziel hat, die bisherige Recyclingquote zu halten oder zu steigern.

Der ISTE, der zu den Unterzeichnern des Papiers zählt, begrüßt die Initiative. Sie ist ein wichtiges Signal für eine ressourcenschonende und umweltfreundliche Recyclingwirtschaft auch im Bausektor. Hier fielen mit 10,8 Mio. t pro Jahr allein in Baden-Württemberg die größten Massenströme an. Diese Erklärung ist ein notwendiges Signal, denn die vor allem von Bauträgern der öffentlichen Hand gelebte Praxis sehe häufig anders aus.

Leider gibt es noch immer einen weit verbreiteten Mangel an Akzeptanz bei RC-Baustoffen. Es ist eine Tatsache,

dass oftmals Primärrohstoffe eingesetzt werden, wo man ohne Qualitätsverlust und ohne Risiko hochwertiges Recyclingmaterial nehmen könnte. Frostschutzschichten bei Straßen oder Parkplätzen sind Beispiele dafür. Die Unternehmen des ISTE können beides liefern.

Wir stellen einen Unterschied zwischen dem öffentlich formulierten politischen Willen und der Verwaltungspraxis vor Ort fest. Wir begrüßen, dass alle Parteien sich für eine Kreislaufwirtschaft und für die Aufbereitung und Wiederverwendung von Bauschutt einsetzen. Es ist allerdings unverständlich, weshalb in vielen Kommunen und Kreisen nicht auch entsprechend gehandelt wird. Der Gesetzgeber sollte die Verwaltungen verpflichten, im Sinne der Ressourcenschonung bei Bauvorhaben produktneutrale Ausschreibungen zu veranlassen. Anderenfalls wird er für zusätzlichen Deponieraum für nicht wiederverwendeten Bauschutt sorgen müssen. Und für mehr Rohstoffsicherung, denn der Bedarf an Primärrohstoffen, also an frisch abgebautem Sand, Kies oder Gestein, nimmt ja nicht ab. Abfallvermeidung im Bausektor ist also eine gesellschaftliche Aufgabe.

Alle Kommunen des Landes wurden in einem gemeinsamen Schreiben von ISTE, QRB und Güteschutz Naturstein angeschrieben und aufgefordert, die Erklärung konsequent umzusetzen. Die Erklärung kann unter www.baden-wuerttemberg.de > Service > Pressemitteilungen abgerufen werden.

MANTELVERORDNUNG – PLANSPIEL AUF DER GRUNDLAGE DES DRITTEN ARBEITSENTWURFES STEHT KURZ VOR DEM ABSCHLUSS

Am 23. Juli 2015 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) nach nun über 10-jähriger Diskussion einen dritten Arbeitsentwurf zur sogenannten Mantelverordnung (MantelV) vorgelegt. Mit der MantelV sollen die Verordnung zum Schutz des Grundwassers vom 9. November 2010 geändert, die Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 neu gefasst sowie die Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung) neu geschaffen werden. Darüber hinaus wird die Deponieverordnung geändert. Ende Juli 2015 erfolgte die Vergabe eines UFOPLAN-Vorhabens unter dem Titel „Planspiel Mantelverordnung“. Es soll wesentliche Auswirkungen der Mantelverordnung ermitteln. In den Blick genommen werden insbesondere die Praktikabilität der geänderten Regelungen sowie Veränderungen beim Aufwand für die Betroffenen und die mögliche Verschiebung von Stoffströmen.

In der Zeit zwischen dem letzten Arbeitsentwurf zur MantelV vom 31. Oktober 2012 bis zur Veröffentlichung des neuen Entwurfs im Juli letzten Jahres,



Im Rahmen ihrer Sommer-Pressereise überzeugt sich die Präsidentin des Umweltbundesamtes Maria Krautzberger mitsamt einer 10-köpfigen UBA-Delegation aus dem Bereich Kreislaufwirtschaft von der aufwendigen Herstellung hochwertiger güteüberwachter Recycling-Baustoffe bei der Firma Feess in Kirchheim-Teck. Bild oben, im Vordergrund: Karl Zimmermann MdL, Präsidentin Maria Krautzberger, Thomas Beißwenger

hatte eine Länderarbeitsgruppe „ErsatzbaustoffV“ wesentliche Forderungen an das BMUB formuliert und es gab viele Gespräche zwischen BMUB, Ländern und Wirtschaft. Im Jahresbericht 2014/2015 haben wir ausführlich zu den Stellungnahmen der Länder, der Wirtschaft und den eigenen Stellungnahmen des ISTE und des QRB berichtet. Im Mittelpunkt stehen die zentralen Forderungen der Bund-/Länder-AG „ErsatzbaustoffV“ – rückblickend:

- Verbot von mineralischen Ersatzbaustoffen in offenen Bauweisen mit < 1 m GW-Abstand
- Feststoff-Grenzwerte für RC-Baustoffe in Höhe von 3 x Bodenvorsorgewerte (VW) für RC-1 und -2 bzw. 10 x VW für RC-3
- Absenkung des PAK-Feststoffgehalt von 10 mg/kg auf 5 mg/kg, Beibehaltung des ambitionierten Sulfat-Grenzwertes von 450 mg/L im aufkonzentrierten Eluat bei einer Wasser- zu Feststoffrate von 2 L/kg
- Beschränkung von Schlacken und Aschen auf oberirdischen Bauwerken und Baumaßnahmen > 1.500 m³, Komplettausschluss aus den meisten offenen Bauweisen

Die Mehrheit der Länder fordert zudem ein Verdünnungs- und Vermischungsverbot bereits innerhalb der Aufbereitungsanlage (zu überprüfen durch komplexe Lagerungskonzeption und Getrennthaltung). Die Länder zielen insgesamt darauf ab, die Verwertung

von Schlacken und Aschen deutlich zu erschweren. Bauweisen, in denen diese mineralischen Ersatzbaustoffe eingesetzt werden, sollen nach den Wünschen der Länder strengstens reglementiert werden. Strikte Ablehnung haben die Länder bei den Harmonisierungsvorschlägen mit der Deponieverordnung signalisiert. Die aus Sicht der Wirtschaft positive Mitteilung des BMUB, dass alle MEB die Bedingungen einer DKI einhalten, stößt insbesondere in Niedersachsen auf Widerstand.

ISTE hatte mit der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB) eine gemeinsame Position für die RC-Industrie entwickelt. Ziel der RC-Industrie ist es, mit nur wenigen Änderungen den Verordnungsprozess endlich zu Ende zu bringen, denn eine bundeseinheitliche Regelung wird dringend benötigt. Im Wesentlichen wird die Ersatzbaustoffverordnung für umsetzbar gehalten, wenn die Materialklasse RC-3 beibehalten und die PAK-Feststoffgrenzwerte und die Sulfatwerte wie folgt festgelegt werden:

PAK: RC-1: 10 mg/kg,
RC-2: 20 mg/kg, RC-3: 25 mg/kg

Sulfat: RC-1: 800 mg/L,
RC-2: 1.400 mg/L, RC-3: 3.500 mg/L

Lediglich der geforderte PAK-Wert für RC-2 und die geforderten Sulfatwerte für RC-1 und RC-2 stellen eine Erhöhung gegenüber dem zweiten Arbeitsentwurf dar. Eine mittlerweile abgeschlossene Studie des Umweltmi-

nisteriums BW zur Untersuchung von 50 RC-Baustoffe mit der alten und der geplanten neuen Untersuchungs-methode und endlich einer Fokussierung auf den Gesamtmassenstrom unter Einbeziehung von mobilen Anlagen und Baustellen, zeigt, dass in Baden-Württemberg eine Sulfatwert von 600 mg/L im WF 2-Eluat durchaus eingehalten werden kann (siehe weiter unten).

WESENTLICHE INHALTLICHE ÄNDERUNGEN IM DRITTEN ARBEITSENTWURF ZUR MANTELV VOM 23. JULI 2015

Regelungen zu Recycling-Baustoffen in Artikel 2, ErsatzbaustoffV und Artikel 3 zur Änderung der Deponieverordnung (DepV)

Bezüglich der materiellen Regelungen der Recycling-Baustoffe – nur diese werden hier näher beleuchtet – ist das BMUB auf die Wirtschaft zugegangen:

- Anhebung der limitierenden Sulfatwerte im Eluat per Konvention für RC-1 von 450 mg/L auf 600 mg/L und für RC-2 von 800 auf 1000 mg/L
- Beibehaltung des PAK-Feststoffwertes von 10 mg/kg
- Keine Feststoffgrenzwerte für RC-Baustoffe, lediglich Angabe der Werte im Rahmen des einmaligen Eignungsnachweises und der zweijährigen erweiterten Fremdüberwachung



Der ISTE führte am 16. Juli 2015 einen eintägigen Auffrischkurs zur „Probenahme fester Abfälle nach LAGA Richtlinie PN 98 – DIN EN 932-1 und QRB-Leitfaden“ im Haus der Baustoffindustrie durch.

Durch die Veranstaltung führten Hans Albrich (GIU GmbH), Dr. Bernd Susset (QRB), Jan Herrmann (IBE GmbH) und Hans Georg Lenz (BÜV).



Allgemein gilt bezüglich des einzuhaltenen Grundwasserabstandes:

- Abfälle: mindestens 0,5 Meter Grundwasserabstand
- Abfallende-Materialien (z. B. RC-1, BM-0, BM-1) und industrielle Nebenprodukte (z. B. SWS-1, CUM-1): weiterhin 0,1 bis 1 Meter GW-Abstand.

Die Einbautabellen wurden deutlich vereinfacht.

Es kann festgestellt werden, dass das BMUB den strengen Länderforderungen (siehe oben: Beibehaltung der strengen Sulfatwerte, Absenkung von PAK-Feststoffwerten, Verbot von mineralischen Ersatzbaustoffen in offenen Bauweisen mit < 1 m GW-Abstand) nicht gefolgt ist.

Natürlich steckt der Teufel wie immer im Detail: Einige der bisher nach LAGA/ Ländererlassen zulässigen Einbauweisen sind strenger oder mit zusätzlichen Anforderungen an den Untergrund bewertet. Es werden hohe Anforderungen an die Güteüberwachung für stationäre und mobile Anlagen gestellt. Die Praktikabilität der Anzeigepflichten und der Dokumentationspflichten im Lieferschein ist fraglich. Fragen der Praktikabilität sollen im Planspiel geklärt werden.

Im Rahmen der Änderung der Verordnung über Deponien und Langzeitlager in Artikel 3 der MantelV wird nun geregelt, dass Recycling-Baustoffe bis zur ungünstigsten Materialklasse 3 mit den Güteüberwachungsdokumenten aus der ErsatzbaustoffV ohne weitere Analysen nach DepV auf die Deponieklasse I übergeleitet werden können. Damit zielt das BMUB darauf ab, für einen wesentlichen Teil des Stoffstroms Bau- und Abbruchabfälle (und andere Abfälle) das vielbesagte Problem der Doppelanalyse durch unterschiedlichen Methoden und Prüfumfänge in der ErsatzbaustoffV und in der DepV (die Unterschiede im Prüfumfang bestehen bereits nach aktueller Rechtslage) zu überwinden.

REGELUNGEN ZU VERFÜLLUNG VON BODENMATERIAL IN ARTIKEL 4, BUNDES-BODENSCHUTZ- UND ALTLASTEN-VERORDNUNG (BBODSCHV)

Im Folgenden werden ausschließlich die allgemeinen und die zusätzlichen Anforderungen an das Aufbringen und Einbringen von Materialien unterhalb oder außerhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht, sprich an die Verfüllung von Abgrabungen nach §§ 6 und 8 der BBodSchV beleuchtet.

ZULÄSSIGE MATERIALIEN IN VERFÜLLUNGEN

Bodenmaterialien ohne Mutterboden, sowie Baggergut aus Sanden und Kies mit max. 10 M.-% Feinkornanteil < 63 µm, ohne sichtbare Störstoffe und mit max. 10 V.-% mineralischen Fremdbestandteilen von der Anfallstelle sind zulässig. Es sind auch BM-0 nach EBV, also aus Aufbereitungsanlagen, zulässig, wenn alle andern stofflichen und sonstigen Anforderungen der BBodSchV erfüllt sind.

Die unüberwindbare Hürde aus dem zweiten Arbeitsentwurf der MantelV vom 31. Oktober 2012, nämlich die Forderung „frei von mineralischen Fremdbestandteilen“ wurde hiermit abgeschafft und auf die IST-Regelungen nach LAGA und Ländererlassen zurückgeführt. Sobald Fremdbestandteile vorliegen oder ein einfacher Vorsorgewert überschritten wird, wurde im vorherigen Entwurf zudem eine Untersuchung von 46 Eluatwerten verlangt.

Im zweiten Arbeitsentwurf der MantelV vom 31. Oktober 2012 waren für „echte Verfüllungen“ theoretisch noch weitere mineralische Ersatzbaustoffe aus der EBV zulässig. Warum nur theoretisch? Weil die MEB nach EBV nur dann zulässig waren, wenn die doppelten Vorsorgewerte (große Liste der 17 Vorsorgewerte: Sb, As, Pb, Cd, Co, Cr, Cu, Ni, Hg, Mo, Tl, Se, V, Zn, PCB6, BaP, 16 EPA PAK) und alle Eluatwerte der Anhänge (große Liste 44 Parameter überwiegend



GFS oder BM) bei WF 2 eingehalten werden. Letztere Anforderung ist nach derzeitigem Erkenntnisstand für MEB nicht erreichbar. Fazit: Bereits nach AE 2 war für Verfüllungen nur Bodenmaterial zulässig.

MATERIELLE ANFORDERUNGEN AN ZULÄSSIGE MATERIALIEN IN VERFÜLLUNGEN

Gegenüber dem zweiten Arbeitsentwurf der MantelV vom 31. Oktober 2012 sind deutliche Vereinfachungen festzustellen: Bzgl. des Untersuchungsumfanges der Feststoffwerte sind nur noch die Tabellen 1 a und 2 und nicht wie bisher auch Tabelle 1b einschlägig. Damit entfallen im Regelfall die neuen Feststoffparameter Sb, Co, Mo, Se, V, für die kaum Erfahrungen vorliegen. Für die Zulassung von Materialien können zwei Fälle unterschieden werden:

Fall 1 – Einhaltung einfache Vorsorgewerte: Untersuchungsumfang im Feststoff (Anzahl: 13) entspricht mit Ausnahme des TOC-Wertes dem Untersuchungsumfang nach der VwV Boden in Baden-Württemberg und ist geringer als die Z0-Regelung nach z. B. LAGA TR Boden, VwV BW, BY. Die Feststoff-Grenzwerte sind i. d. R. identisch (Ausnahmen: Arsen Lehm/Schluff höher, Hg und Thallium niedriger).

Fall 2 – Überschreitung einer oder mehrerer einfacher Vorsorgewerte: Dann müssen nicht wie bisher nach dem zweiten Arbeitsentwurf der MantelV

vom 31.10.2012 44 Parameter im WF 2-Eluat gemessen werden, sondern nur die jeweiligen Werte für die die Vorsorgewerte tatsächlich überschritten sind: Der Untersuchungsumfang und die Grenzwerte im Feststoff (i. d. R. bis doppelte VW) entsprechen mit Ausnahme von TOC für BW und der Forderung der Einhaltung von stets der einfachen Vorsorgewerte für Arsen, Cadmium und Thallium i. d. R. der Z0*-Regelung nach LAGA TR Boden, VwV BW, BY (Z 1.1). Im Eluat ergibt sich ein deutlich geringerer Untersuchungsumfang als nach allen bisherigen Regelungen in den Ländern.

Es bleibt der zentrale Unterschied, dass die jeweiligen Eluatwerte zukünftig im aufkonzentrierten WF 2-Eluat gemessen werden und niedrige Grenzwerte (Geringfügigkeitsschwellenwerten bzw. methodenspezifischen Hintergrundwerten) direkt einhalten müssen.

MATERIELLE ANFORDERUNGEN AN WEITERE MATERIALIEN AUSSER BODENMATERIAL FÜR TECHNISCHE ZWECKE IN VERFÜLLUNGEN

Auch die aktuelle und gegenüber dem zweiten Arbeitsentwurf der MantelV vom 31. Oktober 2012 weiter eingengte Zulassung von mineralische Ersatzbaustoffen (MEB) für technische Zwecke (z. B. Fahrstraßen) nach § 8 Absatz 5 läuft in das Leere, weil MEB nach derzeitigem Erkenntnisstand zwar ggf. die einfachen oder doppelten Vorsorgewerte einhalten können, nicht

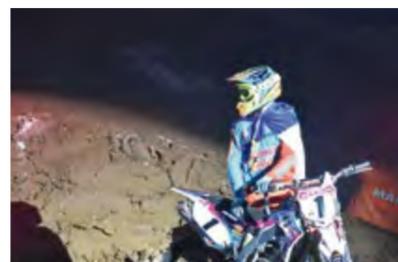
aber die Prüfwerte (GFS oder BM) im WF 2-Eluat. In Baden-Württemberg sind Z1.1- RC-Baustoffe in Fahrstraßen innerhalb von Verfüllungen zulässig.

SONSTIGES

Weitere Knackpunkte sind die Anzeigepflicht von 2 Wochen im Voraus bei einer Verfüllung von mehr als 800 m³ Bodenmaterial nach § 6 (7) und die Regelung nach § 8 (6) „nicht zulässig in Wasserschutzgebieten“. Letztere würde für Baden-Württemberg bedeuten, dass die BW-Regelung zur Verfüllung in Karstgebieten mit Materialien Z0*IIIA entfällt.

Eine konkrete Kleinmengenregelung und Regelung der Untersuchungsfreiheit für „Bodenmaterial von der grünen Wiese“ ist auf den ersten Blick nicht zu entdecken. Nach mündlicher Mitteilung durch das Umweltbundesamt bedeutet aber die Regelung in § (4): „Sind erhöhte Schadstoffgehalte in den Materialien nicht auszuschließen, sind diese mindestens auf die Anlage 1 Tabelle 1a und 2 aufgeführten Stoffe und Stoffgruppen (Anmerkung: Vorsorgewerte im Feststoff) chemisch-analytisch zu untersuchen.“ Ein „Bodenmaterial von der grünen Wiese“ könne nach dieser Regelung per gutachterlichem Ausschluss ohne Messungen und Mengengrenzungen verwertet/verfüllt werden. Die Praxis- und Realitätsnähe dieser Regelung ist zu hinterfragen.

Verwendung von Böden mal ganz anders: ADAC Supercross – das Motorsport Event in Stuttgart! Mit rund 16.000 Besuchern an zwei Tagen und Top-Fahrern auf 2.000 m³ Fildererde. In wenigen Stunden wird der Parcours auf- und wieder abgebaut, eine logistische Meisterleistung. Übrigens, der Boden wird zwischengelagert und jährlich wiederverwendet.



SIND DIE MATERIELLEN ANFORDERUNGEN DES DRITTEN ARBEITSENTWURFES ZUR MANTEL V AN RC-BAUSTOFFE UND BODENMATERIALIEN ZUR VERFÜLLUNG EINHALTBAR?

Das Projekt des Umweltministeriums Baden-Württemberg: „Probenahme- und Analysenkampagne zur Verifizierung der Auswirkungen der Ersatzbaustoffverordnung auf den Einsatz von RC-Baustoffen in Baden-Württemberg“ war eine Reaktion auf die massive Kritik des ISTE im Fachbeirat zum zuvor gelaufenen Ökoinstitut-Projekt. Dort wurden keine neuen Daten erhoben, sondern erneut bestehende Daten ausgewertet, die überwiegend von gütegesicherten Betrieben stammen und nicht repräsentativ für den gesamten Stoffstrom sein können. Daraufhin wurden im Rahmen der aktuellen Studie der HPC GmbH 50 RC-Baustoffe mit Fokus auf den Gesamtmassenstrom untersucht. Die Proben stammen auch von mobilen Anlagen und Baustellen, nur 20% der Materialien waren von güteüberwachten Betrieben. Es wurden alle eingeführten und geplanten Tests (Feststoffanalytik, WF 10- und WF 2-Schütteltest, WF 2-Säulenversuch) durchgeführt.

Nach dieser aktuellen Datenlage führen die Grenzwerte nach dem dritten Arbeitse Entwurf zur MantelV vom 23. Juli 2015 für RC-Baustoffe zu einer leichten Verbesserung der Quoten in der Klasse RC-1 (bzw. Z 1.1) und zu einer leichten Verschiebung von RC-2 (bzw. Z1.2) nach RC-3 bzw. Z2. Interessant ist die Quote von Z1.1 nach geltender Sachlage in BW von nur 44% gegenüber RC-1 von 58% (WF2-Schüttelversuch bis 61% WF2-Säulenkurzeluat): Dies zeigt, dass hier tatsächlich wesentlich ungünstigere Proben für den Gesamtmassenstrom entnommen wurden und das dieser Datensatz eher repräsentativ ist. Die etwas geringeren Quoten in der Klasse Z1.1 nach Sachlage in BW kommen dadurch zu Stande, dass im WF 10-Eluat häufig Schwermetallwerte im Eluat mobilisiert wurden und nach LAGA und Ländererlassen wesentlich mehr Schwermetallgrenzwerte existieren als nach geplanter EBV. Der Säulenversuch zeigt diese Mobilisierungen, wie vielfältig wissenschaftlich nachgewiesen und veröffentlicht, nicht. Insgesamt konstatiert HPC deshalb, dass der Säulenversuch wesentlich realitätsnähere Ergebnisse liefert. Der Sulfatwert von 600 mg/L für RC-1 im WF 2-Eluat nach aktuellem Entwurf der EBV führt offensichtlich nicht mehr zu einer Limitierung. Für die Konzentrationsbereiche von Sulfat im Bereich des Grenzwertes im WF 10-Eluat von 250 mg/L in Baden-Württemberg und 600 mg/L im WF 2-Eluat nach geplanter EBV ergeben sich geringere Umrechnungsfak-

toren zwischen WF 10 und WF 2 von ca. 2,5. Bisher wurde von Umrechnungsfaktoren von ca. 3,8 ausgegangen.

Halten Bodenmaterialien im Bereich zwischen einfachem und doppeltem Vorsorgewert die geplanten Prüfwerte im WF 2-Eluat nach BBodSchV ein?

Diese Frage kann bisher kaum beantwortet werden, es fehlen Erfahrungen. Das Zentrum für Angewandte Geowissenschaften der Universität Tübingen (ZAG) und das Gewerbliche Institut für Umweltanalytik Teningen (GIU GmbH) ist damit beauftragt, im Rahmen des Planspiels eine Untersuchungskampagne mit Bodenmaterial (Bodenaushub) zur Schließung von Datenlücken durchzuführen.

PLANSPIEL „MANTEL V“ UND WEITERES VORGEHEN DES BMUB

Das Planspiel wird im Auftrag des BMUB durch ein Konsortium aus Öko-Institut (Federführung), Prognos AG, Team-Ewen, Zentrum für Angewandte Geowissenschaften (ZAG) und GIU GmbH (Gewerbliches Institut für Umweltanalytik, Teningen) durchgeführt. Projektstart war im Juli 2015. Im Rahmen des ersten Auftrages geht es um den Stoffstrom Bau- und Abbruchabfälle inklusive Boden, die Ermittlung der Praxis- und Vollzugstauglichkeit und die wesentliche Auswirkungen bzgl. Stoffstromverschiebungen und Erfüllungsaufwand. Ein UBA-Zusatzprojekt Planspiel II für die Untersuchung von industriellen

Die 11. Fachexkursion des QRB und der ISTE-Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden vom 23. bis 25. September 2015 führte zu Europas größter Anlage zur thermischen Verwertung von teerhaltigen Abfällen der Recycling Kombinat REKO B.V. in Rotterdam. Außerdem wurde in die Zukunft geblickt: ZenRobotics Recycler präsentierte das weltweit erste robotisierte Abfall-Sortiersystem bei der Firma Baetsen Recycling bv in Veldhoven.



Nebenprodukten und Gleisschotter ist erst am 1. April 2016 gestartet. Hierbei geht es um die Erweiterung aller Planspielarbeiten für alle mineralischen Ersatzbaustoffe der EBV (Aschen und Schlacken).

Das Planspiel besteht aus Projektbeiratssitzungen (Politik/Verwaltung, gesellschaftliche Gruppen), Planspieltagen (strukturierte, eng getaktete Kleingruppendiskussion mit Akteuren aus Praxis, Identifikation der Probleme einzelner Akteure im Umgang mit MantelV) und der Verbesserung der Datengrundlagen durch Erhebung aktuell verfügbarer und neuer Daten als Input für das Modell zur Folgenabschätzung – Stoffstromverschiebungen und Erfüllungskosten. Die untenstehende Liste gibt einen Überblick zum zeitlichen Ablauf des Planspiels MantelV.

Die Ergebnisse des Planspiels müssen im 1. Quartal 2016 vorliegen, da das BMUB eine zeitnahe Erstellung des Referentenentwurfs im Lichte der Ergebnisse des Planspiels plant. Der Referentenentwurf soll noch 2016 in den politischen Abstimmungsprozess.

Erste Ergebnisse des Planspiels:

Für die ISTE Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden war der Planspieltag 1a am 20. Januar 2016 in Berlin zum Stoffstrom RC-Baustoffe und Boden besonders relevant. Alleine aus Baden-Württemberg haben 7 Praxisakteure aus Mitgliedsunternehmen des ISTE teilgenommen. Alle Praxisakteure haben von einem sehr sinnvollen konstruktiven Planspieltag berichtet, an dem die wesentlichen Knackpunkte der Verordnung diskutiert werden konnten,

wie zum Beispiel:

- Fehlende Regelungen zur Vorerkundung der Bauwerke
- Inkonsistenzen in den Regelungen zur Beprobung
- Nicht praktikable und zu umfängliche Lieferscheinangaben nach EBV übertreffen die Registrierpflichten nach KrWG §49, Aufbewahrungsfristen nicht praktikabel

Den Ergebnissen des Planspiels kann an dieser Stelle aber nicht vorgegriffen werden.

Die überwiegend gute Stimmung im Praxistag 1a konnte sich in der darauffolgenden Projektbeiratssitzung nicht niederschlagen. Hier stand die Kritik am Planspiel und an der MantelV wieder im Vordergrund.

Wir sind gespannt, ob und wie das BMUB die zahlreichen Änderungsvorschläge im Referentenentwurf der MantelV umsetzen kann.

Der zeitliche Ablauf des Planspiels MantelV	
13.11.2015	1. Projektbeiratssitzung in Berlin: Festlegung der Akteure und Planspielthemen (60 Vertreter aus Verwaltung, Wissenschaft und gesellschaftliche Gruppen)
20.01.2016	1. Planspieltag 1a in Berlin: RC-Baustoffe und Böden
25.02.2016	2. Projektbeiratssitzung in Berlin
10.03.2016	2. Planspieltag 1b in Bonn: Aschen und Schlacken
05.04.2016	3. Planspieltag 2a in Kassel: RC-Baustoffe und Böden, Randbedingungen der Abschätzung der Folgen und der Erfüllungskosten (Prognos AG)
01.05.2016	4. Planspieltag 2b in Bonn: Aschen und Schlacken, Randbedingungen der Abschätzung der Folgen und der Erfüllungskosten (Prognos AG)
20.05.2016	3. Projektbeiratssitzung

Vorbildliche Rekultivierung
im Kalkwerk Istein, Rheinkalk GmbH

Mitglieder der Fachgruppe Kalk
informieren sich anlässlich der Mitglieder-
versammlung im Kalkwerk Istein.



ISTE STEHT WEITERHIN ZUR SCHARNHAUSER RESOLUTION: GEMEINSAM ZUR MANTELVERORDNUNG

Am 25. Februar 2013 hat der ISTE und das Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg (QRB) eine Informationsveranstaltung zur geplanten Mantelverordnung des BMU durchgeführt. Es wurde sehr deutlich, dass das Gesamtprojekt der Mantelverordnung am Scheideweg steht. „Schlimmstenfalls droht dann ein Rückfall hinter das Jahr 1997, als die LAGA-Regeln kamen. Ohne Grundkonsens kann man heute aber kaum noch weitermachen. Die wissenschaftliche Arbeit ist getan, die Entwicklung einer positiven Kommunikationsstrategie für die Politik ist jetzt vordringliche Aufgabe des Bundes und der Länderverwaltungen“, stellte Thomas Beißwenger fest.

Am Ende waren wohl auch die Veranstalter überrascht: Erstmals haben über 100 Vertreter des Bundesumweltministeriums, des baden-württembergischen Umweltministeriums, der regionalen und der kommunalen Verwaltungen sowie der heimischen Steine- und Erdenindustrie ihren Willen bekundet, gemeinsam für die durchaus umstrittene bundesweite Mantelverordnung einzutreten. In der sogenannten „Scharnhauser Resolution“ unterstützen sie eine „praktikable bundeseinheitliche Regelung von

Baustoffrecycling und Verfüllung von Abbaustätten“. Sie treten für ein „positives Kommunikationskonzept bezüglich der Mantelverordnung für die Politik des Bundes und der Länder“ ein und wollen dieses „gemeinsam erarbeiten“.

Bundesumweltministerin Hendricks will die MVO noch in dieser Legislaturperiode verabschieden. Diese Chance darf nicht verspielt und die Thematik nicht wieder auf die lange Bank verschoben werden. Eine Strategieguppe des BBS hat am 18.04.2016 eine entsprechende unterstützende Position, die die Scharnhauser Resolution aufgreift, vorbereitet. Diese wird durch unseren Dachverband beim BDI vertreten. Wir hoffen, dass das BMUB auf dieser Basis und auf der Grundlage der Planspielergebnisse nun rasch einen konsensfähigen Referentenentwurf vorlegen kann.

ROHSTOFFGEWINNUNG UND BODEN-/GRUNDWASSERSCHUTZ

Bei der Erweiterung von Steinbrüchen/Baggerseen treten häufig Nutzungskonflikte mit dem Grundwasserschutz (Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten oder anderen hydrogeologisch sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Karst) auf. Einzelne Behörden und Wasserversorger befürchten, dass die Rohstoffgewinnung grundsätzlich das Grundwasser gefährdet. Konkrete Nachweise für einen Grundwasserschaden durch Rohstoffgewinnung

einerseits oder einen absoluten Ausschluss jeglicher Gefährdungen andererseits gibt es nicht. Dies darf aber keinesfalls dazu führen, dass schon auf Regionalplanungsebene aus Vorsorgegründen Pauschalverbote für die Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten ausgesprochen und damit Einzelfallentscheidungen verhindert werden.

Das Zentrum für Angewandte Geowissenschaften hat am 13. Mai 2015 allen potentiellen Kooperationspartnern (Umweltverwaltung, Wissenschaft, Wasserversorger, ISTE) einen Forschungsantrag für ein Pilotprojekt KARST vorgestellt. Die Inhalte des Projekts wurden auch auf der Jahreshauptversammlung des ISTE und in der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Naturstein präsentiert. Übergeordnete Ziele sind eine generelle Bewertung des Nutzungskonflikts „Rohstoffgewinnung vs. Trinkwassergewinnung“, die Weiterentwicklung von Kriterien und Beurteilungswerkzeugen nach dem heutigen Stand der Technik. Konkret soll die Bewertung möglicher Stoffeinträge und des Transports und Verbleibs von Stoffen in Karst/Kluftgrundwasserleitern, insbesondere im Vergleich zu möglichen Einflüssen sonstiger Nutzungen wie Landwirtschaft, Siedlungen, Abwasserbehandlung, etc., am Beispiel einer Detailstudie ermittelt werden. Fernziel könnte ein Screeningtool für Planung und Genehmigung sein.



Baggerseen bilden einen wichtigen Lebensraum für seltene Vögel, Libellen und zahlreiche gefährdete wassergebundene Arten.

Der ISTE hat in der Mitgliederversammlung beschlossen, dieses Projekt zusammen mit den Wasserversorgern und dem Land Baden-Württemberg anteilig finanziell zu unterstützen. Das Projekt steht kurz vor Vertragsabschluss und wird am 1. Mai 2016 beginnen.

DWA-MERKBLATT ZUR GESTALTUNG UND NUTZUNG VON BAGGERSEEN

Das Merkblatt DWA – M 615 zur Gestaltung und Nutzung von Baggerseen wurde überarbeitet und zur Anhörung freigegeben. Der vorgelegte Entwurf legt großen Wert auf die Darstellung einer „Allgemeine Besorgnis“. Leider wurden Ergebnisse zu einzelnen Fragestellungen, die diese „Allgemeine Besorgnis“ nicht bestätigen, im Entwurf des DWA-Merkblatts nicht ausreichend berücksichtigt (z. B. Ergebnisse des KaBa-Projekts „Konfliktarme Baggerseen“ oder dem Projekt „Einfluss von Nassbaggerung auf die Grund- und Oberflächenwasserqualität“). Im Rahmen der Untersuchungen des baden-württembergische KaBa-Projekts „Konfliktarme Baggerseen“ konnten keine negativen Einflüsse aus dem Rohstoffabbau und der Herstellung eines künstlichen Sees auf die Grund- und Oberflächenwasserqualität nachgewiesen werden. Es wurde darin aufgezeigt, dass sogar positive Einflüsse entstehen können. Diese Ergebnisse blieben im Entwurf des DWA-Merkblatts leider unberücksichtigt.

Der ISTE hat im Rahmen der Anhörung zum DWA-Merkblatt eine Stellungnahme erarbeitet. Die Darstellungen im Entwurf sind aus Sicht des ISTE ein Rückschritt. Der ISTE empfiehlt daher, dass im Rahmen der Kiesgewinnung und Wasserwirtschaft – Empfehlungen für die Planung und Genehmigung des Abbaues von Kies und Sand“ der LfU von 2004 Anwendung findet.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Politik und Verwaltung müssen eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung von Rohstoffgewinnungsstätten sicherstellen. Hierzu gehört auch die Ausweisung von neuen Abbaustätten: Dezentralität bei der Rohstoffgewinnung ist dringend wünschenswert, durch planerische Fehlsteuerungen aber mehr und mehr gefährdet.
- Es sollten landesweite Lösungen gesucht werden, welche die heimische Rohstoffgewinnung langfristig stärken, Dezentralität fördern und Transportwege minimieren.
- Es muss ein Rohstoffbewusstsein in der Gesellschaft geschaffen werden, das neben Ressourceneffizienz auch auf die heimische Rohstoffgewinnung setzt. Dabei sind die Vorteile der heimischen Rohstoffgewinnung herauszustellen.
- Ausufernde finanzielle und administrative Belastungen müssen beseitigt werden – zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer

Unternehmen sind klare politische Bekenntnisse erforderlich!

- Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie müssen im Rahmen einer nachhaltigen und abgestimmten Umwelt- und Wirtschaftspolitik gelöst werden.
- Rahmenbedingungen in der Kreislaufwirtschaft verbessern! Nur durch systematische Erfassung von Abfallströmen kann der schleichenden Reduzierung der Entsorgungskapazitäten entgegengewirkt werden. Dabei sind ökologische wie wirtschaftliche Aspekte, z. B. Dezentralität und Verwertungsmöglichkeiten, gleichermaßen zu berücksichtigen.
- Unterstützung bei der Entwicklung geeigneter Umweltrahmenbedingungen für die erforderliche dezentrale und nachhaltige Rohstoffgewinnung des Landes Baden-Württemberg.
- Schlüssige Politik bezüglich der Zielsetzung der Ressourceneffizienz durch Recycling und des Boden- und Grundwasserschutzes.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit dem Umweltmedienschutz befassten öffentlichen Stellen zur Erarbeitung von fachlichen Kriterien für eine umweltgerechte Georessourcennutzung.
- Klare Ordnungspolitik im Bereich des Baustoff-Recyclings, um sicherzustellen, dass nur güteüberwachte und -geprüfte Recyclingbaustoffe umweltverträglich dort eingesetzt werden, wo sie eingesetzt werden dürfen.

EXKURS CO₂-NEUTRAL MIT WINDGAS

Ist Elektromobilität mit schweren, teuren und kurzlebigen Batterien sowie kurzen Reichweiten wirklich optimal? Vielleicht braucht es noch den Umwandelungsschritt von Strom zu Windgas, um Elektromobilität sinnvoll zu machen?

Wie wäre es, wenn das bei der Zementherstellung entstehende CO₂ zur Herstellung von eGas genutzt werden könnte?



Klimaschutz, Treibhausgasemissionen, Feinstaub ... diese Themen stehen mehr denn je in der politische Diskussion. Nicht nur an Kabinetttischen und auf Parteitagen – jeden Tag und ganz konkret vor Ort wird nach Lösungen gesucht, die ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Vernunft nicht nur zu Kompromissen zwingen, sondern zu erfolgversprechenden Kombinationen vereinen. Auch der ISTE beteiligt sich in vielerlei Hinsicht an diesen Diskussionen. Aber er handelt auch und geht mit guten Beispielen voran. Selbst wenn seine Beiträge nur klein erscheinen – sie sind Signale nach innen und nach außen. Die Öffentlichkeit soll erfahren: Die Steine- und Erdenindustrie setzt sich mit dem Thema Treibhausgasemissionen auseinander und sie sucht nach Verbesserungen – auf vielfältige Weise.

ES MUSS NICHT IMMER STROM SEIN

Bei CO₂-neutraler Mobilität denkt man meistens sofort an elektrisch betriebene Fahrzeuge. Es muss aber nicht immer Strom sein: Der ISTE betreibt einen Teil seines Fuhrparks zwischenzeitlich CO₂-neutral: mit Windgas! Und das findet sogar der Verkehrsminister des Landes gut und lobenswert.

Großes Potential für die Entwicklung umweltfreundlicher Autos steckt in dieser neuen Technologie, die es ermöglicht, Fahrzeuge mit Windenergie anzutreiben. Überschüssiger Strom aus Windrädern oder Solarmodulen wird mit Hilfe des sogenannten „Power-to-gas“-Verfahrens in Wasserstoff oder in Methan umgewandelt. Methan ist Hauptbestandteil von Erdgas und eignet sich daher bestens für den Antrieb von Verbrennungsmotoren. Im Gegensatz zu Elektroautos haben Fahrzeuge, die mit Gas betrieben werden, eine ähnlich große Reichweite wie Benziner. Zudem sind sie weitestgehend klimaneutral. Die neue Technik bringt zudem noch positive Nebeneffekte für die Energiewende.

WAS IST WINDGAS?

Als Power-to-gas wird ein chemischer Prozess bezeichnet, in dem mittels Wasserelektrolyse mit teilweise nachgeschalteter Methanisierung unter Einsatz von Ökostrom ein Brenngas hergestellt wird. Da dieses Gas mittels erneuerbarer Energiequellen gewonnen wird, bezeichnet man das so erzeugte Synthesegas bisweilen auch als „EE-Gas“. Je nach Art der eingesetzten erneuerbaren Energie wird das Gas als Windgas oder Solargas bezeichnet. Derart umweltfreundlich gewonnener Wasserstoff oder klimaschonend erzeugtes Methan kann man in das öffentliche Gasnetz einspeisen, in Kavernenspeichern zwischenspeichern

oder im Verkehrswesen nutzen. Prof. Dr. Michael Sterner, einer der Väter des Power-to-gas-Konzeptes, hat die vielfältigen Möglichkeiten dieser Technologie übrigens auf der WITA 2013 vorgestellt.

Der ISTE findet diese Technologie mit Blick auf den Klimaschutz vielversprechend und gut. Er hat deshalb ein entsprechendes Fahrzeug angeschafft.

Es ließen sich – über den oben beschriebenen Ansatz hinaus – noch viel weiter gehende Konzepte entwickeln: Wie wäre es, wenn das CO₂, das zwangsläufig bei der Zementherstellung anfällt (beim Brennen von Kalk CaCO₃ zu Kalziumoxid CaO) gesammelt würde, um mit Hilfe erneuerbarer Energien zu Methan (CH₄), also zu bestem Erdgas, umgewandelt zu werden? Dieses Erdgas wiederum würde in Fahrzeugen CO₂-neutral genutzt. Die Vorteile liegen auf der Hand: Autos führen komplett CO₂-neutral, sie erzielen eine große Reichweite, man verfügte über ein gutes Verteilsystem an Tankstellen, und die aufwändige Herstellung und das Recycling von Batterien wären verzichtbar.



Der ISTE geht voran und hat das erste Windgas-Auto in der Flotte. Verkehrsminister Winfried Hermann nahm es am Rande einer GeoKoffer-Übergabe in Augenschein und lobte die ISTE-Initiative!

MITGLIEDSFIRMEN ARBEITEN AN BAHNBRECHENDER TECHNOLOGIE ZUR CO₂-ABSCHIEDUNG

Am 21. April 2016 hat das Konsortium LEILAC (Low Emissions Intensity Lime And Cement), zu dem auch HeidelbergCement gehört, ein zukunftssträchtiges Projekt zur nachhaltigen Herstellung von Zement angekündigt. In den nächsten fünf Jahren soll am HeidelbergCement Standort im belgischen Lixhe eine neuartige Versuchsanlage zur Abscheidung von CO₂ gebaut und umfangreich getestet werden.

Zu dem Forschungskonsortium gehören neben HeidelbergCement auch das australische Technologieunternehmen Calix, außerdem weitere Zement- und Kalkfirmen sowie Forschungs- und Entwicklungsinstitute. Calix hat vor zwei Jahren einen Reaktor zur Abscheidung von CO₂ aus Magnesium auf den Markt gebracht. Diese Technik will man nun auch für die CO₂-Abscheidung aus Kalkstein nutzbar machen. Denn: Zwei Drittel der CO₂-Emissionen von Zementwerken entstehen beim Brennen (der Kalzinierung) von Kalkstein. Um CO₂ aus Kalkstein freizusetzen, braucht es jedoch wesentlich höhere Temperaturen als bei Magnesium. Die von Calix entwickelte Technologie muss daher weiterentwickelt und intensiven Praxistests unterzogen werden.

EIN EINZIGARTIGES VERFAHREN

Die Chancen aber sind enorm: Integriert in den Kalzinierprozess, kann der Calix-Reaktor fast reines CO₂ abscheiden, das vom Kalkstein freigesetzt wird. Anders als üblich wird in dem indirekt beheizten Reaktor die Hitze der Abgase über einen speziellen Stahlkessel auf den Kalkstein übertragen. So kommen die Ofenabgase nicht mit dem Kalkstein in Berührung und das vom Kalkstein freigesetzte CO₂ kann in fast reiner Form abgeschieden werden. Ein weiterer Vorteil der Technik: Sie verlangt keinen größeren Energie- oder Kapitalaufwand.

Für das Projekt im Werk Lixhe ist eine Laufzeit von fünf Jahren vorgesehen. In den ersten drei Jahren, sobald alle nötigen Genehmigungen erteilt worden sind, soll die Demonstrationsanlage fertig geplant und gebaut werden. Anschließend wird die Pilotanlage zwei Jahre lang unter normalen Betriebsbedingungen getestet. Die Europäische Union unterstützt das Projekt mit 12 Millionen Euro aus dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020.

UMWELTMINISTER FÜR GÜNSTIGES ERDGAS

Auch die Umweltministerkonferenz sieht auch in erdgasbetriebenen Fahrzeugen erhebliche, kurzfristig verfügbare Potentiale zur Minderung der Stickoxidemissionen, da entsprechende Motoren technologisch bereits

ausgereift sind und ihre Verbreitung nur geringe Infrastrukturinvestitionen erfordert. Insbesondere bei Nutzfahrzeugen kann der Ausstoß mit der Katalysatortechnik auch im Stadtverkehr im Vergleich mit der üblichen Dieseldieseltechnologie sehr wirkungsvoll begrenzt werden.

Aufgrund der Möglichkeit zum wachsenden Einsatz von regenerativ erzeugtem Gas ist der Gasantrieb auch klimafreundlicher als der Dieselantrieb. Die Umweltministerkonferenz stellte am 7. April 2016 allerdings fest, dass die Verbreitung von Erdgasfahrzeugen trotz guter Marktverfügbarkeit rückläufig ist. Sie sieht mit Sorge, dass die bestehende Energiesteuerermäßigung für Erdgas bereits in weniger als zwei Jahren ausläuft und sich dadurch die ökonomischen Rahmenbedingungen für Erdgasfahrzeuge im Vergleich zum Diesel weiter verschlechtern werden.

Die Umweltminister der Länder bitten daher die Bundesregierung, die avisierte Verlängerung der Energiesteuerermäßigung für Erdgas kurzfristig zu realisieren, damit die momentan fehlende Investitionssicherheit gewährleistet wird.

Der ISTE jedenfalls fährt bereits jetzt mit gutem Beispiel voran und hofft, dass das Windgas-Auto viele Nachahmer finden wird. Es wäre nicht der erste Stein, den der ISTE ins Rollen brächte ...

Geschützte Biotope in Abbaustätten können nach dem neuen Landesnaturschutzgesetz innerhalb von zehn Jahren wieder beseitigt werden. Dies hilft Abbaubetreibern und Naturschutz gleichermaßen.

Steinbrüche, Baggerseen und Kiesgruben sichern Reserveflächen und Trittsteinbiotope für die Biologische Vielfalt. Dies muss die EU-Kommission bei der Überprüfung ihrer Naturschutzvorschriften berücksichtigen.



NATURSCHUTZ

LANDESNATURSCHUTZGESETZ IN KRAFT GETRETEN

Das Landesnaturschutzgesetz Baden-Württemberg wurde vom Landtag am 17. Juni 2015 beschlossen und ist am 14. Juli 2015 in Kraft getreten. Positiv hervorzuheben ist, dass zahlreiche Anregungen des ISTE intensiv geprüft und diskutiert wurden, so dass wichtige Änderungen erfolgreich eingebracht werden konnten. U. a. wurde in § 33 Abs. 5 NatSchG die Forderung einer vom Bundesrecht abweichenden Regelung aufgenommen, wonach bei gesetzlich geschützten Biotopen, die auf Flächen entstanden sind, bei denen eine zulässige Gewinnung von Bodenschätzen eingeschränkt oder unterbrochen wurde, das Zerstörungs- bzw. Beeinträchtungsverbot des Biotopschutzrechts nicht für die Wiederaufnahme der Gewinnung innerhalb von zehn Jahren nach der Einschränkung oder Unterbrechung gilt. Bislang wurde die Ausnahme vom Zerstörungs- bzw. Beeinträchtungsverbot des Biotopschutzrechts bundesrechtlich auf fünf Jahre festgeschrieben, das Landesrecht erweitert diesen Zeitraum nun auf zehn Jahre.

Weiterhin wurde der Forderung einer weiteren räumlichen Flexibilisierung der Eingriffsregelung Rechnung ge-

tragen. Für Ersatzmaßnahmen gilt demnach neben dem betroffenen Naturraum auch der nächstgelegene benachbarte Naturraum als ausreichend im Sinne des räumlichen Zusammenhangs der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung. Abweichend vom Bundesrecht können Kompensationsmaßnahmen dadurch nochmals deutlich losgelöst vom Eingriffsort realisiert werden.

REFIT-PROZESS ZU DEN EU-NATURSCHUTZVORSCHRIFTEN

Die EU Kommission prüft derzeit eine Revision der geltenden EU-Naturschutzvorschriften (Vogelschutzrichtlinie (2009/147/EG) und Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (92/43/EWG)). Ziel von REFIT (Regulatory Fitness and Performance Programme) ist es, durch den Abbau bestehender unnötiger Regulierungslasten und der Verbesserung der Konzeption und Qualität der Gesetzgebung einen einfachen, klaren und stabilen Rechtsrahmen zu schaffen. Im Rahmen des REFIT-Prozesses wurde eine Konsultation zur Überprüfung der Umsetzungspraxis gestartet. Ziel der Konsultation war es, Meinungen zu den geltenden EU-Naturschutzvorschriften und ihrer bisherigen Durchführung zusammenzutragen.

Zur öffentlichen Anhörung im Rahmen des REFIT-Prozesses hat der ISTE gemeinsam mit den Bundes- und Landesverbänden einen Musterantwortbogen

erstellt. Der Musterantwortbogen wurde zur Darstellung der Besonderheiten von Abbauvorhaben sowie der Probleme mit dem geltenden Gebiets- und Artenschutzrecht erstellt, mit dem Ziel, einen sachgerechten Umgang mit den Chancen für die biologische Vielfalt in Abbaustätten zu schaffen. 552.470 Antworten sind bei der EU-Kommission eingegangen, wobei ca. 520.000 Antworten über die Internetseite Nature alert generiert wurden. Weiterhin haben auch die Umweltminister der EU-Mitgliedstaaten bereits eine vollständige Umsetzung der Naturschutz-RL gefordert und sich gegen eine Aufweichung des Naturschutzrechts in der EU ausgesprochen.

Am 2. Februar 2016 hat das Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht zur Halbzeitbilanz der EU-Biodiversitätsstrategie verabschiedet und verdeutlicht, dass es an den geltenden Naturschutz-Richtlinien festhalten will. Demnach müssen nicht die gesetzlichen Vorgaben, sondern die Umsetzung verbessert werden. U. a. wurde ausgeführt, dass die Naturschutz-Richtlinien reichlich Flexibilität bieten, um ihre Umsetzung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Anforderungen zu ermöglichen.

Der ISTE teilt nicht die Ansicht, dass die Naturschutz-Richtlinien ausreichend Flexibilität bieten und wird sich weiterhin mit großem Engagement auf allen Ebenen in die Diskussionen ein-

Die zentrale Biodiversitätsdatenbank des ISTE dokumentiert die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten.

Die Biodiversitätsdatenbank kann als Datengrundlage für die Planung einer Ökokonto-Maßnahme dienen. Dadurch können auch einzelne Arten, wie z. B. der Laubfrosch, spezifisch gefördert werden.

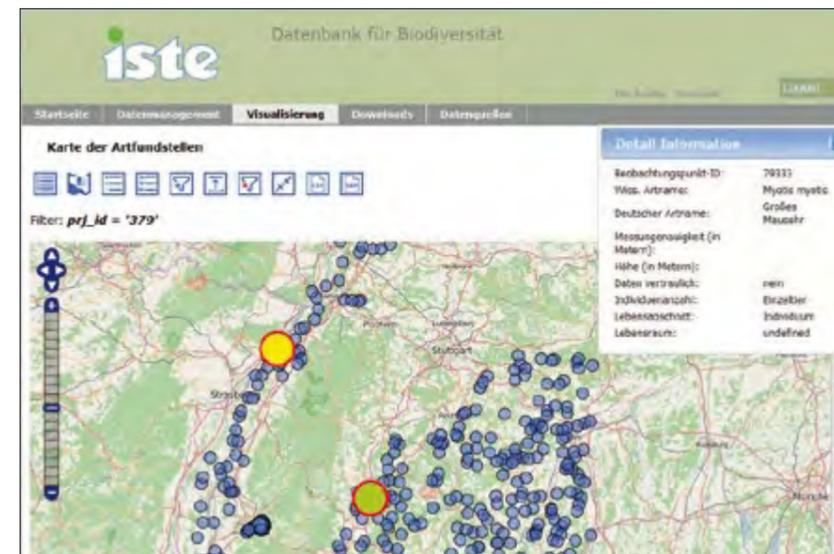


bringen und für einen sachgerechten Umgang mit der biologischen Vielfalt in Abbaustätten werben. Der Ergebnisbericht der Kommission wird im Juni 2016 erwartet. Die Beratung und Entscheidung über die Umsetzung bzw. das weitere Vorgehen durch die Kommission wird nach Weiterleitung des endgültigen Kommissionsberichts an den Umweltministerrat und das Europäische Parlament für Herbst 2016 erwartet.

BIODIVERSITÄTSDATENBANK FÜR DIE STEINE- UND ERDENINDUSTRIE

Die Biodiversitätsdatenbank für die Unternehmen und Verbände der Steine- und Erdenindustrie soll die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten auswerten und dokumentieren. Die Biodiversitätsdatenbank basiert auf dem Geoinformationssystem der Steine- und Erdenindustrie (GisInfoService). In die Datenbank sollen Biodiversitätsdaten aus der Vorhabenzulassung, der Betriebsphase und von renaturierten/rekultivierten Abbaubereichen eingegeben werden. Die Datenbank soll insbesondere von Planungs-/Ingenieurbüros bedient werden, die von den Unternehmen mit Kartierungen beauftragt sind.

Biologische Vielfalt ist ein „Pfund“ mit dem die Steine- und Erdenindustrie wuchern kann. Abbaustätten weisen hohe Artenzahlen, mit einem hohen Anteil



gefährdeter Pflanzen- und Tierarten auf. Eng verzahnt treten verschiedenste Ausbildungen von Biotoptypen auf, die häufig gefährdet, selten und bedroht sind. Bereits heute sichern Betreiber von Abbaustätten Lebensräume für viele Brutvögel in Fels- und Steilwänden oder auf Kies- und Schotterflächen (z. B. für Uhu, Kolkrabe, Wanderfalke, Uferschwalbe, Bienenfresser und Flussregenpfeifer). Ebenso werden Lebensräume für viele gefährdete Amphibienarten (wie Kammmolch, Wechselkröte oder Gelbbauchunke) und zahlreiche weitere besonders seltene Pionierarten und Lebensraumspezialisten geschaffen und erhalten. Mit der Biodiversitätsdatenbank soll dieser Beitrag zur Förderung der biologischen Vielfalt langfristig dokumentiert und ausgewertet werden.

Die Biodiversitätsdatenbank wurde 2015 zur Eingabe von Biodiversitätsdaten freigeschaltet. Einige Unternehmen haben bereits Biodiversitätsdaten eingetragen. Für aussagekräftige Auswertungen müssen weitere Daten freigegeben werden. Langfristig soll die Datenbank allen Beteiligten Vorteile bieten, z. B. können Biodiversitätsdaten in Zulassungsverfahren der Verfahrensbeschleunigung dienen und als Datengrundlage für artenschutzrechtliche Fachbeiträge und Eingriffs-Ausgleichsbilanzierungen herangezogen werden. Weiterhin sollen die Daten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder zur Integration der lokalen (Naturschutz-) Akteure genutzt werden.

ÖKOKONTO-VERORDNUNG

In der Begründung zur Ökokonto-Verordnung (ÖKVO) wird ausgeführt, dass – abhängig vom Vorliegen ausreichend repräsentativer Erfahrungswerte – nach spätestens 5 Jahren insbesondere das Verfahren, die ökokontofähigen Maßnahmen und die auf fachlichen Konventionen beruhenden Bewertungsvorgaben einer Prüfung unterzogen werden sollen. Auch der ISTE hatte im Anhörungsverfahren in 2010 die Forderung einer Evaluierung auf Basis ausreichender Erfahrungswerte eingebracht. Mit der Evaluierung der ÖKVO soll noch in 2016 gestartet werden.

Das naturschutzrechtliche Ökokonto hat sich mittlerweile zu einem für alle Beteiligten sinnvollen Instrument entwickelt. Die Bewertungssystematik der ÖKVO bietet dabei die Möglichkeit, einen sachgerechten Umgang mit Eingriffen in Natur und Landschaft darzustellen. Da die vor Inkrafttreten der ÖKVO eingeleiteten Zulassungsverfahren nach alten Bewertungsmethoden bewertet wurden und in den ersten zwei bis drei Jahren noch eine generelle Zurückhaltung bei der Planung von Ökokonto-Maßnahmen zu spüren war, ist eine Evaluierung der ÖKVO aus Sicht des ISTE aktuell noch zu früh. Vor einer Evaluierung sollten weitere Erfahrungen gesammelt werden, insbesondere zu ökokontofähigen Maßnahmen, zum Antragsverfahren und der internet-



basierten technischen Umsetzung. Wichtig ist, dass der Verordnungsgeber bereits vor einer Evaluierung zusichert, dass genehmigte Ökokonto-Maßnahmen, laufende Ökokonto-Maßnahmenanträge und laufende (Abbau-)Zulassungsverfahren durch eine umfassende Übergangsregelung vor zusätzlichem Aufwand und inhaltlichen Änderungen geschützt werden.

3. ÖKOKONTO-TAG BADEN-WÜRTTEMBERG – ÖKOKONTO-VERORDNUNG SORGT WEITERHIN FÜR INTERESSANTE DISKUSSIONEN

Der 3. Ökokonto-Tag der Flächenagentur Baden-Württemberg am 11.11.2015 in Ostfildern stieß wieder auf großes Interesse und wurde von über 100 Vertretern der Unternehmen, Kommunen, Planungsbüros und Genehmigungsbehörden besucht. Der Ökokonto-Tag bot ein Forum für alle Akteure sich hinsichtlich der Neuerungen und Erfahrungen mit der Umsetzung der Ökokonto-Verordnung auszutauschen.

In seinem Grußwort blickt Dr. Gerhard Bronner, Vorsitzender des Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V., auf rund viereinhalb Jahre Ökokonto-Verordnung zurück. Als positiv hob er das einheitliche Bewertungsverfahren hervor. Eine große Erleichterung stelle

auch die neue Möglichkeit der Anerkennung von naturschutzrechtlichen Ökokonto-Maßnahmen für bauleitplanerische Maßnahmen dar, die in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen Bundesländern zuvor nicht gegeben war. Die Ökokonto-Verordnung soll in der kommenden Legislaturperiode evaluiert werden. Hierzu nannte Herr Dr. Bronner die kritische Evaluierung von Bodenmaßnahmen und von Maßnahmen zur Förderung von Tier- und Pflanzenarten.

Das im Juli diesen Jahres in Kraft getretene neue Landesnaturschutzgesetz wurde den Teilnehmern des Ökokonto-Tages durch Wolfgang Baur, Leiter der Abteilung Naturschutz und Tourismus im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, vorgestellt. Die Anpassung des baden-württembergischen Naturschutzrechtes an das Bundesnaturschutzgesetz von 2009 wurde erforderlich, weil der Bund durch das BNatSchG das bisherige Landesnaturschutzgesetz weitgehend verdrängt hat. Eine wichtige Neuerung für den Handel mit Ökopunkten stellt die Flexibilisierung dar, dass Eingriffe nun auch im nächstgelegenen benachbarten Naturraum dritter Ordnung oder auf dem Gebiet der vom Eingriff betroffenen Gemeinde kompensiert werden können.

Karl Greißing, Leiter der Abteilung Energiewirtschaft des Umweltministeriums, berichtete über Stand und Perspektiven der Energiewendeprojekte in

Referenten beim 3. Ökokonto-Tag (v.l.o.n.r.u.):
Dr. Markus Röhl (Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen Geislingen), Marcus Haas (Flächenagentur Baden-Württemberg), Ralf Schanz (Landratsamt Ravensburg), Karl Greißing (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg), Wolfgang Baur (Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg), Dr. Gerhard Bronner (Vorsitzender Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. [LNV])

Baden-Württemberg. Es folgten weitere Vorträge mit Praxisbeispielen zur Planung und Umsetzung von Ökokonto-Maßnahmen mit einem Schwerpunkt auf die sogenannten produktionsintegrierten Maßnahmen. Dr. Steffen Kautz (STKautz-Rechtsanwälte, München) stellte den Teilnehmern die rechtlichen Aspekte der Unterhaltung und Sicherung von Kompensationsmaßnahmen dar. Herr Schanz vom Landratsamt Ravensburg blickte anschließend aus der Sicht einer Genehmigungsbehörde auf die Ökokonto-Verordnung.

Thomas Beißwenger, Geschäftsführer der Flächenagentur Baden-Württemberg, hob anschließend noch einmal hervor, dass die noch junge Ökokonto-Verordnung sicherlich auch weiterhin viel Anlass zu lebhaften Diskussionen bieten werde und kündigte den nächsten Ökokonto-Tag am 9. November 2016 in Ostfildern an.



Hotspots der biologischen Vielfalt: Rohstoffgewinnung und Naturschutz schliessen sich nicht aus.

Die landesweite Waldausgleichsbörse wird von der Flächenagentur Baden-Württemberg verwaltet.



FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH – WALDAUSGLEICHSBÖRSE BADEN-WÜRTTEMBERG

Bei einer unbefristeten Waldumwandlung sind forstrechtlich vorgegebene Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Hierzu gehört insbesondere der Ausgleich durch „Ersatzaufforstung im räumlichen Zusammenhang“. Der räumliche Zusammenhang ist gewahrt, wenn diese innerhalb des Naturraums 3. Ordnung (analog BNatSchG) oder in dem nächstgelegenen benachbarten Naturraum 3. Ordnung (analog NatSchG BW) erfolgen. Die Ausnahme bilden Eingriffe in den Bestand des Walds in Verdichtungsräumen, dort soll die Ersatzaufforstung möglichst in der Nähe der Eingriffe erfolgen. Für die kleinflächigen Naturräume 3. Ordnung („Fränkisches Keuper-Lias-Land“, „Hochrheingebiet“ und „Mainfränkische Platten“) gilt, dass der räumliche Zusammenhang gewahrt ist, wenn die Ersatzaufforstung in einem benachbarten Naturraum 3. Ordnung bzw. der gleichen Raumkategorie nach dem Landesentwicklungsplan erfolgt. Im Rahmen des forstrechtlichen Ausgleichs wird im Regelfall eine „standortgerechte, naturnahe Aufforstung“ anerkannt. Der forstrechtliche Ausgleich erfolgt üblicherweise über eine flächengleiche Ersatzaufforstung.

In Baden-Württemberg werden jedes Jahr – unabhängig von Ersatzaufforstungsverpflichtungen – Flächen aufge-

forstet oder der natürlichen Sukzession überlassen. Dadurch steigt der Anteil der Waldfläche trotz örtlicher Eingriffe seit Jahren an. Die vorhandene Waldzunahme wird mittlerweile durch die Bevorratung von Ersatzmaßnahmen für den forstrechtlichen Ausgleich verfügbar gemacht. Zusätzlich werden kontinuierlich geeignete Sukzessionsflächen identifiziert, um in Abstimmung mit den Eigentümern diese Flächen dann ebenfalls für den forstrechtlichen Ausgleich zur Verfügung zu stellen. Die bevorrateten Ersatzmaßnahmen können bei Bedarf von einem Vorhabenträger zum Zwecke des forstrechtlichen Ausgleichs in Anspruch genommen werden. Dadurch können zeitliche und finanzielle Belastungen vermieden werden, die durch die Suche nach geeigneten Flächen und den dort umsetzbaren Ersatzmaßnahmen entstehen. Durch den Handel mit Aufforstungsmaßnahmen kann der forstrechtliche Ausgleich damit – vergleichbar mit dem naturschutzrechtlichen Ökokonto – durch „fremde Gutschriften“ bewältigt werden.

Im Jahr 2015 wurden durch die für die Genehmigung der Erstaufforstungen zuständigen Unteren Landwirtschaftsbehörden oder durch die Flächenbesitzer selbst aus vielen Naturräumen in Baden-Württemberg Flächen für die Waldausgleichsbörse gemeldet. Die Anfrage durch Vorhabenträger ist groß und v.a. in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen konnten bereits zahlreiche Flächen zur Verfügung gestellt werden.

18. STEINE- UND ERDEN-SEMINAR – ROHSTOFFGEWINNUNG UND ARTENSCHUTZ SCHLIESSEN SICH NICHT AUS

Wasser, Erde, Luft und Feuer – diese vier Elemente beleuchtete das 18. Steine- und Erden-Seminar hinsichtlich der Aspekte Rechtssicherheit, Verfahrensbeschleunigung und Kosteneinsparung. Damit gab man weitere Impulse, um die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Planungsabteilungen sowie der Steine- und Erdenindustrie weiter zu verbessern. Über 140 Teilnehmer aus Regionalverbänden, Ministerien, Regierungspräsidien, Landratsämtern sowie Mitglieder des ISTE und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe e.V. (ABBM) erhielten in Ostfildern Informationen aus erster Hand.

„In diesem Jahr sind Themen ins Blickfeld gerückt, die durch wesentliche Gesetzesmodifikationen oder technische Neuerungen für alle von uns zu deutlichen Veränderungen führen können“, sagte ISTE-Präsident Peter Röhm.

Das Element Wasser – Diskussionen, wann eine Verschlechterung im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie anzunehmen ist, sind aktueller denn je. Hier wurde die rechtliche Sicht dazu ebenso beleuchtet wie die Zulassungspraxis in Steinbrüchen und Kiesgruben.

ISTE vor Ort: Erfolgreiches Aufforsten erläutert Revierleiterin Gabriele Schappacher-Peter (Stadt Rheinau).

Exkursion zu einer Ersatzaufforstungsfläche in Rheinau-Diersheim und Besichtigung von Aufwertungs- und Umbaumaßnahmen im bestehenden Wald



Das Element Erde – Die Auswirkungen der neuen Mess- und Eichverordnung des Bundes auf die Betriebsabläufe stand hier im Fokus. Es wurde ein unverhältnismäßig hoher Aufwand durch die neuen Regelungen kritisiert.

Das Element Luft – Die Neufassung der Technischen Anleitung Luft stand im Mittelpunkt dieses Themenfeldes. Es ging besonders um die Frage, wo die neue Verwaltungsvorschrift den Betrieben der Steine- und Erdenindustrie Probleme bereitet.

Das Element Feuer – Zumindest in Form eines Feuersalamanders kam es zur Sprache. Um den Arten- und Biotopschutz in der betrieblichen Praxis sowie um Risiken und Konsequenzen der aktuellen Rechtsprechung ging es in diesem Kapitel. Aber man war sich einig: Rohstoffgewinnung und Artenschutz schließen sich nicht aus!

SEMINAR „FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH“

DAUERHAFTES WALDUMWANDLUNG FÜR ROHSTOFFABBAU, ERSATZAUFFORSTUNG UND WALDAUSGLEICHSBÖRSE

Bürgermeister Michael Welsche von der Stadt Rheinau begrüßte die Gäste und ging auf die gute Zusammenarbeit mit den Kiesunternehmen vor Ort ein. Manuel Sedlak vom ISTE berichtete in seinem Grußwort zu den aktuellen

Herausforderungen im Bereich des forstrechtlichen Ausgleichs.

Abteilungsdirektor Matthias Schappert von der Forstdirektion im Regierungspräsidium Tübingen erläuterte den knapp 60 Teilnehmenden aus Unternehmen, Forstverwaltung, Kommunen und Planungsbüros die Anforderungen für den Eingriff in und den Ausgleich von Waldflächen nach dem Landeswaldgesetz in Baden-Württemberg. Er ging diesbezüglich insbesondere auf die Hürden in der Oberrheinebene aufgrund der unterdurchschnittlichen Waldanteile und der dortigen Verdichtungsräume ein.

Als Instrument zur Zusammenführung von Erstaufforstungen, Sukzessionen und Eingriffen in den Wald stellte Elke Leitner, Projektleiterin bei der Flächenagentur Baden-Württemberg, die Waldausgleichsbörse vor. Die seit rund einem Jahr eingerichtete Börse kann bereits in mehreren Naturräumen Baden-Württembergs Flächen vorweisen, die für einen Waldausgleich zur Verfügung stehen könnten.

Nach den rechtlichen Belangen stellte Thilo Tollkühn, Geschäftsführender Gesellschafter des Ingenieurbüros Flickinger und Tollkühn in Hohenfels, die Anforderungen an Erstaufforstungen auf landwirtschaftlichen Flächen vor. Schwerpunkte bilden die Eigenschaften der aufzuforstenden Flächen, die Vorarbeiten für die Pflanzungen und die Aufforstung an sich.

Als Überleitung zur Exkursion stellten Ralf Richter vom Kieswerk Diersheim und Bernhard Juris vom Büro arguplan in Karlsruhe, das Kieswerk, die aktuell in Auskiesung befindliche Fläche und deren Genehmigungsprozedere, insbesondere hinsichtlich Aufwertungsmaßnahmen für die Gelbbauchunke, sowie die Ersatzaufforstungsfläche im Korker Wald vor.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmenden unter fachlicher Erläuterung von Gabriele Schappacher-Peter, Revierleiterin der Stadt Rheinau, die Ersatzaufforstung begutachten. Die Aufwuchserfolge des Mischwaldes und das erfolgreiche Management der Wiesenknopfameisenbläulinge in Nachbarschaft zur Aufforstungsfläche belegen die hervorragende Zusammenarbeit und Kompetenz zwischen Unternehmen, Planer und Forstverwaltung.

Im Anschluss stellte Jan Minthe, Geschäftsführender Gesellschafter des Kieswerks Diersheim, die Ausgestaltung und die Anforderungen für die neu geschaffene Flachwasserzone im aktuellen Erweiterungsgebiet dar.

Eine Besichtigung des Werksgeländes mit Erläuterungen von Lothar Benzel und Manuel Sedlak (ISTE) zu den Laichgewässern von Gelbbauchunke und anderen Amphibien rundete die Exkursion ab.



Referenten beim Seminar „Forstrechtlicher Ausgleich“ (v.l.o.n.r.u.): Thilo Tollkühn (Flickinger und Tollkühn), Matthias Schappert (Forstdirektion im Regierungspräsidium Tübingen), Manuel Sedlak (ISTE), Elke Leitner (Flächenagentur Baden-Württemberg), Bernhard Juris (arguplan)“

VERANSTALTUNGEN

18. Juni 2015 SEMINAR EINGRIFFSREGELUNG UND ÖKOKONTO IM BAU- UND PLANUNGSRECHT

Rechtliche und naturschutzfachliche, Anforderungen in der Vorhabenzulassung, Handel mit Ökopunkten, rechtliche Sicherung, Refinanzierung

7. Juli 2015 FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH Dauerhafte Waldumwandlung für Rohstoffgewinnung, Waldausgleichsbörse für Ersatzaufforstungen

16. Juli 2015 SACHKUNDELEHRGANG Auffrischkurs „Probenahme fester Abfälle nach LAGA Richtlinie PN 98 – DIN EN 932-1 und QRB-Leitfaden“ in Ostfildern

23. bis 25. September 2015 FACHEXKURSION ZU RECYCLING KOMBINATIE REKO B.V Besichtigung der größten europäischen thermischen Reinigungsanlage für ISTE- und QRB-Mitglieder in Rotterdam/NL

21. und 22. Oktober 2015 BAUSTOFF-TAGE 2015 UND 18. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG Bundesverkehrswegeplan 2015: Wie sind die Anforderungen und Priorisierung von Bund und Land, wie können die Projekte finanziert werden? Wie soll er den Mobilitätswünschen von Menschen und Wirtschaft gerecht werden? Zukunft des Massenstrommanagements in Bund und Land

30. Oktober 2015 ROHSTOFFREISE MINISTER DR. NILS SCHMID Personal- und Wissenssituation Behörden, Genehmigungshindernisse, Stromkosten, Erneuerbare Energien Gesetz, Rohstoffsicherung

11. November 2015 3. ÖKOKONTO-TAG BADEN-WÜRTTEMBERG Novelle Landesnaturschutzgesetz, Energiewende, rechtliche Sicherung von Kompensationsmaßnahmen sowie produktionsintegrierte Kompensationsmaßnahmen

24. November 2015 18. GENEHMIGUNGS- VERFAHRENSSEMINAR Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung nach neuer Landesgesetzgebung, EU-Wasserrahmenrichtlinie, Neufassung TA Luft, Arten- und Biotopschutz in aktiven Abbaustätten, neues Landesnaturschutzgesetz

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- REFIT-Prozess: Unterstützung bei der Berücksichtigung dynamischer Prozesse im Naturschutz! Der Ansatz des statischen Naturschutzes, der sich wie ein roter Faden durch das gesamte Naturschutzrecht zieht, konterkariert die aus Sicht des Naturschutzes notwendige Dynamik in Abbaustätten.
- Abbaustätten müssen in den landesweiten Biotopverbund integriert werden. Sie tragen zur Lösung des Problems der abnehmenden Artenvielfalt bei.
- Vor der Evaluierung der ÖKVO müssen weitere Erfahrungen gesammelt werden. Wichtig ist, dass genehmigte Ökokonto-Maßnahmen und laufende (Abbau-) Zulassungsverfahren durch eine umfassende Übergangsregelung vor zusätzlichem Aufwand und inhaltlichen Änderungen geschützt werden.
- Bei der Ausweisung von Schutzgebieten müssen nachgewiesene Rohstoffvorkommen beachtet werden.



Matthias Gastel MdB von Bündnis 90/ Die Grünen (im Gespräch mit Peter Röhms) eröffnete den 18. Baustoffrecycling-Tag zusammen mit dem Ministerialdirektor des Umweltministeriums Helmfried Meinel (Bilder oben).



Referenten aus Praxis, Verwaltung, Politik und Wissenschaft bereicherten die Veranstaltung: Walter Feess (Feess GmbH), Dr. Bernd Susset (ISTE), Armin Schwarz (HPC AG), Peter Dihlmann (UM), Ulrich Müller MdL (Minister a. D.), Dr. Axel Kopp (BMUB)

WOHNUNGSBAU UND MANTELVERORDNUNG IM MITTELPUNKT

Am zweiten Kongresstag, dem 18. Baustoff-Recycling-Tag, forderten Vertreter der baden-württembergischen Baustoffindustrie die Stuttgarter Landesregierung zu kräftigen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auf. Es dürfe nicht sein, dass Wohnraum für Normalverdiener zum Luxusgut werde. Nicht erst durch den aktuellen Andrang von Flüchtlingen und Asylsuchenden mache man auf einen eklatanten Mangel an bezahlbaren Wohnungen im Land aufmerksam. ISTE-Präsident Röhms sagte, es gelte jetzt, die nötigen Mittel bereitzustellen, um auch weiterhin den gesellschaftlichen Frieden im unteren Einkommensbereich zu sichern. Hier sei das Land gefordert, den viel zu lange vernachlässigten sozialen Wohnungsbau wieder zu beleben und zu fördern.

Der Staatssekretär im Finanzministerium, Peter Hofelich (SPD), verwies auf die Beschlüsse des ersten „Wohnungsbaugipfels“, die unter anderem die steuerliche Absetzbarkeit von neu geschaffenen Mietwohnraum vorsehen. Es gelte außerdem, Bauvorschriften zu vereinfachen und auch wieder neue bebaubare Flächen auszuweisen. Das Land fördere in den Jahren 2015 und 2016 Mietwohnraum mit insgesamt 115 Mio. Euro.

Diese Summe bezeichnete der Sprecher der Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Wohnungsbau“, Jochen Beyer, als viel zu niedrig. Baden-Württemberg solle sich ein Beispiel am Nachbarland Bayern nehmen, das immerhin 242 Mio. Euro für die Förderung von Wohnbau-Programmen zur Verfügung stelle. Man sei außerdem irritiert gewesen, das seine Aktionsgemeinschaft, in der neben der Bauwirtschaft auch etwa die Architektenkammer oder der Mieterbund vertreten sind, nicht zum „Wohnungsbaugipfel“ des Finanzministers eingeladen gewesen sei. Hofelich stellte in Aussicht, dass es nicht bei

dieser ersten Runde bleibe und man von Seiten seines Ministeriums künftig den Dialog mit der Wirtschaft suchen werde.

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Bündnis 90 / Grüne) schilderte die Dramatik der Flüchtlingssituation in seiner Stadt. Er stehe zu seinem auf die Bundeskanzlerin gemünzten Satz „Wir schaffen das nicht!“ und verlangte realistische Einschätzungen. „Wir können beim Bau nicht gleichzeitig höchste deutsche Standards einhalten und unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen!“, so der Kommunalpolitiker.

Für nachhaltiges und ressourcenschonendes Bauen durch Recycling sprach sich der Ministerialdirektor im Umweltministerium, Helmfried Meinel, aus. Auch im Wohnungsbau solle man die im Gewerbe- und Industriebau verbreitete grundrissflexible Bauweise anwenden, um Folgenutzungen zu erleichtern: „Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Funktionalität des Innenraums und die universelle Nutzbarkeit im Sinne von Altersgerechtigkeit und Barrierearmut ein wichtiger Aspekt.“



Da auch der Wohnungsbau zur Sprache kam, durften der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, sowie der Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums, Peter Hofelich MdL, nicht fehlen (Bilder links).

Auch Christa Szenkler (RetroMin GmbH & Co. KG, Illingen) und Jochen Beyer (Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Wohnungsbau“) gehörten zu den Referenten des 18. Baustoff-Recycling-Tags, der ab 2016 wieder eintägig in der Filharmonie stattfinden wird.

MANTELVERORDNUNG NACH WIE VOR IN DER DISKUSSION

Beim Recycling-Tag stand natürlich das Thema „Kreislaufwirtschaft“ ebenfalls im Fokus.

Dr. Axel Kopp vom Bundesumweltministerium stellte den 3. Arbeitsentwurf der sogenannten Mantelverordnung vor, zusammen mit den Überlegungen für ein praxisnahes Planspiel, das die Tauglichkeit der Regelungen zusammen mit der Industrie prüfen will. Die MVO bündelt Regelungen des Grundwasserschutzes und des Bodenschutzes mit einer neuen Ersatzbaustoffverordnung. Das Ministerium strebe an, die Mantelverordnung dem Deutschen Bundestag noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen, so Kopp.

Obwohl die Recycling-Unternehmen noch deutliche Kritik auch an diesem Entwurf haben, lobte Christa Szenkler, die Vorsitzende der Fachgruppe Recyclingbaustoffe und Boden des ISTE, die neuen Vorschläge. Sie zeugten von Kompromisswillen der Politik. Aller-

dings sei es nach wie vor unverständlich, weshalb man in Deutschland 46 Stoffe durch Grenzwerte erfassen wolle, während die EU lediglich neun Parameter empfehle.

19. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG UND BAUSTOFF-TECHNIK-TAG

Rund 400 Teilnehmer zählten die diesjährigen Baustofftage des ISTE. „Ein schöner Erfolg!“, freut sich denn auch ISTE-Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger. „Dieses Branchenforum ist nicht zuletzt interessant für Aussteller, die hier genau auf ihre künftigen Kunden oder Partner treffen.“

Die gute Resonanz dieser technisch orientierten Veranstaltung wird zum Anlass genommen, einen weiteren Baustoff-Technik-Tag im Frühjahr 2017 anzubieten.

Der 19. Baustoff-Recycling-Tag findet dann wieder am 27. Oktober 2016 als eintägige Veranstaltung statt und wird wieder aktuelle Recyclingthemen und die Zukunft des Massenstrommanagements in Bund und Land beleuchten.

»Öffentlichkeitsarbeit ist keine platte Werbung – sie basiert auf nachhaltiger Kommunikation und Information. Das Vermitteln unserer Themen vor Ort schafft ein breites Verständnis für unsere Industrie und unser Tun.«



Sabine Schädle,
Holcim (Süddeutschland) GmbH
Stellvertretende Vorsitzende
des Ausschusses
für Öffentlichkeitsarbeit

DAFÜR STEHEN WIR:

Jeder Baden-Württemberger verbraucht statistisch gesehen pro Stunde zwei Hände voll mineralischer Rohstoffe. Das entspricht einem Kilogramm Natursteine, Sand und Kies, Gips, Kalk, Zement und andere Rohstoffe. Im Jahr sind dies 10 Tonnen, die pro Einwohner gewonnen werden.

Deutlich sichtbar sind Steine bei Gebäuden und Straßen: Über 80 Prozent der abgebauten Gesteine werden in der Bauindustrie verwendet. Wenig bekannt ist hingegen, dass zum Beispiel Kalk in der Zahnpasta steckt, zur Herstellung von Stahl und Zucker benötigt wird und als Trennmittel dafür sorgt, dass Toastbrotstreifen und Kaugummistreifen nicht aneinander kleben. Darüber hinaus sind mineralische Rohstoffe an der Herstellung von fast allen industriellen Produkten beteiligt.

Darüber informiert der ISTE mit verschiedenen Veröffentlichungen, Infomaterial und Pressemeldungen. Verwaltung und Fachöffentlichkeit können sich auf Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen informieren. Jährlich informiert der Verband auf rund 40 Veranstaltungen über vielfältige Themen. Einen Überblick gibt der Internetauftritt www.iste.de.

Öffentlichkeitsarbeit ist keine Arbeit mit schnellen Erfolgen. Der ISTE legt dabei großen Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität.



Zeigen, was in der Gewinnungsstätte passiert!
Geschäftsführer Martin Weiß, Fa. Paul Kleinknecht GmbH & Co. KG, Kupferzell
führt regelmäßig durch seinen Steinbruch.

UNTERRICHTSMATERIAL FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER VON MORGEN

Der ISTE bietet regelmäßige Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher an. Zusammen mit Pädagogen und Geologen wurde der GeoKoffer entwickelt, der von den Schulen mit Begeisterung angenommen wird – 350 GeoKoffer sind inzwischen im Einsatz.

AUSSTELLUNGEN – BAU- UND ROHSTOFFE VOR ORT ERLEBEN

Ein weiterer Baustein sind Ausstellungen wie das Spiel- und Erlebnisgelände „steine im fluss“ in Konstanz, das gemeinsam mit dem Staatlichen Naturkundemuseum Stuttgart und dem Bodensee-Naturmuseum gestaltet wurde. Dort lernen seit über zehn Jahren Kinder mit ihren Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern spielerisch, wie spannend Geologie sein kann und wie rohstoffreich unser Land ist.

Das „Klassenzimmer am See“ am Stuttgarter Max-Eyth-See, einem ehemaligen Baggersee, steht für Schulausflüge aus der ganzen Region zur Verfügung und wird von der Christoph-Sonntag-Stiftung betrieben.

Auf dem Hausberg von Baden-Baden, dem Merkur, ist mit „Merkurs Würfel – eine geologische Zeitreise durch Baden-Baden“ ein weiterer Ausstellungsschwerpunkt entstanden.

VERANSTALTUNGEN – QUALIFIZIERTE WEITERBILDUNG UND AUSTAUSCH SIND WICHTIG

Verbände verbinden: Deshalb führen wir zahlreiche Tagungen, Seminare, Workshops und Exkursionen durch. Gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden helfen wir, dass auf den Veranstaltungen neben Sachinformationen auch immer genügend Raum zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch besteht.

JUNIoren IM ISTE – ICH SAMMLE TÄGLICH ERFAHRUNG

Das „Junioren“-Angebot im ISTE richtet sich an junge Menschen, die häufig bereits Verantwortung in unseren Mitgliedsunternehmen tragen oder künftig maßgeblich in der Unternehmensleitung wirken sollen.

Dieser Zielgruppe bieten wir eine Plattform zu ungezwungenem Kennenlernen und Gedankenaustausch – zur Bildung und Pflege persönlicher Netzwerke in der Branche. Daneben versuchen wir stets, den Teilnehmern Eindrücke und Erfahrungen zu vermitteln, die ihnen anderswo nicht geboten werden, frei nach dem Motto: „Ich sammle täglich Erfahrung“ – ISTE eben.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die jungen Unternehmer zu erleichtern, bieten wir immer wieder auch Aktionen an, die für die ganze Familie geeignet und interessant sind.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann lud Abgeordnete, Landräte, ISTE-Präsident und die Presse zur Feierstunde anlässlich des UNESCO-Status für den GeoPark Schwäbische Alb.

Wir gratulieren und sind stolz, ein Partner dieses GeoParks sein zu dürfen!



ISTE AUSSCHUSS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der ISTE Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit hat sich im Berichtszeitraum am 6. Oktober 2015 in Stuttgart und am 8. März 2016 in Ostfildern getroffen und über Projekte, Finanzen und Aktivitäten gesprochen. Dabei wurden Ideen geprüft, bewertet, verworfen oder geboren ... In der Herbstsitzung 2016 werden sich die AK-Mitglieder mit strategischen Fragen der Öffentlichkeitsarbeit des ISTE befassen.

Auf der Jahreshauptversammlung 2015 wurde der „Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit“ zu einem „ständigen Ausschuss Öffentlichkeitsarbeit“ aufgewertet. Schließlich entscheidet dieser Ausschuss über die höchste Einzelposition im Haushalt.

Auf der Sitzung am 6. Oktober 2015 wurde der ISTE-Präsident Peter Röhm zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Er hat zwei Stellvertreterinnen: Heike Flickinger, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG und Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland) GmbH.

PARTNERSCHAFT: GEOPARK SCHWÄBISCHE ALB MIT UNESCO-STATUS (siehe auch Exkurs auf Seite 90)

FEIERSTUNDE MIT MINISTERPRÄSIDENT ZUR ÜBERGABE DES UNESCO-STATUS

Hohe Anerkennung für den Geopark Schwäbische Alb: Er ist nunmehr aufgenommen in die Liste der UNESCO Global Geoparks. Damit reiht er sich ein in die internationale Spitzengruppe von Landschaften mit besonderem geologischen und archäologischen Erbe.

In einer Feierstunde in der Stuttgarter Villa Reitzenstein würdigte Ministerpräsident Winfried Kretschmann im Februar 2016 den neuen Status des Geoparks. Der ISTE, der seit dem vergangenen Jahr eine Partnerschaft mit dem Geopark Schwäbische Alb pflegt, gratulierte seinem Kooperationspartner zu dessen neuem Titel.

„Mit der Anerkennung als einer der globalen UNESCO-Geoparks wird jedermann deutlich, dass es sich beim Geopark Schwäbische Alb um eine Initiative und um eine Einrichtung von Weltrang handelt“, freut sich ISTE-Präsident Peter Röhm. „Der ISTE ist stolz darauf, mit dem Geopark Schwäbische Alb einen so erfolgreichen und einen so erfolgver-

sprechenden Kooperationspartner zu haben. Uns beiden liegt nämlich der bewusste und der schonende Umgang mit unseren natürlichen geologischen und biologischen Ressourcen am Herzen.“

Als „Aushängeschilder für ganz Baden-Württemberg“ würdigt Röhm den Geopark Schwäbische Alb und den ihn tragenden Verein. „Dieser Geopark ist mit einer Gebietskulisse von 6.600 km² flächenmäßig einer der größten weltweit. Rund 75 unserer Betriebe liegen in der Gebietskulisse des Parks, der sich von Tuttlingen bis Aalen und von Reutlingen bis Ulm erstreckt.“ Deshalb seien beide Institutionen eigentlich natürliche Partner, so der ISTE-Präsident.

Damit meine er auch, dass Nutzung und Schutz heimischer Bodenschätze keine Widersprüche seien: „Wir alle nutzen Steine täglich: als Baumaterial, in der Zahnpasta, im Toastbrot. Das wissen aber nur die wenigsten, und genau das wollen wir ändern – der ISTE und der Geopark!“ Gemeinsame Ziele verfolgen man auch mit Blick auf Flora und Fauna. So seien aufgelassene, aber auch in Betrieb befindliche Abbaustätten vorzügliche Biotop: „Das sind inzwischen Hotspots der Biodiversität! Hier gilt es, gemeinsam ein öffentliches Bewusstsein und eine breite Wertschätzung zu schaffen.“



STEINE- UND ERDENINDUSTRIE UND GEOPARK PLANEN GEMEINSAME PROJEKTE

Pläne für gemeinsame Projekte sehen etwa die Weiterbildung von Lehrern oder gemeinsame Aktionen am „Tag des Geotops“ und am „Tag des offenen Steinbruchs“ vor. Der ISTE fördere solche Maßnahmen mit 20.000 Euro jährlich. Röhm: „Hinzu kommt natürlich

ein großes Netzwerk, das allen nützt. Diese ideelle Seite ist für beide Partner mindestens genauso wichtig wie die materielle.“

Der Geopark habe ausgesprochen großes Potential, für Einheimische und für Touristen, für Wirtschaft und für Wissenschaft, erklärt Röhm. Er freue sich deshalb als Präsident des ISTE besonders, dass mit der Feierstunde aus Anlass des neuen Status als UNESCO-Geopark die Landespolitik ein klares Signal der Sympathie und der Unterstützung setze. Röhm: „Damit macht neben dem Geopark Schwäbische Alb und dem ISTE auch die Regierung in Stuttgart deutlich: ‚Geo – da stehen wir drauf!‘“

STEINE ZUM SPRECHEN BRINGEN: TAG DES GEOTOPS

Am Tag des Geotops, dem 20. September 2015 öffneten das Schotterwerk Kirchen, Kirchen, und das Schotterwerk Heinz, Willmandingen, im Rahmen eines Tages der offenen Tür ihre Pforten.

Eröffnet durch politische Prominenz kamen über 1.500 Besucher in die Steinbrüche, um Führungen zu besuchen, und wurden selbstverständlich angemessen bewirtet. Diese schöne Gelegenheit für positive Öffentlichkeitsarbeit gibt es wieder im Jahr 2016.

Aufgrund der Partnerschaft mit dem Geopark wurde die ISTE-Ausstellung um ein weiteres Rollup erweitert.

„steine im fluss“ in Konstanz, direkt neben Sea-Life, ist nach wie vor ein beliebtes Ausflugsziel für Konstanzer aber auch für zahlreiche Bodenseetouristen.



ISTE VOR ORT: OUTDOOR-AUSSTELLUNGEN

Mit „steine im fluss“, Konstanz, begann der ISTE im Sommer 1999 damit, an attraktiven Orten für unsere Branche Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Es folgten das Klassenzimmer am See, Stuttgart, und Merkurs Würfel, Baden-Baden. Nach wie vor zieht das benachbarte Sea-Life-Zentrum 120.000 Besucher pro Jahr nach Konstanz. Für die Konstanzer ist „steine im fluss“ kaum noch wegzudenken. Allerdings ist die Ausstellung „in die Jahre“ gekommen und verursacht einen nicht unerheblichen Unterhaltsaufwand.

Für 2016 ist eine grundlegende Renovierung notwendig. Gespräche mit der Stadt Konstanz über eine Neuverteilung der Aufwendungen sind hierzu notwendig.

Unsere Mitgliedsunternehmen – schwerpunktmäßig in der Region Bodensee – sind eingeladen, als „Hauptsponsor“ die Renovierungsarbeiten zu unterstützen. Im Gegenzug werden sie prominent erwähnt und können „steine im fluss“ verstärkt für ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit nutzen.

ISTE und Geopark Gemeinsam Gutes bewirken!

Der ISTE und seine Mitgliedsunternehmen im Geopark unterstützen die Arbeit des UNESCO Global Geopark Schwäbische Alb.

Überreichung der UNESCO-Urkunde an das Land Baden-Württemberg im Februar 2016.

- Primär- Rohstoffgewinnung
- Baustoff- Recycling
- Transportbeton

Geopark-Infostelle WERKFORUM Dottenhausen

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.
www.iste.de
UNESCO Global Geopark Schwäbische Alb e.V.
www.geopark-alb.de

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ENTWICKLUNGEN UND AKTIVITÄTEN

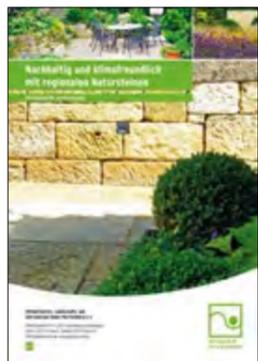
„Weil sie von hier sind!“ Oberbürgermeister Boris Palmer zeigt stolz die neu verlegten Pliezhausener Sandsteine im neuen alten Rathaus in Tübingen. „Global denken, lokal handeln“, lautet sein Motto auch bei der Beschaffung von Naturwerksteinen.



REGIONALE NATURWERKSTEINE SCHONEN DAS KLIMA

Anlässlich der Sanierung der Villa Reitzenstein, dem Regierungssitz des Ministerpräsidenten wurde das Thema „Ökologisch bauen und sanieren mit regionalen Naturwerksteinen“ 2014 ins Leben gerufen. Dabei wurde das vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau herausgegebene Buch „Naturwerksteine in Baden-Württemberg – Vorkommen, Beschaffenheit und Nutzung“ offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Einsatz heimischer Naturwerksteine, die über kurze Distanzen zu den Baustellen im Land transportiert werden, leistet einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Die landesweit geltenden Standards, die in Steinbrüchen, Kies- und Sandgruben mit Blick auf den Umwelt-, Natur- und Artenschutz in Kooperation mit Forstwirtschaft, Behörden und Naturschutz-



verbänden eingehalten werden müssen, gewährleisten eine Rohstoffgewinnung unter Einbezug ökologischer Belange (s. Exkurs im Jahresbericht 2014/2015).



Der ISTE wirbt mit einem 2015 fertiggestellten Film für die Verwendung von regionalen Naturwerksteinen. Der fünfminütige Film der Fa. Schwabenfilm GmbH wurde im Rahmen der Baustofftage 2015 zusammen mit einem positiven Steinbotschafter, dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, uraufgeführt.

Kurz darauf besuchte der ISTE den Tübinger Oberbürgermeister in seinem neu renovierten Tübinger Rathaus, in dem durch den persönlichen Einsatz vom Oberbürgermeister die regionalen Gesteine aus Pliezhausen verwendet wurden, wie damals beim Bau des Rathauses. So geht Nachhaltigkeit! Dankeschön, Herr Palmer.

In Zusammenarbeit mit dem Verband Garten-, Landschafts-, Sportplatzbau Baden-Württemberg e.V. wurde eine vierseitige Informationsbroschüre über die Vorteile regionaler Naturwerksteine erstellt. Zielgruppe: Betriebe des GaLaBau Verbandes und umweltsensible Bauherren im Bereich Gartenbau. Die Broschüre kann gerne bei der ISTE-Geschäftsstelle bezogen werden.

Die Broschüre des Verbandes GaLaBau informiert über die Vorteile regionaler Naturwerksteine.

SPITZENTREFFEN IM STUTTGARTER RATHAUS

Einiger Anläufe bedurfte es schon, aber letztendlich hat es geklappt: das seit langem geplante Gespräch zwischen dem Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Bündnis 90 / Grüne) und der Führung des ISTE sowie dem Sprecher der Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Wohnungsbau“, Jochen Bayer.

Der Wohnungsbau in der Landeshauptstadt war denn auch eines der dringenden Themen, die es zu besprechen galt. Wie lässt sich schnell bezahlbarer Wohnraum in Stuttgart schaffen? Wie lassen sich aus der Vergangenheit stammende Defizite an solch preisgünstigem Wohnraum ausgleichen und die nach wie vor steigende Nachfrage befriedigen? Und das alles angesichts knapper bebaubarer Flächen? Kann man in der baden-württembergischen Landeshauptstadt vielleicht von der schleswig-holsteinischen lernen und beim Wohnungsbau das sogenannte „Kieler Modell“ anwenden, eine modulare Bauweise und flexible Nutzung? Der OB habe viel wissen wollen, freuten sich die drei Wirtschaftsvertreter. Als Mitglieder der Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Wohnungsbau“ präsentierten sie zu all diesen Fragen Antworten aus ihrer Perspektive. Nachzulesen unter www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de



Weiteres Thema: Baustoffrecycling. Hier müsse eine Großstadt wie Stuttgart deutlich mehr tun, meinten die Vertreter der Steine- und Erdenindustrie, zumal angesichts von Großprojekten die dem „Bahnprojekt Stuttgart-Ulm“. Eine Stadt mit 600.000 Einwohnern brauche ganz einfach Flächen, die für Recycling von Baustoffen und damit zur Abfallvermeidung zur Verfügung stehen. Außerdem müssten gerade Kommunen beim Einsatz von Ersatzbaustoffen, also recycelten und qualitätsgeprüften Materialien, mit gutem Beispiel vorangehen. Hier komme gerade der Landeshauptstadt eine besondere Rolle zu.

Drittes Thema war der Einsatz von photokatalytisch wirksamen Baustoffen. Fassaden, Dächer und Pflasterungen können durch spezielle Eigenschaften durchaus zur Minderung von Stickoxiden und damit zur Luftreinhaltung beitragen. Moderne Baustoffe spielen also eine aktive Rolle im Umweltschutz. Saubere Luft – das ist eine der wirklichen Herausforderungen an die Stuttgarter Stadtverwaltung. Der Oberbürgermeister versprach, die praktische Umsetzung entsprechender Projekte von Seiten der Stadt zu fördern.

Ein erstes Gespräch zwischen dem Stuttgarter Stadtoberhaupt und der baden-württembergischen Steine- und Erdenindustrie, aber sicherlich nicht das letzte. Vielmehr Auftakt eines Dialoges ...

ISTE VERSTÄRKT FACEBOOK-PRÄSENZ

Der ISTE hat im Berichtsjahr seine Facebook deutlich ausgebaut. Auf diese Weise will der ISTE auch Menschen auf den Industrieverband und seine Angebote aufmerksam machen, die ansonsten nicht mit der Steine- und Erden-Branche in Kontakt kämen.

Und die Baustoffindustrie hat einiges zu bieten. Neben industriellen Produkten vom Asphalt bis Zement gibt es unzählige Facetten über die man spannend informieren kann (Baustoffe, Geologie, Folgenutzung, Ausbildung, ...).

Unsere Mitgliedsunternehmen sind über das ganze Land verteilt. Und deren Angebote sind enorm. Unser Wunsch: Schön wäre es, wenn ‚User‘ unsere Angebote mit möglichst vielen ‚likes‘ honorieren würden. Denn nur so können wir noch mehr Menschen erreichen und noch besser informieren!

Der ISTE ist über Facebook mit über 500 Personen, darunter viele Politikerinnen und Politiker des Landes und zahlreiche Unternehmen, aber auch viele Privatpersonen verbunden.

Wohnungsbaupolitisches Gespräch mit Oberbürgermeister Fritz Kuhn (3.v.l.), unserem wohnungsbaupolitischen Sprecher Jochen Bayer (2.v.l.) und dem ISTE-Präsidenten Peter Röhm (r.)

Der neue Internetauftritt des ISTE – große Bilder, klare Strukturen, modernes Design



VERANSTALTUNGSKALENDER AUF FACEBOOK

Der ISTE bietet als zusätzlichen Service für seine Mitglieder auch an, ihre größeren, für die Öffentlichkeit interessanten und zugänglichen Veranstaltungen in den Kalender auf seiner Facebook-Seite zu integrieren. So ließe sich für die Unternehmen eine noch größere Reichweite erzielen. Gemeint sind nicht betriebsinterne Veranstaltungen wie Schulungen, Feiern oder Messepräsenzen. Tage der offenen Tür oder öffentliche Feiern zu Firmenjubiläen jedoch könnten erscheinen. Informationen mit den üblichen Angaben bitte rechtzeitig per Email an den ISTE.

NEUER INTERNET-AUFTRITT KURZ VOR DER FERTIGSTELLUNG

Der ISTE-Internetauftritt ist optisch und von der Bedienerfreundlichkeit mittlerweile in die Jahre gekommen. Er stammt aus dem Jahr 2006. Der Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit hat sich mit der Neugestaltung befasst und die Entwürfe verabschiedet. Mitte des Jahres 2016 soll er nach einigen Tests online gehen.



Alle vier Jahre ist der ISTE Gastgeber der Euroschotter-Tagung. Die Tagungsteilnehmer waren beeindruckt von den Baumaßnahmen am Stuttgarter Hauptbahnhof.

EUROSCHOTTER 2015 NACHFRAGEGERECHTE VERZÄHNUNG

Seit fast 40 Jahren treffen sich Natursteinproduzenten aus Österreich, der Schweiz und aus den deutschen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg jährlich zur „Euroschotter-Tagung“. Die Schotterproduzenten des miteinander verzahnten Wirtschaftsraumes informieren sich gegenseitig über aktuelle Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Anbieter. Im bewährten Rotationsverfahren hat ISTE für die diesjährige Zusammenkunft in Stuttgart Regie und Programmgestaltung übernommen.

Die Schilderung der gesamt- und bauwirtschaftlichen Situation in den einzelnen Ländern ergab ein durchwachsendes Bild. So schmelzen die Auftragseingänge in der schweizerischen Bauwirtschaft deutlich. Bei einem Gesamtrückgang von über 11 % im Mittel aller Baubereiche ist gar die Rede von einem Einbruch. In Österreich schwächelt der Schotter- und Naturwerksteinbereich in der Statistik des ersten Halbjahres 2015 ebenfalls deutlich, während Sand und Kies ein zweistelliges Plus verzeichnen. Allerdings wird eine positive Wende erwartet.

Obwohl in Deutschland das Jahr 2015 regional auch von Rückgängen in der Nachfrage nach Gesteinsprodukten gekennzeichnet ist, lassen die Folgejahre Gutes erwarten. Die aktuelle Finanzausstattung im Bundesfernstraßenhaushalt in Kombination mit deutlichen Signalen, dass Sanierungs-, Erhaltungs- und Neubaubedarf erkannt wurden, dürfte die Nachfrage verbessern.

Allerdings stellen sich bei der Schotterproduktion immer wieder neue Hürden in den Weg. Bereits 20% der Fläche Europas unterliegt einem Schutzgebietsstatus, was undramatisch ist, sofern eine gewisse Flexibilität wirtschaftliche Tätigkeit nicht kategorisch ausschließt. Das jedoch ist nicht immer der Fall, weshalb das Thema Rohstoff-sicherung im Zuge von Landes- und Regionalplanungen kompliziert bleibt. Deshalb müsse die betroffene Industrie unbedingt ihre allgemeine Datenlage verbessern, z. B. mit ausgereiften Geoinformationssystemen wie www.GisInfoService.de.

Eine Fachexkursion führte die Akteure der Bauzulieferbranche – in Stuttgart fast zwingend – zum Bahnhof des Projektes Stuttgart 21. Kompakter Eindruck der Teilnehmer: Mit dieser Baumaßnahme eröffnet sich für die Stadt eine großartige Chance.

TIERISCHER EINSATZ FÜR DIE BIOLOGISCHE VIELFALT

Die vom NABU und dem ISTE mitinitiierte Urzeitweide Gerhausen bekam im Berichtsjahr mehrfach hohen Besuch: Besonders hervorzuheben war die Visite der Minister Franz Untersteller, Alexander Bonde sowie der Vorsitzenden von Bündnis 90 /Die Grünen, Thekla Walker. Darüber hinaus waren zahlreiche Abgeordnete aller Parteien sowie Vertreterinnen von Verbänden und Behörden zu Besuch bei einem der erfolgreichsten Renaturierungsprojekt im Land.

Hans-Georg Kraut, Werksleiter des Zementwerks Schelklingen, und Thomas Beißwenger, ISTE-Hauptgeschäftsführer, haben der Landespolitikerin über eine nachhaltige und umweltschonende Ressourcennutzung und über den Artenschutz in Abbaustätten diskutiert.

„Ein außergewöhnliches Projekt zur Offenhaltung dieser Steinbruchlandschaft, dazu noch mit so besonderen Urzeit-Tierarten“ – Naturschutzminister Alexander Bonde zeigte sich beeindruckt bei seinem Besuch

„Das Pilotprojekt ist ein Musterbeispiel dafür, wie Naturschutz und Rohstoffindustrie gut und erfolgreich zusammenarbeiten können“, sagte der NABU-Landesvorsitzende Andre Baumann beim Besuch. „Hier stehen Ökonomie und Ökologie Seite an Seite und zeigen, wie Nachhaltigkeit funktioniert.“



Prominente Besucher auf der Urzeitweide: Im Berichtsjahr besuchten u.a. der Minister für den Ländlichen Raum Alexander Bonde sowie der Vorsitzende des NABU, Dr. Andre Baumann (S. 75), Dr. Markus Rösler MdL, die Parteivorsitzende der Grünen Thekla Walker, die Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch und Umweltminister Franz Untersteller (o. B.) diesen wunderschönen Steinbruch.

Vor rund drei Jahren wurde im Steinbruch Gerhausen/Beiningen ein landesweit herausragendes Beweidungsprojekt mit Taurusrindern und Konikpferden auf den Weg gebracht. Der NABU hat dieses für Baden-Württemberg einzigartige Projekt als Ideengeber und Kooperationspartner neben dem Geopark Schwäbische Alb und dem ISTE begleitet. Mit Hilfe der frei lebenden Tiere wird auf der ehemaligen Abbaufäche der Verbuschung entgegengewirkt. Auf diese Weise wird der halboffene Landschaftscharakter auf dem rund 75 Hektar großen Gelände bewahrt, der für zahlreiche bedrohte Tier- und Pflanzenarten eine lebenswichtige Bedeutung hat. Es ist beabsichtigt, das Beweidungsgelände auszudehnen.



„RockStars gesucht“ – der Film zur ISTE-Ausbildungsinitiative

Baustoff-Industrie und auf der Seite www.baudeinezukunft.de. Selbstverständlich können Betriebe auf der Suche nach Auszubildenden den Film auch für lokale Kinowerbung nutzen.

Die Mitgliedsunternehmen können alle Ausbildungsberufe unter www.iste.de veröffentlichen. Auf einer interaktiven Karte (s. S. 25) können interessierte Jugendliche und Eltern Ausbildungsbetriebe im ganzen Land finden. Zwischenzeitlich haben 215 Standorte unserer Mitglieder mitgemacht. Aber das sind noch nicht alle!

Außerdem wurde 2016 eine Posterreihe aufgelegt, die bei Mitgliedern ausgehängt werden soll.

DIE BAUSTOFFINDUSTRIE – DEIN ABENTEUERARBEITGEBER: ROCKSTARS GESUCHT!

Am 9. Januar 2015 war die Premiere von „Rockstars gesucht!“. Mit diesem fünfminütigen Film hat der ISTE eine Ausbildungsoffensive gestartet, der sich auch alle anderen Landesverbände sowie der Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V. (Berlin) angeschlossen hat.



Der Film wurde über zahlreiche Kommunikationskanäle veröffentlicht: auf youtube (über den Steine- und Erden-Kanal), auf den Homepage des ISTE und seiner Mitgliedsunternehmen, bundesweit auf den Internetseiten der verschiedenen Verbände der



Auch bei der im Jahr 2016 aufgelegten Posterreihe spielt das Thema Ausbildung eine zentrale Rolle.



ISTE-Präsident Peter Röhm begrüßt rund 100 Gäste zur Jahreshauptversammlung 2016 in Baden-Baden.

Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses und Verhandlungsführer der Baustoffindustrie, Martin Kronimus, berichtet von den schwierigen Verhandlungen mit der IGBAU in der diesjährigen Tarifrunde.



JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2016 DES ISTE IN BADEN-BADEN

Am 12. Mai 2016 trafen sich die ISTE-Mitglieder zur traditionellen Jahreshauptversammlung am fast schon traditionellen Tagungsort: in Baden-Baden. Da am gleichen Tag in Stuttgart die neue Landesregierung vereidigt wurde, konnte kein Mitglied der Landesregierung sprechen. Gleichwohl erläuterte der Abteilungsleiter Straßenbau des Verkehrsministeriums Gerd Klaiber den Bundesverkehrswegeplan und dessen Auswirkungen auf das Land. Die finanziellen Voraussetzungen für einen Nachholeffekt beim Straßenbau seien gegeben, unvermindert müssen Fachkräfte für die Straßenbauverwaltung ausgebildet und gefunden werden. Kritisch sah er eine bundeseigene Verkehrsinfrastrukturgesellschaft und begründete dies schlüssig.

Die Jahreshauptversammlung des ISTE bietet immer wieder Gelegenheit, über das Themenfeld der eigenen Branche hinauszublicken. Diesmal hatte der Verband einen der renommiertesten deutschen Migrationsexperten eingeladen: Prof. Dr. Klaus Jürgen Bade. Er

war zuletzt Professor für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und leitete bis vor wenigen Jahren den Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Sein Thema: „Die sogenannte Flüchtlingskrise – Wirtschaftswanderer, Flüchtlinge und Integration“.

Seine Kritik: Wäre die Politik in Deutschland frühzeitig den Empfehlungen zahlreicher Wissenschaftler gefolgt und hätte eine einwanderungsfreundliche Gesetzgebung gestaltet, stünde man heute nicht vor zum Teil chaotischen Verhältnissen und müsse nicht improvisieren und nachbessern. Deshalb sei ein Gutteil der „sogenannten“ Flüchtlingskrise hierzulande eigenverschuldet. Man müsse endlich zur Kenntnis nehmen, dass wir es mit einer „migratorischen Weltkrise“ zu tun haben. Bade plädierte für Realismus, so un bequem dieser auch sein möge: „Die Last des politischen Versagens von gestern wird uns morgen noch begleiten!“

Eine wichtige Aufgabe sei es jetzt, wenn von „Integration“ der Migranten die Rede sei, die eigene Bevölkerung mitzunehmen. Die „Kulturangst“ vieler Deutscher sei fehl am Platze und unnötig. Es müsse aber allen Beteiligten verdeutlicht werden und klar sein, dass es gesellschaftlich nicht um die Anpassung einer Gruppe (der Zuwanderer)

an eine andere (der in Deutschland lebenden Bevölkerung) gehe, sondern dass etwas Gemeinsames und Neues im Werden begriffen sei. Und dieses Neue sei für alle ein Gewinn, nicht nur aus kulturellen, sondern auch aus ökonomischen und demographischen Gründen.

Der Migrationsdruck wird Bade zufolge anhalten. Deshalb sei es jetzt nötig, praktisch und vor Ort die Konsequenzen zu ziehen und zu handeln. Bildungsangebote und die Integration in den Arbeitsmarkt seien vordringlich. Bade: „Wir müssen Migranten die Chance geben, ihr Humankapital hierzulande zu investieren.“ Eine große Herausforderung für Kommunen, die stärker gefördert werden müssten, aber auch für Unternehmen und Unternehmer.

Sein Fazit und seine Empfehlung mit Blick auf das Publikum aus der Steine- und Erden-Branche: „Bauen, Bauen, Bauen!“ Man vernahm es gerne ...



Die ISTE-Junioren sind beeindruckt von der untertägigen Gipsgewinnung – vertraute Tätigkeiten in ungewohnter Umgebung.

Die Juniorenreise zum „Ursprung der Gesteine“ in Island war ein tolles Erlebnis für die Teilnehmer aus Baden-Württemberg und Bayern.



ISTE-JUNIOREN

TIEFE EINBLICKE IN DIE GIPSGEWINNUNG

Am 26. November 2015 gewährte die Gipsgrube Obrigheim der Heidelberg-Cement AG den ISTE-Junioren tiefe Einblicke in die Gipsgewinnung – nämlich unter Tage. Junge Unternehmer und Führungskräfte aus allen Branchen zweigen des ISTE von Asphalt über Beton Sand, Kies, Schotter bis zu Kollegen aus dem untertägigen Bergbau nahmen an der restlos ausgebuchten Veranstaltung teil. Wie alle Juniorenexkursionen diente auch der Besuch in Obrigheim der fachlichen Information und dem Kennenlernen und bot daneben einen Blick über den Tellerrand der eigenen Tätigkeiten.

Dabei hätten sich die Teilnehmer besonders aus der Natursteinindustrie durchaus zu Hause fühlen können – die Grube ist z. B. durchgängig mit dem Lkw befahrbar, die Gewinnung erfolgt durch Sprengung, verladen wird mit handelsüblichem Radlader und mit dem Dumper wird das Material zur Aufgabe auf den Brecher transportiert. Also eigentlich nichts Neues, mit Ausnahme der undurchdringlichen Dunkelheit, der eindrucklichen Einweisung in den Selbstretter, dem hohen Aufwand bei der Sprengvorbereitung oder bei der Sicherung des neu gewonnenen Raumes. Der Werkleiter Stefan Berwanger

nahm sich die Zeit, die ISTE-Junioren selbst auf ihrer Exkursion zu führen und in die „Geheimnisse“ des untertägigen Gipsabbaus einzuweißen. Auch eigentlich Bekanntes kam dabei (wieder) ins Bewusstsein, z. B. dass der Gips im Abbau nicht unbedingt weiß ist, dass neben Gips auch Anhydrit gewonnen wird, oder dass im untertägigen Abbau das Material natürlich frei von Witterungseinflüssen gelagert werden kann. Das wünschte sich dann mancher auch für sein Kieswerk oder den Steinbruch.

Dank der Gastfreundschaft der HeidelbergCement AG und ihres Werkleiters konnten sich die Teilnehmer im Anschluss bei einem zünftigen Essen in der Werkskantine austauschen und aktuelle Themen der Branche besprechen, z. B. wie man mit den verschärften Dokumentationspflichten für Sprengstoffe umgeht oder wie Auszubildende zu gewinnen sind. Es war also ein Tag ganz nach dem Motto der ISTE-Junioren: „Ich Sammele Täglich Erfahrung“.

EINE REISE ZUM „URSPRUNG DER GESTEINE“

ISTE und BIV-Junioren unternahmen vom 20. bis 29. Juli 2015 eine Exkursion nach Island. Vulkane, Lavalandschaften, Geothermalgebiete, Solfatara, dampfende Schlammquellen, Wasserfälle, Gletscher, Geysire sowie kulturelle Stätten gehören zum Standardprogramm einer Islandreise. Aber die ISTE-Junioren interessierten sich auch für Vulkan- und Steinmuseen auf der

Insel im Nordatlantik. Selbstverständlich gehörten auch die Vogelklippen mit Möwen, Papageientauchern und Lummen dazu.

Bleiben werden allen Teilnehmern unter der fachkundigen Begleitung von Dr. Stephanie Gillhuber vom BIV und Manuel Sedlak vom ISTE nicht nur unvergleichliche, unvergessliche Eindrücke der Insel in Europas hohem Norden, von Aufeinandertreffen von Eis und Feuer, von ungebändigter, faszinierender Natur, von 103.000 km² Fläche, von Vulkanen, von wenig Besiedelung, von wilder und romantischer Landschaft zugleich - auch neu geschlossene Freundschaften sind die das Ergebnis von zehn aufregenden, unvergesslichen Tagen.

KONTAKTPFLEGE AUF DEM CANNSTATTER WASEN

Im Oktober standen beim Treffen auf dem Cannstatter Wasen zum Volksfest nicht fachliche Themen im Vordergrund. Dies verhinderte nicht, dass die Teilnehmer des ISTE-Junioren-Wasenbesuchs viel Spaß miteinander hatten. Neue Kontakte konnten geknüpft, bestehende gepflegt und vertieft werden. Und das alles in der gemütlichen und stimmungsvollen Atmosphäre der Stäffelebox.



GEOKOFFER – BAUSTEINE DES LANDES

In den Schulen Baden-Württembergs besteht nach wie vor Bedarf an geologischem Unterrichtsmaterial sowie an Vorschlägen, wie das Thema „Rohstoffe – Gewinnung und Verwendung“ im Unterricht ansprechend vermittelt werden kann.

Deshalb der ISTE in jahrelanger Arbeit den GeoKoffer entwickelt. Inzwischen wurden 350 GeoKoffer produziert und an Schulen verschenkt oder verkauft.



GEOKOFFER-FORTBILDUNGEN

Über den richtigen und nachhaltigen Einsatz des GeoKoffers im Unterricht haben wir im Berichtszeitraum über 20 Lehrerinnen und Lehrer in insgesamt eine Fortbildung am 15. Februar 2016 in Kirchberg fortgebildet.

So wurde aus Theorie Praxis, da die vorhandenen Medien praktisch erprobt und einige Versuche und Experimente im Labor gemeinsam nachgestellt wurden, eigene Ideen konnten vor Ort ausprobiert und besprochen werden und die Teilnehmer nahmen eine Vielzahl von didaktischen Anregungen für die Umsetzung mit nach Hause.

Auch für 2016/2017 sind Fortbildungen geplant.

Der GeoKoffer beinhaltet alles, was man für einen starken Geographie-Unterricht braucht. Mehr Informationen: www.iste/geokoffer

POLITIKER ALS GEOKOFFER-BOTSCHAFTER

Am 15. Februar 2016 fand in Zusammenarbeit mit der Stiftung der Kreis Sparkasse Waiblingen bei der Fa. Klöpfer KG die größte GeoKoffer-Übergabe in der Geschichte des GeoKoffers statt: 17 GeoKoffer wurden von den Firmen des Rems-Murr-Kreises unter Beisein des Landtagspräsidenten Winfried Klenk MdL und des Landrats Dr. Richard Sigel überreicht.

Neben dieser sehr prominenten Übergabe gab es zahlreiche offizielle GeoKoffer-Übergaben von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitikern mit ISTE-Unterstützung und Presseterminen (s. rechts). Ferner wurde der GeoKoffer auf folgenden Veranstaltungen präsentiert:

9. Juli 2015
STALLWÄCHTERPARTY in Berlin

17. und 18. Oktober 2015
MINERALIENBÖRSE in Fellbach

24. April 2016
GEO PARKFEST in Aalen



OFFIZIELLE GEOKOFFER-ÜBERGABEN MIT ISTE-BETEILIGUNG UND PRESSETERMIN

Datum	Empfänger	unterstützt durch
18. 09. 2015	Heimschule Lender, Sasbach	Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
05. 10. 2015	Immanuel Kant Gymnasium, Leinfelden	Ingenieurbüro Dörr, Leinfelden-Echterdingen
13. 10. 2015	Graf Eberhard Gymnasium, Bad Urach	STR Bader GmbH & Co. KG, Grafenberg
20. 10. 2015	Goethe Gymnasium, Freiburg	KVG GmbH Asphalt- und Kieswerk, Hartheim
22. 10. 2015	Dietrich Bonhoeffer Gymnasium, Filderstadt	Gebr. Wacker GmbH, Filderstadt
26. 10. 2016	Urspringschule, Schelklingen	HeidelbergCement AG, Schelklingen
29. 10. 2015	Realschule Seefälle, Filderstadt	Gebr. Wacker GmbH, Filderstadt
30. 10. 2015	Joachim Hahn Gymnasium, Blaubeuren	Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren
30. 11. 2015	Max-Planck Realschule, Bad Krozingen	KVG GmbH Asphalt- und Kieswerk, Hartheim
10. 12. 2015	Hölderlin Gymnasium, Lauffen	bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
10. 12. 2015	Königin-Charlotte-Gymnasium, Stuttgart	Schwenk Zement KG, Ulm
21. 12. 2015	Haidelmooschule, Konstanz	Meichle + Mohr GmbH, Immenstadt
22. 12. 2015	Freihof-Gymnasium, Göppingen	Adolf Staudenmaier Schotterwerk GmbH & Co. KG, Drackenstein
15. 02. 2016	Albertville Realschule, Winnenden Ernst-Heinkel-Realschule, Remshalden Freie Waldorfschule Engelberg, Winterbach Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung, Schwäbisch Gmünd Heinrich-von-Zügel Gymnasium, Murrhardt Swiss International School, Fellbach Limes Gymnasium, Welzheim Max-Eyth-Realschule, Backnang Hohbergschule Realschule, Plüderhausen Realschule Sulzbach an der Murr, Sulzbach Reinhold-Nägele-Realschule, Weinstadt Remstal Gymnasium, Weinstadt Schulzentrum Rudersberg, Rudersberg Staufer Gymnasium, Waiblingen	E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen Lukas Gläser GmbH & Co. KG, Aspach AVB GmbH & Co. KG, Berglen-Kottweil Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart Transportbeton Waldhausen Betriebsgesellschaft mbH, Urbach EKG mineral Handelscontor GmbH & Co. KG, Winnenden Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden Stiftung der Kreissparkasse Waiblingen

EXKURS UNESCO-GEOPARK SCHWÄBISCHE ALB – WISSEN WORAUF MAN STEHT

Blick auf den Geopark Schwäbische Alb. Im Bild unten der Krater des Randecker Maars, eines der bedeutendsten Überbleibsel des Schwäbischen Vulkans.

Beim jährlich stattfindenden Geopark-Fest können sich Besucher über die Geo-Highlights der Schwäbischen Alb informieren und an zahlreichen Aktionen, wie z. B. Fossilienklopfen, teilnehmen.



SCHWÄBISCHE ALB – EIN MITTELGEBIRGE DER SUPERLATIVE

Die Schwäbische Alb ist geologisch und erdgeschichtlich so vielseitig wie kaum eine Landschaft in Europa. Es ist ein Kalkgebirge, dessen Schichten während der Jurazeit vor ca. 205–140 Millionen Jahren in einem Meer abgelagert worden sind. Die Alb bildet mit ihren jurassischen Schichten die erdgeschichtlich jüngste und oberste Landschaftseinheit der Südwestdeutschen Schichtstufenlandschaft.

Die Schwäbische Alb ist als Karstgebirge die höhlenreichste Region Deutschlands. Etwa 2.600 Höhlen sind dokumentiert, davon sind 10 Höhlen als Schauhöhlen zu besichtigen. Neben dem Höhlenreichtum ist der unglaubliche Fossilienreichtum ein weiteres Alleinstellungsmerkmal. Manche Fossilfundstellen sind von weltweiter wissenschaftlicher Bedeutung, wie z.B. Holzmaden, Nusplingen, Dotternhausen oder Aalen.



Urzeitlibelle *Urogomphus nusplingensis*

Von weltweiter Bedeutung ist die sogenannte Eiszeitkunst – figürliche Kunstobjekte und Musikinstrumente, die mit einem Alter von ca. 40.000 Jahre zu den ältesten Kunstwerken der Menschheit gehören und die Alb zur Wiege der menschlichen Kultur machen. Bekannte Funde sind z. B. die Venus vom Hohle Fels bei Schelklingen oder der Löwenmensch aus dem Lonetal.

Ein Geotop mit Alleinstellungscharakter ist ein Meteoritenkrater, das Steinheimer Becken im Landkreis Heidenheim. Es ist der „kleinere Bruder“ des benachbarten Nördlinger Rieses. Beide Einschläge haben vor ca. 15 Mio. Jahren wohl zeitgleich stattgefunden. Sein sehr gut erhaltener Zentralkegel macht das Steinheimer Becken weltweit einmalig.

Auch einen Vulkanismus hat die Alb im Angebot. Unter dem Begriff „Schwäbischer Vulkan“ werden über 350 Vulkanschloten zwischen Urach und Kirchheim zusammengefasst, die heute als heraus erodierte Vulkanschlote, Maare, Moore, Hülben oder Thermal- und Mineralquellen in der Landschaft hervortreten.

WAS IST EIN GEOPARK?

Als Geopark werden Landschaften ausgezeichnet, die über ein besonderes erd- und kulturgeschichtliches Erbe verfügen. Die Bezeichnung „Geopark“ ist also keine Schutzgebietskategorie im Sinne des Naturschutzrechtes. Kennzeichnend für Geoparks ist deren Entstehung aus der Region heraus im Sinne des Bottom-up-Ansatzes. Auf der Schwäbischen Alb war es das Netzwerk Erdgeschichte, in dem sich um die Jahrtausendwende die maßgeblichen Akteure wie Kommunen, Touristiker, Wissenschaftler und Privatpersonen zusammengefunden haben und das Projekt Geopark Schwäbische Alb auf den Weg gebracht haben.

Die Verleihung des Prädikats „Nationaler Geopark“ erfolgte am 1. Juli 2003 in Berlin.

Seit 2004 ist die Schwäbische Alb ein Europäischer und Globaler Geopark. Globale Geoparks sehen ihre Schwerpunkte vor allem in der internationalen Kooperation und in der Umwelt-/Geobildung.

Im November 2015 beschloss die UNESCO-Vollversammlung die Annahme eines International Geoscience and Geoparks Programme (IGGP) und die Einführung der Bezeichnung UNESCO Global Geopark. Wie alle anerkannten Globalen Geoparks darf sich auch der Geopark Schwäbische Alb seither UNESCO Global Geopark nennen.



Viele Partner, wie das Werkforum der Fa. Holcim in Dotternhausen, unterstützen den Geopark bei seiner Bildungsarbeit. Im Fossilienmuseum des Zementwerks werden die Besucher über das Leben im damaligen Urmeer informiert.

WELCHE AUFGABEN HAT DER GEOPARK?

Geotopschutz: Hierzu gehören die Dokumentation von Geotopen, die Verhinderung der Beeinträchtigung oder der Zerstörung der Geotope sowie die Geotoppflege.

Umwelt- bzw. Geobildung: Menschen sollen für Erdgeschichte begeistert und für Themen wie Geotopschutz, die nachhaltige Nutzung von Rohstoffen/Geotopen und deren Bedeutung für den Lebensraum Schwäbische Alb zu sensibilisiert werden.

Geotourismus: Zahlreiche Geotope wie z. B. der Blautopf, die Schauhöhlen oder die Donauversinkung bei Tuttlingen gehören zu den Top-Reisezielen auf der Alb, die jährlich Tausende von Urlaubsgästen und Tagesausflüglern anziehen. Ziel des Geoparks ist es, die touristischen Potenziale, auch der weniger bekannten Geo-Highlights, freizulegen und sie für den regionalen Tourismus nutzbar zu machen.

Nachhaltige Regionalentwicklung: Der Geopark soll die geologischen/erdgeschichtlichen Potenziale einer Landschaft erkennen, bewerten und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Projekte und Aktivitäten entwickeln, die einen Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung leisten.



Jährlich findet am 3. Sonntag im September der „Tag des Geotops“ statt. 2015 öffneten an diesem Tag auch die beiden Geopark-Unterstützer und ISTE-Mitglieder Gebr. Heinz Schotterwerke GmbH & Co. KG, Willmandingen (Bild oben) und das Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Ehingen-Kirchen ihre Werkstore für die interessierte Öffentlichkeit.

AUF GUTE PARTNERSCHAFT – GEOPARK UND ISTE

Abbaustätten sichern nicht nur den Rohstoffbedarf, sie sind auch Hotspots der Biodiversität. Hier kommen hochspezialisierte Tiere und Pflanzen vor, deren ursprünglichen Lebensräume verloren gegangen sind. Die Partnerschaft mit dem ISTE ermöglicht es dem Geopark, Steinbrüche, Kies, Sand- und Tongruben für die Bildungsarbeit zu nutzen.

Auch der ISTE und seine Mitgliedsunternehmen profitierten: Wer Abbaustätten auf diese Weise kennengelernt hat, wird mehr Verständnis für die Notwendigkeit des Abbaus mineralischer Rohstoffe entwickeln.

WIE IST DER GEOPARK ORGANISIERT?

Der Geopark Schwäbische Alb war in seinen Anfängen an den damaligen TVSA (Tourismusverband Schwäbische Alb) angegliedert. Im Jahr 2008 wurde der Verein Geopark Schwäbische Alb e.V. gegründet. Sitz der Geschäftsstelle ist Münsingen (Altes Lager).

Die Mitglieder des Vereins sind die 10 Landkreise der Schwäbischen Alb, der Schwäbische Alb Tourismusverband e.V. (SAT), die Gemeinde Steinheim a. Albuch sowie der Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. und seine Mitgliedsunternehmen im Geopark.

- Primär-Rohstoffgewinnung
- Baustoff-Recycling
- Transportbeton





WINTERARBEITSTAGUNG 2016 IN SAALFELDEN

DIE STARKE STIMME DES SÜDENS

Eine Winterkulisse, wie sie prachtvoller kaum sein konnte, umrahmte diese 63. WITA im Januar 2016 in Saalfelden.

Diesmal oblag der Aufschlag einem Genetiker. Universitätsprofessor Markus Hengstschläger nahm in seinem Eröffnungsvortrag Durchschnittlichkeit aufs Korn. Der Wissenschaftler und Bestsellerautor warnte vor Gleichmacherei. Zwar scheine es bisweilen klüger, sich zusammen mit der Mehrheit zu irren, statt alleine recht zu behalten – dennoch gelte es, speziell junge Menschen darauf vorzubereiten, Positionen jenseits der Masse nicht zu scheuen und einzunehmen. Statt individuelle Fähigkeiten in Ausbildung, Lebensart und Beruf mehrheitengerecht zu egalisieren, hieße das, besonderes Können bewusst zu fördern und zu trainieren.

Einen Sprung nach vorn und Wahrnehmung jenseits der Durchschnittlichkeit plant auch unser Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO). Mit einer Satzungsänderung und der Installation eines Beirates mit klarer Aufgabendiversifizierung statt eines erweiterten Vorstandes wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen. Expertise im jeweils richtigen Themenfeld laute die Devise, erläuterte der im November 2015 neu gewählte MIRO-Präsident Dr. Gerd Hagenguth (Fa. RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Meisenheim).

Wie begeistert man junge Menschen für einen technischen Beruf in Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie? Unter anderem durch gute Ausbildung. Etwa zum Verfahrens- und Aufbereitungsmechaniker – eine „optimale Verbindung von Kopf und Hand“, wie sie etwa am staatlichen beruflichen Schulzentrum Wiesau (BSZ) vermittelt wird. Zwar ist die überbetriebliche Beschulung dort solide, sie lässt aber keine großen Sprünge wie Exkursionen oder Messebesuche zu. „So geht’s nicht!“,

befanden die Organisatoren und Teilnehmer der WITA, und sorgten mit dem Erlös der Versteigerung eines von der Fa. PRAXIS-EDV gesponserten ePedelecs für Entspannung im Budget.

Betriebliche Mobilität kann unterschiedliche Gesichter haben. Firmenfahräder, Jobtickets, Carsharing oder flexible Arbeitszeiten sind denkbar. Das wiederum freut die Branche der Fahrrad- oder auch – wie bei der WITA – der Pedelec-Spezialisten, die Zweiräder mit oder ohne E-Motor zum Statussymbol von morgen erklären und schon jetzt Konzerne zu ihren Referenzkunden zählen. Auch der ISTE ist bereits dabei, diese Theorie in die Praxis zu überführen und hat stylish gebrandete Pedelecs in Betrieb genommen.



BODENSCHÄTZE IM STARKEN SÜDEN

Erdöl und Deutschland – klingt unwahrscheinlich, ist aber wahr. Sowohl im Norden als auch im Alpenvorland existieren nutzbare Vorkommen. Schwierig aber ist deren Gewinnung. Wie bei Aufschlüssen für die Gesteinsindustrie auch regt sich unmittelbar Widerstand in der Bevölkerung, sobald davon die Rede ist.

Ein gutes Beispiel für eine Geodatenbasis, die national wie international als vorbildlich gilt, liefert die integrierte geologische Landesaufnahme in Baden-Württemberg. Angelegt wurde dieser Wissensschatz innerhalb nur eines Jahrzehnts von Prof. Dr. Ralph Watzel, Chef des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB). Weitergeführt wird sie innerhalb des Projektes GeoLa (Geologische Landesaufnahme) ohne ihn, denn Watzel wechselt als neuer Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) nach Hannover.

STROMTRANSFER UND TRÜFFELZUCHT

Um Hochspannung ging es bei zwei Vorträgen, die sich gegenseitig ergänzend dem unterirdischen Stromtransport widmeten. Dieser könnte maßgeblich dazu beitragen, die Trassendiskussion aus der Welt zu schaffen. Genau wie die Energieträger Gas oder Öl könnten Gleichstrom als auch Wechselstrom bis zu 380 kV über sogenannte Strompipelines übertragen werden. Im Kern der Röhren bildet ein Aluminiumleiter die Arbeitseinheit, ummantelt von einer Mischung aus Mineralguss; sprich Kies und Sand, verfestigt mit Epoxidharz. Moderne „Inkas“, eine eingängige Abkürzung für begehbare Infrastrukturkanäle aus speziellen Betonfertigteilen, könnten mit dem unübersichtlichen Gewirr diverser Leitungen unter der Erde aufräumen. Ein Prinzip, das sich als dauerhaft nachhaltige Lösung nicht nur innerstädtisch für Wasser, Gas und Strom im niederen Spannungsbereich bewähren sollte, sondern künftig auch bei Hochspannungstrassen, die neben Autobahnen oder auch in Deichen verlaufen könnten.

Interessante Themen, exzellente Referenten, frische Ideen, gute Laune und Unterhaltung garantieren den WITA-Erfolg. Nun schon zum 63. Mal!

Aufgelassene Abbaustätten sind das Revier zweier Trüffelexperten, die hier ihre potenziellen Plantagen sehen. Prinzipiell scheint das Vorhaben einfach: Eichen als Wirtsbäume mit dem Pilz impfen, dann pflanzen und später ernten. Besonders kalkhaltige Böden sind Trüffeln willkommen, weshalb sich vor allem für Kalksteinproduzenten sowie Trockenaus Kiesungen eine Erweiterung der ungewöhnlichen Nachnutzungskonzepte ergeben könnte.

Die Winterarbeitstagung 2017 findet vom 15. bis 18. Januar 2017 im Hotel Interalpen in Telfs/Tirol statt.



**STALLWÄCHTERPARTY 2015
DER LANDESVERTRETUNG
IN BERLIN**

Irgendwie passte alles ins Bild: Seit 1964 laden in den Parlamentsferien die „Stallwächter“ der baden-württembergischen Landesvertretung beim Bund zur gleichnamigen Party. Bei dieser 52. Auflage am 9. Juli 2015 zogen natürlich wie immer die politischen Gastgeber der Stuttgarter Landesregierung und ihre prominenten Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Aufmerksamkeit der Kameraobjektive

auf sich. Heimliche kulinarische Stars aber waren diesmal drei Taurusrinder, welche am Stand des ISTE und zubereitet von Spitzenköchen appetitlich der Sympathie des Publikums sicher sein konnten. Der ISTE war erstmals auf diesem schon legendären Sommerfest in der deutschen Hauptstadt präsent.

„Das Experiment ist vollauf gelungen! Wir haben uns zum Ziel gesetzt, auf unsere Baustoff-Industrie aufmerksam zu machen und um Verständnis und Akzeptanz zu werben. Dieses Ziel haben wir vollauf erreicht“, so das Resümee von ISTE-Präsident Peter Röhm und Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger – beide in Berlin an der Spitze eines vielköpfigen Teams von Referenten und Mitarbeitern.

Der große Eckstand im Garten der Landesvertretung war von Beginn der Party an umlagert. Kein Problem, mit den Selbstpräsentationen der wirtschaftlichen Crème de la Crème des Landes, auch mit denen der großen Konzerne, mitzuhalten. Die Liste der prominenten Gäste am Stand kann sich denn auch sehen lassen. Mitglieder der Landesregierung suchten das Gespräch: Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), Naturschutzminister Alexander Bonde (Grüne) und Bundesratsminister und Hausherr der Landesvertretung Peter Friedrich (SPD) schauten vorbei. Aber auch Abgeordnete des Landtages ließen sich vom ISTE bewirten, etwa



2015 war der ISTE zum ersten Mal Aussteller auf der Sommerparty der Landesvertretung in Berlin. Der Landesinnungsverband des Fleischerhandwerks sorgte für die Zubereitung des Taurusrindes aus dem Steinbruch.

der damalige CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf sowie Nicole Razavi (CDU) und SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel. Dazu viele Medienvertreter, Behördenvertreter sowie Vertreter von Verbänden und Unternehmen.

„Wir haben hier wirklich in die Vollen gegriffen“, sagt Thomas Beißwenger. Drei GeoKoffer wurden an Schulen im Land verlost, und 500 GeoBoxen nach der Auswertung an die Teilnehmer der Lotterie versandt. So mancher Gast



erfuhr an diesem Abend nicht nur etwas über die Rohstoffgeologie Baden-Württembergs. So mancher lernte auch am ISTE-Stand, wie man mit Lerninstrumenten wie dem GeoKoffer das Thema Geologie jungen Menschen in den Schulen modern und attraktiv vermittelt.

Peter Winterhalter, Metzgermeister aus Elzach, und seine zehnköpfige Crew vom Landesinnungsverband für das Fleischerhandwerk in Baden-Württemberg, verwöhnten die Gäste mit Taurusrind von der Urzeitweide im Steinbruch Gerhausen/Beiningen des ISTE-Mitglieds HeidelbergCement. Dazu gab es Wein, ebenfalls aus einem ehemaligen Steinbruch – vom Weingut des ISTE-Mitglieds Kalkwerk Istein.

Über den Auftritt des ISTE auf der Stallwächterparty 2015 hat der Regisseur Sören E. Mielke und sein Team einen unterhaltsamen und kurzweiligen Film gedreht, der die Stimmung am ISTE-Stand und auf der Stallwächterparty sehr gut wiedergibt.

Fazit: „Der ISTE war zum ersten Mal als Sponsor auf der Stallwächterparty dabei, aber bestimmt nicht zum letzten Mal. Unser Einsatz hat sich in jeder Hinsicht gelohnt.“





EINE PLATTFORM FÜR DIE HEIMLICHEN HELDEN

Wenn wir im Auto auf der Straße dahingleiten, spüren wir sie nicht. In unseren Hauswänden sehen wir sie nicht. In Medikamenten, Düngemitteln, Farben, Papier, Porzellan und in vielen technischen Anwendungen können wir sie noch nicht mal erahnen: mineralische Rohstoffe.

Jeder Einwohner benötigt, statistisch gesehen, je Stunde ein Kilogramm Steine oder Steinmehl. Ohne mineralische Rohstoffe wäre unser modernes Leben nicht denkbar – und trotzdem spielen sie in der allgemeinen Wahrnehmung eine sehr untergeordnete Rolle.

Der Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit im ISTE wollte deshalb diesen heimlichen Helden des Alltags eine angemessene Plattform bieten und gleichzeitig über ihre Entstehung, ihre Besonderheiten und ihre Verwendung informieren.

Das Ergebnis dieser Überlegungen ist die GeoBox: wie in einer Pralineschachtel wird eine edle Mischung der wichtigsten Gesteine Baden-Württembergs präsentiert – Einwaage ca. 400 Gramm, der Inhalt ist unbegrenzt haltbar, aber nicht zum Verzehr geeignet. Und noch etwas steht auf der Verpackung: Die GeoBox ist ein persönliches Geschenk des ISTE und seiner Mitgliedsfirmen und kann – im Gegensatz zu Pralinen – nicht käuflich erworben werden.

MEHR ALS NUR VERPACKUNG

Auf den Außen- und Aufklappseiten der GeoBox werden nicht nur die enthaltenen Steine detailliert beschrieben – es finden sich auch Informationen zum Bedarf an mineralischen Rohstoffen, ihrer Gewinnung und der anschließenden Rekultivierung bzw. Renaturierung der Gewinnungsstätten.

Auf der Rückseite der GeoBox erfährt der Leser Wissenswertes über die vielfältigen Berufsbilder der Steine- und Erdenindustrie, über die Outdoor-Ausstellungen des ISTE und natürlich über den GeoKoffer, der „große Bruder“ der GeoBox.

Die GeoBox ist mehr als nur eine Verpackung – sie informiert über die edle Gesteinsmischung und über die Kernthemen des ISTE.

1.000 MAL EIN UNIKAT

Einige der Gesteine der GeoBox sind eckig und kantig, so wie sie aus der Felswand herausgebrochen wurden. Andere sind gerundet, weil sie von Gletschern und Flüssen mitgenommen und dabei rundgeschliffen wurden. Wieder andere wurden in einem heimischen Natursteinwerk zu Quadrern gesägt.

Obwohl alle 1.000 Exemplare der GeoBox dieselben Gesteinsarten beinhalten, ist doch jedes ein Unikat. Denn die Natur hat jeden einzelnen Stein in einem über Jahrmillionen dauernden Prozess hinsichtlich Struktur, Farbe und Maserung individuell geformt.

Geologie erleben und be-greifen – die GeoBox ist die „kleine Schwester“ des ebenfalls sehr begehrten GeoKoffers (s. S. 86).

EIN GESCHENK MIT MEHRWERT

Steine sammeln, sortieren, waschen, sägen und konfektionieren – der Aufwand für die Erstellung einer GeoBox ist hoch und wäre ohne die großartige Unterstützung vieler Mitgliedsfirmen, insbesondere der Adolf Lauster & Co. und der Knobel Bau GmbH, nicht möglich gewesen.

Auch wenn der materielle Wert einer GeoBox gegen Null tendiert, ihr ideeller Wert ist umso höher: Ein kleines Stück Gneis in der Hand zu halten und zu erfahren, dass es vor 500 Millionen Jahren 15 Kilometer tief im Erdinnern entstanden ist, das ist für die Beschenkten ebenso ein Aha-Erlebnis wie die Erkenntnis, dass ein Kaiserstühler Phonolith je Gramm eine Oberfläche von 1.000 Quadratmetern aufweist.

Die ISTE-Mitarbeiter erfuhren viele solcher positiver Reaktionen zum Beispiel auf der Stallwächterparty in Berlin und bei den Landesparteitagen, wo die GeoBox im Rahmen eines persönlichen Gesprächs überreicht wurde. Auch Landräte, Bürgermeister, Ansprechpartner in der Verwaltung und Referenten bei ISTE-Veranstaltungen gehören zu den Beschenkten.

Und obwohl die GeoBox samt Inhalt komplett aus recycelbarem Material besteht, wird sie so schnell nicht entsorgt werden müssen. Ein Geschenk mit einem solchen Mehrwert wirft man nicht weg ...



VERANSTALTUNGEN IM ÜBERBLICK



Neben allen turnusmäßigen Fachgruppen- und Ausschuss-Sitzungen führte der ISTE im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Seminaren und Informationsveranstaltungen mit mehr als 2.000 Teilnehmern durch.

3. Juli 2015
THYSSENKRUPP AUFZUGSTESTTURM
Fachexkursion in Rottweil

7. Juli 2015
FORSTRECHTLICHER AUSGLEICH
Exkursion und Seminar in Rheinau (Ortenaukreis) Kieswerk Diersheim

9. Juli 2015
STALLWÄCHTERPARTY
in Berlin

16. Juli 2015
PROBENAHME FESTER ABFÄLLE NACH LAGA RICHTLINIE PN 98 – DIN EN 932-1 UND QRB-LEITFADEN
Sachkundelehrgang/
Auffrischkurs in Ostfildern

20. bis 29. Juli 2015
ISLAND
Fachstudienreise

3. – 5. Sept. 2015
EUROSCHOTTER-TAGUNG
in Stuttgart

16. September 2015
12. TECHNIKTAG DER SCHOTTERINDUSTRIE
Fortbildungsseminar in Kupferzell



20. September 2015
GEOPARK BEGEHT DEN TAG DES GEOTOPS AM SCHWÄBISCHEN VULKAN
bei SWK GmbH & Co. KG in Munderkingen und Gebr. Heinz GmbH in Sonnenbühl

23. – 25. Sept. 2015
BESICHTIGUNG DER GRÖSSTEN EUROPÄISCHEN THERMISCHEN REINIGUNGSANLAGE
Fachexkursion zu Recycling Kombinate REKO B.V in Rotterdam/NL für ISTE-/QRB-Mitglieder

24. und 25. Sept. 2015
SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS BUND
in Esslingen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG
in Esslingen

6. und 13. Oktober 2015
ERFAHRUNGSUSTAUSCH ARBEITSZEIT – SCHWERPUNKT VERTRIEB / TRANSPORT
Workshop in Ostfildern

21. und 22. Oktober 2015
BAUSTOFF-TAGE 2015 UND 18. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG
in Filderstadt

11. November 2015
3. ÖKOKONTO-TAG
in Ostfildern

24. November 2015
18. STEINE- UND ERDENSEMINAR-GENEHMIGUNGSVERFAHREN
für die Betriebe der Steine- und Erdenindustrie in Ostfildern

26. November 2015
GIPSGRUBE OBRIGHEIM
Junioren Fachexkursion in Haßmersheim

VERANSTALTUNGEN IM ÜBERBLICK



15. Dezember 2015
**BAUSTELLENBESICHTIGUNG
DEUTSCHE BAHN AG**
Albabstieg
„LehrerTal bis Dornstadt“

17. bis 20. Januar 2016
63. WINTERARBEITSTAGUNG 2016
im Gut Brandlhof in Saalfelden am
Steinernen Meer/Österreich

26. Januar 2016
**GISINFOSERVICE NEUHEITEN
BASIS UND GRUNDSTÜCKSMODUL**
Nutzerworkshop für die Mitglieder
in Bayern und Baden-Württemberg,
bei Fa. Schwenk KG in Ulm

9. Februar 2016
**WORKSHOP FÜR ARBEITSSICHER-
HEIT IM BEREICH BETONPUMPEN**
in Ostfildern

15. Februar 2016
**GEOKOFFER-ÜBERGABE
KREISSPARKASSENSTIFTUNG
WAIBLINGEN**
in Marbach am Neckar

18. Februar 2016
**MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER
FACHGRUPPE GIPS**
in Ostfildern
24. bis 26. Februar 2016
FACHEXKURSION ROTTERDAM

1. März 2016
BAUSTOFF TECHNIK-TAG
in Ostfildern

24. April 2016
**GEPARK-FEST UND ERÖFFNUNG
DER GEPARK-INFOSTELLE
„BESUCHERBERGWERK TIEFER
STOLLEN“**
in Aalen



27. April 2016
**MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN
FACHGRUPPE RECYCLING-
BAUSTOFFE UND BODEN**
sowie
**QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM
RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-
WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)**
in Ostfildern

3. Mai 2016
SPIELSANDSPENDE
für das Flüchtlingsheim in Gerlingen
gemeinsam mit der Fa. SZ-Steinwerke
GmbH & Co. KG (eine von vielen)

12. Mai 2016
**JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG
DES ISTE**
in Baden-Baden

13. Mai 2016
**MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN
FACHGRUPPE NATURSTEIN**
sowie
FACHGRUPPE SAND UND KIES
in Baden-Baden

31. Mai / 1. Juni 2016
**GEMEINSAME
MITGLIEDERVERSAMMLUNG
FACHGRUPPE
TRANSPORTBETON DES ISTE / BIV**
sowie
**FACHABTEILUNG TRANSPORT-
BETON DES BAYERISCHEN
INDUSTRIEVERBANDES STEINE
UND ERDEN E.V. (BIV)**
in Bad Hindelang



Die allerwichtigsten Termine wurden in
der Grußkarte zum Jahreswechsel 2015/2016
angekündigt.

EXKURS LANDESGARTENSCHAU IN MÜHLACKER – SOMMERMÄRCHEN AN DER ENZ

Das Landesgartenschauengelände in Mühlacker:
Renaturierte Enz mit der Burgruine Löffelstelz (r.) und das Spielareal „Sender und Töne“ vor der Kulisse der Burgruine Löffelstelz (u.)



Das „Sommermärchen“ des Fußballs, die EM 2006 in Deutschland, hat inzwischen den einen oder anderen Kratzer abbekommen ... In Mühlacker jedoch spricht man auch heute noch vom „Sommermärchen an der Enz“ und meint damit die Landesgartenschau 2015. Von Mai bis September – 128 Tage lang – rückte die Botanik-Schau die 26.000-Einwohner-Stadt landesweit in den Blick der Öffentlichkeit.

Über eine halbe Million Besucher kamen nach Mühlacker, um die rund zehn Hektar neu- und umgestalteter Flächen am Ufer der Enz zu sehen. Baden-Württemberg, Land historischer Grün- und Parkanlagen, besaß einen Sommer lang einen Vorzeigegarten mehr. Und die Steine- und Erdenindustrie des Landes nutzte diese Gelegenheit, sich einem zahlreichen und interessierten Publikum zu präsentieren – nicht nur mit ihren Produkten, sondern vor allem mit ihren Botschaften.

Zum einen eröffneten natürlich Informationsveranstaltungen wie das „Forum Grünes Bauen“ Möglichkeiten, den besonderen Wert regionaler Baustoffe wie Natursteine und Naturwerksteine zu vermitteln. Dann war da aber auch der Fossilienklopfplatz, den das ISTE-Mitgliedsunternehmen Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG in den Enzgärten zu Füßen der Burgruine Löffelstelz unübersehbar eingerichtet hatte.

KÜNSTLICHE UND NATÜRLICHE PARADIESE

Gartenanlagen entstehen nicht ungeplant. Sie wollen wohl überlegt und fachmännisch angelegt sein. Nicht nur, was letztlich ihren Bewuchs angeht – vielfach sind Erdbewegungen, Terrassenanlagen und Mauern nötig. Spätestens hier kommt die Steine- und Erdenindustrie ins Spiel. Wenn es darum geht, optisch reizvolle und gleichzeitig ökologisch sinnvolle Elemente wie Trockenmauern, Teich- oder Terrassenanlagen in einen Garten zu integrieren, sind Natursteine die Mittel Wahl. Denn sie stehen für Nachhaltigkeit und Klimafreundlichkeit, und das über Generationen und Jahrhunderte hinweg! Je nach Einsatz lässt sich so auch Gutes tun für den Erhalt bedrohter Arten, etwa von Eidechsen.

So lässt sich die Essenz der Vorträge zusammenfassen, die im Rahmen der Gartenschau Enzgärten in Mühlacker zum Thema „Nachhaltiger und klimafreundlicher Garten- und Landschaftsbau mit ortsnahen und gebrauchten Baustoffen“ im Rahmen des „Forums Grünes Bauen“ gehalten wurden.

Naturstein sei einer der ältesten Baustoffe der Menschheit und zu 100 Prozent recyclingfähig – so brachte es Albrecht Lauster auf den Punkt, der Vorsitzende der Fachgruppe Naturwerkstein im ISTE und Chef der Lauster Steinbau GmbH in Stuttgart. Er betonte

vor allem die hohe Qualität der heimischen Naturwerksteine. Sie würden als hochwertige Fassadenelemente, aber auch als Platten, Treppenstufen, Pflaster- und Mauersteine im Garten- und Landschaftsbau geschätzt. Aus denkmalgeschützten Bauten seien sie heutzutage nicht mehr wegzudenken, selbst wenn nur noch ein Bruchteil der historischen Abbaustätten in Baden-Württemberg in Betrieb seien.

Regional abgebaute Naturwerksteine seien Kulturgut, pflegten die regionale Identität, stünden als Material in gleicher Qualität über Jahrzehnte und Jahrhunderte bei Bedarf immer wieder zur Verfügung und unterschieden sich durch ihre kurzen Transportwege deutlich von Importen, resümierte Lauster.

Dem konnte Dr. Jens Wittenbrink vom Referat Landesrohstoffgeologie beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau nur zustimmen. Besonders im Garten- und Landschaftsbau würden in Deutschland erhebliche Mengen an importierten Produkten eingesetzt. Das müsste jedoch nicht sein, denn gerade Baden-Württemberg sei reich an geeigneten Vorkommen für Naturwerksteine. Wittenbrink bedauerte, dass Wissen um die Eigenschaften und Vorkommen von regionalen Naturwerksteinen zunehmend in Vergessenheit gerate. Er verwies auf das vom LGRB herausgegebene Nachschlagewerk „Naturwerksteine aus Baden-Württemberg – Vorkommen, Beschaffenheit und Nutzung“.



Gelungener Auftritt vor Hunderttausenden Gästen: Die Fa. Sämann hat die Enzgärten in Mühlacker mit Ölschiefer aus Dotternhausen und einem Klopfplatz bereichert.

Der örtliche Landtagsabgeordnete Dr. Markus Rösler ließ es sich nicht nehmen, den Klopfplatz mit dem Oberbürgermeister und dem ISTE in Augenschein zu nehmen.

Michael Vötsch von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Rotenburg a. N. stellte in diesem Zusammenhang seine Studie mit dem Titel „CO₂-Bilanz von neuem und wiederverwendetem Naturwerkstein“ vor. Deren wichtigste Ergebnisse sprächen eine deutliche Sprache: So hätten im Vergleich zu chinesischen Mauersteinen die heimischen eine deutlich bessere Klimabilanz. Grund: die große Transportdistanz der Steine aus Asien. Und: Die Wiederverwendung von Mauersteinen verbessere die CO₂-Bilanz nochmals deutlich, auch gegenüber dem neu in der Region gewonnenen Stein. Der wiederverwendete Naturwerkstein entpuppte sich damit als die mit Abstand klimaverträglichste Variante, so der junge Wissenschaftler.

Wenn es um die Wiederverwendung von Naturwerksteinen aus Abbruch und Rückbau geht, ist Manuel Rongen, Geschäftsführer der Natursteine Rongen Ltd. & Co. KG in Tübingen, der Fachmann. Er stellte zahlreiche nachahmenswerte Beispiele für diese besondere Art des Recyclings vor: Nach ihrem ersten „Leben“ dienen viele Naturwerksteine in neuer Funktion als Zeugen heimischer Geologie und althergebrachter Baukunst. Rongens spektakulärstes Beispiel: der ehemalige Nordflügel des historischen Stuttgarter Hauptbahnhofes. Sein Unternehmen hat das Material der Fassade

– Crailsheimer Muschelkalk – gerettet und neu bearbeitet. Es kommt nun vor allem im Garten- und Landschaftsbau wieder zur Verwendung. Und bei allen ökologischen und ökonomischen Vorteilen: Diese Steine erzählen ihre ganz eigene lange und doch so aktuelle Geschichte!

100 TONNEN ERDGESCHICHTE

Märchen erzählen Geschichten, und Steine erzählen Geschichte: Erdgeschichte. Das mag sich Jochen Sämann, Chef der Sämann Stein und Kieswerke GmbH & Co. KG aus Mühlacker, mit Blick auf das Sommermärchen an der Enz gesagt haben. Er sorgte jedenfalls dafür, dass während der dreimonatigen Gartenschau Jung und Alt, Groß und Klein, reichlich Erdgeschichte entdecken konnten. 100 Tonnen Ölschiefer aus Dotternhausen – zur Verfügung gestellt von den Kollegen des dortigen Schiefererlebnis, immerhin vier LKW-Fuhren – ließ Sämann zu einem Fossilienklopfplatz auftürmen, wo jedermann mit Hammer und Meißel auf seine eigene erdgeschichtliche Entdeckungsreise gehen konnte. Die Belohnung: reichlich Ammoniten, Zeugen aus einer märchenhaft vergangenen Zeit.

Natürlich nutze das ISTE-Mitgliedsunternehmen auch die Gelegenheit, die Philosophie und die Anliegen der Branche zu transportieren. Denn künstlich angelegten Gartenparadiesen entsprechen für viele bedrohte

Tier- und Pflanzenarten von der Natur rückeroberte Flächen in stillgelegten Abbaustätten. Diese Trittsteinbiotope, „Paradiese aus zweiter Hand“, sichern manchen Populationen das Überleben. Gelbbauchunken, Uhus, Wanderfalken, Kammolche – sie alle finden in alten Steinbrüchen und Kiesgruben neuen Lebensraum. Auch solches Wissen ließ sich auf dem Fossilienklopfplatz in den Enzgärten erwerben. Erfreulich, wenn auch Politiker dies würdigen, wie etwa der stellvertretende Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschuss im Landtag und Naturschutzpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Dr. Markus Rösler (MdL). Er lobte besonders die Gemeinsame Erklärung „Rohstoffabbau und Naturschutz“, die der ISTE mit dem NABU abgeschlossen hat, als „bundesweit vorbildlich“.

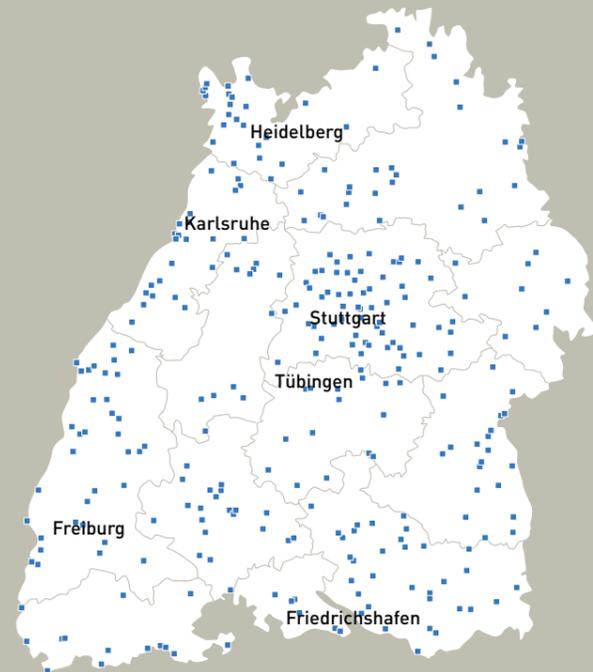
Die Landesgartenschau in Mühlacker, das Sommermärchen an der Enz – es erzählte Geschichte und Geschichten – von Steinen und von Menschen.



IHR STEINBEDARF: 1 KG PRO STUNDE

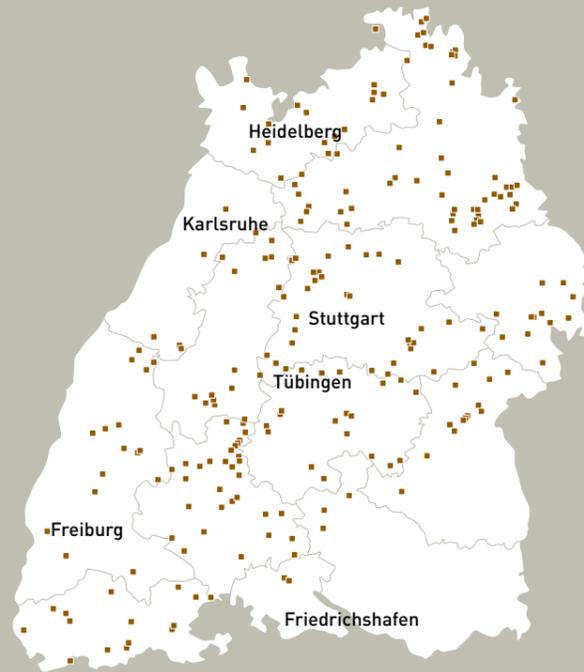
Schon morgens bei der Zahnhygiene haben Sie Kontakt mit der Steine- und Erdenindustrie: Die Grundsubstanz Ihrer Zahncreme ist Steinmehl. Auch das Haus, in dem Sie sicher geschlafen haben und die Straße, auf der Sie zur Arbeit fahren werden, sind mit Steinen gebaut. Statistisch gesehen verbraucht so jeder von uns stündlich über 1 Kilogramm Natursteine, Sand, Kies, Gips oder Steinmehl. Macht im Jahr rund 10 Tonnen pro Kopf oder rund 100 Mio. Tonnen für das ganze Land – viel mehr als man morgens beim Zähneputzen denkt ...

ROHSTOFFGEWINNUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG



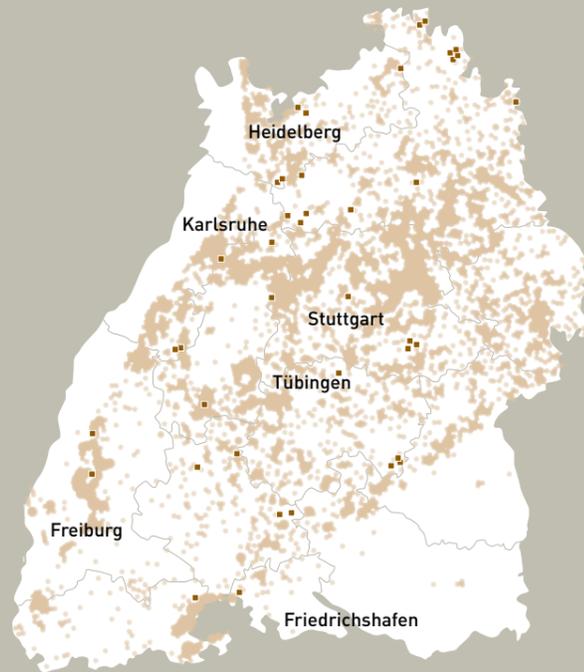
UNSERE BAUSTOFF-RECYCLINGWERKE

Durch Sortierung und Aufbereitung im Recyclingwerk werden aus Bauschutt hochwertige Recycling-Baustoffe, z. B. für den Straßen- und Kanalbau. 350 Baustoff-Recyclingwerke produzieren pro Einwohner und Jahr 1 Tonne Recycling-Baustoffe. Dadurch werden Primärressourcen geschont.



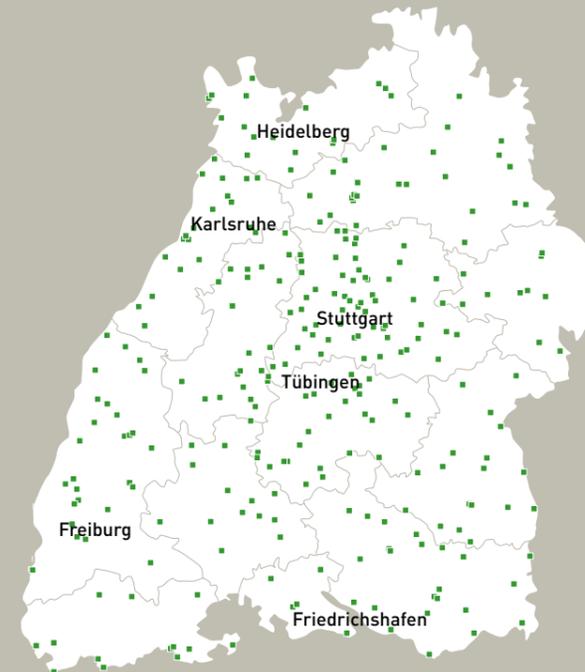
UNSERE STEINBRÜCHE

Unsere Steinbruchunternehmen gewinnen pro Einwohner und Jahr 5 Tonnen Gestein. Nach der Rohstoffgewinnung kehrt mit Hilfe der Steinbruchbetreiber die Natur zurück – biologische Vielfalt wird gefördert.



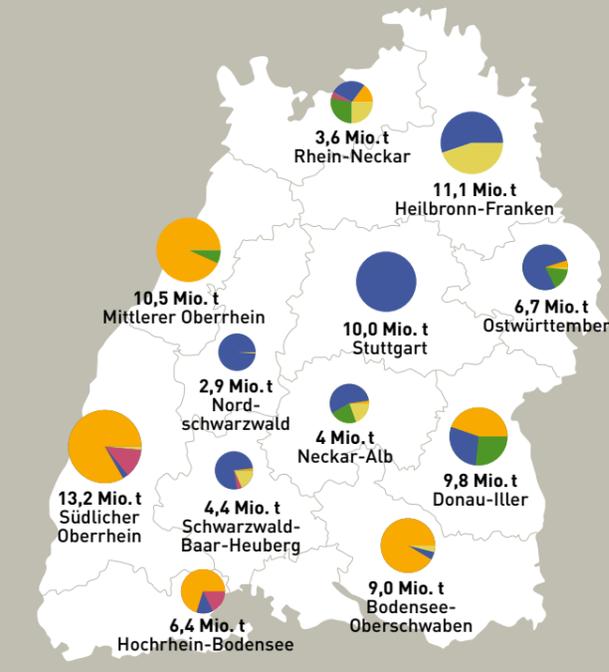
UNSERE NATURWERKSTEINBRÜCHE

Naturwerksteine aus dem Land schaffen durch Verwendung bei Bauwerken vor Ort eine unverwechselbare regionale Identität und darüber hinaus Arbeitsplätze. Von den ehemals fast 2.000 überwiegend kleinen Gewinnungsstellen in Baden-Württemberg (hellbraun) sind heute nur noch 46 Naturwerksteinbrüche in Betrieb (braun). Die Konkurrenz durch billige Überseeerzeugnisse zweifelhafter Herkunft ist zu groß.



UNSERE TRANSPORTBETONWERKE

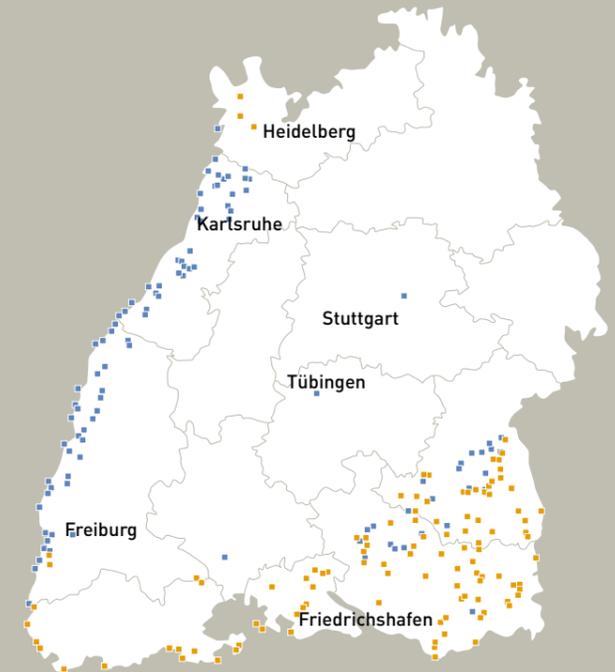
Unsere Transportbetonwerke produzieren pro Einwohner und Jahr fast 1 Kubikmeter Beton – und zwar dort, wo man ihn braucht.



ABBAU NACH REGIONEN

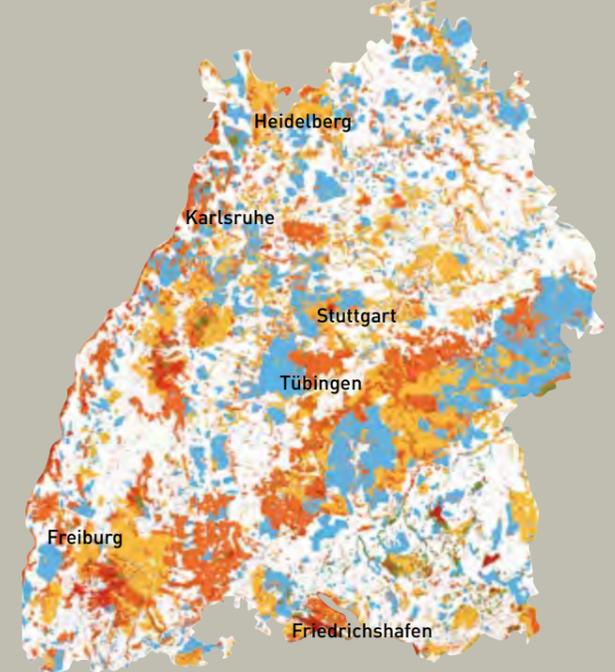
In Baden-Württemberg werden jährlich zwischen 90 und 100 Mio. Tonnen Gestein abgebaut. Hierfür werden nur 0,004 % der Landesfläche neu in Anspruch genommen – die gleiche Fläche wird der Natur zurückgegeben.

- Kies und Sande
- Natursteine/Karbonatgesteine
- Natursteine/Vulkanite, Metamorphite und Plutonite
- Zement- und Energierohstoffe
- Sonstige



UNSERE KIESGRUBEN UND BAGGERSEEN

Der Ort der Rohstoffgewinnung ist an deren Vorkommen gebunden. Baggerseen (blau) in der Rheinebene und Kiesgruben (gelb) im Bereich der einstigen Gletscherausläufer sichern unseren Bedarf an Sand und Kies: 5 Tonnen pro Einwohner und Jahr.

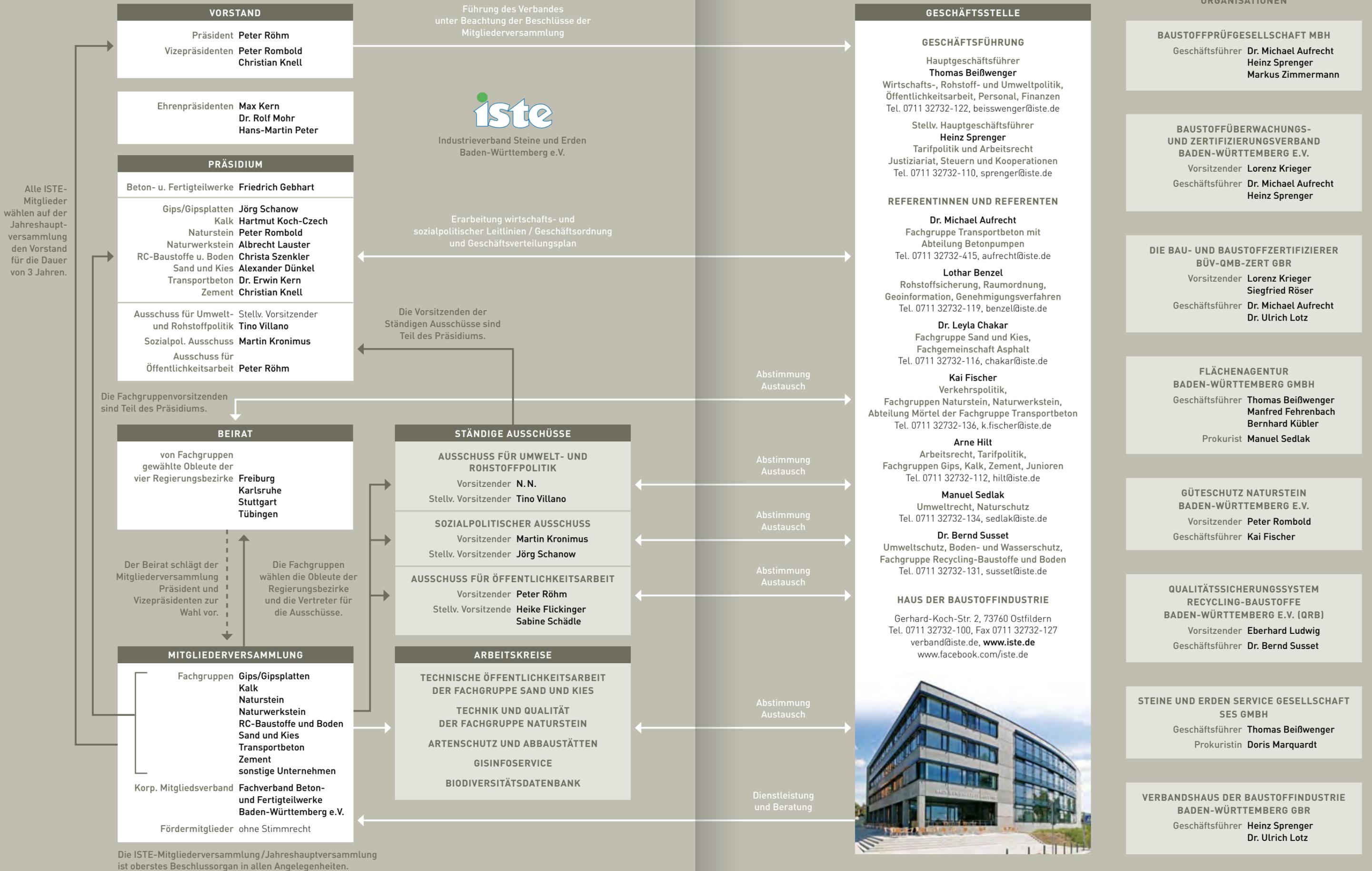


ABBAU MIT EINSCHRÄNKUNGEN

In Baden-Württemberg sind mehr als 60 Prozent der Fläche unter besonderen Schutz gestellt. Die noch verbleibenden „weißen“ Flächen werden unter anderem für Siedlung und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft genutzt. Für den Abbau von Steinen und Erden ist kaum noch Platz – dezentrale, verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung mit kurzen Transportwegen steht auf dem Spiel.

ORGANISATIONSSTRUKTUR DES ISTE

Stand 31. Mai 2016



BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (BÜV-ZERT)

Wir sind eine von der DAKs (Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH) akkreditierte, nach Landesbauordnung und Bauproduktengesetz anerkannte Überwachungs- und Zertifizierungsstelle, die in der Region organisiert und unter einem gemeinsamen Dach bundes- und europaweit tätig ist.

Wir überwachen

- über 350 Hersteller von Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau, Bahngemische sowie Transportbeton und Werkmauermörtel
- den Einbau von Beton auf Baustellen
- Sonderprodukte und -anwendungen wie Sportstättenbau, Spiel-sande, Deponiebaustoffe

Wir garantieren

- die bundeseinheitliche Überwachung und Zertifizierung
- Mitbestimmung in technischen Gremien
- unabhängige, kostengünstige und termingerechte Überwachung

Wir bieten ein umfassendes Leistungsangebot:

- Dienstleistungen zur Herstellung, Entwicklung und Vertrieb von Baustoffen sowie Qualifizierung von Mitarbeitern
- Informationsdienst zu aktuellen Auslegungsfragen von Regelwerken
- Zertifizierung von Qualitäts- und Umweltmanagementsystemen über unsere Zertifizierungsstelle BQ-Zert GbR

Über unsere Baustoffprüfgesellschaft mbH bieten wir in unseren akkreditierten Prüfstellen Ostfildern und Konstanz Prüfungen an Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau an und unterbreiten gerne ein maßgeschneidertes Angebot.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- Erweiterung und Umbau der Prüfstelle Konstanz
- Aus- und Weiterbildungen für Kiesprüfer, Betonprüfer und Betontechnologen
- Qualifizierung der Planer und Verwender
- Akkreditierungen des BÜV-ZERT BaWü e.V. und der Baustoffprüf GmbH
- Erfahrungsaustausch mit akkreditierten und notifizierten Stellen
- Entwicklung Software für Prüfstellen
- Betreuung der Mitglieder im Rahmen der Planung und Errichtung komplexer Bauvorhaben
- Prüfung, Überwachung und Zertifizierung von Baustoffen ins angrenzende Ausland
- Zertifizierung von Prüfstellen und Baustofflaboratorien
- Entwicklung von Programmen zur Kalibrierung von Prüfmitteln

Vorsitzender: Lorenz Krieger

Geschäftsführer: Dr. Michael Aufrecht und Heinz Sprenger

Mehr Informationen: www.buev.de



GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg e.V. wurde 1971 mit dem Ziel gegründet, Qualität und Akzeptanz von Natursteinmaterial im gesamten Straßenbau zu fördern. Zu diesem Zeitpunkt gab es seitens der Straßenbauverwaltung große Vorbehalte gegen die Verwendung von Naturstein, speziell von Kalksteinmaterial in ungebundenen Schichten. Der Qualitätsgedanke, der bei Baustoffgemischen aus Kalkgestein sehr eng mit einer sorgsamem Gewinnung, Aufbereitung, Dosierung und der Einhaltung des Prüfmerkmals „Sandäquivalent“ verbunden ist, steht für die Schotterindustrie und die Mitglieder des Güteschutzes Naturstein im Vordergrund. Die baden-württembergischen Sonderregelungen für den Straßenbau mit ausgewählten Prüfparametern sind in den Ergänzungen zu den Technischen Vertragsbedingungen im Straßenbau Baden-Württemberg (ETV-StB-BW, Teil Schichten ohne Bindemittel) beschrieben und für Baustellen der öffentlichen Hand verpflichtend.

Die 57 Unternehmen mit 75 Mitgliedswerken, die dem Güteschutz angehören, produzieren neben den üblichen Straßenbaustoffen überwiegend auch andere Qualitätsbaustoffe wie z. B. Gesteinskörnungen und Gesteinsmehle für Beton und Asphalt, Wasserbausteine oder auch Gleisschotter aus den Gesteinsvorkommen des Grundgebirges. Der Güteschutz Naturstein mit seinen drei vertraglich gebundenen Prüfstellen versteht sich als Interessenvertretung für alle technischen Fragestellungen der Natursteinindustrie sowie als Vermittler zwischen Produzenten und Abnehmern. Darüber hinaus sind Wissensvermittlung und Schulung rund um die Aufbereitung und Verwendung von Naturstein im Rahmen der Technik-Seminare mit Besichtigung der Abbaustätten wichtige Ziele des Vereins.

Die Mitglieder des Güteschutzes setzen auch in Zukunft auf Zuverlässigkeit und Qualität. Darauf können sich Bauherren und Kunden verlassen!

Schwerpunkte im Berichtszeitraum

- Beschluss der grundhaft überarbeiteten Satzung mit zugehöriger neuer Geschäftsordnung durch die Mitgliederversammlung am 27. Oktober 2015
- Verteilung der Broschüre „Qualität in Stein“ im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit; Vorbereitung der 3. Auflage
- Informationsveranstaltung 12. Technik-Tag der Schotterindustrie mit Fachexkursion für ausschreibende Stellen zum Thema „Schichten ohne Bindemittel“ am 12. September 2015 in Kupferzell
- Textvorschlag zur Präzisierung der ETV-StB-BW (Teil 2.2) für die Prüfung des Sandäquivalent-Wertes
- Information und Stellungnahme zu Normentwürfen und Regelwerken aus dem Blickwinkel der Natursteinindustrie
- Beratung ausschreibender Stellen zu Baustoffauswahl und Lieferquellen

Vorsitzender: Peter Rombold

Geschäftsführer: Kai Fischer

Mehr Informationen:

www.gsnt-bw.de



FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH richtet sich an Grundstückseigentümer und Vorhabenträger, die Ökokonto-Maßnahmen durchführen oder Ökopunkte verkaufen bzw. erwerben wollen. Sie bietet umfassende Dienstleistungen für Investoren, die zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft verpflichtet sind. Ihre internetbasierte Handelsplattform, www.flaechenagentur-bw.de, ermöglicht den landesweiten Handel mit Ökopunkten und Kompensationsflächen.

Mit der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO), die am 01. April 2011 in Kraft getreten ist, wurde die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung für den Außenbereich flexibilisiert und landeseinheitliche Regelungen für die Anerkennung und Bewertung von zeitlich vorgezogenen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Ökokonto-Maßnahmen) eingeführt.

Die damit verbundene Möglichkeit, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bereits vor dem Eingriff durchzuführen und auf einem Ökokonto einzubuchen, wurde bereits von zahlreichen Akteuren genutzt. Insbesondere Vorhabenträger haben von der Möglichkeit der zeitlichen und räumlichen Flexibilisierung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung vielfach Gebrauch gemacht. Dadurch können zeitliche und finanzielle Belastungen vermieden werden, die durch die Suche nach geeigneten Flächen und den dort umsetzbaren Kompensationsmaßnahmen entstehen.

Das Ökokonto ist zwar ein „Maßnahmenkonto“ und kein Geldkonto aber es ermöglicht, Projektziele unter Berücksichtigung der Kosten so zu wählen, dass der höchstmögliche Nutzen (auch für den Naturschutz) erreicht wird.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- 3. Ökokonto-Tag Baden-Württemberg am 11. November 2015 in Ostfildern.
- Seminar Eingriffsregelung und Ökokonto im Bau- und Planungsrecht in Kooperation mit STKautz-Rechtsanwälte am 21. Juni 2016.
- Landesweite Vermittlung von Ökopunkten, Kompensationsflächen und Waldausgleichsflächen.
- Planung und Umsetzung von Moorschutzmaßnahmen und produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen.
- Planung und Umsetzung weiterer Ökokonto-Maßnahmen im Wald und Offenland sowie gewässerökologische Maßnahmen.
- Kostenkalkulation für Naturschutzmaßnahmen.
- Erstellung von Umweltgutachten.

Gesellschafter:

Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg

Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH

Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH

Geschäftsführer:

Thomas Reißwenger, Manfred Fehrenbach, Bernhard Kübler

Mehr Informationen: www.flaechenagentur-bw.de



QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) wurde 2004 auf gemeinsame Initiative der Industrie, dem damaligen Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (UVM) und der damaligen Landesanstalt für Umwelt (LUBW) gegründet und dient in erster Linie der Umsetzung des UVM-Erlasses „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ vom 13. April 2004. Der QRB wurde vom Umwelt- und Verkehrsministerium als erste Gütegemeinschaft in Baden-Württemberg anerkannt und hat sich zur mitgliedstärksten Güteüberwachungsgemeinschaft für Recycling-Baustoffe in Baden-Württemberg entwickelt. Nach den QRB-Anforderungen produzierte Recycling-Baustoffe von QRB-Mitgliedern können als Produkte anerkannt und vertrieben werden. Stand heute haben sich 123 Unternehmen mit 150 Werken (davon 3 Fördermitglieder und 17 Prüfinstitute) dem QRB angeschlossen.

Ziel des QRB ersten Ranges ist es, RC-Baustoff-Hersteller kurzfristig in die Lage zu versetzen, mit ihren RC-Baustoffen Produktstatus zu erreichen. Hierzu leistet QRB gemeinsam mit den Fremdüberwachungsinstituten, den Fachgremien und den durch QRB erstellten Leitfäden Hilfestellung. Wesentliches Element ist das QRB-Datenbanksystem mit Kartendarstellung im Internet. Kunden, Aufsichtsbehörden und Bürger können so Unternehmen und Werke, die QRB-Produkte anbieten, recherchieren und sich schnell ein Bild zum Status der Recycling-Werke im QRB machen. Mit der LUBW werden Statistiken über die Qualitäten der Recycling-Baustoffe ausgetauscht und bewertet. Die LUBW bestätigt: QRB-Betriebe produzieren überdurchschnittliche Qualität!

Arbeitsschwerpunkte des QRB im Berichtszeitraum:

- Intensive Normungsarbeit in relevanten Gremien des DIN sowie in den europäischen (CEN) und internationalen (ISO) Gremien zur Standardisierung von Laborelutions- und Probenahmemethoden, intensive Mitarbeit in Gremien der FGSV.
- Projektstart zur Machbarkeitsstudie einer Pilotanwendung QEB 2.0 im Rahmen einer ARGE – Süd Baden-Württemberg/Bayern (ISTE, QRB, BIV, BRB BY) zur gemeinsamen Weiterentwicklung des QRB für die geplante Ersatzbaustoffverordnung.
- Intensive Mitarbeit im Forschungsprojekt des UM „Probenahme- und Analysenkampagne zur Verifizierung der Auswirkungen der Ersatzbaustoffverordnung auf den Einsatz von RC-Baustoffen in Baden-Württemberg“
- Neukonzeption und Implementierung des Aufnahmeverfahrens von Neumitgliedern im QRB, Durchführung von Vorinspektionen

Vorsitzender: Eberhard Ludwig

Geschäftsführer: Dr. Bernd Susset

Mehr Informationen:

www.qrb-bw.de



PRÄSIDIUM DES ISTE

VORSTAND

Präsident
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen

Vizepräsidenten
Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Ehrenpräsidenten
Max Kern, Sinzheim
Dr. Rolf Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Hans-Martin Peter, Hermann Peter KG, Rheinau

PRÄSIDIUMSMITGLIEDER

Fachgruppe Gips/Gipsplatten
Jörg Schanow, Knauf Gips KG, Iphofen
Stellv. **Stefan Berwanger**, HeidelbergCement AG, Haßmersheim

Fachgruppe Kalk
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren
Stellv. **Peter Leifgen**, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein

Fachgruppe Naturstein
Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Stellv. **Hans-Martin Kübler**, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf

Fachgruppe Naturwerkstein
Albrecht Lauster, Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden
Christa Szenkler, Schäfter Schotter- und Mahlwerk GmbH & Co. KG, Öhringen
Stellv. **Lucia Rehm**, SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Fachgruppe Sand und Kies
Alexander Dünkel, Kieswerke Dünkel GmbH & Co. KG, Schemmerhofen
Stellv. **Michael Peter**, Hermann Peter KG, Rheinau

Fachgruppe Transportbeton
Dr. Erwin Kern, BKG Transportbeton GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv. **Oliver Mohr**, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad

Fachgruppe Zement
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Fachverband Beton- und Fertigteilterwerke Baden-Württemberg e.V. (Korporatives Mitglied im ISTE)
Friedrich Gebhart, Gisoton-Wandsysteme Baustoffwerke Gebhart & Söhne GmbH, Aichstetten

Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Rohstoffpolitik
N. N.
Stellv. **Tino Villano**, Opterra Wössingen GmbH, Walzbachtal

Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses
Martin Kronimus, Kronimus AG, Iffezheim
Stellv. **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv. **Heike Flickinger**, bmk Steinbruch-betriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Sabine Schädle**, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen

BEIRAT DES ISTE

FACHGRUPPE GIPS

Regierungsbezirk Freiburg
Georg Bantle, Gebrüder Bantle GmbH & Co. KG, Bösingen)

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Stefan Berwanger, HeidelbergCement AG, Haßmersheim

FACHGRUPPE KALK

Regierungsbezirk Freiburg
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Efringen-Kirchen
Stellv. **Thomas Hauri**, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Regierungsbezirk Tübingen
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

FACHGRUPPE NATURSTEIN

Regierungsbezirk Freiburg
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Stellv. **Armin Ossola**, Ossola GmbH, Kappelrodeck

Regierungsbezirk Karlsruhe
Thomas Karcher, Hartmann GmbH & Co. KG Schotter- und Kalkwerk *c/o* Kies & Beton AG Baden-Baden

Stellv. **Benedikt Fahrland**, MSW Mineralstoffwerke Südwest GmbH & Co. KG, Werk Mönsheim

Regierungsbezirk Stuttgart
Ralf Jessberger, Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen
Stellv. **Baptist Schneider**, bmk Steinbruch-betriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Stellv. **Dieter Rösch**, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen-Feldstetten

FACHGRUPPE SAND UND KIES

Regierungsbezirk Freiburg
Michael Peter, Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett
Stellv. **Daniel Hackenjos**, Artur Uhl Kies- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Wolfgang Krieger, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Stellv. **Jochen Sämann**, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker

Regierungsbezirk Stuttgart
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv.: **Benedikt Fahrland**, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart

Regierungsbezirk Tübingen
Norbert Schmid, Kies- und Schotterwerk Müller GmbH & Co., Ostrach
Stellv. **Alexander Dünkel**, Kieswerke Dünkel GmbH & Co., Schemmerhofen

FACHGRUPPE NATURWERKSTEIN

Regierungsbezirk Stuttgart
Thomas Hippelein, Schön+Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf

FACHGRUPPE RECYCLING-BAUSTOFFE UND BODEN

Regierungsbezirk Freiburg
Lucia Rehm, SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Regierungsbezirk Karlsruhe
Christiane Ritter, BWG Baustoff-Wiederaufbereitungs GmbH & Co. KG, Baden-Baden

Regierungsbezirk Stuttgart
Baptist Schneider, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON

Regierungsbezirk Freiburg
Hans-Martin Peter, Hermann Peter KG, Rheinau
Stellv. **Alexander Hackenjos**, TBW Transport-betonwerk Umkirch GmbH, Freiburg

Regierungsbezirk Karlsruhe
Thomas Karcher, Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Stellv. **Norbert Eichhorn**, Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Stellv. **Petra Ulmer**, Transportbetonwerk Hirschlanden GmbH & Co. KG, Ditzingen

Regierungsbezirk Tübingen
Oliver Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Stellv. **Christoph Ramsperger**, tbu Transport-Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG BETONPUMPEN)

Christian Klafszky, Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm
Stellv. **Arno Groneberg**, Betonpumpendienst Simonis GmbH & Co. KG, Ubstadt

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG MÖRTEL)

Dr. Markus Pfeuffer, Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

FACHGRUPPE ZEMENT

Regierungsbezirk Freiburg
Urs Kern, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen

Regierungsbezirk Kartsruhe
Dr. Danilo Buscaglia, Opterra Wössingen GmbH, Walzbachtal

Regierungsbezirk Stuttgart
Gerhard Kaminski, Schwenk Zement KG, Ulm

Regierungsbezirk Tübingen
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

RECHNUNGSPRÜFER DES ISTE

Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Klaus Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz

GESCHÄFTSSTELLE

Hauptgeschäftsführer
Thomas Beißwenger, Dipl.-Biologe

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer
Heinz Sprenger, Rechtsanwalt

Referenten
Dr. Michael Aufrecht, Dipl.-Ingenieur
Lothar Benzel, Dipl.-Ingenieur
Dr.-Ing. Leyla Chakar, Magister Ingenieur
Kai Fischer, Dipl.-Ingenieur
Arne Hilt, Rechtsassessor
Manuel Sedlak, Dipl. Wirtschaftsjurist
Dr. Bernd Susset, Dipl.-Geologe

Sekretariate/Assistenz
Sylvia Fischer
Martina Grünbaum
Doris Marquardt
Gudrun Müller
Karina von Ostrowski
Anne Spießhofer
Karin Zeh

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES ISTE

AUSSCHUSS FÜR UMWELT- UND ROHSTOFFPOLITIK

Vorsitzender **N. N.**
Stellv. **Tino Villano**, Opterra Wössingen GmbH, Walzbachtal

Günther Assenheimer, SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken
Andreas Drawing, Kieswerk Tullius GmbH & Co. KG, Salem
Helmut Eitelbuß, Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen

Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Daniel Hackenjos, Artur Uhl Kies- und Schot-terwerk GmbH & Co. KG, Breisach am Rhein
Dr. Christoph Heim, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Frank Hippelein, Schön+Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
Andreas Junginger, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Gräfin Susanne Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Michael B. Knobel, KVG GmbH Kieswerke, Tief- und Strassenbau, Hartheim
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Hans-Martin Kübler, TBG Transportbeton Nagoldtal GmbH & Co. KG, Ebhausen
Dr. Helge-Alexander List, Valet u. Ott GmbH & Co. KG, Mengen-Rulfingen
Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Oliver Mohr, Geisinger Kalkstein Schotterwerk GmbH & Co. KG, Donaueschingen
Frank Nusser-Jungmann, Eckle GmbH, Langenau
Prof. Dr. Matthias Reimann, Knauf Gips KG, Iphofen
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Steffen Ritter, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Dr. Markus Schauer, Schwenk Zement KG, Ulm
Dr. Ulrich Schneider, HeidelbergCement AG, Leimen
Bernd Schönebeck, Nord-Moräne-Kieswerke GmbH & Co. KG, Krauchenwies
Jürgen Schumann, Friedrich Schumann GmbH, Vellberg
Bruno Schwendemann, Vogel-Bau GmbH, Lahr
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Ständige Gäste
Gerd Allgaier, Kieswerk Ravensburg GmbH & Co. KG, Ravensburg
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Axel Dörr, Dörr Ingenieurbüro GbR, Leinfelden-Echterdingen
Jörn Ebeling, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Waghäusel-Wiesental
Frank Eidam, Glaser Sand- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Malsch
Michael Giner, Heinrich Teufel GmbH & Co. KG, Straßberg
Hannes Grafmüller, Grafmüller GmbH, Zell am Harmersbach
Thomas Hinderhofer, Kies- und Schotter-werke Müller GmbH & Co. KG, Ostrach

Dr. Dagmer Hoffmann, Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
Dr. Rolf Mohr, Meichle+ Mohr GmbH, Immenstaad
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG, Kieswerke und Transporte, Metzingen
Jochen Roeder, HeidelbergCement Technology Center GmbH, Leimen
Heiner Rohr, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Markus Schwendemann, UHL Kies- und Baustoff GmbH, Hausach
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Dr. Ulrich Tränkle, AG.L.N. Landschaftsplanung und Naturschutzmanagement, Blaubeuren
Dr. Stephan Zimmer, arguplan GmbH Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Vorsitzender **Martin Kronimus**, KRONIMUS AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Stellv. **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

Mirko Börner, Heidelberger Beton Karlsruhe GmbH & Co. KG, Karlsruhe
Edeltraud Guse, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Gerhard Kaminski, Schwenk Zement KG, Ulm
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Dr. Christian Körber, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Hans-Georg Kraut, HeidelbergCement AG, Schelklingen
Christof Leuchtner, Kronimus AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Matthias Neumann, Braas GmbH, Oberursel
Sibylle Nowatius, Opterra Wössingen GmbH, Walzbachtal
Armin Ossola, Ossola GmbH, Kappelrodeck-Waldulm
Alexis Pimpachiridis, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Waghäusel-Wiesental
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Christiane Sämann-Welschenbach, Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Heinz Schlecht, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Meißenheim
Petra Ulmer, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Klaus Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz
Christoph Wiedenmann, tbl Transportbeton Leutkirch GmbH & Co. KG, Leutkirch
Patrick Wieland, Hauraton GmbH & Co. KG, Rastatt
Thomas Zehlicke, EBRD Erdaushub und Bauschutt Recycling und Deponie GmbH & Co. KG, Bretten

Ständige Gäste
Gräfin Susanne Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Dr. Ulrich Lotz, Fachverband Beton- und Fertigteilterwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Uwe Sommer, Albert Regenold GmbH, Bühl

GREMIEN DES ISTE

AUSSCHUSS FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Vorsitzender **Peter Röhm**,
Röhm Kies GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv. **Heike Flickinger**, bmK Steinbruch-
betriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Stellv. **Sabine Schädle**, Holcim
(Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Hagen Aichele, Holcim Kies und Beton GmbH
Marktgebiet Stuttgart, Stuttgart
Jörg Bayer, E. Bayer Baustoffwerke
GmbH & Co. KG, Esslingen
Michael B. Knobel, KVG GmbH,
Kieswerke, Tief- und Strassenbau, Hartheim
Peter Leifgen,
Rheinkalk GmbH, Efringen-Kirchen
Klaus Rinderspacher,
Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Hechingen
Dieter Rösch,
Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen
Jochen Sämann, Sämann Stein- und
Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Elke Schönig, HeidelbergCement AG,
Heidelberg
Wolfram Skokan, Heidelberger Sand und
Kies GmbH, Durmersheim
Tino Villano, Lafarge Zement Wössingen
GmbH, Walzbachtal

Ständige Gäste
Ulrich Nolting, InformationsZentrum Beton
GmbH, Ostfildern
Gramatiki Satslidis,
Fachverband Beton- und Fertigteilwerke
Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Alexander Schopp, Kieswerk Hardt
GmbH & Co. KG, Stockach
Nadine Winter, Heinrich Feeß GmbH & Co. KG,
Kirchheim T.-Bohnau
Tony Winter, SBR Stingel Baustoffrecycling
GmbH, Schweningen

AD HOC AUSSCHÜSSE

ARBEITSKREIS TECHNISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER FACHGRUPPE SAND UND KIES

Patricia Brunner,
RHENO Kies und Splitt AG, Birsfelden
Uwe Dietz, KVB Kies – Vertrieb GmbH & Co. KG,
Karlsdorf-Neuhard
Wolfgang Engler, SKV Sand-Kiesvertrieb Ulm
GmbH & Co. KG, Langenau
Dr. Volker Hartmann,
SW Kies GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben
Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union
GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Bau-
stoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Markus Zimmermann, Baustoffprüfgesell-
schaft mbH, Konstanz

ARBEITSKREIS TECHNIK UND QUALITÄT DER FACHGRUPPE NATURSTEIN / GÜTESCHUTZ NATURSTEIN

Walter Balbach, Rombold & Gfröhrer
GmbH & Co. KG, Ditzingen
Joachim Burckhardt,
SWM Schotterwerke Markgröningen
GmbH & Co. KG, Markgröningen
Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies-
und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Klaus Huppert, Jakob Bauer Söhne
GmbH & Co. KG, Erkenbrechtsweiler
Thomas Karcher,
Hartmann GmbH & Co. KG, Mauer
Dietmar Körner, EKG mineral Handelscontor
GmbH & Co. KG, Winnenden
Hans-Martin Kübler, Schotterwerk Johannes
Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf
Wolfgang Maier, SWB Schotterwerk Böttinger
GmbH & Co. KG, Weilheim
Wolfgang Moeck, Alfred Moeck KG, Lenningen
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer
GmbH & Co. KG, Ditzingen
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union
GmbH & Co. KG, Iffezheim
Baptist Schneider, bmK Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim
Dieter Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH,
Vaihingen/Enz-Roßwag
Martin Weiß, Paul Kleinknecht
GmbH & Co. KG, Kupferzell
Dr. Martin Westermann,
SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland
GmbH & Co. KG, Osterburken

ARBEITSKREIS GISINFOSERVICE

Dr. Theodor Roppelt, Rohrdorfer Sand und
Kies GmbH Deutschland, Rohrdorf
Dr. Markus Schauer,
Schwenk Zement KG, Ulm
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG
Kieswerk und Transporte, Metzigen
Stefan Giese, in medias res GmbH, Freiburg
Katja Schaber-Mohr, Steine und Erden
Service Gesellschaft SES GmbH
Darüber hinaus alle Nutzer der
Basis-Version der Verbände sowie Nutzer
des Grundstücksmoduls Plus und Server.

ARBEITSKREIS BIODIVERSITÄTSDATENBANK

Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Stefan Giese, in medias res GmbH, Freiburg
Dr. Markus Schauer,
Schwenk Zement KG, Ulm
Dr. Werner D. Spang,
Spang.Fischer.Natzschka GmbH, Walldorf
Dr. Ulrich Tränkle, AG.L.N. Blaubeuren
Dr. Stephan Zimmer, arguplan GmbH –
Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

IN PERSONALUNION BETREUTE ORGANISATIONEN

BAUSTOFFPRÜFGESELLSCHAFT MBH

Geschäftsführer **Dr. Michael Aufrecht**,
Heinz Sprenger, Markus Zimmermann

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender **Lorenz Krieger**,
Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Geschäftsführer
Dr. Michael Aufrecht, **Heinz Sprenger**

DIE BAU- UND BAUSTOFFZERTIFIZIERER BÜV-QMB-ZERT GBR

Vorsitzende **Lorenz Krieger**,
Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Siegfried Röser, GmbH & Co. KG,
Obersontheim
Geschäftsführer
Dr. Ulrich Lotz, **Dr. Michael Aufrecht**

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Geschäftsführer
Thomas Beißwenger, **Manfred Fehrenbach**
Bernhard Kübler
Prokurist **Manuel Sedlak**
Projektleiter **Katrin Büttner** (Elternzeit),
Marcus Haas, **Gerhard Kottek**, **Elke Leitner**
Projektassistentin **Karina von Ostrowski**

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender **Peter Rombold**,
Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Geschäftsführer **Kai Fischer**

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)

Vorsitzender **Eberhard Ludwig**,
BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH,
Villingen-Schwenningen
Geschäftsführer **Dr. Bernd Susset**

STEINE UND ERDEN SERVICE GESELLSCHAFT SES GMBH

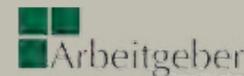
Geschäftsführer **Thomas Beißwenger**
Prokuristin **Doris Marquardt**

VERBANDSHAUS DER BAUSTOFF- INDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG GBR

Geschäftsführer
Heinz Sprenger, **Dr. Ulrich Lotz**

NETZWERK DES ISTE

ISTE-NETZWERK AUF LANDESEBENE



LANDESVereinigung
BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEr
ARBEITGEBERVerBÄNDE E.V.
www.agv-bw.de

Geschäftsführer-Konferenzen
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Prozessvertreter
Arne Hilt, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Bildungspolitik
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern



BILDUNGSWERK DER
BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEn
WIRTSCHAFT E.V.
www.biwe.de

Rechnungsprüfung
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern



LANDESVERBAND DER
BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEn
INDUSTRIE E.V. (LVI)
www.lvi.de

Vorstandsmitglieder
Christian Knell,
Sprecher der Geschäftsleitung Deutschland
der HeidelbergCement AG, Heidelberg
Peter Röhm, Röhm Kies GmbH & Co. KG,
Wendlingen

Arbeitsausschuss Energie
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Mittelstands- und
Wirtschaftspolitik
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk
Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen

Arbeitsausschuss Umwelt
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Verkehr
Thomas Beißwenger, **Kai Fischer**
ISTE, Ostfildern



DEUTSCHER ASPHALTVERBAND E.V.
www.asphalt.de

Regionalvorsitzender
Stefan Schmidt-Weiss

stv. Regionalvorsitzender
Mathias Wagnershauser

Weitere Regionalvorstandsmitglieder
Susanne Reichsgräfin von Kesselstatt
Bruno Schwendemann

ISTE-NETZWERK AUF BUNDESEBENE



BUNDESVERBAND
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (BDI)
www.bdi-online.de

Vorstandsmitglied
Andreas Kern,
HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsausschuss Rohstoffpolitik
N. N.

Projektgruppe Wasserwirtschaft
Christa Szenkler, bmK Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim

Arbeitskreis Naturschutz
Thomas Beißwenger, **Manuel Sedlak**
ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Arten- und Habitatschutz
Manuel Sedlak, ISTE, Ostfildern



BUNDESVERBAND BAUSTOFFE
STEINE UND ERDEN E.V. (BBS)
www.baustoffindustrie.de

Präsident
Andreas Kern,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Vizepräsident
Dr. Erwin Kern,
Kies- und Beton AG, Baden-Baden

Arbeitsausschuss Energie
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Recht
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Rohstoffe
Prof. Dr. Matthias Reimann,
Knauf KG, Iphofen
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Steuern
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Umwelt
Christa Szenkler, bmK Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG, Talheim
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Technik und Normung
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern
Tino Villano, Opterra Wössingen GmbH,
Walzbachtal

Arbeitsausschuss Verkehr
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern



BUNDESVERBAND DER
DEUTSCHEN TRANSPORTBETON-
INDUSTRIE E.V. (BTB)
www.transportbeton.org

Präsident
Dr. Erwin Kern, Kies und Beton AG, Iffezheim

Vizepräsident
Pius Geiger,
Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Ottmar Walter,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Vorstand
Oliver Mohr,
Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad

Koordinierungsausschuss
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen
Christiane Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Christian Klafszky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm

Arbeitsausschuss Betonpumpen
Christian Klafszky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Betontechnologie
und Umwelt
Karsten Audehm,
Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen

Eckhard Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Hans-Jürgen Herkt, peterbeton Rudolf
Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Christian Klafszky,
Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm
Werner Rothenbacher,
Schwenk Zement KG, Ulm
Jürgen Schowalter,
Märker Transportbeton GmbH, Harburg
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitsgruppe Regelwerk für Beton (RfB)
Raymund Böing,
HeidelbergCement AG, Leimen
Eckhard Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Werner Rothenbacher,
Schwenk Zement KG, Ulm

Arbeitsausschuss Marketing
Christiane Bohlmann,
HeidelbergCement AG, Heidelberg
Thomas Karcher, peterbeton
Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Wirtschaftspolitik
Thomas Karcher, peterbeton
Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden



FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN TRANSPORTBETON-INDUSTRIE E.V. (FTB)

www.transportbeton.org/branche/forschung/

Forschungsbeirat
Raymund Böing, HeidelbergCement AG, Leimen
Werner Rothenbacher, Schwenk Zement KG, Ulm
Jürgen Schowalker, Märker Transportbeton GmbH, Harburg
Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern



DEUTSCHER AUSSCHUSS FÜR STAHLBETON (DAFSTB)
www.dafstb.de

Technischer Ausschuss Beton – Unterausschuss AKR Alkali-reaktion im Beton
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim



BUNDESVERBAND MINERALISCHE ROHSTOFFE E.V. (MIRO)
www.bv-miro.org

Präsident
Dr. Gerd Hagenguth, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH, Duisburg

Beirat
Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Alexander Dünkel, Kieswerke Dünkel GmbH & Co., Schemmerhofen

Haushalts- und Satzungskommission (HSK)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit (ÖA)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Rohstoffsicherung, Umweltschutz, Folgenutzung (RUF)
Rudolf Sehring,

Sehring Sand & Kies GmbH & Co. KG, Langen
Dr. Gerd Hagenguth, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Wesel
Andreas Junginger, Kies und Beton GmbH, Dotternhausen
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Steuern, Recht und Betriebswirtschaft (SRB)
Heinz Sprenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Statistik (S)
Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Gewinnungs- und Aufbereitungstechnik (GA)
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

Bernd Köllreutter, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Kai Fischer, **Dr. Leyla Chakar**, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss Anwendungstechnik, Normung (AN)
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Dr. Ulrich W. Gleichmar, Schotterwerk GmbH, Freiburg
Dr. Michael Aufrecht, **Kai Fischer**, **Dr. Leyla Chakar**, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis AKR Alkali-Kieselsäure-Reaktion – und IKA AKR
Dr. Ulrich W. Gleichmar, Schotterwerk GmbH, Freiburg
Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Dr. Michael Aufrecht, **Dr. Leyla Chakar**, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Gabionen-Füllmaterial (G)
Arnold Magagna, VSG Schwarzwald-Granit-Werke GmbH & Co. KG, Forbach
Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis Arbeitssicherheit (AS)
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

Europa-Ausschuss der Naturstein-Industrie (Euro-Schotter-Ausschuss)

Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Thomas Beißwenger, **Kai Fischer**, ISTE, Ostfildern

Arbeitsgemeinschaft Quarz (AGQ)
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

Forschungsgemeinschaft Mineralische Rohstoffe e.V. (FG MIRO)
Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern



BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN KALKINDUSTRIE E.V. (BV KALK)
www.kalk.de

Vorstand
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

Ausschuss Arbeitsgestaltung und Betriebsorganisation
Thomas Gramespacher, Hessler Kalkwerke GmbH, Wiesloch
Thomas Hauri,

Hans G. Hauri KG, Bötzingen
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co., Blaubeuren
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Ausschuss Kalk
Frank Hauri, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Ausschuss Technik/Recht/Umwelt
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Arbeitskreis Brennen
Peter Leifgen, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Arbeitskreis Prüftechnik
Peter Kühn, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen
Dr. Cornelia Retzlaff, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Arbeitskreis REACH
Peter Kühn, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen

Arbeitskreis Gewinnung/Mechanische Verfahrenstechnik
Werner Schmid, Rheinkalk GmbH, Kalkwerk Istein, Efringen-Kirchen



BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN RECYCLING-BAUSTOFF-INDUSTRIE E.V. (BRB)
www.recyclingbaustoffe.de

Vorstand
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH Co. KG, Talheim
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen
Lucia Rehm, SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Arbeitsausschuss Technik und Umwelt
Christa Szenkler, bmk Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern



DEUTSCHER NATURWERKSTEIN-VERBAND E.V. (DNV)
www.natursteinverband.de

Vizepräsident
Thomas Hippelein, Schön & Hippelein GmbH & Co., Satteldorf

Kommission Bautechnik
Albrecht Lauster, Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Kommission Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
Eva-Maria Hippelein, Schön & Hippelein GmbH & Co., Satteldorf



BERUFGENOSSENSCHAFT ROHSTOFFE UND CHEMISCHE INDUSTRIE (BG RCI)

Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen



SOZIALPOLITISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT STEINE UND ERDEN (SPA)
www.spa-steine-und-erden.eu

Martin Kronimus, Kroniums AG, Iffezheim
Heinz Sprenger, **Arne Hilt**, ISTE, Ostfildern



INDUSTRIEVERBAND WERKMÖRTEL E.V. (IWM)
www.iwm.de

Vorstand
Dr. Markus Pfeuffer, Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Arbeitskreis Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
Andreas Gabriel, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Mineralischer Mörtel
Achim Gebhart, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Clemens Obert, Knauf Gips KG, Iphofen
Ulrich Steinlechner, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm

Arbeitskreis Pastöse Produkte
Frank Frösse, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Dieter Stauder, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Umwelt und Gefahrstoffmanagement
Martin Göbel, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Sabrina Klimanszky, Knauf Gips KG, Iphofen
Stefan Schöne, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitskreis Wärmedämmsysteme
Dr. Christian Engert, Knauf Gips KG, Iphofen
Frank Frösse, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Dieter Stauder, Knauf Gips KG, Iphofen

Arbeitskreis Technik und Marketing Estrichmörtel
Michael Brunn, Heidelberger Fließestrich Südwest GmbH, Eppelheim
Johann Endrass, Schwenk Putztechnik GmbH & Co. KG, Ulm
Andres Seifert, Knauf Gips KG, Iphofen

Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein, teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit. Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.



FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN E.V. (FGSV)

www.fgsv.de

01 Vorstand

Dr. Klaus Felsch, HeidelbergCement AG, Schelklingen
Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

0.2.2.4 Ersatzbaustoffverordnung (EBV)

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

GA 6.01 „Hydraulisch gebundene und ungebundene Mischungen“ (s. NA 005-10-90 AA)

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 5.3:

Bodenbehandlung

Frank Hauri,

Hauri KG, Bötzingen

Arbeitskreis 5.3.3:

Mischbindemittel

Frank Hauri, Hauri KG, Bötzingen

Manfred Zimmermann

Holcim (Süddeutschland), Dotternhausen

LA 6: Gesteinskörnungen, Ungebundene Bauweisen

Thomas Rühl, OMK Oberschwaben

Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach

Dr. Martin Westermann

SHB Schotterwerke Hohenlohe Bauland

GmbH & Co. KG, Osterburken

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.1:

Gesteinskörnungen

Markus Zimmermann,

Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.1.1:

Polierresistenz und Polierprüfung

Markus Zimmermann,

Baustoffprüfgesellschaft mbH, Konstanz

Arbeitskreis 6.1.2:

Füller und Sandeigenschaften

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.2:

Umweltverträglichkeit, Industrielle

Nebenprodukte und RC-Baustoffe

Jan Herrmann,

IBE Institut für Baustoffprüfung und

Umwelttechnik GmbH, Langenbrettach

Arbeitskreis 6.2.7:

Auslaugverfahren

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.3:

Schichten ohne Bindemittel

Bernd Köllreutter,

Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach

Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-

Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Dr. Martin Westermann,

SHB Schotterwerke Hohenlohe Bauland

GmbH & Co. KG, Osterburken

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.5:

Ländliche Wege

Manfred Podlaha, Oberstenfeld

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 6.6:

Pflasterdecken und Plattenbeläge

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 6.6.3:

Überarbeitung der TL Pflaster-StB und

ZTV Pflaster-StB

Michael Schmitz,

Oberrhein-Handels-Union

GmbH & Co. KG, Iffezheim

Arbeitsausschuss 7.1:

Technische Vertragsbedingungen

Thomas Rühl, OMK Oberschwaben

Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 7.1.1:

Asphaltbauweisen

„Neufassung Vertragsbedingungen“

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss A 7.3:

Bauweisen

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 7.6.2:

Mörtelkomponenten

Frank Hauri, Hauri KG, Bötzingen

LA 8: Betonbauweisen

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 8.1:

Technische Vertragsbedingungen

N. N.

Arbeitsausschuss 8.2:

Baustoffe

Dr. Volker Hartmann, Oberrhein-Handels-

Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Arbeitskreis 8.2.4:

Waschbeton

Dr. Michael Aufrecht, ISTE, Ostfildern

Arbeitskreis 8.3.3:

Stadt- und Landstraßen sowie

besondere Verkehrsflächen

Siegfried Riffel

HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitskreis 8.3.5:

Hinweise zur Bauweise

„Betondecke auf KTSuB“

Uwe Dietz, KVB Kies-Vertrieb

GmbH & Co. KG, Karlsdorf-Neuthard

Wolfgang Engler, SKV Sand-Kiesvertrieb

Ulm GmbH & Co. KG, Langenau

Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union

GmbH & Co. KG, Iffezheim

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

Arbeitsausschuss 8.4:

Oberflächen

Siegfried Riffel,

HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsausschuss 8.5:

Erhaltungstechnologie

Siegfried Riffel,

HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitskreis 8.5.1:

Überarbeitung der ZTV BEB-StB 02

Siegfried Riffel,

HeidelbergCement AG, Heidelberg

ISTE-NETZWERK AUF EUROPÄISCHER EBENE

DEUTSCHES INSTITUT FÜR NORMUNG E.V.

www.din.de

CEN TC 351 Construction Products: Assessments of Release of Dangerous Substances

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

CEN TC 292 Characterization of Waste

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

Normungsausschuss Bauwesen (NABau)

Ad-hoc-Gruppe Frostwiderstand von

Gesteinskörnungen nach ZTV-ING

Walter Balbach, Rombold & Gfröhrer

GmbH & Co. KG, Ditzingen

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

NA 005-07-15 AA „Gesteinskörnungen“

(SpA zu CEN/TC 154, SC 1 bis SC 5 und SpA

zu CEN/TC 227/WG 4)

Kai Fischer, ISTE, Ostfildern

NA 005-10-10 AA Asphalt (SpA zu CEN/TC

227/WG 1 = GA 7.01 der FGSV)

Dr. Leyla Chakar, ISTE, Ostfildern

NABau KOA 3 „Gesundheit, Hygiene,

Umweltschutz“

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NA 005-53-01 GA „Gemeinschaftsar-

beitsausschuss NABau/NAW, Boden und

Grundwasser“

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NAW 119-01-02-05 UA Boden- und

Abfallentsorgung, Eluierungsverfahren

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern

NAW 119-01-02.05 UA Boden- und

Abfallentsorgung, Eluierungsverfahren,

Arbeitskreis „Datenauswertung“

Dr. Bernd Susset, ISTE, Ostfildern



EUROPÄISCHER GESTEINSVERBAND (UEPG)

www.uepg.eu

UEPG Biodiversity Task Force Meeting

Dr. Michael Rademacher,

HeidelbergCement AG

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

ERMCO

EUROPÄISCHER TRANSPORTBETONVERBAND (ERMCO)

www.transportbeton.org/verband/ermco/

Vorstand

Dr. Erwin Kern,

Kies und Beton AG, Iffezheim

Taskgroup „Herstellung und Transport“

Karsten Audehm,

Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

SONSTIGE AUSSCHUSSTÄTIGKEIT



GIW-KOMMISSION – KOMMISSION FÜR GEOINFORMATIONSWIRTSCHAFT DER BUNDESANSTALT FÜR GEOWISSENSCHAFTEN UND ROHSTOFF

www.geobusiness.org

Projektkoordinator

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Projektumsetzung

Katja Schaber-Mohr, Steine und Erden

Service Gesellschaft SES GmbH

Kiesgewinnung und Grundwasserschutz

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Naturschutzbeirat Baden-Württemberg

im Ministerium für ländlichen Raum und

Verbraucherschutz Baden-Württemberg

Thomas Beißwenger, ISTE, Ostfildern

Bundesprogramm Biologische Vielfalt

über: NABU Niedersachsen

Projektbegleitenden Arbeitsgruppe –

Stärkung und Vernetzung von Gelbbauch-

unken-Vorkommen in Deutschland

Thomas Beißwenger, **Manuel Sedlak**

ISTE, Ostfildern

GSV GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG UMWELTGERECHTER STRASSEN- UND VERKEHRSPANUNG E.V.

www.gsv-verkehrundumwelt.de

Thomas Beißwenger, **Kai Fischer**

ISTE, Ostfildern

AKTION PRO MOBIL

AKTION PRO MOBIL

www.lvi-online.de/index.php/aktion-pro-mobil.html

www.lvi-online.de/index.php/aktion-pro-mobil.html

Thomas Beißwenger, **Kai Fischer**

ISTE, Ostfildern

EHRENAMTLICHE RICHTERTÄTIGKEITEN IN DER ARBEITS- UND SOZIALGERICHTSBARKEIT

Landesarbeitsgericht Stuttgart

Hans-Georg Kraut,

HeidelbergCement AG, Schelklingen

Arbeitsgericht Karlsruhe

Wolfgang Krech,

Kies und Beton AG, Iffezheim

Arbeitsgericht Karlsruhe

Erich Lichtenberger,

Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG,

Iffezheim

Arbeitsgericht Mannheim

Matthias Trauth,

HeidelbergCement AG, Heidelberg

Arbeitsgericht Reutlingen

Thomas Fessler,

Otto Knecht GmbH & Co. KG, Metzingen

Arbeitsgericht Stuttgart

Ralf Jessberger,

Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen

Arbeitsgericht Stuttgart

Cornelia Lauster,

Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Arbeitsgericht Ulm

Karlheinz Jungbauer,

HeidelbergCement AG, Schelklingen

Arbeitsgericht Ulm

Ulrich Tillmann,

HeidelbergCement AG, Schelklingen

Arbeitsgericht Ulm

Bernhard Kaiser,

Schwenk Zement KG, Ulm

Arbeitsgericht Ulm

Gerhard Kaminski,

Schwenk Zement KG, Ulm

Sozialgericht Stuttgart

Wolfgang Geiselmann,

Scherrieble Baustoffe und Logistik

GmbH & Co. KG, Esslingen

Sozialgerichtsbarkeit Konstanz

Helmut Ilg, BUT Betonunion Tuttlingen

GmbH & Co. KG, Tuttlingen

Sozialgericht Ulm

Dr. Gerd Quicker,

HeidelbergCement AG, Schelklingen

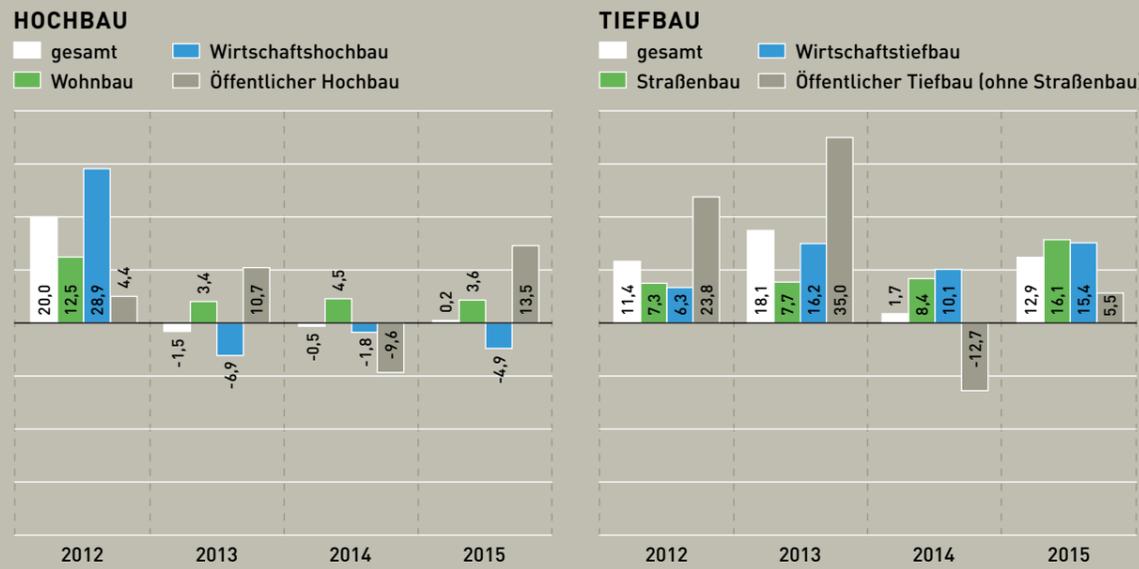
Sollte diese Auflistung unvollständig oder fehlerhaft sein, teilen Sie uns Änderungen oder Ergänzungen bitte mit.

Wir werden diese im nächsten Jahresbericht gerne berücksichtigen.

BAUFERTIGSTELLUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



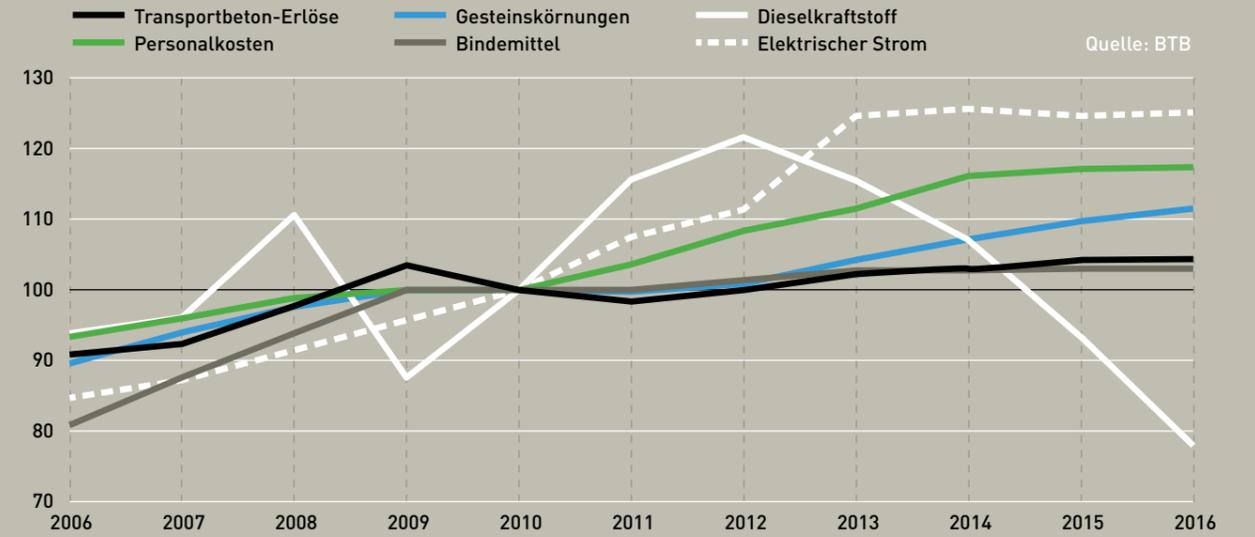
AUFTRAGSEINGÄNGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG
Veränderung der kumulierten Zahlen gegenüber Vorjahr in Prozent Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



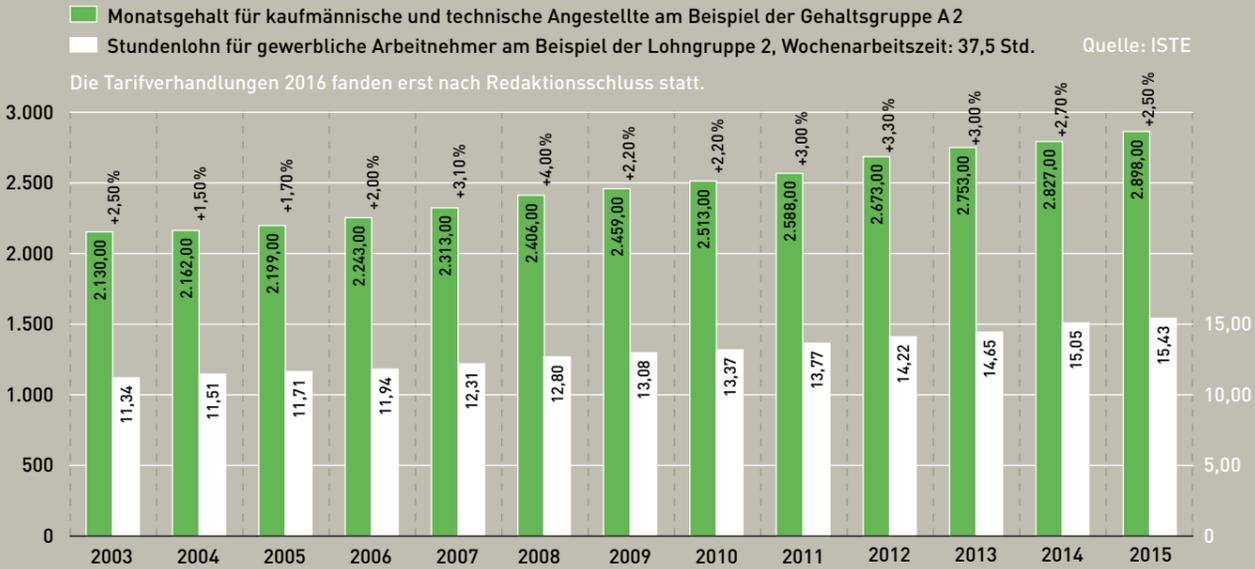
KOMMUNALE AUSGABEN FÜR BAUMASSNAHMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG in Mio. Euro
Quelle: Statistisches Landesamt Ba-Wü



KOSTENINDEX TRANSPORTBETON 2010 = 100 Prozent



TARIFLICHE MONATSGEHÄLTER UND STUNDENLÖHNE IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro



LOHNERHÖHUNG UND REALLOHNZUWACHS IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro



IMPRESSUM

Herausgeber	Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)
Verantwortlich	Thomas Beißwenger, Hauptgeschäftsführer
Inhaltliche Bearbeitung	Dr.-Ing. Michael Aufrecht Dipl.-Biol. Thomas Beißwenger Dipl.-Ing. Lothar Benzel Dr.-Ing. Leyla Chakar Dipl.-Ing. Kai Fischer Rechtsassessor Arne Hilt Gramatiki Satslidis, FBF (Wohnungsbaupolitik) Dipl.-Geol. Katja Schaber-Mohr (GisInfoService) Dipl.-Wirtsch. jur. Manuel Sedlak RA Heinz Sprenger Dr. rer. nat. Bernd Susset, Dipl.-Geol.
Redaktionelle Bearbeitung	Sylvia Fischer, Doris Marquardt, Gudrun Müller, Anne Spießhofer, Karina von Ostrowski, Karin Zeh
Bilder	Gerhard Bäuerle, Freier Fotograf, Gärtringen Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen Bundesgartenschau Heilbronn 2019 GmbH, Heilbronn Geopark Schwäbische Alb e.V., Münsingen Fotolia Steffen Fuchs, HeidelbergCement Michael Hallwachs, Heinrich Feeß GmbH & Co. KG Daniela Haussmann, Haussmann-Pressedienst, Frickenhausen Arne Hilt, Ostfildern Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. Fa. Knauf, Iphofen Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach Landesgartenschau Mühlacker, Mühlacker Maren Moster, Redaktionsbüro Schreibfaktorei, Engelsbrand Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart MIRO Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V., Köln Sonja Reimann, Deutsches Baublatt, Garching Thomas Ruffer, Fotografie, Berlin Günter Schweigert, Stuttgart (S. 90 unten) SZ Steinwerke GmbH&Co.KG, Illingen
Gestaltung	xxdesignpartner, Stuttgart
Druck	Offizin Scheufele, Stuttgart / 4.000 Stück
Berichtszeitraum	1. Juni 2015 bis 31. Mai 2016
© 2016	Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.



Jahresbericht

2015 | 2016

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.



Jahresbericht

2015 | 2016

2016

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.



2015

Jahresbericht

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.



Jahresbericht 2015 | 2016